

S ü d o s t e u r o p ä i s c h e

HEFTE

• Berlin • 2013 • Jg. 2 • Nr. 1 •

Impressum

Herausgeber: Đorđe Tomić, (für diese Ausgabe) Dr. Marija Vulesica
Redaktion: Robert Lučić, Krunoslav Stojaković, Roland Zschächner, Ruža Fotiadis, Janis Nalbadidacis
Online-Ausgabe: <http://www.suedosteuropaeische-hefte.org/>
Südosteuropäische Hefte
ISSN 2194-3710
Kontakt: redaktion@suedosteuropaeische-hefte.org
tomic@suedosteuropaeische-hefte.org
lucic@suedosteuropaeische-hefte.org

Adresse: Südosteuropäische Hefte
z.H. Đorđe Tomić
Humboldt-Universität zu Berlin
Institut für Geschichtswissenschaften
Lehrstuhl für Südosteuropäische Geschichte
Mohrenstraße 40/41
D-10117 Berlin

Berlin 2012

Die in diesem Band veröffentlichten Beiträge stellen ausschließlich die Meinung der Autorinnen und Autoren dar. Die Zeitschrift Südosteuropäische Hefte erscheint mit freundlicher Unterstützung des Lehrstuhls für Südosteuropäische Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin von Prof. Dr. Hannes Grandits.



Sämtliche Inhalte der Online-Zeitschrift *Südosteuropäische Hefte* stehen unter einer [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/). Beruht auf einem Inhalt unter www.suedosteuropaeische-hefte.org.

Inhaltsverzeichnis

Editorial	9
-----------------	---

Thema

<i>Marija Vulesica</i> Antisemitismus in Südosteuropa. Defizite und Herausforderungen eines vernachlässigten Forschungsgegenstandes	11
<i>Angelique Marie Koumanoudi</i> Jews and Greek Folk Songs	19
<i>Ferenc Laczó</i> Antisemitism Contested. The Emergence, Meanings and Uses of a Hungarian Key Concept	28
<i>Eszter B. Gantner</i> "He is ugly and a Jew!" The Hungarian Socialist Workers' Party and the Hungarian Jewish Community in the 1960s and 1970s	36
<i>Magdalena Marsovszky</i> Die „Täter-Opfer-Umkehr“ – der Antisemitismus der politischen Mitte. Gedenken an die ungarischen Verbündeten der Waffen-SS am „Tag der Ehre“ und am Tag der „Schlacht um Budapest“	49

Aus der Südosteuropaforschung

<i>Holm Sundhaussen</i> Zum Tode Natalija Bašićs	63
<i>Karl Kaser</i> Text und Bild – bleibt die Südosteuropaforschung auf einem Auge blind?	68

Beiträge

<i>Nikola Tomić</i> When the carrot is not sweet enough. Conditionality versus norms as modes of EU influence on Serbia's foreign policy	77
<i>Stefan Troebst</i> Macedonian Historiography on the Holocaust in Macedonia under Bulgarian Occupation	107
<i>Südost-Fachschaft Regensburg</i> Bericht zur Ringvorlesung „Aktuelle Konfliktlagen in Südosteuropa“, Regensburg Wintersemester 2012/2013	115
<i>Martina Powell und Idris Idrizi</i> Tagungsbericht: „Homogenizing Southeastern Europe. Balkan Wars, Ethnic Cleansing and Postwar Ethnic Engineering since 1912“, Wien, 08.-10.11.2012	119

Rezensionen

Klaus Buchenau

Grigore, Mihai-D.; Dinu, Radu Harald; Živojinović, Marc (Hg.) (2012): Herrschaft in Südosteuropa. Kultur- und sozialwissenschaftliche Perspektiven. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 328 Seiten, ISBN 978-3-89971-871-3. 124

Krunoslav Stojaković

Kirn, Gal; Sekulić, Dubravka; Testen, Žiga (Hg.) (2012): Surfing the Black. Yugoslav Black Wave Cinema and Its Transgressive Moments. Maastricht: Jan van Eyck Academie, 214 Seiten, ISBN 978-90-72076-51-9. 127

Brigita Malenica

Emilija Mančić (2012): Umbruch und Identitätszerfall. Narrative Jugoslawiens im europäischen Kontext. Tübingen: Francke Verlag (Kultur – Herrschaft – Differenz 15), 194 Seiten, ISBN 978-3-7720-8466-9. 130

Dorđe Tomić

Bilić, Bojan; Janković, Vesna (eds.) (2012): Resisting the Evil. [Post-]Yugoslav Anti-War Contention. Baden-Baden: Nomos (Southeast European Integration Perspectives, 7), 288 Seiten, ISBN 978-3-8329-7208-0; Bilić, Bojan (2012): We Were Gasping for Air. [Post-]Yugoslav Anti-War Activism and Its Legacy. Baden-Baden: Nomos (Southeast European Integration Perspectives, 8), 223 Seiten, ISBN 978-3-8329-7806-8. 133

Neuerscheinungen 138

Autor_innen..... 147

Editorial

Nach fast zwei Jahren seit der Gründung der Online-Zeitschrift *Südosteuropäische Hefte* und einem insgesamt gut geglückten Start als Forum für junge Südosteuropaforscher_innen, bringt diese Ausgabe die angekündigte inhaltliche und strukturelle Erweiterung. Neben dem bisherigen Bedürfnis, aktuelle Entwicklungen der deutschsprachigen Südosteuropaforschung abzubilden, folgen wir unserem Anspruch, neue thematische Schwerpunkte der Südosteuropaforschung zu setzen. Dies erfolgt mit der neu eingeführten Rubrik *Thema*. In dieser Ausgabe widmen wir uns dabei einem der im Rahmen der deutschsprachigen Südosteuropaforschung bislang wenig erforschten und doch besonders aktuellen Themen – dem Antisemitismus in Südosteuropa. Eine kritische Bestandsaufnahme und Forschungsprogramm zugleich bietet der Beitrag von Marija Vulesica, der die verschiedenen Beiträge in dieser Rubrik einleitet. Diese untersuchen dabei unterschiedliche Formen von Judenfeindschaft und unterscheiden sich nicht nur im Hinblick auf den Untersuchungszeitraum und regionalen Schwerpunkt, sondern auch hinsichtlich ihrer Herangehensweisen und disziplinären Verortung. Angelique Marie Koumanoudi arbeitet am Beispiel griechischer Volklieder die darin tradierten Bilder über die Juden heraus. Nicht nur der politischen Aktualität geschuldet widmen sich gleich drei Beiträge – von Ferenc Laczó, Eszter B. Gantner und Magdalena Marsovszky – dem Antisemitismus in Ungarn und fokussieren dabei seine verschiedenen historischen, politischen und gesellschaftlichen Aspekte.

In der Rubrik *Aus der Südosteuropaforschung* erinnern wir mit Trauer an die Kollegin Natalija Bašić, die im März dieses Jahres verstarb, und veröffentlichen den auf der *Forschungsplattform Südosteuropa* bereits erschienenen Nachruf von Holm Sundhaussen. An die Beiträge von Holm Sundhaussen und Hannes Grandits aus den letzten Ausgaben knüpft Karl Kaser an und eruiert in seinem Beitrag die Chancen und Herausforderungen des *visual turn* für die Südosteuropaforschung.

Der EU-Beitritt Kroatiens sowie das Erlangen des Kandidatenstatus Serbiens im Sommer 2013 gehören mit Sicherheit zu den bedeutendsten politischen Ereignissen des Jahres. Aus diesem Anlass eröffnet der höchst aktuelle Beitrag von Nikola Tomić über die Beziehungen zwischen der EU und Serbien die Rubrik *Beiträge*, die jenseits vom Thema der Ausgabe neueste Ergebnisse der Südosteuropaforschung beinhaltet. Stefan Troebst bietet in seinem Beitrag wertvolle kritische Einblicke in die bisherige mazedonische Geschichtsschreibung über den Holocaust in Mazedonien unter bulgarischer Besatzung. Über laufende Debatten in der Südosteuropaforschung informieren in ihren Tagungsberichten die Südost-Fachschaft Regensburg sowie Martina Powell und Idris Idrizi.

Wie immer schließen wir auch diese Ausgabe mit einer Reihe von Rezensionen und Neuerscheinungen, die einmal mehr die Vielfalt der Themen- und Fragenkomplexe der Südosteuropaforschung abbilden.

Thema

Marija Vulesica

Antisemitismus in Südosteuropa

Defizite und Herausforderungen eines vernachlässigten Forschungsgegenstandes

Im März 2013 tauchten in Belgrad Plakate auf, auf denen an die Bombardierung der Stadt 1999 durch die NATO erinnert werden sollte. In der Symbolsprache der Plakate zierte ein Davidstern die abgebildeten NATO-Flugzeuge. Die Botschaft lag auf der Hand: die NATO und der Westen als Handlanger der Juden.

Im Herbst 2011 musste eine kroatische Fernsehjournalistin ihren Posten in der renommierten Polit-Talkshow *Puls Hrvatske* räumen, nachdem sie unkritisch eine Zuschauerfrage wiedergegeben hatte. Diese enthielt die Aussage, die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden 1933 bis 1945 sei ausschließlich deshalb erfolgt, weil die Juden Bankiers, also Finanzbosse, gewesen seien. Diese Botschaft flankierte zudem der Verweis, Geschichte würde sich stets wiederholen, die Juden seien also wieder die herrschenden Finanziere.

In Ungarn ist seit einigen Jahren eine steigende antisemitische Stimmung zu beobachten. Insbesondere an den Universitäten erfahren Parteien wie die rechtsextreme *Jobbik* großen Zuspruch. Jüdische Erstsemestler_innen werden in besonderen Listen verzeichnet. Im März 2013 tauchten an der Budapester Universität Eötvös Lorant (ELTE) antisemitische Sticker mit der Parole „Juden! Die Universität gehört uns, nicht Euch“ auf.

In Rumänien setzten extrem nationalistische Parteien während des Wahlkampfes 2010 auf antisemitische Tiraden. Und in Griechenland werden immer wieder antisemitische Hetzreden als „Begleiterscheinungen“ der seit einigen Jahren andauernden Wirtschaftskrise registriert.

Während sich durchaus Teile der Politik und Öffentlichkeit in den benannten südosteuropäischen Ländern von antisemitischer Sprache und Symbolik deutlich zu distanzieren versuchen und jede antisemitische Regung verurteilen, demonstrieren die vielfältigen Erscheinungsformen judenfeindlichen Denkens und Handelns jedoch, dass wir es mit einem ganz besonderen Phänomen zu tun haben. Besonders, weil es immer noch eine wohlfeile Antwort und Lösung zu sein scheint, Juden für alle sozialen und politischen Probleme verantwortlich zu machen. Die tief verwurzelten und auch nach der Erfahrung der Shoah immer noch in Europa verbreiteten, bekannten und leicht zu reaktivierenden Stereotype von den jüdischen Weltverschwörern, finanziellen Ausbeutern und Krisennutznießern haben an ihrer Brisanz und Relevanz anscheinend nichts verloren. Und das trotz der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und im Laufe der folgenden Jahrzehnte etablierten Antisemitismusforschung?

Als Frage formuliert ist der letzte Satz Absicht und Ziel zugleich. Wie stand und steht es denn um die Antisemitismusforschung in Südosteuropa? Gab und gibt es diese Disziplin, die in den verschiedenen Ländern und Regionen die historischen Erscheinungsformen der

Judenfeindschaft aufspürt, betrachtet und analysiert? Ist die Wirkmacht, Bedeutung und Konsequenz von Antisemitismus – des seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts europaweit etablierten Neologismus – von Historikern_innen, von Soziologen_innen und Politologen_innen in und für das südöstliche Europa ausreichend erforscht und diskutiert worden? All diese Fragen können eindeutig und klar beantwortet werden: Um die Antisemitismusforschung als Disziplin ist es in diesem Raum schlecht bestellt. Weder die Formen und Ausprägungen der historischen Judenfeindschaft noch die des zeitgenössischen Antisemitismus sind bisher ausreichend erfasst und wissenschaftlich aufgearbeitet worden. Selbst die deutschsprachige Südosteuropaforschung hat sich diesem historischen Phänomen bisher weitgehend verschlossen.¹

Um diese Beobachtung kritisch zu hinterfragen, um auf neue Fragestellungen, Themenfelder und Ergebnisse hinzuweisen, aber auch um eine stärkere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus anzuregen, entschied die Redaktion der *Südosteuropäischen Hefte*, dem Thema *Antisemitismus in Südosteuropa* eine Ausgabe zu widmen.

In unserem *Call for Articles* baten wir um Texte, die auf die vielfältigen Erscheinungsformen der (historischen und aktuellen) Judenfeindschaft eingehen, sie analysieren und die politische und soziale Dimension und Bedeutung des Antisemitismus in den jeweiligen Kontexten diskutieren. Von besonderer Wichtigkeit erschien uns, gerade für den Raum Südosteuropa darauf hinzuweisen, dass antisemitisches Denken und Handeln von Wissenschaftlern_innen und Zeitgenossen_innen nicht immer sofort als solches erkannt und bewertet wurde und wird. Gleichzeitig sollten Behauptungen, diese oder jene Aktion, Aussage oder Ereignis seien antisemitisch, differenziert und kritisch geprüft werden. Verkürzt formuliert: Es ist nicht alles Ausdruck von Judenfeindschaft, nur weil (manchmal vorschnell) das Label *Antisemitismus* darauf geklebt wird. Entscheidend ist also die analytische Herangehensweise und zunächst die Klärung der Frage: Was ist eigentlich Antisemitismus in diesem oder jenem Kontext? Welchen Stellenwert, welche Bedeutung hat er und vor allem welche Intention verfolgen die dahinterstehenden *Antisemiten*?

Was ist Antisemitismus?

Paradigmatisch für die Erforschung des Antisemitismus in Südosteuropa kann (und sollte) hier die deutsche bzw. englischsprachige Antisemitismusforschung sein. Die meisten ihrer Untersuchungen setzen sich zunächst mit der Definition des Begriffes selbst auseinander. Die Frage also, was Antisemitismus ist und wie dieser in der jeweiligen Studie verstanden, benutzt und interpretiert wird, ist eine grundlegende. Für den englischen Historiker Steven Beller ist Antisemitismus ein „hochambivalenter und multivalenter“ Terminus, der große Verwirrung hervorrufen kann.² Diese Verwirrungen äußern sich beispielweise in widersprüchlichen Definitionen oder in der wissenschaftlichen und politischen Verwendung des Begriffes, ohne ihn jedoch zeitlich und inhaltlich zu konkretisieren. Bei der Antisemitismusforschung gehe es aber darum, so der deutsche Historiker Reinhard Rürup,

¹ Eine Ausnahme bilden hier die Arbeiten von Mariana Hausleitner, Stefan Troebst, Dietmar Müller, Jens Hoppe oder meine Forschungen.

² Beller, Steven (2007): *Antisemitism. A very short introduction*. New York: Oxford University Press, S. 1.

nicht nur Zeugnisse antisemitischen Denkens zu finden (diese ließen sich nämlich überall aufspüren), sondern sie im Vergleich mit anderen Einstellungen und Handlungsweisen zu gewichten.³ Die Historiker Christoph Nonn und Peter Pulzer warnten etwa davor, Antisemitismus mit Rassismus gleichzusetzen.⁴ Rassismus war zweifelsohne ein wichtiges Merkmal der neuen Judenfeindschaft und die rassistischen Motive bedeuteten einen qualitativen Unterschied zur jahrhundertealten Judenfeindschaft in Europa. Antisemitismus aber nur dort zu sehen, wo es auch Rassismus gab, bedeutete, das komplexe Phänomen, das sich seit den 1880er Jahren unter diesem neuen Begriff überall in Europa zeigte, zu verkennen und mancherorts sogar zu verharmlosen. So gibt es heute keine Zweifel an dem Antisemitismus der christlich-sozialen Bewegung in Österreich. Sie, die sich auf die Lehren der Kirche stützte und für ihre Interessen zu kämpfen vorgab, distanzierte sich aber vom Rassismus.

Um Antisemitismus historisch fassbarer zu machen oder zu definieren, sind ihm viele Zusätze wie etwa christlicher, nationaler, rassistischer oder ökonomischer Antisemitismus beigefügt worden. Diese vorangestellten Attribute, die stets eine inhaltliche und/oder zeitliche Abgrenzung implizierten, sind nach wie vor umstritten.⁵ So merkte der Historiker Johannes Heil an, dass über die Attributsverwendungen Inhalte, Motive und Träger näher zusammenrücken, die dabei entstandene Begriffsunschärfe aber zum interpretationsleitenden Fundament werden würde. Dadurch wiederum würde eine klare Definition und Bestimmung des Forschungsobjekts behindert werden.⁶

Trotz oftmals berechtigter Kritik ist der Begriff „Antisemitismus“ und sein breit rezipiertes Verständnis als zeitenübergreifende Judenfeindschaft per se weder aus der Forschung noch aus Politik und Gesellschaft wegzudenken. Den Wissenschaften muss es aber darum gehen, in ihrer jeweiligen Untersuchungsepoche klare Begriffsgrenzen zu setzen. Wichtig ist also, dass Antisemitismus-Forscher_innen nicht mit dem Begriff operieren, ohne ihn zu konkretisieren.

Das Neue am Antisemitismus

Mit dem Aufkommen des Terminus „Antisemitismus“ Ende des 19. Jahrhunderts trat ein qualitativer Wandel in der europäischen Judenfeindschaft ein. Im Unterschied zu traditionellen und alten Vorurteilen innerhalb der christlichen Mehrheitsgesellschaften richtete sich Antisemitismus nicht mehr gegen Juden als eine Religionsgemeinschaft, die am Rande der Gesellschaft existierte und der vorgeworfen wurde, Jesus getötet und im Mittelalter die Pest verursacht zu haben. Antisemitismus richtete sich in einer, wie von den meisten Zeitgenossen wahrgenommen, modernen, fortschrittlichen und aufgeklärten

³ Rürup, Reinhard (2004): Der moderne Antisemitismus und die Entwicklung der historischen Antisemitismusforschung. In: Werner Bergmann; Mona Körte (Hg.): Antisemitismusforschung in den Wissenschaften. Berlin: Metropol Verlag, S. 117–135, hier S. 134.

⁴ Nonn, Christoph (2008): Antisemitismus. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 3; Pulzer, Peter (2004): Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867-1914. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, S. 39.

⁵ Bergmann, Werner (2004): Geschichte des Antisemitismus. München: Verlag C.H. Beck, S. 6.

⁶ Heil, Johannes (1992): „Antijudaismus“ und „Antisemitismus“: Begriffe als Bedeutungsträger. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 1, S. 92–114, hier S. 93.

Gesellschaft gegen Juden, die im Zentrum der Gesellschaft angekommen und gleichberechtigt waren. Antisemiten forderten die Rücknahme der Emanzipation. Sie richteten sich vornehmlich gegen Juden im Presse- und im Finanzwesen und forderten ihre Entlassung aus staatlichen und öffentlichen Ämtern. Antisemiten beschuldigten Juden, Auslöser des Börsenkrachs und der Verelendung der unteren Mittelschichten gewesen zu sein.⁷ Das Neue am Antisemitismus, so fasste es Werner Bergmann zusammen, lag in seinem Charakter als soziale und kulturelle Bewegung. Antisemiten beriefen sich auf den Volkswillen, leiteten ihre Theorien „wissenschaftlich“ ab und verkündeten, die Befreiung vom Judentum würde alle Probleme lösen.⁸ In der Rhetorik der Antisemiten galten Juden als alleinige Nutznießer aller Errungenschaften der Aufklärung, des Liberalismus und der Moderne. Gleichzeitig wurden sie für alle negativen oder als vermeintlich negativ oder bedrohlich empfundenen Ausläufer der Moderne, wie etwa den Kapitalismus, Sozialismus, die Demokratie oder den Atheismus verantwortlich gemacht.⁹ Auch die israelische Historikerin Shulamit Volkov sah das Neue im Antisemitismus darin, dass es gerade der neue Begriff möglich machte, den Judenhass als eine vollständig ausgereifte Ideologie, ähnlich dem Liberalismus oder Kommunismus, zu betrachten.¹⁰ Der Begriff Antisemitismus fasste also eine sich neu entwickelnde Strömung zusammen, die sich jenseits der traditionellen religiösen Animositäten herausbildete und vermeintlich sachliche Argumente gegen Juden ins Feld führte.

Das wesentliche Merkmal des Antisemitismus war also seine nicht-religiöse Grundlage. Trotzdem wurde die Frage nach zulässiger Differenzierung zwischen dem christlichen Antijudaismus und Antisemitismus innerhalb der Antisemitismusforschung zu einem vieldiskutierten Problem. Um die „traditionelle“ jahrhundertealte Feindschaft und Abneigung der Christen gegenüber den Juden in Europa semantisch von dem Begriff des „Antisemitismus“ zu trennen, ist die Bezeichnung „Antijudaismus“ eingeführt worden. Als zentrales Argument bei der Unterscheidung zwischen Antijudaismus und Antisemitismus führte Johannes Heil an, dass mit dem Antisemitismus die Judenfeindschaft auf eine nicht-religiöse Grundlage gestellt wurde.¹¹ Nach Untersuchungen des Historikers Christhard Hoffmann erwies sich die strenge Trennung zwischen Antisemitismus und Antijudaismus aber als nicht immer haltbar. „Christlicher Antijudaismus“ gilt auch bei Hoffmann als Sammelbegriff für die religiös begründete Judenfeindschaft. Auch wenn dieser christliche Antijudaismus seinen Ursprung in der jahrhundertealten christlichen Tradition hat und auch wenn der moderne Antisemitismus infolge von politischen, sozialen und gesellschaftlichen Krisen entstand, diese zwei Ausprägungen der Judenfeindschaft also unterschiedliche Ursachen und Ziele hatten, so blieb die christliche Tradition des Judenhasses trotzdem eine Ursache unter vielen für die Entstehung des modernen Antisemitismus. In der kultur- und mentalitätsgeschichtlichen Forschung lassen sich nach Hoffmann, anders als innerhalb des

⁷ Volkov, Shulamit (2001): Anti-Semitism. In: Neil J. Smelser; Paul B. Baltes (Hg.): International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences, Bd.1. Amsterdam u.a.: Elsevier, S. 542–549, hier S. 542; Berding, Helmut (1988): Moderner Antisemitismus in Deutschland. Frankfurt: Klett Verlag, S.85–94; Nipperdey, Thomas; Rürup, Reinhard (1972): Antisemitismus – Entstehung, Funktion und Geschichte eines Begriffs. In: Otto Brunner u.a. (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache, Bd. 1. Stuttgart: Verlag Klett-Cotta, S. 129–153, hier S. 142f.

⁸ Bergmann, S. 42.

⁹ Ebd.

¹⁰ Volkov, S. 542.

¹¹ Heil, S. 99; S. 105–110.

politik- und sozialgeschichtlichen Modells, durchaus Gemeinsamkeiten bzw. Kontinuitäten zwischen dem Antijudaismus und Antisemitismus feststellen. So gab es auf der Bild- und Stereotypenebene eine Kontinuität, nach der das negative Bild vom Juden durch die christliche Wahrnehmung geprägt wurde.¹²

Die vermeintlich einfache Frage, was Antisemitismus ist, muss immer wieder gestellt werden. Steven Beller formulierte hier mehrere mögliche Antworten. Antisemitismus sei der Hass gegen Juden, der sich über Jahrtausende und Kontinente ausgestreckt hatte. Weiter sei er eine relativ moderne politische Bewegung und Ideologie, die in Mitteleuropa im späten 19. Jahrhundert entstanden war und ihren Höhepunkt im Holocaust hatte. Antisemitismus sei zudem eine irrationale, psychologisch pathologische Version eines ethnozentrischen und religiozentrischen Antijudaismus, der aus dem Konflikt des Christentums mit seinen jüdischen Wurzeln entsprungen war.¹³

Eine weithin anerkannte Erklärung, was Antisemitismus ist, gab die amerikanische Soziologin Helen Fein ab. Antisemitismus ist in ihrer Version eine verbreitete latente Struktur feindlicher Einstellung gegenüber den Juden als einem Kollektiv, die sich in *Individuen* als Haltung, in der *Kultur* als Mythologisierung, Ideologie, Volkstum und Symbolik und in den *Handlungen* als soziale oder legale Diskriminierung, politische Mobilisierung, kollektive oder staatliche Gewalt manifestiert. Seine Ziele seien stets Entfernung, Verdrängungen oder Vernichtung der Juden als Juden.¹⁴ Der Historiker und langjährige Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung Wolfgang Benz erklärte, Antisemitismus sei auch die Beliebigkeit des Ressentiments, welches *den Juden* Eigenschaften und Absichten zuordnet, die mit realer jüdischer Existenz nichts zu tun hätten. Antisemitismus, so Benz weiter, beginne nicht erst mit öffentlicher Herabsetzung und Verfolgung, sondern Antisemitismus sei jede Form von Judenfeindschaft, die im Alltag durch Witze, Ausgrenzungen und Gerüchte beginne. Er sei zudem politischer Aberglaube, der sich immer wieder neu instrumentalisieren lasse.¹⁵

Auch wenn es auf den ersten Blick recht einfach erscheint, Antisemitismus zu fassen, denn jeder habe eine gewisse Vorstellung von seiner Bedeutung, zeigen die immer wiederkehrenden Diskussionen innerhalb der Antisemitismusforschung, dass wir es mit einem komplexen Terminus und Phänomen zu tun haben. Antisemitismus muss daher als Begriff abgegrenzt und gleichzeitig als analytische Kategorie bedacht werden. Diese Diskussionen und Herangehensweisen müssen Wissenschaftler_innen, die sich mit den verschiedenen Erscheinungsformen der Judenfeindschaft in Südosteuropa beschäftigen wollen, unbedingt berücksichtigen.

¹² Hoffmann, Christhard (1994): Christlicher Antijudaismus und moderner Antisemitismus. Zusammenhänge und Differenzen als Problem der historischen Forschung. In: Leonore Siegele-Wenschkewitz (Hg.): Christlicher Antijudaismus und Antisemitismus. Theologische und kirchliche Programme Deutscher Christen. Frankfurt am Main: Verlag Haag und Herchen, S. 293–317, hier S. 297–313.

¹³ Beller, S. 1.

¹⁴ Fein, Helen (1987): Dimensions of Antisemitism: Attitudes, Collective Accusations, and Actions. In: dies. (Hg.): The persisting question. Berlin; New York: de Gruyter Verlag, S. 67–85, hier S. 67.

¹⁵ Benz, Wolfgang (2004): Was ist Antisemitismus? Bonn: Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, S. 234f.

Antisemitismus und Jüdische Geschichte

Der Redaktion der *Südosteuropäischen Hefte* war es zudem wichtig, in ihrem *Call for Articles* darauf hinzuweisen, dass Antisemitismus nicht ausschließlich als Teil der Jüdischen Geschichte betrachtet werden könne. Antisemitismus war und ist ein gesellschaftliches Phänomen, ein Produkt und Symptom der Mehrheitsgesellschaft, das allerdings die Juden in ihrer Geschichte stets betraf und betrifft.¹⁶ Jüdische Geschichte dagegen ist sehr viel mehr als nur die Reduktion auf die Erfahrung der Ausgrenzung und Verfolgung. Antisemitismus *per se* ist nicht Jüdische Geschichte, genauso wenig wie Jüdische Geschichte gleichzusetzen wäre mit dem Antisemitismus oder gar den vielen Aspekten der Geschichte des Holocaust.

Darüber hinaus hat sich die Erkenntnis, dass eine Beschäftigung mit dem Antisemitismus als Bestandteil der eigenen Geschichte, als Teil der eigenen nationalen historischen Identität betrachtet werde, seit den 1980er Jahren innerhalb der deutsch- und englischsprachigen Forschung durchgesetzt.¹⁷ Auch dieser Ansatz ist für die Südosteuropaforschung zu berücksichtigen, denn judenfeindliches Handeln, Denken und Sprechen dürfen nicht als ein isoliertes Ereignis betrachtet werden, welches sich in einem gesellschaftlichen und politischen Vakuum abspielt. Im Gegenteil, sie sind stets Ausdruck (latent) vorhandener Denkmuster und vermeintlicher Wissensvorräte, die innerhalb einer Gesellschaft kursieren.

Erfreut und überrascht zugleich war die Redaktion dann doch über die Bandbreite an Themen und Artikeln, die eingereicht wurden. Auch wenn der Aufruf gezielt dem Thema Antisemitismus galt, erreichten uns Aufsätze und Anfragen, die sich etwa mit dem Zionismus in Bulgarien, den KZs in Serbien, der deutschen Besatzung in Griechenland, der jüdischen Gemeinde in Sarajevo, mit der Erinnerung der jugoslawischen Juden an den Holocaust oder gar mit der juristischen Aufarbeitung des Holocaust beschäftigen. All diese Arbeiten und Themen sind zweifelsohne von Relevanz und Wichtigkeit. Die Kolleg_innen widmen sich in ihren Forschungen teils unbekannten und vernachlässigten Themen, die unbedingt weiter untersucht und in die Südosteuropaforschung stärker integriert werden müssen. Dennoch möchten wir an dieser Stelle erneut deutlich machen, dass eine Differenzierung der jeweiligen Forschungsgebiete eingehalten werden muss. Eine Vermengung und unkritische Gleichsetzung von Jüdischer Geschichte, der Geschichte des Antisemitismus und der Geschichte der Shoah ist keinem dieser innerhalb der Südosteuropaforschung so notwendigen Themenfelder zuträglich. Nur eine gezielte, methodologisch ausgereifte und differenzierte Untersuchung und Analyse der benannten Themengebiete wird die immer noch weitgehend fehlenden Erkenntnisgewinne für diese Region sicherstellen.

Zum Themenheft *Antisemitismus in Südosteuropa*

Aus einer Vielzahl eingereichter Aufsätze hat die Redaktion schließlich eine Ausgabe zusammengestellt, die die Bandbreite der (historischen und aktuellen) Judenfeindschaft in

¹⁶ Bergmann, Werner; Wyrwa, Ulrich (2011): Antisemitismus in Zentraleuropa. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 4f.

¹⁷ Nonn, S. 5.

Teilen Südosteuropas gut illustriert. So erörtert Angelique Marie Koumanoudi die Verbreitung und Bedeutung des Topos „Juden“ in griechischen Volksliedern. Hier werden Persistenz und Selbstverständlichkeit judenfeindlicher Denkmuster und Vorurteile dargestellt sowie auf deren gefährliches Potenzial verwiesen.

Innerhalb der eingereichten Texte und somit auch in dieser Ausgabe der Südosteuropäischen Hefte macht die Auseinandersetzung mit dem ungarischen Antisemitismus einen eigenen Schwerpunkt aus. Dies ist sicherlich der Virulenz der Judenfeindschaft in Ungarn, aber auch seiner durchaus existenten wissenschaftlichen Aufarbeitung geschuldet. Ferenc Laczó etwa diskutiert besonders eindrucksvoll die Bedeutung des Antisemitismus als einem *key concept* innerhalb der ungarischen sozialpolitischen Kontexte. Seine methodologischen Überlegungen weisen auf die Notwendigkeit einer immer wieder neuen Herangehensweise an den Begriff des Antisemitismus als analytische Kategorie hin. Eszter B. Gantner bietet einen Einblick in den als Anti-Zionismus getarnten Antisemitismus der ungarischen Kommunistischen Partei in den 1960er und 1970er Jahren. Und Magdalena Marsovszky untersucht einen bedeutenden Aspekt des aktuellen Antisemitismus in Ungarn, der sich in einer verheerenden „Täter-Opfer-Umkehr“ äußert.

Die hier vorgestellten Aufsätze werfen gewiss nur ein Schlaglicht auf die Region Südosteuropa. Die meisten ihrer Staaten und Gesellschaften sind mit den dringend nötigen Darstellungen und Analysen in dieser Ausgabe nicht vertreten. Die Gründe hierfür liegen vornehmlich in der dort fehlenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Phänomen Antisemitismus.

Eines der hehren Ziele der Geistes- und Sozialwissenschaften ist es zweifelsohne, die gesellschaftliche Bildung und Kenntnis über die Vergangenheit zu heben sowie die Sensibilität für aktuelle Ungerechtigkeiten und politische Fehler zu stärken. Nach den Erfahrungen der Shoah setzten Staaten wie Deutschland auf historische und politische Bildung, um gerade Vorurteile und feindliche Einstellungen gegenüber den Juden zu überwinden. Dass dies trotz der seit Jahrzehnten hier etablierten Antisemitismusforschung nicht vollständig gelingt, zeigen Beispiele wie sie im Bericht des unabhängigen Expertenkreises von 2011 festgehalten wurden.¹⁸ Judenfeindliche Einstellungen und Manifestationen sind zäh und langlebig. In den meisten Ländern Südosteuropas ist die Antisemitismusforschung als Disziplin bislang nicht etabliert worden. Ob sie antisemitische Zwischenfälle und Forderungen, wie sie sich seit einigen Jahren und in jüngster Zeit in manchen dieser Länder zeigen, verhindern könnte, ist angesichts der immer wiederkehrenden Beispiele in Westeuropa fraglich. Dennoch sollten Wissenschaftler_innen ihren Ausbau einfordern, um einerseits die historischen und wissenschaftlichen Erkenntnisse zu fördern und andererseits die politische und gesellschaftliche Sensibilität zu erhöhen. Entsprechende Impulse sollten aus den südosteuropäischen Ländern selbst, aber auch aus der deutsch- und englischsprachigen Südosteuropaforschung kommen. Einen solchen Impuls wollen die *Südosteuropäischen Hefte* mit ihrem Themenschwerpunkt setzen.

¹⁸ [Regierung der Bundesrepublik Deutschland] (2011): Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Berlin: Deutscher Bundestag (Drucksache 17/7799, 10.11.2011).

Literaturverzeichnis

- [Regierung der Bundesrepublik Deutschland] (2011): Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Berlin: Deutscher Bundestag (Drucksache 17/7799, 10.11.2011).
- Beller, Steven (2007): Antisemitism. A very short introduction. New York: Oxford University Press.
- Benz, Wolfgang (2004): Was ist Antisemitismus? Bonn: Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung.
- Berding, Helmut (1988): Moderner Antisemitismus in Deutschland. Frankfurt: Klett Verlag.
- Bergmann, Werner (2004): Geschichte des Antisemitismus. München: Verlag C.H. Beck.
- Bergmann, Werner; Wyrwa, Ulrich (2011): Antisemitismus in Zentraleuropa. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Fein, Helen (1987): Dimensions of Antisemitism: Attitudes, Collective Accusations, and Actions. In: dies. (Hg.): The persisting question. Berlin; New York: de Gruyter Verlag, S. 67–85.
- Heil, Johannes (1992): „Antijudaismus“ und „Antisemitismus“: Begriffe als Bedeutungsträger. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 1, S. 92–114.
- Hoffmann, Christhard (1994): Christlicher Antijudaismus und moderner Antisemitismus. Zusammenhänge und Differenzen als Problem der historischen Forschung. In: Leonore Siegele-Wenschkewitz (Hg.): Christlicher Antijudaismus und Antisemitismus. Theologische und kirchliche Programme Deutscher Christen. Frankfurt am Main: Verlag Haag und Herchen, S. 293–317.
- Nipperdey, Thomas; Rürup, Reinhard (1972): Antisemitismus – Entstehung, Funktion und Geschichte eines Begriffs. In: Otto Brunner u.a. (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache, Bd. 1. Stuttgart: Verlag Klett-Cotta, S. 129–153.
- Nonn, Christoph (2008): Antisemitismus. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Pulzer, Peter (2004): Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867-1914. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Rürup, Reinhard (2004): Der moderne Antisemitismus und die Entwicklung der historischen Antisemitismusforschung. In: Werner Bergmann; Mona Körte (Hg.): Antisemitismusforschung in den Wissenschaften. Berlin: Metropol Verlag, S. 117–135.
- Volkov, Shulamit (2001): Anti-Semitism. In: Neil J. Smelser; Paul B. Baltes (Hg.): International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences, Bd.1. Amsterdam u.a.: Elsevier, S. 542–549.

Angelique Marie Koumanoudi

Jews and Greek Folk Songs

Abstract

This article presents various negative stereotypes of the Jewish people that appear in Greek folk songs and examines the attitudes of scholars as well when dealing with this particular subject.

*Η μοίρα μου μού τό'γραψε, κι ο Θεός μού καταρρίσθη,
Να σ'αγαπώ πουλάκι μου, και νά'σαι απ'άλλη πίστη
(It was written in my destiny and I lay under God's curse
To love you my little bird, though you're from another faith)*

Since the beginning of the 19th century, when Greek folk songs became an object of interest, most scholars, Greeks and non-Greeks, regarded them as an important source of information on the transmission of Greek culture from one generation to another. Underlying the rise of such interest was (and still is) the idea of identifying those elements that illustrated, first and foremost, the unbroken continuity of Greek culture from antiquity to the modern era.

Indeed, keeping records of those precious oral testimonies and use them as reference became with time a common practice not only among folklorists but also among artists, poets, writers and, in a more extensive way, among the intellectuals of Greece, especially when seeking evidence for the authenticity and ancestry of some particular characteristic, belief or custom.

Still, until today there has been only a superficial attempt to examine and discuss anti-Jewish content found in some of them. As a matter of fact, to our knowledge there is only one exception that can be singled out, which is the unpublished doctoral thesis of an Israeli of Greek origin, Iakov Sibbi, submitted in 1983 at the Hebrew University of Jerusalem.¹ This shouldn't come totally as a surprise, because in Greece the interest, at an academic level at least, for Jewish related subjects is relatively recent and the bibliography generally concerns history and at a much lesser extent literature and popular culture.

Therefore, with this article I would like to suggest an overview of Greek folk songs where references to Jews are accompanied by negative attributes and to outline some of the popular prejudices concerning people of Jewish background.

Prejudices based on religious and ethnic animosity

One of the first scholars to show interest in Greek folk songs was Claude Fauriel (1772-1844), an eminent French philhellene, who in 1824, at the beginning of the Greek War of Independence against the Ottomans, published in Paris the first ever collection of Greek folk songs called *Chants populaires de la Grèce Moderne*. In this collection we find only one song

¹ Simbi, Iakov (1983): *To Archetypo tou Evraiou stin Elliniki Laiki paradosi*. [The Archetype of the Jew in the Greek Folk Tradition]. Jerusalem: doctorate thesis for The Hebrew University of Jerusalem, unpublished.

related to Jews, on which the scholar comments in the preceding explanatory paragraph that it's a song illustrating „the strong belief in supernatural animalistic forces and in the power of magic” among the Greek peasantry in the 19th century. The song's title is „The Jewish Girl and the Partridge”:

“A pregnant Jewish girl was reaping. / From time to time she reaped and at times was in pain. / She lay on the straw, and gave birth to a golden son. / Then she put him in her apron and went to dump him in a ditch. / A partridge met her on the way, and told her: / ‘- You bitch, you lawless woman, you Jewish sinner, / Myself, I have eighteen chicks, and I struggle to feed them. / And you, who has one golden son, you want to throw him away in the ditch!’”²

Significantly, Fauriel remarks here that “it's a kind of a didactic tale, full of charm and delicacy”, while at the same time making no comment on the fact that the Jewish Girl gave birth to a child (out of wedlock and, most probably, of parents of incompatible social or religious backgrounds) who would have no place in society.

However, if we read the second volume of a later edition, which includes all the unpublished material that Fauriel collected, we can find eight songs with Jewish references, in various contexts. Some refer to impossible marriages between Greeks and Jews for religious reasons. One song mentions Jews beating up and robbing a poor Greek boy,³ while others refer to Jesus' betrayal and crucifixion.⁴ In another song, the reference to the Jews is made through Judas' figure, as a means to insult Varnakiotis, a controversial freedom fighter who lived in the 19th century and had been accused by some of treason.⁵ There is even a lovers' song saying: “I'm telling you I love you, and you don't believe me; / why do you want to make me suffer, as the Jews did to Jesus.”⁶ The fact that all these songs are not included in the first edition, might suggest something about Fauriel's editorial criteria, mainly focusing on songs that correspond to his own perception of what renders best the Greek people to his

² “Μια Εβραιοπούλα θέριζε, και ήτο βαρεμένη / ώρες ώρες εθέριζε, κι ώρες εκουλοπόννα, / και στο δεμάτ'ακούμπησε, χρυσόν υιόν τον κάμνει, / και στην ποδιάν τον έβαλε, να πά'τον ρεματίσει. / Μια πέρδικα την απαντά, μια πέρδικα της λέγει / -Μωρή σκύλα, μωρ'άνομη, Εβραία μαγαρισμένη, / εγώ'χω δεκαοχτώ πουλιά, και πάσχω να τα θρέψω, / κι εσ'έχεις τον χρυσόν υιόν, και πας τον ρεματίσεις!” Fauriel, Claude (1824/1999): *Ellinika Dimotika Tragoudia* [Greek Folk Songs], tomos A, ekdosi tou 1824-1825, epim. Al. Politis. Irakleia: Panepistimiakes ekdoseis Kritis, p. 349-350. In another version, at the end of the song, the Jewish girl repents and returns home, saying to her son that if some day he meets a partridge, he should know she is his real mother, and that she, herself, is only his godmother. Cf. (1962): *Ellinika Dimotika Tragoudia* [Greek Folk Songs]. Athina: Akadimia Athinon, p. 448-449. The absence of this last part in Fauriel's anthology is not surprising since folk songs were orally transmitted and changed forms from one region to another. So most probably Fauriel never heard this version.

³ “Στο δρόμο τ'απανταχούνε οι σκύλοι Γεγυδαίοι. / Σαν πιάνουσι και δέρνουν τον και παίρνουν του τ'αλεύρι” (translation: On the way the dogs the Jews meet him / They catch him, they beat him up and take his flour). (1999): *Dimotika Tragoudia: I Syllogi tou Fauriel. Anekdotika keimena* [Folk Songs. Fauriel's Collection. Unpublished texts]. Irakleio: Panepistimiakes ekdoseis Kritis, p. 29.

⁴ “Χριστέ μου πώς τ'άπομεινες τα θλιβερά μαρτούρια; / οποιού σε μαρτουρέψανε οι άνοιμοι Εβραίοι; / οι άνοιμοι και τα σκυλιά και τα μαγαρισμένα. / Σαν κλέφτην τον αρπάξανε, κι εις τον χαλκιά τον πάνε” (translation: Jesus how did you endure the dreadful torments? / that the lawless Jews inflicted upon you? / the lawless and the dogs and the cursed. / As if he was a thief, they caught him to execute him). Ibid, p. 35.

⁵ “Τους άφηκε και πέρασαν σκύλος ο Βαρνακιώτης, / οποιού'ταν Τούρκος-Χριστιανός, Ιούδας και προδότης.” (translation: He let them go through, the dog Varnakiotis, / who was a Turk-Christian, Judas and a traitor). Ibid, p. 73.

⁶ “Εγώ λέγω σου σ'αγαπώ, κι εσύ δεν το πιστεύεις / Σαν τους Εβραίους τον Χριστόν θέλεις να με παιδεύεις” (translation: I am telling you I love you and you don't believe me / Like the Jews did to Jesus you want to torture me). Ibid, p. 78.

readers, but also, indicating as well a possible embarrassment regarding songs that express openly hostility to Jews.

In the numerous folk songs collections and anthologies that have been published until today, commentators who give a reliable explanation and proceed to a documented presentation of the subject of antisemitism in these songs are scarce; as for instance in the Academy of Athens' collection of 1962, from which one may learn about the segregation of Jews and the consequent limited possibilities for inter-communal relations.⁷ In the first volume, in the chapter *"National Life,"* several variations on the subject of the impossible matrimony between Greek Orthodox and Jews are given. These songs are employing in fact wedding song patterns, describing nuptial customs but in an impossible context; it is rare however that lovers decide to convert in order to marry. Still, as expected, it is the women in most cases⁸ who will be the ones to convert and pay the price:

*"One holiday, a Sunday / I went for a walk in the Jewish quarter. / I see a Jewish girl, who was alone / and who was undressing to wash her hair. / The bitch was undressing and undoing her buttons one by one / and she was shining, as the sun shines, from beauty. / Her comb was made of silver, her mug from gold / and the fountain of marble with a golden eagle. / Before I could address her and talk to her / she says to me: 'Welcome to the one I love'. / 'Do you want', the young man replied, 'Jewish girl, to become a Christian / to wash your hair on Saturday, and change clothes on Sunday / and receive Communion on Easter, on Resurrection Day?' / 'Let me ask my mother and when she replies / I'll come, young man, to give you the response. / Mother, there is a young Greek and he is begging me / to convert to the good faith / to wash my hair on Saturday, to change on Sunday / and to receive Communion on Easter, on Resurrection Day'. / 'Better that I see you, my daughter, under a Turk's sword / Than to hear again the words you just said. / Girl, aren't you sorry for your two brothers / and me the poor one, to leave us in such sorrow?' / 'Mother, I don't feel sorry for my two brothers / And you, I shall leave you in deep sorrow'."*⁹

Underlying the determination with which the Jewish mother opposes her daughter's conversion to Christianity in order to marry, anyone can easily perceive the long lasting religious antagonism between the people of those two Millets. In some other versions the suitor is even taken away and is beaten up by the Jewish girl's family.¹⁰

The Jewish girl of this song is presented negatively in more than one way. Obviously she is light-headed and doesn't hesitate to put her family through this ordeal just for her own

⁷ Cf. Ellinika Dimotika Tragoudia, Akadimia Athinon, p. 460.

⁸ For instance: "Christodoulos ki Evraïopoula". In: Petropoulos, Dimitris (1958): Ellinika Dimotika Tragoudia [Greek Folk Songs]. Athina: Vasiki Vivliothiki, tomos A, p. 145; Paralogi 38 – Evraia thelei Christiano, Paralogi 92 etc.

⁹ "Μια σκόλη μιαν ημέρα πού'τονε Κυριακή / πάγω να σιργιανίσω κάτω στην Οβριακή / Βρίσκω μιαν Οβριοπούλα κι ήτονε μονάχη / και γδύνετον η σκύλα, να πάη να λουστή. / Εγδύνετον η σκύλα κι έβγανε τα κομπιά / κι έγεγγε ως φέγγει ο ήλιος απού την ομορφιά / Το χτέν'ή'τ'ασημένιο, το τάσιν τη χρουσό / κι η γούρνα μαρμαρένια με τον χρυσόν αιτό. / Πριχού να τη μιλήσω και δίχως να τη πω / μου λέει μένα κείνη: - Καλώς τον αγαπώ! / - Σα θέλεις, Οβριοπούλα, να γένης Χριστιανή, / να λούγεσαι Σάββατο, ν'αλλάσης Κυριακή / και να μεταλαβαίνης το Πάσχα, τη Λαμπρή. / Α, να το πω τη μάννας μ'κι εκείνη ό,τι μου πη, / ετότες, παλληκάρι, σου διδ'απλογή. / -Μάννα μου, 'να Ρωμιάκι και με παρακαλεί / για να μεταγυρίσω στην πίστη την καλή, / να λούγωμαι Σαββάτο, ν'αλλάσω Κυριακή / και να μεταλαβαίνω το Πάσχα, τη Λαμπρή. / - Κάλλιο να σε ιδώ, κόρη, στου Τούρκου το σπαθί / παρά το λόγ'απού'πες να τότε ξαναπής. / Κόρη, δεν τα λυπάσαι τ'αδέρφια σου τα δυό / κι εμένα την καημένη ν'αφήσης σε καημό; / - Μάννα, δεν τα λυπούμαι τ'αδέρφια μου τα δυό / κι εσένα θα σ'αφήσω εισέ βαρύ καημό." In: Petropoulos, Ellinika Dimotika Tragoudia, tomos A, "Christianos ki Evraïopoula", Paralogi 40, p. 139.

¹⁰ Ellinika Dimotika Tragoudia, Akadimia Athinon, tomos A, Paralogi G'a, p. 462.

sake and for her own personal reasons, ignoring everyone else's feelings. Therefore the young Jewish girl is not a good bride. But even more, by choosing to follow her heart she is in fact betraying her own people; therefore she is twice treacherous: to her family and to her own people. Therefore, she, and any other girl that acts like her, must be considered as utterly devious.

In Iorgos Panagiotou's collection of folk songs, published in 1994 under the title *"Aren't We Greeks too?!..."* there is, among others, an abbreviated version of this story ending in the mother's threat, thus reaffirming her authority. In any case, Iorgos Panagiotou, apparently ignoring the Jewish condition, finds it somewhat difficult to categorize the song, as he explains: *"it's a peculiar one, not so much for its style than its plot, i.e. the fact that the girl doesn't automatically reject the young man's offer, shows that the narrator leaves room for an eventual conversion to Christianity"*.¹¹ On the other hand, Panagiotou observes that it is *"quite traditional within the boundaries of popular religious consciousness for a Christian to convince a member of another religion to embrace the Orthodox faith."*¹² It is worth noticing that the opposite is not discussed here, as if no Greek Orthodox would ever convert to another faith.

In addition to appearing in cases of marriage, conversions in Greek folk songs commonly occur in contexts of adversity as well. One type of story is that of a ship carrying Christians, Jews and sometimes Muslims too, either trapped in a storm or attacked (depending on the version):

"Three monks from Crete, and three from Mount Athos / anchored in a deep port with their ship / which wasn't too small, or very big / thirty thousand feet, and with a thousand sailors on board."¹³ / It had a Jewish trader, a Turkish captain. / They fly a Russian flag, with the cross at the top / and on its right they put up the icon of the Holy Mother. / And the sultan who from his palace saw them / orders his vizier to capture the armada. / The vizier calls them, the vizier orders them: / '- Boat, take down your sails! ship surrender!' / '- Do you think I'm a girl, to spread my hair, / to make a ladder for you to climb, and touch my breasts?' [was the answer] / The vizier empties [then] his cannon on the armada.¹⁴ / The Turks implored their mosques, the Greeks prayed to their monasteries. / '- Implore bitchy Jew, the deceitful synagogue.' / '- I will get baptized, and I'll have Iannis for a name / I'll bring an ox-cart full of candles, and two carts of incense [the Jew replied]'.¹⁵

In this song, the final episode is sealed with the Jew's conversion while the emphasis is put on the promptness with which this particular passenger renounces his faith. All other passengers keep their own faith; the Jew converts just to be saved. In other cases, once the

¹¹ Panagiotou, Giorgos (1994): *"Den eimaste ki emeis Ellines?!..."* ["Aren't we Greeks too?!..."]. Athina: Ekd. Eikostou Protou, p. 184-185.

¹² He concludes by saying that, from the musical perspective as well, this song is "quite peculiar, if not unique". Nothing is said, however, about the way the Jewish girl is depicted or about the song's racial implications.

¹³ The element of exaggeration is common in Greek folk songs.

¹⁴ The shift of the boat to an armada is due to the "collage" system on which the folk songs are based on.

¹⁵ "[...] Είχε Οβριό πραγματευτή, Τούρκο καραβοκώρη. / Βάνουν μπαντιέρα ρουσικό, με το σταυρό απάνω, / κι εις την δεξιά του την πλευρά βάνουν την Παναγιά. / Και ο βασιλιάς αγνάντευε από ψηλό σαραγί, / κι εις τον βεζίρη πρόσταξε να μπει μες στην αρμάδα. / Βεζίρης τους εφώνασε, βεζίρης τους προστάζει / '-Καράβι, μάννα τα πανιά, καράβι παραδόσου.' / '-Τιγάρις είμαι λυγερή, ν'απλώσω τα μαλλιά μου, / να φτιάσω σκάλα ν'ανεβείς, να πιάσεις τα βυζιά μου;' / Μια μπαταριά άδειασε απάνω στην αρμάδα. / Τάζονται Τούρκοι στα τζαμιά, Ρωμαίοι στα μοναστήρια, / τάξου κι εσύ σκυλο-Οβριέ στο δόλιο συναγώνι. / '-Εγώ θα ξαναβαπτισθώ, και Γιάννη να με πούνε, / να φέρω αμάξι απ'το κερί, και δυό αμαξιές λιβάνι.'" In: "Τρεις Καλόγεροι Κρητικοί...", Dimotika Tragoudia: I Syllogi tou Fauriel, p. 107.

trouble is over thanks to divine intervention, the Jewish passenger does not fulfill his promise and is punished, at times bringing on the death of everyone else on board too:

*"The sea calmed down, and the Jew reconsidered: / ' - Where can I find now the cart for the candles and the cart for the incense / how can I carry in an ox-cart all the oil? / Be blessed saints, and let me be with my vow' / A gust of wind came from the front, and one from the back / a gust from both sides, hurling him to the bottom of the sea."*¹⁶

Prejudices based on political antagonisms

The disparity between Greeks and Jews in the folk songs is reflected not only at the religious level but at the political level as well, as both Millets often competed for privileges from their Ottoman rulers. An example taken randomly concerns the widespread song of the "Murderess Mother" who kills her son because she is afraid he will denounce her infidelity to his father. The conclusion of the song marks the return of justice and order, with the father revengefully disposing of the murderess mother. Several versions of this song present the dead son speaking from his grave to a passerby saying to him: *"if you are a Turk, eat me, if you are a Jew, utterly consume me."*¹⁷

In this last verse,¹⁸ both the Jews and the Turks are considered equally as enemies, despite the fact that the Turks were the rulers whereas the Jews were their subjects – just as the Greeks were. In any case, even though the passerby is not in any way responsible for what had happened to the young Greek boy (now dead) the deep hatred is taken to the grave and to the life beyond – irreversibly like death itself.

However, most scholars fail to make any comment on this verse, except Dimitris Petropoulos who, ignoring the references to the Jews, mentions some women from ancient Greek mythology who were killing their own children and serving them as food. Ancient Greek mythology becomes a tool for interpretation and, at the same time, a means of reaffirming the idea of Greece's cultural continuity.

Another example where Jews are represented as the enemies of the Greek orthodox Millet is the folk song on the execution of the Ecumenical Patriarch Grigorios V by the Ottoman authorities on April 10th, 1821. It is said that after three days Grigorios' body was cut down and was handed to a Jewish mob and was dragged to the Golden Horn, for there had long been animosity between Greeks and Jews in the city. His corpse was finally picked up by the Greek crew of a Russian ship and taken to Odessa.¹⁹

But even though they were not responsible nor participated in the Patriarch's execution, in the folk songs referring to the event of the Patriarch's violent death, Jews (and at times Armenians too) are mentioned as siding with the Turks, and thus labeled as traitors and

¹⁶ "Η θάλασσα ταπεινώσε τ'Οβριός εμετανόα: / '-Πού νά'βρω αμάξιν το τσερί τ'αμάξιν το λιβάνι, / με το βουβαλοτόμαρο να κουαλώ το λάϊ; / Εχετ'άιοι, τις χαρές σας τ'εγώ τα τάματά μου. / Σπιλάδα τού'ρτεν από μπρος, σπιλάδα τ'από πίσω, / σπιλάδα τ'αφτ'τα δυο πλευρά στο φούντος τον έρριξε." In: "Οβριός σε καράβι", Petropoulos, *Ellinika Dimotika Tragoudia*, tomos A', Paralogi 47, p. 145.

¹⁷ "Αν είσαι Τούρκος, φάγε με, κι'Εβριός κατάλυσέ με." Ibid., p. 83.

¹⁸ This is obviously irrelevant to the story's plot as it doesn't contribute to it in any way, but perhaps is alluding to the false accusation that Jews performed ritual murders of Christian youth around Easter.

¹⁹ Clogg Richard (1992): *A concise History of Greece*. Cambridge: Cambridge University Press, p. 37.

infidels: *“while he was in the church blessing the nation / the Janissaries²⁰ and the Jews burst in together.”²¹* This particular type of folk song in fact borrows patterns from Easter songs, where the Romans are almost completely left out of events concerning Jesus’ crucifixion, letting the Jews take all the responsibility: *“Today the sky is black, the day is black. / Today they have crucified the prince of all. / Today the lawless Jews decided, / the lawless and the dogs, the very damned.”²²*

In his folk songs anthology, Sofoklis Dimitracopoulos, another folklorist, makes no comment at all on the circumstances surrounding the hanging, nor does he say anything about the degree of involvement of the Jews and the Armenians in the case of the Patriarch’s death. In fact, he presents Grigorios as a national martyr, and in a long passage even praises his deeds. The allegations according to which Grigorios on several occasions actually denounced Greek insurgents (as rebels not only against the Ottoman authorities but also against God’s will), is presented in a rather ambiguous fashion: *“he was a very wise leader, who knew very well about all the actions planned by the Filiki Etereia²³ on behalf of the liberation movement. Even though he was taking a risk of being misunderstood – as indeed he was – he did manage, as it turned out, to save his flock much suffering.”²⁴* The fact, that he had been elected three times, owing to the corruption and factionalism which characterized the upper echelons of the Orthodox hierarchy in those days,²⁵ is completely ignored as well. At the end of his critical comment prefacing this particular song, Dimitracopoulos advises the reader to reach his own conclusions on the historical facts by simply... reading the song, which obviously he regards as a reliable testimony. As he observes: *“the song talks about Grigorios’ hanging and the reasons for it. It’s important to notice that from then on the people consider him a saint.”²⁶* And here is the song:

“Who saw such clouds? Who has ever seen such a storm before, / like the one blowing over on East and West this year? / The Patriarch they hung, Grigorios the saint, / like a criminal, on the church’s door. / While he was in the church blessing the nation / the Janissaries and the Jews burst in together / – Come close master priest, and read the orders / which say we must hang you on the church’s door. / It wasn’t enough for you to sit on the throne comfortably, / you also wanted the City²⁷ to become Greek.”²⁸

²⁰ The Janissaries were Special Forces loyal to the Sultan and known for their cruelty.

²¹ Dimitrakopoulos, Sofoklis (1998): *Istoria kai Dimotiko Tragoudi, 325-1945* [History and the Folk Song from 325 to 1945], Athina: Parousia, p. 188.

²² “Θρήνος της Μεγάλης Παρασκευής» (The Lament of Holy Friday), Petropoulos, *Ellinika Dimotika Tragoudia*, tomos A’, Paralogi 7, p. 18.

²³ Filiki Etaireia (The Friendly Society) was a secret organization involved in the Greek independency movement against the Ottomans.

²⁴ Dimitrakopoulos, *Istoria kai Dimotiko Tragoudi*, p. 188.

²⁵ Clogg, *History of Greece*, p. 37. See also Koliopoulos John S.; Veremis Thanos M. (ed.) (2004): *Greece. The Modern Sequel. From 1821 to the Present*. London: C. Hurst & Co. Ltd., p. 143-144.

²⁶ Dimitrakopoulos, *Istoria kai Dimotiko Tragoudi*, p.188

²⁷ Constantinople.

²⁸ “Ποιος είδε τέτοια συννεφιά, ποιος είδε τέτοι’αντάρα, / που τού’το χρόνο πλάκωσεν Ανατολή και Δύση. / Τον Πατριάρχη κρέμασαν τον άγιο τον Γρηγόρη, / σαν να’τανε κατάδικος στις εκκλησιás την πόρτα. / Εκεί που ελειτούργαε κ’ευλόγαε το Γένος, / πλακώνουν οι γιαντίσαροι και οι Οβριοί αντάμα. / ‘Κόπασ’, αφέντη Δέσποτα, και δάβασ’τα φερμάνια, / που λεν να σε κρεμάσομε στις εκκλησιás στην πόρτα. / Δε σ’άρεσε να κάθεις στο θρόνο θρονιασμένος, / μα θέλησες Ρωμαίικο την Πόλη να τη φκιάσεις.” In: Dimitrakopoulos, *Istoria kai Dimotiko Tragoudi*, p. 188.

Prejudices based on sociocultural discrepancies

As expected, when religious and political division is so deep, any social interaction is influenced as well – to the point of finding anti-Jewish commentaries even in children's songs. It is the case of some "Swallows' Songs" performed in March for the arrival of spring. Children, particularly in the region of the Dodecanese islands, even today, go from door to door, teasing and menacing the housekeepers that they will bring confusion in their homes unless they give them a few eggs in exchange. Here is an excerpt of one of them:

*"You good lady, get up and / give five eggs / and five more, red. / I have a good teacher / and a mean supervisor. / If I'm late he beats me up, / and then he does it again. / Fleas and bugs! Out! / The Jews are calling you. / Suck up all their blood / until only the Holy Spirit remains. / And we, Christians / who are all humble, / let us enjoy the Holy Day / as much as our heart desires."*²⁹

Usually in folk songs anthologies this particular category of March songs is accompanied by observations about the ancient Greek origin of this tradition already known among children in antiquity. Yet here too there is no comment on the references to Jews by Petropoulos, the editor of the folk songs collection where this particular swallows' song appears.³⁰

A different children song – this time found in a collection published in 1990 by Stilpon Kiriakidis – says: *"Jew, despicable Jew, / where is the chicken you have stolen? / The Jew put it in his pants / and farted / and the chicken was titillated."*³¹ The commentator explains: *"many are the mocking children songs, which so nicely fit in with the teasing and playful nature of children."*³² And this is where analysis ends. No interpretation or particular remark is made by Stilpon Kiriakidis on the fact that it is a Jew that is being ridiculed. The task of interpreting negative stereotypes of this sort is simply left to his readers' judgment.

If one was to describe the Jewish people based on the Greek folk songs, he would conclude that Jewish women are untrustworthy, treacherous, lawless and sinning even if they convert – not being thus good brides or mothers. Men are thieves. Fleas and bugs suck their blood. They collaborate with the Ottomans and don't hesitate to even change their faith as long as they reap some benefit at the end. Moreover, since they are considered responsible for Jesus' crucifixion, they are consequently considered traitors and sinners not only in a religious context but also in a social and political context too. Obviously, these folk songs don't provide any true and reliable depiction of the Jewish people. They don't really give any information about them at all. On the other hand, they say a lot about the anti-Jewish predisposition of those who created these songs as well of those who perpetuated them.

²⁹ "Σήκω, συ καλή κυρά, / δος μ'έμένα πέντ'αυγά / κι άλλα πέντε κόκκινα. / Έχω δάσκαλο καλό / και πρωτόσκολο κακό. / Αν αργήσω, δέρνει μας. / Όξω ψύλλ, όξω κοριοί, / σας φωνάζουν οι Εβραίοι. / Φάτε, φάτ'όλο το αίμα / και ας πομένη τ'Άγιο Πνεύμα. / Και εμείς οι Χριστιανοί / που'μεθ'όλοι ταπεινοί, / θα χαρούμε τη Λαμπρά μας, / όπως θέλει η καρδιά μας." In: Petropoulos, *Ellinika Dimotika Tragoudia*, tomos B, p. 12; A. Passow, 229, CCCIV.

³⁰ As Pr. Minna Rosen (Haifa University) observed, this particular March song is relating to the torments of Jesus as well as to the Jewish Passover in which, according to the western and central European antisemitic doctrine, Matza bread is baked with Christian blood.

³¹ "Οβριέ, σκυλλοβριέ, / που'ν'η κόττα πόκλεψες; / στο βρακι την έβαλε / κι Οβριός τουλίστηκε / η κόττα καρκαλίστηκε." In: Kiriakidis, Stilpon P. (1990): *To Dimotiko Tragoudi. Synagogi Meleton* [The Folk Song. Collection of Studies]. Athina: Ermis, p. 37.

³² Ibid.

Even if nowadays the majority of scholars perceive them more as a relic of the past than reflecting a living tradition (simply because new folk songs are no longer produced), still folk songs are regarded in Greece as an authentic source of popular wisdom. They are regularly heard on the radio or in social gatherings and are performed not only by small folk music bands but also by well-known singers. At the same time folk songs collections – in which, as we saw, anti-Jewish attitudes are commented on in such a cursory manner – are accessible in public and school libraries all over the country.

Today, in the midst of deep economic depression, xenophobic and racist attitudes find a fertile ground. Old prejudices³³ and anti-Jewish sentiments resurface³⁴ and gain momentum once more. As this research on the Jews in Greek folk songs indicated, a more rational and educated approach of Greece's folk and popular culture altogether is needed. It is our belief that it will contribute positively to the ongoing public discussion about racism, antisemitism and fascistic indoctrination.

³³ See also Bowman Steve (1985): *The Jews of Byzantium 1204-1453*. Alabama: University of Alabama Press.

³⁴ On the famous touristic island of Hydra, for instance, the burning of Judas is publicly performed despite the fact that the Greek Orthodox Church has officially condemned it in 1918. URL: http://wwwwhydramysoul.blogspot.co.il/2011/04/blog-post_25.html, last access: 27.08. 2013.

Bibliography

- Bowman, Steve (1985): *The Jews of Byzantium 1204-1453*. Alabama: University of Alabama Press.
- Clogg, Richard (1992): *A Concise History of Greece*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dimitrakopoulos, Sofoklis (1998): *Istoria kai Dimotiko Tragoudi, 325-1945* [History and the Folk Song from 325 to 1945], Athina: Parousia.
- (1999): *Dimotika Tragoudia: I Syllogi tou Fauriel. Anekdotika keimena* [Folk Songs. Fauriel's Collection. Unpublished texts]. Irakleio: Panepistimiakes ekdoseis Kritis.
- (1962): *Ellinika Dimotika Tragoudia* [Greek Folk Songs]. Athina: Akadimia Athinon.
- Fauriel, Claude (1824/1999): *Ellinika Dimotika Tragoudia* [Greek Folk Songs], tomos A, ekdosi tou 1824-1825, epim. Al. Politis. Irakleia: Panepistimiakes ekdoseis Kritis.
- Koliopoulos John S.; Veremis Thanos M. (ed.) (2004): *Greece. The Modern Sequel. From 1821 to the Present*. London: C. Hurst & Co..
- Kyriakidis, Stilpon P. (1990): *To Dimotiko Tragoudi. Synagogi Meleton* [The Folk Song. Collection of Studies]. Athina: Ermis.
- Panagiotou, Giorgos (1994): *"Den eimaste ki emeis Ellines?!..."* ["Aren't we Greeks too?!..."]. Athina: Ekd. Eikostou Protou.
- Passow, Arnold (1861): *Liebes- und Klagelieder des neugriechischen Volkes*.
- Petropoulos, Dimitris (1958): *Ellinika Dimotika Tragoudia* [Greek Folk Songs]. Athina: Vasiki Vivliothiki.
- Simbi, Iakov (1983): *To Archetypo tou Evraiou stin Elliniki Laiki paradosi*. [The Archetype of the Jew in the Greek Folk Tradition]. Jerusalem: doctorate thesis for The Hebrew University of Jerusalem, unpublished.

Ferenc Laczó

Antisemitism Contested

The Emergence, Meanings and Uses of a Hungarian Key Concept

Abstract

Antisemitism has emerged as a key concept of the Hungarian sociopolitical vocabulary during the last decades when it has been chiefly employed by its critics. The paper lists four main reasons that are in turn historical, transnational, intellectual and political behind the much increased importance of this concept. Through the methods of conceptual history, it subsequently aims to show that the meaning of antisemitism has undergone significant changes since the fall of the communist regime. The three most important semantic shifts identified are its moralization, extension and politicization. While moralization is meant to indicate the complete unacceptability of antisemitism, its extended conception tends to depict it as a most complex and dangerous form of prejudice. Both the moralized and extended conception of antisemitism was also politically employed by Hungarian left liberals to contest the legitimacy of the conservative rightist forces. The latter have in turn aimed to redefine antisemitism as a political as much as a social or cultural issue, thereby contributing to its further politicization. More recent years have also brought about the visible revival of antisemitism – in spite of the concept having been recurrently and critically used in public discussions of recent decades.

Introduction

The term antisemitism is derived from the Biblical name of Shem, the first son of Noah. It draws more directly on linguistic and ethnological theories of the Semites that were developed from the late 18th century onwards and got racialized around a century later. While antisemitism literally refers to Semitic speakers as a whole and would thereby include animosity towards Arabs, among others, more often than not it has been taken to mean animosity towards the Jews in particular. As such it has often been related to but also contrasted with anti-Judaism, the latter being qualified as a religious-based phenomenon. Antisemitism, on the other hand, has typically been conceived as a modern, interethnic, political, socioeconomic or psychological phenomenon, though it has recurrently been conceded that it derives many of its defining concepts, images and agendas from the Christian religion.¹

Antisemitism as a term first appeared around 1860, the year in which Moritz Steinschneider, an eminent scholar of Judaism in his age, published a polemical piece on Ernest Renan in German with the subtitle *antisemitische Vorurteile* (antisemitic prejudices). The meaning of the term was also shaped by its first political propagators some two decades later, most famously Wilhelm Marr, who was not only among the founders of the modern antisemitic movement but numerous authors have falsely credited him, if that was the word, with having invented the term. The Hungarian fellow politician of Marr, Győző Istóczy established an infamous but rather short-lived National Antisemitic Party as early as 1883.² Soon afterwards, so the conventional historiographical argument, antisemitism would get

¹ An impressive recent attempt to analyze this millennial tradition under the label of anti-Judaism is Nirenberg, David (2013): *Anti-Judaism. The Western Tradition*. New York: W.W. Norton.

² The blood libel case of Tiszaeszlár and the accompanying wave of antisemitic violence was the most significant. On Tiszaeszlár, now see Kövér, György (2011): *A tiszaeszlári dráma*. Budapest: Osiris.

encoded in a more encompassing worldview of autocratic ethnicism.³ It would therefore no longer be used to self-identify political parties.

The argument of this essay about the much more recent conceptual history of antisemitism in Hungary begins with the observation that even though the concept was occasionally employed prior to 1989, a veritable explosion of discussions took place around it after the fall of the communist regime that appear to be far from over. These manifold discussions dealt with various issues such as the intellectual origins, political history, societal strength or the contemporary uses of antisemitism. In other words, coinciding with the fall of communism and the rise of representative democracy, the term antisemitism has not only come to largely replace its Hungarianized synonym *zsidóellenesség* (that closely resembles the meaning of the German term *Judenfeindlichkeit*) but has clearly emerged as one of the key concepts in the Hungarian sociopolitical vocabulary. The most significant change in the use of this concept may appear so evident by now that it is unnecessary to elaborate on it at any greater length: while in the 19th century antisemitism was also heavily circulated by its propagators, in more recent decades the concept has almost exclusively been employed by its critics. In Hungary, they were occasionally labeled anti-antisemites and 1995 in fact saw the launching at the MTA Judaisztikai Kutatócsoport (The Judaic Studies Research Group of the Hungarian Academy of Sciences) in Budapest of a short-lived series titled *Anti-antiszemita füzetek* (Anti-antisemitic booklets).

First, I shall provide four contextual reasons why antisemitism could become a key concept in late 20th and early 21st century Hungary. They are in turn of a historical, political, intellectual and transnational nature. Subsequently, I will aim to show that the conceptual historical changes of recent decades have not only seen a much more frequent use of this concept but resulted in significant semantic shifts too. The three major such shifts I wish to trace and illustrate are the moralization, expansion and politicization of antisemitism.

The Context

First a few words on each of the four major reasons why antisemitism could become a key concept in Hungary around the fall of communism. The reason I have to mention first is a rather obvious historical one: Hungarian co-responsibility for the Holocaust was arguably among the most sensitive questions in postwar Hungary, even if it was only rarely explicitly discussed. After early postwar confrontations with the extermination of Hungarian Jewry in the forms of war crimes trials, historical works, published memoirs or interview projects where antisemitic practices were presented in a detailed manner, the consolidated Hungarian communist regime of the 1950s and 60s largely tabooed the events of the Holocaust and its prehistory while also aiming to embed them in a larger anti-fascist frame. With the gradual decline of communist ideological control in the 1970s and 80s, mandatory anti-fascism lost much of its persuasive power exactly when the question what led to the deportation of Hungarian Jews by other Hungarians could already be more prominently discussed. Arguably both of these intellectual developments helped to approximate national historical realities much better in a country that was massively involved in the Holocaust but

³ On neo-conservatism and right-wing radicalism in the era of the Dual Monarchy, see Szabó, Miklós (2003): *Az újkonzervativizmus és a jobboldali radikalizmus története, 1867-1918*. Budapest: Új Mandátum.

did not have a fascist dictatorship during most years of the Second World War. These two major developments in how history was being discussed, i.e. decreasing interest in applying the theory of fascism and an increasing one in the Holocaust, can be viewed as the first reason why the concept of antisemitism started to acquire much added importance.

Since 1989, the international environment of the country has massively changed too. The post-Yugoslav wars of the 1990s greatly contributed to the sense that Eastern European nationalism is not only especially strong but there is also something particularly sinister about it. Monitoring local nationalisms and the threats they posed thus became a mainstream preoccupation. Around the same time, a self-critical consciousness about national history started to be more widespread internationally. Based especially on what was perceived to be the German model of dealing with the past, national self-criticism became an important part of projects of historical reconciliation and, more generally, European identity building. It was thus repeatedly measured to what extent the post-communist states that were being integrated into European structures had managed to complete a move from a type of historical culture based on modern teleologies, supposedly heroic triumphs and national self-assertion to one focused on the memory of crimes and their perpetrators as well as their victims, suffering and trauma. Through the Declaration of the Stockholm International Forum, confrontation with the history of the Holocaust in particular emerged as a cornerstone of the shared European sense of recent history. These developments helped make antisemitism into one of the chief historical and political evils in the larger international environment of Hungary and thereby made their contribution to the emergence of antisemitism as a Hungarian key concept.

Besides such local historical and transnational reasons, the third and fourth ones concern intellectuals and politics in post-communist Hungary more directly. The opposition between *népi* and *urbánus* (populist and urbanite) intellectuals as well as the closely related Jewish question, which is often used in quotation marks nowadays, has remained rather significant throughout the decades of the Hungarian communist regime – in spite of the fact that the regime aimed to simultaneously restrict the expression of Jewish identity and antisemitism. Both issues went much more public right after the end of the dictatorship though. The *populist-urbanite* opposition was originally a fierce polemic among intellectual during the 1930s. In the eyes of numerous observers, it was re-launched right after 1989 when many leading intellectuals entered politics and the major governing party considered the former, while the major opposition party the latter side of the debate to belong among its chief intellectual precursors.

It is therefore unsurprising that intellectuals heavily debated the intertwined Jewish question during the 1990s as well. Two major monographs were devoted to its history around this time that, rather characteristically, articulated sharply different perspectives. János Gyurgyák's book argued from a national conservative position that the strength of antisemitism was a reaction to the misfortunate official denials of the Jewish question in the context of Jewish assimilation being widely demanded but not actually completed.⁴ At the same time, in his much more liberally oriented book, Tamás Ungvári presented the Jewish question as the product of racial antisemites who aimed and temporarily succeeded at

⁴ Gyurgyák, János (2001): *A zsidókérdés Magyarországon*. Budapest: Osiris.

excluding already integrated Jews from Hungarian society and culture.⁵ It was indicative of the divergent perspectives of the two authors that only the latter used quotation marks to refer to his subject.

The widespread perception of a repeat of the populist-urbanite debate and the elaborate scholarly polemics over the history of the Jewish question were undeniably at least partly due to the presence of intellectuals both of Jewish, non-Jewish and mixed origins and affiliations among members of the Hungarian intellectual elite and their rather divergent historical narratives.⁶ Such differences have tended to acquire political coloring. In 1992-93, for instance, historian László Karsai published separate anthologies devoted to texts of Hungarian thinkers who cherished inclusivist and exclusivist attitudes towards Jews.⁷ In an eminently political move, the volumes practically identified the left liberal tradition with the laudable former and the conservative-rightist one with the condemnable latter attitude.

In short, it seems to me that antisemitism could become a key concept in Hungary during recent decades due to four main reasons: the new discussions of national history once communist ideological control declined, the transformation of the international environment of the country, major public debates among intellectuals and, last but not least, the symbolic-identitarian components of the major political contests that arose right after the fall of the communist regime.

Three major semantic shifts

What has happened to the meaning of antisemitism in Hungarian public discussions since it much increased its relevance? The three major conceptual historical shifts of more recent decades I have identified may be called the moralization, expansion and politicization of the concept.

First, the concept of antisemitism was employed in an increasingly moralizing way meant to indicate its complete unacceptability. This clearly had to do with the fact that recent discussions of antisemitism were closely related, sometimes explicitly and more often implicitly, to those of the Holocaust – a term that in recent decades came to largely replace alternative terms in Hungarian such as *vészidőszak* (roughly “the age of ruin”). The close connection posited between antisemitism and the Holocaust and the strong moral critique of antisemitism are both made explicit in one of the most frequently quoted sentences of Hungarian Nobel-prize winning author Imre Kertész who stated that “Before Auschwitz, an antisemite was a latent murderer, after it he is a self-declared one.”⁸

One way to illustrate the strength of this negative moral encoding of antisemitism after the Holocaust and communism is that it would even impact those who were widely perceived to be among its chief propagators. István Csurka, the leading radical rightist politician after 1989 whose Christian nationalist discourses tended to maintain that there was

⁵ Ungvári, Tamás (1999): *Ahasvérus és Shylock. A “zsidókérdés” Magyarországon*. Budapest: Akadémiai.

⁶ On a community of memory in Hungary (*emlékezetközösség*) and potential Jewish – non-Jewish divergences, now see the *enquête* of the Jewish political and cultural journal Szombat.

⁷ Karsai, László (ed.) (1992): *Kirekesztők. Antiszemita írások, 1881-1992*. Budapest: Aura; Karsai, László (ed.) (1993): *Befogadók. Írások az antiszemitizmus Ellen 1882-1993*. Budapest: Aura.

⁸ Kertész, Imre (1997): *Valaki más. A változás krónikája*. Budapest: Magvető.

a strict opposition between Christian Hungarians and Jewish “others”, repeatedly denied accusations of being an antisemite. The generally sensed moral odium of being qualified as an antisemite led Csurka to add unconvincing clarifications after repeatedly articulating antisemitic prejudices. While scholars discussed the phenomenon of “antisemitism without Jews”, his far from unique case thus reveals a conceptually intriguing alternative phenomenon that may be called antisemitism without antisemites.

The moral charge of the concept meant that even secondary antisemitism, i.e. statements that may qualify as antisemitic, could now appear much more suspect. It is illustrative of this trend that the largest debate among Hungarian historians in recent years was launched in the summer of 2012 when András Gerő attacked Ignác Romsics, both leading authorities on modern Hungarian history, of antisemitism. Gerő argued that some of Romsics’s texts *may be read* in an antisemitic key. As Gerő highlighted, some of Romsics’s recent publications referred to the Jewish origin of certain communist historians but not to the origins of others and cited antisemitic interpretations of the communist takeover without critical comment.⁹ It seems that the morally dubious discursive practice Gerő complained about came down to Romsics making factually not untrue statements that were, however, often interpreted in an antisemitic key and doing so without explicitly distancing himself from such interpretations.

Drawing on a morally charged understanding of antisemitism, Gerő could maintain that even potentially antisemitic communication could have harmful effects and was morally dubious. It is worth adding that the numerous critics of Gerő’s polemic did not question his moral encoding of antisemitism, even though they tended to reject what they saw as his unjustified *ad hominem* attack on Romsics. In other words, participants of the debate agreed that antisemitism was morally unacceptable and “merely” disagreed whether Romsics ever intended to send such messages.

Besides its moralization, the concept of antisemitism gradually expanded to mean a most complex, virulent and dangerous form of prejudice that not only proved to be a recurrent cause of violence but ultimately also the source of its worst form in 20th century Europe. One indication of this is that the expression “nationalism and antisemitism” has come to be repeatedly used in discussions of contemporary Hungary. It seems that in phrases of this kind antisemitism has practically replaced that of racism. The latter used to be widely understood as a more encompassing category and antisemitism was rather pictured as its special subcategory. It seems to me worth suggesting an admittedly somewhat schematic contrast here: while the Hungarian term *zsidóellenesség* tended to denote specific anti-Jewish discourses and deeds that were *localizable parts* of culture and history, antisemitism would increasingly be understood to shed critical light on culture and history *as a whole*. In line with this expanded understanding of antisemitism, confrontations with its profound presence could be defined as an unavoidable part of the necessary self-critical reevaluation of traditions.

Rather similarly to the debate the article of Gerő launched among historians, literary scholar András Lengyel penned much discussed articles in 2009-10 that dealt with the originally anonymously released radical rightist journal articles of Dezső Kosztolányi from

⁹ On the debate as a whole, see Rigó, Máté (2013): A Hungarian version of the Historikerstreit? A summary of the Romsics Gerő debate among Hungarian historians (2012). URL: <http://www.imre-kerteszkolleg.unijena.de/index.php?id=415&l=0>, last access: 27.08.2013.

the early 1920s. Lengyel aimed to prove that Kosztolányi, one of the most celebrated Hungarian writers and poets of modern times, published texts in which antisemitism may have remained implicit but was nonetheless a structural given. Lengyel analyzed key terms in Kosztolányi's vocabulary such as his much loved "Latin clarity" to arrive at the conclusion that they only acquire their full meaning when their implicit contrast with negative and supposedly Jewish characteristics are understood.¹⁰ In other words, according to Lengyel, Kosztolányi articulated an antisemitic symbolic hierarchy, even if the inferior parts of this hierarchy were not specified. Kosztolányi was qualified here as an antisemitic publicist according to an expanded meaning of the term, through which larger systems of thought could be seen to be profoundly implicated in the history of antisemitism.

Third, accompanying the rightward shift of Hungarian politics that started in the fall of 2006, not only have there been recurrent reports on the increased visibility and acceptance of antisemitism but the concept has become more strongly politicized too. Critics of the current government have been especially keen on reporting on Hungarian antisemitism both in the moral sense of the intolerable being outrageously tolerated and in the expanded sense of them being ethnic nationalists and thereby representing a Hungarian political and cultural tradition profoundly tainted by antisemitism. Most prominently, perceptions of the threat posed by contemporary Hungarian antisemitism led the World Jewish Congress to hold its plenary assembly in Budapest in May 2013. At the same time, as the longitudinal quantitative studies of András Kovács have revealed, the political determinants of attitudes towards antisemitism have substantially grown in recent decades.¹¹ While the mainstream right has become increasingly committed to a form of Hungarian nationalism that indeed harbors rather ambivalent attitudes towards Jews, left liberals have repeatedly charged them with outright antisemitism.

In this increasingly divisive political situation, the concept of antisemitism was further politicized. An eminent occasion of this was when Nobel Peace Prize laureate Elie Wiesel visited the Hungarian Parliament in 2009 and Zoltán Balog, a member of Fidesz and one of his discussion partners there, complained to him about the political abuse of the antisemitic label in Hungary. Balog's statement reveals that to conservative-rightist forces antisemitism means not only observable animosity towards Jews that has to be rejected but also a politicized concept in the left liberal vocabulary.

The conservative-rightist strategy in reaction to the perceived politicization of the discussion of antisemitism has thus been to endow the concept with an alternative meaning. In their vocabulary antisemitism is as much a problem of malevolent political exaggeration requiring defense as it is a significant social and cultural issue. In other words, Hungarian conservative-rightists are at times more likely to critique the antisemitic label used against them as they are to directly critique Hungarian antisemitism. It is indicative of their sense of the political problems created by anti-antisemitism that the expression anti-anti-antisemitism was employed for the first time in 2012 – even if it might not be an entirely serious term.¹² In

¹⁰ See, among others, Lengyel, András (2009): Kosztolányi „latin világossága”. In: Kalligram (2009/2), p. 66–75.

¹¹ See Kovács, András (2010): *The Stranger at Hand. Antisemitic Prejudices in Post-Communist Hungary*. Leiden: Brill.

¹² See Hartland, Holger (2012): *Anti-anti-antiszemitizmus*. URL: <http://hartland.blog.hu/2012/12/01/anti-anti-antiszemitizmus>, last access: 27.08.2013.

sum, it seems to me that Hungarian left liberals have politicized the concept of antisemitism by recurrently employing it in their critiques of the conservative-rightist forces. In turn, conservative-rightist have further politicized it by redefining claims of antisemitism as part of a political attack.

In conclusion, antisemitism has not only become a key concept of the Hungarian sociopolitical vocabulary in recent decades but its meaning has also undergone significant changes. The concept has been increasingly presented in a moralized key while its realm of applicability expanded and its uses were further politicized. It is indeed a melancholy lesson that, in spite of the concept having been recurrently and critically used in public discussions during the last decades, more recent years have brought about the revival of the phenomenon.

References

- Gyurgyák, János (2001): A zsidókérdés Magyarországon. Budapest: Osiris.
- Hartland, Holger (2012): Anti-anti-antiszemizmus. URL: <http://hartland.blog.hu/2012/12/01/anti-anti-antiszemizmus>, last access: 27.08.2013.
- Karsai, László (ed.) (1992): Kirekesztők. Antiszemita írások, 1881-1992. Budapest: Aura; Karsai, László (ed.) (1993): Befogadók. Írások az antiszemizmus Ellen 1882-1993. Budapest: Aura.
- Kertész, Imre (1997): Valaki más. A változás krónikája. Budapest: Magvető.
- Kovács, András (2010): The Stranger at Hand. Antisemitic Prejudices in Post-Communist Hungary. Leiden: Brill.
- Kövér, György (2011): A tisztaeszlári dráma. Budapest: Osiris.
- Lengyel, András (2009): Kosztolányi „latin világossága”. In: Kalligram (2009/2), p. 66–75.
- Nirenberg, David (2013): Anti-Judaism. The Western Tradition. New York: W.W. Norton.
- Rigó, Máté (2013): A Hungarian version of the Historikerstreit? A summary of the Romsics Gerő debate among Hungarian historians (2012). URL: <http://www.imre-kertesz-kolleg.unijena.de/index.php?id=415&l=0>, last access: 27.08.2013.
- Szabó, Miklós (2003): Az újkonzervativizmus és a jobboldali radikalizmus története, 1867-1918. Budapest: Új Mandátum.
- Ungvári, Tamás (1999): Ahasvérus és Shylock. A “zsidókérdés” Magyarországon. Budapest: Akadémiai.

Eszter B. Gantner

"He is ugly and a Jew!"

The Hungarian Socialist Workers' Party and the Hungarian Jewish Community in the 1960s and 1970s

Abstract

The years 1967 and 1974 seemed especially significant as the anti-Zionistic rage caused by the Israeli-Arab wars stirred up Hungary's internal affairs. The anti-Zionist policy adopted by the Kádár regime after 1956 meant more than 'simple' anti-Israel attitude in Hungary. The article provides some answers on the following questions: What characterized the policy of the Hungarian Socialist Workers' Party toward the Hungarian Jewish community? Which strategy did the Jewish Community develop in order to survive as a minority in a closed social and political system? How much was the Community able to represent special Jewish interests in the era of consolidation after 1956? Furthermore the article enriches the picture on the topic with new documents and features with regard to the relationship of the ruling party to a minority.

In the last decade, an increasing number of studies have dealt with the seemingly recent past 40 years of the Hungarian history. However, these studies laid the emphasis primarily on the 1950s, more specifically on the events of 1956. For the time being there are considerably fewer studies analysing the events of the sixties and seventies and their participants. The years 1967 and 1974 seemed especially significant as the anti-Zionistic rage caused by the Israeli-Arab wars stirred up Hungary's internal affairs. Further, the anti-Zionist policy adopted by the Kádár regime after 1956 meant more than 'simple' anti-Israel attitude in Hungary. Therefore in the following study I seek answers to the following questions: What characterized the policy of the Hungarian Socialist Workers' Party toward the Hungarian Jewish community? Which strategy did the Jewish Community develop in order to survive as a minority in a closed social and political system? How much was the Community able to represent special Jewish interests in the era of consolidation after 1956?

It is my conviction that the following paper, even if only to a small extent, can enrich the picture with new documents and features as far as the relationship of the ruling party to a minority is concerned.

The beginning: The 1950s

"And really for the first time these Jews, without considering their party allegiance, sympathised with the liberation movement [...] and they knew that mainly the Communists are those, who are fighting with the most embittered Fascists. In this time the general opinion was that the Jews, who survived the horrors of the war, if not Communists, had to be Democrats without a doubt. [...] we fight against Zionists. This is certainly not antisemitism and the good Communists or non-party Jews who are loyal to our democracy and support this [...] we'll esteem and reward them in the same way as we have until now."¹

¹ Rákosi Mátyás felszólalása az MDP KV 1957 február 17. ülésén [Mátyás Rákosi's speech on the session of the Hungarian Democratic Party, February 17, 1957]. In: Valéria Révai; Péter Hardi (ed.) (1991): Törvénytelen szocializmus. A tényfeltáró bizottság jelentése. Budapest: Zrínyi; Új Magyarország; p. 107.

The above quotation – a fragment from Mátyás Rákosi’s² speech in front of the Political Committee in 1953 – contains two defining elements of the party’s ‘Jewish policy’. On the one hand, the Party leadership realised that a considerable number of the Hungarian Jews were emotionally linked to the party through being liberated by the Red Army, through the Communist Party’s radical promises and attitude towards the right wing. Taking advantage of this, the party willingly ‘recruited’ members from among the Jews with higher qualifications who stayed in the country. In 1948 a new era started in Hungarian history through the coming to power of the Hungarian Communist Party with the help of the Red Army, consignments of which were stationed in the country. The new – Stalinist – system needed the mentioned well-educated members to strengthen the Communist structure in every field of the social, economic and political life.

On the other hand, the fight proclaimed against Zionism, when anybody could be labelled thus, did provide a handy, comfortable political weapon, redirect public opinion from the real social difficulties: the low standard of living, and the aggravating economic situation. It also helped the power to nip in the bud any manifestation of Jewish identity. The quoted paradigm of “bad Jews and good Jews” served as a basis for the party’s anti-Zionists policy and as a legitimization of this policy against “the bad Jews”. The party leadership with its ‘anti-Zionistic’ campaign offered a “language” that enabled to channel antisemitic feelings existent in Hungarian society without any consequences.³

“The years 52-53 were very oppressive. We lived in fear. The law prohibited antisemitism. But if on the train somebody said: ‘You dirty Zionist!’ that wasn’t a crime anymore and everybody knew what was going on.”⁴

The cynicism of this policy appeared twofold. On one hand, the party promised protection against antisemitism, but at the same time it played with antisemitic clichés underneath of anti-Zionism. On the other hand, the party declared, depending on the political situation and aims, what was to be understood under “bad Jews” and “good Jews”.⁵

The party allowed the manifestation of ‘Jewishness’ only on a religious level. At the same time, paradoxically, it suggested the existence of some kind of Jewish identity with the anti-Zionist trials, planned after the Soviet model during the 1950s. As it is well-known, from 1949 until 1954 a whole series of political trials took place based on accusations of Zionist activity. But the prisoners of such trials included Orthodox Jews, former Zionists, and Jewish leaders within the Community as well as victims of anti-Zionist purges within the Communist Party. A special manifestation of the anti-Jewish policies showed up in the forms of recording of Jewish background and the attempts to restrict the number of Jewish cadres.⁶

² Mátyás Rákosi (March 9, 1892 – February 5, 1971) was the General Secretary of the Hungarian Communist Party (1945–1948) and later the General Secretary of the Hungarian Working People’s Party (1948–1956).

³ Between 1945 and 1947 numerous acts and regulations had been passed against antisemitism. See: Csorba, László (1990): *Izraelita felekezeti élet Magyarországon a vészorkszaktól a nyolcvanas évekig* [Jewish religious community life in Hungary from the Age of Peril to the Eighties]. In: Ferenc L. Lendvai; Anikó Sohár; Pál Horváth (eds.): *Hét évtized a hazai zsidóság életében*. Budapest: MTA Filozófia Intézet Kiadása, p. 86.

⁴ Bacskaí, Sándor (1997): *Egy lépés Jeruzsálem felé* [One step toward Jerusalem]. New York; Budapest; Jeruzsálem: Múlt és Jövő Lap- és Kvk.; BFL, p. 44.

⁵ For example Jews who had been active in the left-wing parties and political movements before the WWII. See: Kovács, András (2010): *Jews and Jewishness in Post-war Hungary*. In: *Quest. Issues in Contemporary Jewish History* (1), p. 34–57.

⁶ Kovács, András (2003): *Magyar zsidó politika a háború végétől a kommunista rendszer bukásáig* [Hungarian Jewish Politics from the End of WWII until the Fall of the Communist Regime]. In: *Múlt és Jövő* (3), p. 3–39.

The picture this identity conveyed towards society was one evoking danger, threat, and such old antisemitic clichés as ‘an international Jewish conspiracy’, the capitalist ‘bloodsucking’ Jew etc.

The reduction of Jewishness to religion and the denunciation of everything else as Zionism offered a simple solution for the ‘accommodation’ of Jews into society: namely, its forceful assimilation into Hungarian society. However, the concepts ‘Hungarian of Jewish faith’, ‘Zionist’ and ‘Jew’ often overlapped and were at times interchangeable. This was clear during the trials when otherwise loyal religious personalities were arrested alongside the Zionist politicians and any religious leader could be sentenced on the accusation of being a Zionist. Thus, it is understandable that learning from experience, the community leaders rigidly refused the concept and use of any kind of Jewish identity and – just like a hundred years before – they spoke only of Hungarians who were of Moses’ faith: so called ‘Hungarian Israelites’. This concept showed up in the subtitle of the official journal of the Hungarian Jewish organized community from 1951 as well: “New Life: The Paper of Hungarian Israelites”.⁷

After 1945, in spite of the huge losses, especially in the case of the more traditional provincial Jews, life in the communities restarted. Since the Jews lived mainly in Budapest – 96537 Jews⁸ lived in the capital in 1949 – the Budapest Jewish community had a defining role in the life of the Hungarian Jewish community. The social structure of the country’s Jewish community changed partially because of the Holocaust, partially because of emigration. Whereas the religious or at least tradition-keeping provincial Jewish communities were almost entirely destroyed the assimilated middle-class who had the highest survival rate tried to find their place in the emerging Hungary. Religious life was soon reorganised, mainly by the reorganisation of the conservative communities. Other kinds of community organisations, such as associations, guilds etc. could only function until 1950 when they were forcefully destroyed. The congregations themselves were forced into one unitary religious community – by considerable state pressure. The National Representatives of the Hungarian Jews led them. This centralisation made possible a more efficient and more severe control of the community. The organisation was entirely loyal to the state. But not even this loyalty could prevent the leaders from state terror: Lajos Stöckler, the president of the Budapest Jewish community, became one the victims of the anti-Zionist campaign. Jewish life was limited to a religious framework – and this is where the cynical duplicity of the party became manifest again – yet, not even the primary conditions of practice were assured. A special problem was the celebration of Sabbath in schools and other places as Saturday was proclaimed a weekday. It was only in 1954, when Imre Nagy became Prime Minister, the possibility was given to establish associations keeping the Sabbath, and where having Saturday as a holiday was feasible.

However, the haunting memory of the Holocaust⁹, the joining of Jews to the Party, the existence of a Jewish middle class, the accusation of Zionism and the antisemitism created a

⁷ *Új élet: a magyar izraeliták lapja* (1951-1989).

⁸ Stark, Tamás (1995): *Zsidóság a vészkorszakban és a felszabadulás után (1939-1955)* [Jews in the terror period and after the liberation (1939-1955)]. Budapest: MTA Történettudományi Intézete (Társadalom- és művelődéstörténeti tanulmányok, 15), p. 95.

⁹ In the article we use the term “Holocaust” instead of “Shoah” because in the Hungarian historiography commonly the word “Holocaust” is used.

particular, very uncertain – it might be even called ‘floating, suspended’ – situation for the Jews under the Rákosi regime. The accumulating dissatisfaction in the population could be directed against them at any time. This fear and defencelessness strengthened the paradoxical situation of the Jewish community. A considerable proportion of the Hungarian Jews and the Community expected defence by the party ‘fighting against the Fascists’, while the party itself stirred the inimical atmosphere which caused this fear.

“In political respects, these years were the most dangerous; at this time we were mostly afraid. In the newspapers we could read about a Zionist conspiracy and about the Doctors’ Trials in Moscow.”¹⁰

The role of the Communist leaders in the Zionist trials and the antisemitic campaign became clear for most Jews first during the period of ‘amelioration’ after Stalin’s death. Nevertheless, the basic survival strategy of the Community – hoping for protection by the state – will be detectable in the period after 1956 as well.

“Continuation and consolidation”: The 1960s

After the repression of the 1956 revolution, the new regime tried harder to involve the functionaries of working class or peasant descendents into the higher leadership of the party. The functionary changes brought about in the party were clearly aimed at weakening the positions of those of Jewish origin. The inner political struggle, the resulting rivalry and the defence of the obtained positions only increased the new functionaries’ antisemitism against the Jewish functionaries often coming from intellectual families. The latter ones ‘leaked back’ into the state apparatus during the consolidation period. János Kádár, however, took that to keep the number of Jewish functionaries low in especially important positions.¹¹ Certainly, these phenomena turned up only in the party’s inner discussions and they became known for the wider public only as rumours.¹²

A letter by the party functionary György Marosán from 1962 clearly illustrates the phenomenon of ‘personal antisemitism’ within the party, which was used in many cases as weapon in the inner intrigues and was manifest obviously only behind political curtains:

“[...] On another occasion the dismissal of a Central Committee secretary, who was also a district secretary was discussed. I started defending the respective person and asked them to give reasons for his dismissal. Comrade Sándor’s answer was pithy: ‘He is ugly and a Jew!’”

I was astonished and burst out ‘Why didn’t they notice in 1956 that he was ugly and a Jew?’ And that at any rate it was immoral to dismiss somebody on such grounds. I could not look into people’s eyes again. [...]”¹³

But the existence of this ‘personal antisemitism’ within the party increased the suspicions against Hungarian Jews. The party’s policy towards the community was interwoven by this lack of trust strengthened by the antisemitic clichés about the rootless, liberal Jewish intelligentsia. The congregation, placed between the power structure and the Hungarian Jews, was forced to express its opinion: that is to emphasise its loyalty even in cases which

¹⁰ Bacskai, p. 23.

¹¹ Révész, Sándor (1997): *Aczél és korunk* [Aczél and our times]. Budapest: Sík kiadó, p. 135–136.

¹² Kovács (2003), p. 24.

¹³ György, Marosán (1962): 1962 szeptember 1.-i beadványa (The letter of Marosán György). Mol: M-KS-288-4/58.öe, p. 60.

involved the large Jewish community, the question of Zionism, the relationship towards Israel and not the religious community life directly. The party considered the Jewish Community a kind of official representative of the Jews, though only a small part of the Hungarian Jews had anything to do with it. This practice proved that though the Hungarian Socialist Workers' Party wished to reduce the Jews to religious life – just like it was done in the 1950s – it also presumed the existence of Jewish ethnicity beyond the religion. This contradiction can be detected in its policy regarding Israel, as a result of which the Community – as a strictly religious organisation – was compelled to make ‘loyalty vows’ again and again.

In the 1960s the basic tone was defined by anti-Zionism and mingling with it antisemitism in parallel with the increasing tensions in the Middle-East. However, the Kádár regime was careful enough not to turn the policy against Israel into a ‘Jewish problem’ in the internal affairs, as was the case in Poland and the Soviet Union.

The anti-Zionist and antisemitic ideas appeared quite soon, in 1961, in the leadership of the party and in the Political Committee during the Eichmann trial – an outstanding event in the history of Israel. Special attention should be paid to the opinion of the party leadership in connection with the Eichmann trial about the persecution and annihilation of the Jews. According to it, the emphasis was laid on the fact that the victims were Hungarian citizens rather than that they were Jews. In this way, facing the Jewish problem and the responsibility of Hungarian society seemed avoidable. On the other hand, this conception meant the ‘belittling’ of the persecution of the Jews, especially when the role of the antifascist, Communist martyrs was emphasised:

“[...] Comrade István Szirmai:

I would like to draw the comrades' attention to such circumstances, which are not included in the suggestion. In my opinion the Israeli government is interested in the arrest and trial of this Eichmann, because there are facts that gravely compromise the Israeli government and the Zionist movement. These are facts that Eichmann knows, as well, and they don't want to make it public. [...] There was the Kaszner case – the Israeli government had him killed to make him shut up. It was again a very confused case, but the gist is that even the head of the Israeli government had common interests with the Gestapo. There is something quite interesting here. Eichmann was kidnapped from Argentina and after three days the courtroom, where such public trials could be held, burnt down. This is not a coincidence.

I would suggest the following: our propaganda should not only benefit from this trial so that the fascists of the Federal Republic of Germany are revealed, but it should also attempt to unmask the Israeli government.[...]

Comrade János Kádár:

[...] It is not advisable to turn these miserable fascist cases into an exclusive Jewish problem. If we become involved, the decisive factor should be that this Eichmann murdered hundreds of thousands of Hungarian citizens. This is the line that should be emphatic and not the one that turns it into a Jewish problem. Eichmann didn't kill only Jews; there were others, as well. This is not a Jewish problem, but a question of fascism and anti-fascism. We acknowledge the right of the Israeli court of justice in this case. Only this much about the Jews.”¹⁴

¹⁴ (1960): A PB. 1960 június 28.i ülésének jegyzőkönyve (Report of the session of the Political Committee). MOL: M-KS-288-5/189.öe, p. 10-11.

The anti-Zionism, casting a shadow on the relationship with Israel, which was a common characteristic of the accusations of an Israeli ‘imperialist’ policy and its strong relationship with the USA, constantly overlapped with the ‘Zionist’ epithet which the party used to allude to any kind of ‘national’ identity,¹⁵ feeling or intention of defending their interests on behalf of the Hungarian Jewish community. This kind of Zionism was to be repressed and the power structure expected the Jewish Community to take a stand against possible Zionist phenomena or to report them, though the Community as a religious organisation theoretically had to perform religious duties and tasks. At the same time, the party took firm steps against the sometimes surfacing nationalism and the often-accompanying antisemitism on the ‘receiving’ end.¹⁶

The party’s firmness of conduct against the antisemitic phenomena strengthened the conviction in the Community that in exchange for its loyalty it can hope for protection against antisemitism. This attitude – which was formed in the 1950s, as we have seen – contributed to the fact that the Community, true to the role imposed on it, always took the stand in the questions concerning the Jews according to the expectations of the party. This was so, even if personal opinions differed considerably from the official standpoint. This was evident in the atmosphere reports from within the community. Accordingly, the leadership of the Community described in detail the relationship between itself and the Israeli Embassy, the attitude of the inner, Zionist, opposition. Naturally, this was noticed by the simple members, that is by a part of the Hungarian Jews, who would have liked a more courageous standpoint, even a more emphatic representation of the special Jewish interests. This was especially visible during 1967.

Up to 1967 a defining element of the life of the religious community and the policy towards it had been its relationship to the Embassy of Israel and to the international Jewish organisations. This made it clear that there was more behind the religious community – and the Jews in general. The ‘Jew’ couldn’t be limited to a mere religious interpretation, though the authorities spoke strictly about a religious institution and community. Both the relationships to Israel and to the international Jewish organisations, as has been previously suggested, worked out basically according to the foreign policy interests of the Hungarian state. The participation of the Hungarian Jewish Community in the workings of the World Jewish Congress caused many problems. The fact itself that the delegation of the Community could be present—for some time, at least – at some of the sessions of the Jewish World Congress, an organisation which did not define itself on religious principles, exposed the paradox once again: not even the authorities could differentiate between the denominational concepts and the term ‘Jew’ or give a precise definition for them. As a result of state pressure, the Community resigned from the Congress in 1960. In 1969 the president of the Jewish community initiated its presence as observer, but the suggestion was rejected by the State Office for Church Affairs on account of the Jewish Congress’ hostility towards the Soviet Union and its Zionist policy.¹⁷

As already mentioned, the relationship with the Embassy of Israel played a defining role in the life of the religious community. The authorities tolerated this until 1967, and due to

¹⁵ Csorba, p. 146–148.

¹⁶ MOL: M-KS-288-5/2027öe; p. 46–47.

¹⁷ MOL: M-KS-288-5/191 öe: p. 1–2.

detailed reports the shaping of this relationship could be traced precisely. However, when this relationship became quite close and wide-range, the state organs were sure to interfere immediately. The activity of the embassy, which kept in touch with the religious community, with the high school and the Rabbinical Seminary, handed out medicine and purchased certain objects of value, caused dissension within the Jewish community. The leadership of the community saw the guarantee for the safety and flourishing of the Hungarian Jews in their loyalty to the state power. Accordingly, in its reports (regular reports of the Jewish Community leaders to the State Office for Church Affairs) it accused both the ‘inner opposition’ as well as the representatives of the Embassy of Zionism. These reports served as a basis for the surveillance and control of all those persons who wished to do something different from the religious community trend.

“The first Jewish wave was at seven o’clock when about 150 people arrived there. The second Jewish wave was at half past eight when another 150 invited persons arrived. The sense in organising a second and third wave, why they invited two special Jewish waves besides the general guests was that neither the leader of the synagogue in Dohány street, nor the provincial orthodox personalities who can’t even speak Hungarian properly would have fitted into the circle of the guests from the ministry and diplomacy. [...]

The embassy sent invitations not only to the religious leaders and the staff of the Rabbinical Seminary, but also to the second and third line Zionist and Zionist sympathisers. All the Zionists of the Budapest orthodox wing were there.”¹⁸

As it could be seen from the cited sources, the crucial decisions affecting the Jewish community were born in the PB (Political Committee) based on the work of the State Office for Church Affairs. These decisions marked the limits of the possibilities of the community for political manoeuvres. However, the leadership of the community did not even try to test this and remained strictly in line with the rules, set out above.

The party’s distrust towards the Hungarian Jews, the anti-Zionist campaign, and in parallel the verbal abuse, accusations of Zionism within the religious community, strengthened in 1967, when the Arab-Israeli war broke out.

1967

The Middle-East crisis forced the socialist countries to take a stand beside or against Israel. At the meetings of the Political Committee, the international situation and its echo, reception in the country, was an issue of priority. At the Summit of the socialist country leaders, on June 9, 1967, in Moscow, Israel was denounced as a Zionist aggressor, while support was voted for the Arab countries. However, it was not simple to make the Hungarian public opinion accept the artificial political scheme what stamped Israel as the ‘bad’ aggressor and the Arab countries as the ‘victims’.

The regular ‘atmosphere’ reports, prepared by the Central Committee Agitprop Centre and sent to the leadership, proved that the whole of the Hungarian society did not react according to expectations to the given situation. The antisemitism was manifest in the graffiti and rude remarks, then there were anti-Soviet remarks and in the ranks of the so-called

¹⁸ Endre Sós to President József Prantner: The increasing activity of the Budapest Embassy of Israel (confidential). MOL: XIX-A-21-c/138/2/530, p. 1-2.

Jewish middle class (plus the party members of Jewish origin) there was a distinct sympathy towards Israel.

“[...] Extreme views, emotional instability can be seen among the Jewish middle class and the Arab students at the university. In many places there are signs of antisemitism. [...]”¹⁹

“[...] Among the initially formed extremist positions (like antisemitism, the Jewish people's behaviour, the activities of hostile elements) the antisemitism strengthened, and sometimes quite rude remarks are to be heard. [...]”²⁰

The Political Committee analysing the situation, concentrated especially on the propaganda within the party, because it was afraid both of the intensification of antisemitism and of the sympathy of the functionaries of Jewish origin, which would have unavoidably meant criticism of party decisions.

“Comrade János Kádár:

[...] A small number of the party members – let me not be misunderstood – but a small part of it existing in a certain field and having great impact did not behave as true Communists. And I do not want to turn it into a racial problem, and I can understand that not everyone is clear about who the aggressor is. A certain amount of worry can be understood, yet this does not allow them to argue about the standpoint of the government in such a decisive question: on whose side and against whom we fight [...]. And if I meet somewhere people feeling sorry for Israel I shall punish them severely!”²¹

“Comrade János Kádár:

[...] Besides, I remember another field – and this is worth thinking about. There are denominations in Hungary. Here is the Jewish Community. We have a State Office for Church Affairs. It would be worth it if this Office would sit down for a calm discussion with the leaders of the Israeli circles. And even the right person from the Agitprop Department could talk to them and ask them how they feel. Naturally one could not ask them to blame Israel officially but we could give them advice regarding what to do. Among others we could tell them that we are not antisemitic but we'll stand up against the oppressor.”²²

After the war, the Soviet Union – which hid a conscious antisemitism, serving internal political objectives behind its anti-Zionism²³ – severed its diplomatic relations with Israel. This step had also been taken by Hungary. Such ‘anti-Zionist’ campaigns or purging within the party like in the Soviet Union and Poland, did not take place in Hungary, in spite of the fears of the Hungarian Jews.²⁴ Some sources²⁵ do speak about a wave of purging of Jews in various organs in 1968, as it happened in Poland after the Arab-Israeli War and the Prague Spring, but this cannot be substantiated with documents yet.

¹⁹ (1967): Report Nr .2. Concerning the atmosphere created by the Middle East situation. MOL: M-KS-288-11/2144, öe, 7 June 1967, p. 1–2.

²⁰ “A kezdetben kialakult szélsőséges álláspontok /antiszemitizmus, a zsidó kispolgárok magatartása, a hazai ellenséges elemek firkáló tevékenysége / közül főleg az antiszemitizmus erősödik és helyenként egészen durva kijelentések hangzanak el.” (1967): Report Nr. 3 Concerning the atmosphere created by the Middle East situation. MOL: M-KS-288-11/2149 öe. 10. June. 1967, p. 1–3.

²¹ (1967): Minutes from the meeting of the Political Committee on 13 June 1967: MOL: M-KS- 288-5/427.öe, p. 31–32.

²² Ibid, p. 34.

²³ Szabó, Miklós (1995): És a Kádár-korszak? [And the Kádár period]. In: Szombat (4), p. 36.

²⁴ Ibid, p. 36.

²⁵ E.g.: Kende, Péter (1989): Röpirat a zsidókérdésről [Pamphlet about the ‘jewish question’]. Budapest 1989. p. 24.

As the above quoted minutes of the meeting of the Political Committee shows, in reaction to János Kádár’s suggestion, it decided that the Jewish Community should take a stand regarding the events in Israel.

The events of 1967 were some kind of signal for the party in any case. The echo of the Arab-Israeli war here at home showed clearly that the Jews were still an unsettling group within Hungarian society, which stirred various passions in spite of its apparent integration. This phenomenon was so not only present within the Hungarian ‘socialist’ society, but characterised the Hungarian Socialist Workers’ Party as well. The old and new prejudices, the antisemitism due to the inner political power struggles within the party, and the local vibrations of the Soviet Union intensified antisemitism. Further, because of the Arab-Israeli war all alluded to the presence of the ‘Jewish problem’ hidden under the surface. Contrary to expectations, as mentioned, there was no huge ‘anti-Zionist’, i.e. antisemitic campaign, though this was expected of the Kádár leadership by certain socialist countries such as the Soviet Union. However, Kádár, who officially did not tolerate any manifestation of nationalism or antisemitism, prevented it in spite of the fact that within the party and in certain ‘popular’ intelligentsia circles this would have been welcome. At the same time, sympathy with Israel in the ranks of the Jews resulted in intensified control over the Jewish Community and other Jewish institutions. As the quoted sources reveal it, the crucial decisions concerning the Community were made, ‘over its head’ by the Political Committee. This decision making was based on the reports and work of the State Office for Church Affairs. These decisions marked the boundaries of freedom of the religious community. These boundaries were never even tested by the leaders of the Community – they strictly obeyed the regulations coming from above. The intensified control was also made possible by the fact that the State Office for Church Affairs actively participated in selecting the leading board of the Jewish Community.

The period 1967-1974

At its meeting held on 10 October 1967, the Political Committee discussed a letter by Endre Sós, an ex-Community president, regarding the Jewish Community and the situation within it. This piece of writing that carries the overheated voice of an offended person characterises in some detail the situation within the religious community. The letter was completed and opinions were given for the Political Committee meeting by the Agitprop Centre.

With Endre Sós, a politically reliable Communist journalist became the leader of the Budapest religious community. His programme of the ‘cultural Jew’²⁶ addressed to the ‘Hungarians of Jewish faith’ was in complete harmony with the concepts of the party. Consequently, no Zionist manifestation was allowed – this was considered by the Sós leadership as an attempt to create dissension among the Hungarian Jews, as attack against the ‘cultural Jew’ programme, and as an element endangering the loyalty towards the state power. Nevertheless, this leadership could hold its own only until 1966 when there was a board renewal meeting. Then, beside Endre Sós, the Presidential Council nominated Géza Seifert as candidate for the presidency of the Budapest Jewish Community. The latter, also having the support of the State Office for Church Affairs, won the elections. As mentioned,

²⁶ Csorba, p. 140.

the handing over of the power happened only in 1967 and the mutual incriminations of the inner struggles showed only too clearly the real state of affairs within the religious community. In order to solve the inner conflicts or destroy the ‘inner opposition’, the office holders turned sooner or later to the state power. The serious role the authorities played in the selection of the leaders and the dismissal of the opposition denounced as Zionist is also demonstrated by the following document:

“The report of the Agitprop Centre of the HSWP to the Political Committee concerning Endre Sós’ letter

[...] The relationship between the state and the Jewish Community has shown improvement in the past ten years. The majority of the leading board of the Jewish Community and the Rabbinical board are politically progressive persons. We can exercise our influence in the most important questions. [...]

3.) It is a fact that Endre Sós had a politically positive attitude during the counter-revolution and for years afterwards, as a president. He defended the interest of Socialism even in difficult situations. But, because of the above mentioned reasons, his being removed from the leading position was already discussed at the beginning of the sixties.

The president of the State Office for Church Affairs talked to him privately, offering him an honorary presidency and outstanding pension [...].

4.) Since the election several people have been removed from the leading board, which were well known for their Israel nostalgia. Among others, Marcell Steiner, the president of the Chevra Kadisa, Imre Wittenberg, former vice-president, Jenő Zsoldos, ex headmaster of the gymnasium and Sándor Scheiber, the Religious Education teacher.”²⁷

In the period between 1968 and 1974, there was no official relationship between Hungary and Israel. Consequently, the embassy could not nourish Zionism locally. The leading board took special care that there was no upsetting phenomenon. This was helped by a hotline between the Community and the State Office for Church Affairs.²⁸

The basic policy of the Seifert leadership was not much different from his predecessor’s. The starting point was the formula: “a Hungarian Jew can only be a Hungarian citizen of Jewish faith.” According to this, no other form of manifestation of Jewish consciousness was tolerated. How harmful this was for the Hungarian Jews, what long-term consequences the denial of its Jewishness had, may be topics of possible future studies. However, one thing seems certain: there was a demand for other patterns of being Jewish than the forms offered by the state and the Jewish Community. This can be demonstrated by the fact that Sándor Scheiber’s *kiddushim*²⁹ with lectures on Israel and on Jewish culture in general, became highly popular among the youth a few years later.

The former foreign policy was practised, too. Although the president travelled ever more often, especially from the beginning of the 1970s, the interests of the Community did not differ. On the contrary, they remained in complete harmony with Hungarian foreign policy.³⁰ Not only did the number of the president’s visits increase, but so did the visits by

²⁷ MOL: 288.f/5/436.öe; p. 116–118.

²⁸ Csorba, p. 152.

²⁹ The term *Kiddush*, literally “sanctification”, is a blessing recited over wine or grape juice to sanctify the Shabbat and Jewish holidays. The expression also refers to refreshments served at a synagogue following prayer services on Shabbat, beginning with the recitation of Kiddush.

³⁰ Ibid, p. 7.

representatives of international organisations to Hungary. On such occasions delicate questions were raised, such as the ones, which touched primarily on Zionism and antisemitism. The answers were naturally the ones expected: “Zionism is not supported in Hungary, nobody wishes to emigrate and there is no antisemitism either.”³¹

Basically, these statements were true, but the reality was more complex. Nevertheless, the guests, among them Armand Kaplan, the head of the international department of the Jewish World Congress, were quite well-informed in other respects. On the occasion of his visit in 1969, Kaplan informed the leadership in detail about the events in Poland³² and spoke about the oppression of the Soviet Jews.³³ The president reported the discussion to the State Office of Church Affairs and he represented repeatedly the official point of view concerning the events. This attitude is remarkable, as the Hungarian Jewish community was worried about the Soviet and Polish antisemitic campaigns unfolding after the Arab-Israeli war in 1967 and the Prague Spring in 1968, especially about its possible effects on Hungary.

It is obvious from all this that the leadership of the Community conformed even more strictly and rigidly to the expectations of the authorities. It defined itself as an organ fulfilling strictly and solely religious roles and it did not even attempt to represent other ‘Jewish’ forms of consciousness. The Community chose to keep silent about the events of 1973, as well – on the pretext of the new Arab-Israeli war, which was not even mentioned in the community press *Új Élet* to the subscribers’ utter disappointment.³⁴

The economic reforms, which started in 1968, created a serious inner opposition with Zoltán Komócsin’s leadership. He was Kádár’s main rival. Moscow supported this group as well as the Soviet leaders increasingly disliked the reforms and accused the Kádár leadership of economic deviation from the Eastern bloc. One of the famous scenes of the prolonged power struggle was the open attack against György Aczél, the most influential politician in cultural life, who was called a ‘Jew’. At the ideological conference, a speaker named Gábor Sütő, who belonged to Komócsin’s close circle of councillors, sharply criticised the media and culture policy, saying that a strong Zionist influence was evident. He gave as examples: the Chagall exhibition, which opened in 1973, and a play on the theatre programmes, the ‘Fiddler on the Roof’. Unsurprisingly, the media coverage did not mention this speech, which thus cannot be found, but because of its signal character, the news about it leaked through quickly.³⁵

To summarise, the events of 1974 clearly showed that the party was not willing to analyse and settle the question of antisemitism openly. It was forbidden to use the word Jewish pejoratively, yet the problem was not looked into. Thus, it can hardly wonder that in the web of fears and undercurrents, the Community followed and completely accepted the political ‘path’, laid down by the party until the end of the eighties.

³¹ Csorba, p. 156.

³² The 1968 state sponsored “anti-Zionist” campaign in Poland is meant here.

³³ MOL: XIX-A-21-c-551/2/1969.

³⁴ Csorba, p. 160.

³⁵ Fodor, András (1995): *A hetvenes évek. Napló 1973-1974* [The Seventies. Diary 1973-1974]. Budapest: Helikon, p. 16.

Conclusion

To answer the question in the introduction, it can be pointed out that the surfacing of the ‘Jewish problem’ in various contexts, the antisemitic manifestations within the party, and the ‘discrete’ use of antisemitism in the trials after 1956 all point to a complex, unsettling phenomenon. The concept of ‘Hungarian citizen of Jewish faith’ of the Rákosi regime, which was already worked out in the last third at the middle of the 19th century, was present after 1956, too. This concept did not tolerate the manifestation of Jewish identity in any other form – the control over it was assured by the Community itself beside the State Office of Church Affairs. As a matter of fact, the concept of ‘Jewish faith’ meant an ethnic minority, which was denied the possibility of self-definition and cultural life by the party. The socialist block taking a stand against Israel further complicated the situation: the reactions of the Jews and the outbursts of antisemitism could not be disregarded. All these phenomena strongly determined the official policy towards the Community. Under such circumstances it was also obvious that the party, which regarded the Jews as a religious group, did not take possible interests of the Jews into consideration. These interests certainly included the possibility of further, non-religious manifestations of Jewishness. And this was denounced as Zionist by the leadership. All those who offered the Jews something different, like the Rabbi Sándor Scheiber, were liable to harassment. However, the example of the Rabbinical Seminary shows that, though within quite a modest framework, the maintenance and representation of different opinions were possible.

The erroneous character of the Kádár regime’s assimilation policy became obvious in 1989/90. The Jewish problem and the ‘sweeping under the carpet’ of antisemitism, as well as the decline of the Hungarian Jewish culture and identity, i.e. its atrophy as an inheritance from the former regime, makes its effects felt even to our days in Hungary.

As György Aczél, János Kádár’s close collaborator and the most powerful person responsible for the Hungarian culture points out:

“I was wrong when I believed, said and thought for 45 years that the Jewish problem can only be solved definitely through assimilation. History made things happen in a different way. In this misconception I recognise my personal defeat but I know that my ‘mea culpa’ cannot help me.”³⁶

³⁶ Révész, p. 399.

Bibliography

Archive sources (MOL – Hungarian National Archive)

- (1960): A PB. 1960 június 28.i ülésének jegyzőkönyve (Report of the session of the Political Committee). MOL: M-KS-288-5/189.öe, p. 10–11.
- (1967): Minutes from the meeting of the Political Committee on 13 June 1967: MOL: M-KS-288-5/427.öe, p. 31–32.
- (1967): Report Nr .2. Concerning the atmosphere created by the Middle East situation. MOL: M-KS-288-11/2144, öe, 7 June 1967, p. 1–2.
- (1967): Report Nr. 3. Concerning the atmosphere created by the Middle East situation. MOL: M-KS-288-11/2149 öe. 10. June. 1967, p. 1–3.
- Endre Sós to President József Prantner: The increasing activity of the Budapest Embassy of Israel (confidential). MOL: XIX-A-21-c/138/2/530, p. 1–2.
- Marosán, György (1962): 1962 szeptember 1.-i beadványa [The letter of Marosán György]. Mol: M-KS-288-4/58.öe, p. 60.
- MOL: 288.f/5/436.öe.
- MOL: M-KS-288-5/191 öe.
- MOL: M-KS-288-5/2027öe.
- MOL: XIX-A-21-c-551/2/1969.

References

- Bacskai, Sándor (1997): Egy lépés Jeruzsálem felé [One step toward Jerusalem]. New York; Budapest; Jeruzsálem: Múlt és Jövő Lap- és Kvk.; BFL.
- Csorba, László (1990): Izraelita felekezeti élet Magyarországon a vészorkszaktól a nyolcvanas évekig [Jewish religious community life in Hungary from the Age of Peril to the Eighties]. In: Ferenc L. Lendvai; Anikó Sohár; Pál Horváth (eds.): Hét évtized a hazai zsidóság életében. Budapest: MTA Filozófia Intézet Kiadása, p. 61–190.
- Fodor, András (1995): A hetvenes évek. Napló 1973-1974 [The Seventies. Diary 1973-1974]. Budapest: Helikon.
- Kende, Péter (1989): Röpirat a zsidókérdésről. Budapest: Magvető.
- Kovács, András (2003): Magyar zsidó politika a háború végétől a kommunista rendszer bukásáig [Hungarian Jewish Politics from the End of WWII until the Fall of the Communist Regime]. In: Múlt és Jövő (3), 3–39.
- Kovács, András (2010): Jews and Jewishness in Post-war Hungary. In: Quest. Issues in Contemporary Jewish History (1), p. 34–57.
- Révai, Valéria; Hardi, Péter (ed.) (1991): Törvénytelen szocializmus. A tényfeltáró bizottság jelentése. Budapest: Zrínyi; Új Magyarország.
- Révész, Sándor (1997): Aczél és korunk [Aczél and our times]. Budapest: Sík kiadó.
- Stark, Tamás (1995): Zsidóság a vészorkszakban és a felszabadulás után (1939-1955) [Jews in the terror period and after the liberation (1939-1955)]. Budapest: MTA Történettudományi Intézete (Társadalom- és művelődéstörténeti tanulmányok, 15).
- Szabó, Miklós (1995): És a Kádár-korszak? [And the Kádár period]. In: Szombat (4), p. 34–36.

Magdalena Marsovszky

Die „Täter-Opfer-Umkehr“ – der Antisemitismus der politischen Mitte¹

Gedenken an die ungarischen Verbündeten der Waffen-SS am „Tag der Ehre“ und am Tag der „Schlacht um Budapest“

Abstract

Am Beispiel neuester Entwicklungen im Bereich der Erinnerung- und Geschichtspolitik untersucht der Beitrag den gegenwärtigen Antisemitismus in Ungarn. Als allgemein verbreiteter wichtigster Typus des Antisemitismus in der Kultur Ungarns wird dabei die Täter-Opfer-Umkehr fokussiert, äußert sich doch der heutige Antisemitismus in Ungarn viel eher als Abneigung gegen symbolische „Juden“, d.h. Menschen, die einem antisemitischen Stereotyp entsprechen. Verhasst sind vor allem sozialistische, sozialdemokratische und liberale Politiker und Medienmenschen. Der Antisemitismus kann sogar als Zeichen einer Weltanschauung oder „Alltagsreligion“ betrachtet werden, in der die Abneigung gegen „Juden“ mit einer Abneigung gegen alle „Anderen“ verbunden ist, denen man vorwirft, keine „echten“ Zugehörigen der völkisch gedachten Nation zu sein. Dieser Logik entsprechend können neben Minderheiten, Linken und Liberalen z.B. auch demokratische Einrichtungen, eine demokratisch gewählte Regierung, ja selbst die Europäische Union, die Nato oder der IMF als Feindbilder herangezogen werden.

Im Zusammenhang mit der Erforschung des Antisemitismus in Ungarn ist bis jetzt der allgemein verbreitete wichtigste Typus des Antisemitismus in der Kultur Ungarns, nämlich die Täter-Opfer-Umkehr, weitgehend unbeachtet geblieben. Dieses antisemitische Phänomen kann nur nachvollzogen werden, wenn der Antisemitismus nicht im engeren, affirmativen Sinne als Judenhass aufgefasst wird, d.h. als Hass gegen eine gut definierbare religiöse oder kulturelle Gemeinschaft, sondern im anthropologischen Sinne. Dass der Antisemitismus nicht allein „die Abneigung gegen Juden“ bedeutet, wissen wir spätestens seit Adorno und Horkheimer.² So äußert sich der heutige Antisemitismus in Ungarn viel eher als Abneigung gegen symbolische „Juden“, das heißt, gegen Menschen, die einem antisemitischen Stereotyp entsprechen, und weniger gegen reale Juden. Verhasst sind vor allem sozialistische, sozialdemokratische und liberale Politiker und Medienmenschen. Der Antisemitismus kann sogar als Zeichen einer Weltanschauung³ oder „Alltagsreligion“⁴ betrachtet werden, in der die Abneigung gegen „Juden“ mit einer Abneigung gegen alle „Anderen“ verbunden ist, denen man vorwirft, keine „echten“ Zugehörigen der völkisch gedachten Nation zu sein. Dieser Logik entsprechend können neben Minderheiten, Linken und Liberalen z.B. auch

¹ Großer Dank gilt Jan Raabe für seine Hinweise.

² Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W. (1988): Elemente des Antisemitismus. Grenzen der Aufklärung. In: dieselb.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt am Main: Fischer, S. 177–217; Benz, Wolfgang (2001): Antisemitismusforschung als gesellschaftliche Notwendigkeit und akademische Anstrengung. In: ders.: Bilder vom Juden. Studien zum alltäglichen Antisemitismus. München: C.H. Beck, S. 129–142, hier S. 129.

³ Holz, Klaus (2001): Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung. Hamburg: Hamburger Edition, HIS Verlag.

⁴ Claussen, Detlev (2000): Das Verschwinden des Sozialismus. Zur ethnonationalistischen Auflösung des Sowjetsystems. In: Claussen, Detlev; Oskar Negt; Michael Werz (Hg.): Kritik des Ethnonationalismus. Frankfurt am Main: Neue Kritik, S. 16–41, hier S. 18.

demokratische Einrichtungen, eine demokratisch gewählte Regierung, ja selbst die Europäische Union, die Nato oder der IMF als Feindbilder herangezogen werden.⁵

Im vorliegenden Text wird anhand des von Rechts-Außen bis Rechts-Mitte parteiübergreifend gefeierten Gedenktages „Tag der Ehre“ bzw. „Schlacht um Budapest“ (11. Februar) gezeigt, wie die Täter-Opfer-Umkehr über den Opfermythos und den Kulturpessimismus zur Verehrung der ungarischen SS-Verbündeten und zur antisemitischen Hetze gegen die Feinde der völkisch gedachten Nation führt. Zudem wird der Weg des „Gedenkens“ von Rechts-Außen in die Mitte der Gesellschaft aufgezeigt. War 1997 lediglich eine kleine Neonazi-Gruppe an dem Gedenktag interessiert, fand er mit Hilfe der ersten Regierung unter dem Ministerpräsidenten Viktor Orbán (1998-2002) den Weg in die offizielle Erinnerungspolitik und erreichte die Mitte der Gesellschaft. Seit dem Wahlsieg der Koalition zwischen der Fidesz-Bürgerunion und der Christlich Demokratischen Volkspartei (KDNP) unter Ministerpräsident Orbán von 2010 beeinflusst der Gedenktag kulturpolitisch maßgeblich das gesamte Ungarn.

„Tag der Ehre“: Gedenktag von *Blood & Honour Hungaria*

Neben Dresden richtet sich Mitte Februar die Aufmerksamkeit auf Budapest, wo die internationale „Blood & Honour“-Gedenkfeier, das zweitgrößte Treffen von Neonazis in Europa stattfindet. Bis 2010 fanden die Kundgebungen inmitten der Hauptstadt auf dem imposanten Heldenplatz statt. Seither sind sie in die umliegenden Wälder verlagert worden.

Doch die Hauptstadt ist deshalb am 11. Februar keineswegs verwaist: Der „Gedenktag“, der seit 2005 auch auf dem Burgberg stattfindet und von der Kommunalverwaltung, der Regierungspartei Fidesz und vom Militärgeschichtlichen Museum ausgerichtet wird, zieht weiterhin alte und neue Nazis aus ganz Europa an. Ihre Zahl war zu Beginn noch gering, stieg mit den Jahren aber stetig an. Drei bis vier Hundert Menschen nehmen mittlerweile teil.

Anlass des „Gedenkens“ rund um den 11. Februar ist der Ausbruch mehrerer zehntausend deutscher und ungarischer Soldaten aus dem von der Roten Armee eingekesselten Stadtteil auf dem Burgberg in Buda im Jahre 1945, bei dem mehr als 39.000 Menschen ums Leben kamen. Der erste Gedenkmarsch fand 1997 mit etwa 150 Teilnehmern in der Burg statt, die erste Gedenkveranstaltung unter dem Titel „Tag der Ehre“ wurde von Blood & Honour (B&H) Hungaria am 9. Februar 2003 bereits am imposanten Heldenplatz organisiert.

Die B&H Hungaria, 1998 mit etwa 500 bis 600 Mitgliedern ins Leben gerufen, war damals eine der aktivsten Neonazi-Organisationen Ungarns. Dennoch wurde sie 2002 als gemeinnütziger kultureller Verein anerkannt, weil in seiner Satzung als Ziel „die Erschaffung einer organisch gewachsenen und auf starkem nationalem Bewusstsein und sozialer Gerechtigkeit basierenden Gesellschaft“ sowie die Unterstützung von „benachteiligten Rockmusikern“ stand. Man darf nicht vergessen, dass im Mai 2002 die von Fidesz angeführte völkische Koalition (1998-2002) zwar von einer sozialliberalen Koalition

⁵ Über die Entwicklung der völkischen Ideologie und des Antisemitismus in Ungarn vgl.: Marsovszky, Magdalena (2013): Geschlossene Gesellschaft. Zu den ideologischen Hintergründen der völkischen Entwicklung in Ungarn. In: Koob, Andreas; Holger Marcks; Magdalena Marsovszky (Hg): Mit Pfeil-Kreuz-Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn. Münster: Unrast, S. 12–62.

abgelöst wurde, dieser aber vier Jahre intensiver völkisch-kulturpolitischer Mobilisierung vorausgegangen waren.

Neben ihrem politischen Patron, der Ungarischen Nationalfront (Magyar Nemzeti Arcvonal/ MNA) war B&H Hungaria damals die aktivste Neonazi-Organisation, wie es im Jahrbuch der Nationalen Sicherheitsdienstes (NBH) im Jahre 2000 zu lesen war.⁶ Die Ziele von B&H Hungaria lieferten in Ungarn damals keinen Grund, misstrauisch zu sein, im Gegenteil: Die Erschaffung eines organisch gewachsenen, ethnisch-homogenen, magyarischen Volkstums wurde damals und wird seitdem auch von einem Großteil der Bevölkerung mit Wohlwollen betrachtet.⁷

Waren 2004 etwa 500 TeilnehmerInnen an der Neonazi-Veranstaltung beteiligt, erreichte ihre Zahl bis 2009, dem Jahr, in dem sie verboten wurde, zweitausend. Ein Jahr nach ihrem Verbot 2010, gelang es den Neonazis, die Behörden auszutricksen. Wegen der Parlamentswahlen in Ungarn im April war es bereits Mitte Februar möglich, Veranstaltungen, die als Teil der Wahlkampagne deklariert wurden, legal durchzuführen. So gründeten sie in Eile eine neue Partei mit dem Namen „Nationale Revolutionäre Front“ (MNF), die dann etwas verspätet, am 13. März als Wahlkampagne getarnt in die Burg marschierte und vor einer Gedenktafel am Fuße des Magdalenenturmes am Kapisztrán Platz im 1. Stadtbezirk Budapests Kränze niedergelegte. Dies ist jedoch die Gedenktafel, die vom Bürgermeisteramt des 1. Bezirks von Budapest und vom Militärgeschichtlichen Museum angebracht wurde. Das heißt also, dass nicht nur die Neonazis jedes Jahr der Ereignisse von 1945 gedenken, sondern sehr wohl auch die „Bürgerlichen“.

„Schlacht um Budapest“ oder „Tag des Ausbruchs“: Gedenktag der „bürgerlichen“ Partei Fidesz

Die von den Neonazis besuchte Gedenktafel wurde am 12. Februar 2005 vom Bürgermeisteramt des 1. Bezirks von Budapest, dem Budaer Burgviertel und vom Militärgeschichtlichen Museum „zum sechzigjährigen Gedenken den ehrenhaften Soldaten gewidmet, die in der Schlacht um Budapest heldenhaft starben“. Seit 2005 begeht also auch die größte Partei Ungarns, die Fidesz-MPSZ (Fidesz Bürgerunion) den gleichen Gedenktag, allerdings unter dem Namen „Schlacht um Budapest“.

Die Gedenkfeier, organisiert vom Militärgeschichtlichen Museum und dessen Direktor, Generalleutnant a.D. József Holló gemeinsam mit dem Bürgermeisteramt des 1. Bezirks und dem Bürgermeister Tamás Gábor Nagy, verläuft auch hier jedes Jahr gleich: Zunächst halten an der Gedenktafel am Magdalenenturm zwei als Soldaten gekleidete Männer Ehrenwache in Uniformen aus dem Zweiten Weltkrieg – Leihgaben aus dem Militärmuseum. Direkt vor dem Bürgermeisteramt und dem daneben liegenden Museum, auf einer kleinen Bühne

⁶ Über den Werdegang von B&H Hungaria: Sághy, Erna (2003): Egy törvény kudarc története. Tiltani vagy tűnir? [Die Geschichte eines missratenen Gesetzes. Verboten oder dulden?]. In: 168 óra, 13.01.2013; sowie [MTI] (2003): Közhatalnóként bejegyzett neonáci egyesület [Neonazi-Verein als gemeinnützig eingetragen]. In: Origo, 01.02.2003. Online verfügbar unter <http://www.origo.hu/itthon/20030102kozhatalnu.html>, letzter Zugriff am 20.08.2013.

⁷ Marsovszky, Magdalena (2006): Neue völkische Bewegung und Antisemitismus im heutigen Ungarn. In: Salzborn, Samuel (Hg.) (2006): Minderheitenkonflikte in Europa. Fallbeispiele und Lösungsansätze. Innsbruck; Wien; Bozen: Studien Verlag, S. 201–221.

schildert Holló, jedes Jahr in Tarnanzug, in seiner Ansprache die Ereignisse und die damit verbundenen menschlichen Leiden auf der Seite des Militärs und unter den Zivilisten. Um den damit verbundenen Schmerz zu unterstreichen, rezitiert er des Öfteren ein Gedicht des Dichters und Sängers Tamás Cseh (1943-2009), das ebenfalls an die Opfer des Ausbruchs erinnert und heutzutage als wahre Hymne im Zusammenhang mit dem Gedenktag im Umlauf ist: „Eines Nachts haben die Deutschen Buda nicht mehr länger verteidigt“ – heißt es im Lied. „Sie versammelten sich in einer eisigen Nacht zu 40 Tausend [...] und warteten auf den Befehl zum Ausbruch, während überall die Stalinkerzen⁸ leuchteten. Sie kamen jedoch nicht durch, weil draußen, am Széna Platz die Russen warteten [...] und das Feuer eröffneten.“⁹

Bürgermeister Nagy spricht zwar immer über das Verhältnis von individueller und kollektiver Verantwortung, doch an eine reflexive gesellschaftliche Verantwortung, die auch den Holocaust miteinbezieht, denkt er nicht. Niemand weist darauf hin, dass etwa ein halbes Jahr vor der „Schlacht um Budapest“, im Sommer 1944, durch die bereitwillige Mithilfe Einheimischer binnen acht Wochen beinahe eine halbe Million ungarischer Juden und Jüdinnen deportiert wurde. Nach ihrer Machtübernahme im Oktober 1944 erschossen die Pfeilkreuzler, die ungarischen Faschisten, sogar noch um die Jahreswende 1944/1945 herum, also selbst etwa fünf Wochen vor dem Ausbruchversuch, Tausende ungarische Juden und Jüdinnen am Ufer der Donau, so dass ihre Leichen in den Fluss fielen.

Der Bürgermeister und der Generalleutnant a.D., vor deren Amtssitzen die „feierlichen Kranzniederlegungen“ jährlich stattfinden, erinnern in ihren Reden an den „Ausbruchversuch der deutsch-ungarischen Garnison aus dem Budapester Kessel“ ohne dabei auch nur mit einem Wort zu erwähnen, dass damit verharmlosend Einheiten der Waffen-SS und deren ungarischer Verbündeter gemeint sind.

Im Gegenteil: „Wir sind hier am Magdalenenturm zusammenkommen“ – fing der Bürgermeister z.B. seine als besonders bewegend erlebte Rede 2009¹⁰ an, „[...] um uns vor dem Andenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges zu verneigen. [...] Ehrerbietung gehört demjenigen, der heilig ist. So auch den Soldaten, die im eisigen Februar, inmitten des Budapester Kessels trotz einer vielfachen Überlegenheit des Gegners und völliger Entkräftung, in völliger Aussichtslosigkeit und Hoffnungslosigkeit [...] dem Tod ins Auge blickten und bereit waren, ihr Leben für andere zu opfern. Nicht wegen des Ruhmes wie die heldenhaften Verteidiger von Sparta [...]. Doch, wenn nicht wegen des Ruhmes, warum waren sie dann bereit zu sterben?“ – fragte er sich, um dann mit den überlieferten Worten des Generalkommandanten zu antworten, wobei er Karl Pfeffer-Wildenbruchs an Hitler per Funk gerichtete Durchsage vom 11. Februar zitierte: „Die Verpflegung ist verbraucht, die letzte Patrone im Lauf. Kapitulation oder kampflose Niedermetzlung der Besatzung ist in Budapest die Wahl. Ich werde daher mit letzten kampffähigen deutschen und ungarischen

⁸ „Stalinskerzen“ nannte man während des Zweiten Weltkrieges die Leuchtraketen.

⁹ Der ungarische Text des Liedes ist zitiert auf der Homepage des Partei Fidesz-MPSZ unter: http://nagygabortamas.fidesz.hu/index.php?id_cikk=1800, letzter Zugriff am 20.08.2013.

¹⁰ Mainka, Jan (2010): One of the bloodiest sieges of WWII. In: The Budapest Times, 11.02.2010. Online verfügbar unter http://www.budapesttimes.hu/index.php?option=com_content&task=view&id=13880&Itemid=219, letzter Zugriff am 20.08.2013. Die vollständige Rede des Bürgermeisters ist auf seiner Homepage zu lesen unter: http://nagygabortamas.fidesz.hu/index.php?id_cikk=1800, letzter Zugriff am 20.08.2013.

Einheiten ausbrechen.“¹¹ „Unser Respekt gilt auch den ungarischen Soldaten“, fuhr der Bürgermeister in seiner Rede fort, „die aufopferungsvoll ihre Kameraden und ihre Heimat verteidigten. Haben wir keine Angst davor, dies auszusprechen!“ „Doch“, fragte er sich zum Schluss, „warum ist es wichtig, dass wir heute hier zusammen gekommen sind? Deshalb“, beantwortete er seine eigene Frage, „damit wir die Trauer und den Schmerz wieder durchleben. Je tiefer wir die Katharsis der Erinnerung durchleben, umso verantwortungsvoller erleben wir die Zukunft. Die Ehre an den Toten [...] zwingt uns, die Ziele unserer Vorfahren zu verfolgen. [...] Die Kraft der Erinnerung bindet [...]. Ohne diese Ehre gibt es kein Erbe. Ohne Erbe keine Nation.“¹²

Dass die Pfeilkreuzler zur gleichen Zeit am anderen Donauufer Tausende ermordeten, fand zum ersten Mal überhaupt im Februar 2013 Erwähnung. Doch auch diesmal wurde die Schuld an den extremen rechten Rand der Gesellschaft (nämlich an die faschistischen Pfeilkreuzler) und an die mörderischen Großmächte, nämlich an die Hitlers und Stalins abgegeben.¹³

Ansonsten charakterisiert Nagy die Soldaten, entweder Mitglieder oder Verbündete der Waffen-SS, als „heilig“ und ihr Verhalten als „beispielhaft“. So wird auch der Generalkommandant Hitlers in Budapest zum beispielhaften Heiligen erklärt. Die Trauer und den Schmerz sowie die Katharsis der Erinnerung leitet Nagy nicht etwa von der Seite der Opfer, aus dem Holocaust ab, sondern von der Seite der Täter, von der Seite derer, die zumindest als Verbündete am Holocaust beteiligt waren. 2009 bot der Bürgermeister auch eine vermeintliche Lösung an, nämlich die Besinnung auf die Nation mit Hilfe des kulturellen Erbes. Doch, was er anbot, ist das kulturelle Erbe der Nazis. Als logische Konsequenz bestritt er 2013 in seiner Rede, dass das Ende des Zweiten Weltkrieges eine Befreiung gewesen sei. „Nein“, sagte er. „Die Rote Armee hat Budapest nicht befreit, sondern belagert.“¹⁴

Unter den Zuschauern der „bürgerlichen“ Gedenkfeier auf der Burg befindet sich jedes Jahr unter Anderem auch Jan Mainka, Herausgeber der einzigen gedruckten deutschsprachigen Zeitung, der *Budapester Zeitung* und deren englischsprachigen Variante, *The Budapest Times*. In einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk 2010¹⁵ erklärte er seine Sympathie für die „bürgerliche“ Politik in Ungarn. Als Deutscher empfinde er es als seine Pflicht, teilzunehmen und den Toten Respekt zu erweisen. Auf den Einwand des Journalisten, dass ja die ersten, die den Toten Respekt erwiesen, Neonazis waren, antwortete er, es sei sehr traurig, dass das Andenken an die Toten von gewissen Gruppen vereinnahmt werde, die es zu reiner Provokation nutzten. Bei der ganzen Erinnerung ginge es nicht um Faschismus und Nazis, sondern um Patrioten. Sie hätten sich in einer Situation, in der ihre

¹¹ Der letzte Satz des Zitats hätte, wie durch den Historiker Krisztián Ungváry belegt, richtigerweise wie folgt lauten müssen: „Ich werde daher mit den letzten kampffähigen deutschen Teilen, Honvéds und Pfeilkreuzlern offensiv.“ Vgl. Ungváry, Krisztián (1999): Die Schlacht um Budapest 1944/ 45. Stalingrad an der Donau. München: Herbig Verlagsbuchhandlung, S. 258.

¹² Aufzeichnungen der Autorin.

¹³ Vgl. Megemlékezés a kitörés emléknapján (Gedenken an den „Tag der Ausbruchs“). In: Offizielle Website des 1. Bezirks von Budapest. Online verfügbar unter: <http://www2.budavar.hu/index.php?node=news&id=852>, letzter Zugriff am 20.08.2013.

¹⁴ Fidesz-MPSZ (siehe Anm. 8).

¹⁵ Marsen, Thies (2010): Das bessere Ungarn. Wie sich Menschen gegen den Rechtsruck wehren. In: Zündfunk, Bayerischer Rundfunk 2. Programm, 20. Februar, 19.05 Uhr.

Heimat in Gefahr gewesen sei, „nicht weggeduckt, sondern zur Waffe gegriffen und ihre Stadt verteidigt“. Den Einwand, dass die Rote Armee bei allem Negativen immerhin die Vernichtung der europäischen Juden mit beendet hätte und eine rechtzeitige Kapitulation von Budapest das Leiden der jüdischen Bevölkerung verkürzt hätte, wehrte er mit den Worten ab, dies wüsste man erst im Nachhinein, die „Veteranen“ hätten mit dem Judenmord der Pfeilkreuzler nichts zu tun gehabt. Dass zur Bataillon „Vannay“, welche die Kämpfe im Burgberg leitete, sehr wohl auch Soldaten aus den Reihen der „faschistischen Pfeilkreuzler“-Bewegung gehörten, erwähnte Mainka nicht.

Die von Mainka dargelegte innere Logik, in der eine Aktion der Waffen-SS und ihrer Verbündeten aus dem Gesamtzusammenhang des nationalsozialistischen Geschehens herausgegriffen und als eine ehrenwerte patriotische dargestellt wird, entspricht der „Täter-Opfer-Umkehr“. Diese führt immer und zwangsläufig zur Konstruktion eines antisemitischen Feindbildes, unabhängig davon, ob die „Gedenkfeier“ von B&H Hungaria oder den „Bürgerlichen“ veranstaltet wird.

Gut zu beobachten ist die Feindbildkonstruktion bei den Äußerungen des ehemaligen Mitkämpferveteranen der Waffen-SS, Ervin Galántay, der als Fahnenträger ebenfalls jedes Jahr der „bürgerlichen“ Gedenkfeier beiwohnt. Galántay nahm als 14-jähriger Kadett der ungarischen Armee selbst an den Kampfhandlungen teil. In einem von Jan Mainka geführten Interview in der *Budapest Times* bezeichnete Galántay die Befreier, die Rote Armee, als Aggressoren.¹⁶ Ein anderer Bericht über die „Gedenkfeier“ im Jahr 2010, in dem ganze Passagen aus dem Artikel von *Budapest Times* wortwörtlich ins Deutsche übernommen wurden, erschien vom Autor Hans Dohr in der rechtsextremen und von den Angehörigen der Waffen-SS gegründeten Zeitung *Der Freiwillige*.¹⁷ Auch hier war für Galántay die Verteidigung Budapests ein „moralischer Imperativ“: „Der Name unserer Armee ist Honvéd, was auf Deutsch so viel heißt wie Heimatwehr. Damals verteidigten wir unsere Heimat gegen zwei Aggressoren: Die Rote Armee und unseren Erzfeind Rumänien.“¹⁸ Galántays Memoiren sind bereits auf Englisch, Deutsch¹⁹ und Ungarisch erschienen, zudem soll mit der Finanzierung eines US-amerikanischen Geschäftsmannes das Buch verfilmt werden, wie Jan Mainka im Interview für den Bayerischen Rundfunk informierte.

Dass die Feindbildkonstruktionen bei der „bürgerlichen“ Gedenkfeier antisemitisch sind, können wir beim regelmäßigen Gastredner, dem Kriegsveteranen, Zsolt Lányi, dem Leiter des parlamentarischen Verteidigungsausschusses a.D., Präsident des Kameradschaftsvereins des 1. und 2. Königlichen Ungarischen Universitäts-Sturmbataillons am besten nachvollziehen. Im Jahr 2010 bat er darum, der noch lebenden Veteranen der ehemaligen Kampfverbände zu gedenken und wehrte sich entschieden gegen Vorwürfe, als Faschist bezeichnet zu werden. „Es ist furchtbar, wenn jemand, der als Held gefallen ist, im Nachhinein als Faschist diffamiert wird“, sagte er. „Es ist einfach“, rief er zudem verbittert,

¹⁶ Mainka.

¹⁷ Dohr, Hans (2010): Andächtiger Geländemarsch bei Budapest. Wie Ungarn an den 65. Jahrestag der Schlacht um Budapest erinnerte. In: *Der Freiwillige, Militärgeschichte, Aktuelles, Kultur, Truppenkameradschaften, Suchdienst* 56 (3-4), S. 9–15.

¹⁸ Ebd., S. 10.

¹⁹ (2010): Neuerscheinung im Munin Verlag. Mit 14 Jahren im Straßenkampf. Von der Kadettenanstalt ins Inferno von Budapest 1945. In: *Der Freiwillige, Militärgeschichte, Aktuelles, Kultur, Truppenkameradschaften, Suchdienst* 56 (1-2), S. 4–13.

„heute im warmen Zimmer Geschichte zu schreiben und zu dem Schluss zu kommen, dass wir alle Faschisten waren. [...] Solange ich lebe, kann ich mich verteidigen. Ich erwarte, dass die schändliche Brandmarkung ein für alle Mal von uns genommen wird! Wir haben nicht den Faschismus verteidigt, sondern Budapest und unsere Heimat. Dafür gebührt uns Respekt!“²⁰

Die antisemitisch konnotierten Feinde sind in diesem Fall an der Bezeichnung „Geschichtsschreiber in den warmen Zimmern“ festzumachen, die ein feststehender Topos im ungarischen antisemitischen Diskurs ist. Die Bezeichnung meint im Grunde die „verjudeten“ Geschichtsschreiber, die die Geschichte quasi verfälschen, in dem sie den „Magyaren“ statt der „wahren magyarischen Geschichte“ deren „judäo-bolschewistische“ Variante aufdrängen. In der Kommunikation der „bürgerlichen“, in Wahrheit aber der völkischen Medien und Organisationen Ungarns wird seit vielen Jahren in dem Sinne mobilisiert, dass in Ungarn entgegen dem traditionellen „judäo-bolschewistischen“ Lehrmaterial endlich „wahre magyarische Geschichte“ gelehrt werden solle. Rechte „zivile“ Organisationen haben bereits „alternative Geschichtsbücher“ für die verschiedenen Klassen ab der fünften Klasse erstellt, in denen etwa die Pfeilkreuzlerbewegung rehabilitiert wird.²¹

Das ist die Quintessenz der Gedenkfeiern auf beiden Seiten. Einzig die Rhetorik ist unterschiedlich: In der „bürgerlichen“ Erinnerungspolitik wird der Begriff „judäo-bolschewistisch“ gemieden. Die Andeutungen stellen für alle Beteiligten jedoch klar, welcher Feind gemeint ist.

Die „bolschewistische Gefahr“ als antisemitische Konstruktion

Für die Konstruktion des „jüdischen Täters“ ist es typisch, wenn die Juden mit den Kommunisten oder mit den Bolschewiki verglichen, bzw. wenn kommunistische oder bolschewistische Handlungen als „jüdische“ dargestellt werden. Dies ist der so genannte antikomunistische Antisemitismus, dessen Grundlage der „Mythos vom jüdischen Kommunismus“ ist.²² Indem das Schreckgespenst des „jüdischen Bolschewismus“ immer mit historischen Fakten oder Namen, wie z.B. Leo Trotzki oder Béla Kun, „angereichert“ wird, wird die Weltrevolution zur „jüdischen Revolution“, während sowjetische Kommunisten oder die Bolschewiki und die Juden dabei stillschweigend zu Synonymen erklärt werden. Dieses Argumentationsmuster gehört zur traditionellen judenfeindlichen Demagogie, die letztlich in den Holocaust führte.²³ Wenn in den „Gedenkfeiern“ vor der „bolschewistischen Gefahr“ gewarnt wird, dann ist es für alle Zuhörer_innen in Ungarn klar, dass damit die „jüdische Gefahr“ gemeint ist.

Die Schlacht um Budapest und der Ausbruchversuch waren sicherlich grausam. Doch diese Ereignisse werden sowohl in der „Gedenkfeier“ von B&H Hungaria als auch in der „bürgerlichen“ Erinnerungspolitik nicht im Zusammenhang des gesamten Weltkrieges

²⁰ Aufzeichnungen der Autorin.

²¹ Marsovszky, Magdalena (2009): Völkisches Denken, antisemitische Mobilisierung und drohende Gewalt in Ungarn. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung (18), S. 183–211.

²² Gerrits, Andre (2009): The myth of Jewish Communism. A historical Interpretation. Brüssel: Peter Lang.

²³ Benz, Wolfgang (2004): Zum Verhältnis von Ideologie und Gewalt. In: Salzborn, Samuel (Hg.) (2004): Antisemitismus. Geschichte und Gegenwart. Giessen: Netzwerk für Politische Bildung, Kultur und Kommunikation e.V., S. 33–50, hier S. 45f.

gesehen. In beiden Fällen stellen die Redner die Bevölkerung des belagerten Buda und die militärischen Einheiten als unschuldige und alleinige Opfer der Grausamkeiten der Roten Armee und der Bolschewiki dar und blenden den gesamten historischen Kontext aus. In beiden Fällen wird der Holocaust aus dem Gesamtkontext herausgerissen, wodurch die eigene Mitverantwortung am ungarischen Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg abgelehnt wird. So wird die geschichtsverdrehende Sichtweise nicht nur bei B&H Hungaria, sondern sehr wohl auch bei der „bürgerlichen“ Fidesz-Bürgerunion zur Relativierung des Holocaust und zur antisemitischen Agitation.

Die Denkweise der Täter-Opfer-Umkehr ist der Grund dafür, dass sich die Gedenkfeier „Tag der Ehre“ sowie deren „bürgerliche“ Version „Die Schlacht um Budapest“ weder konzeptionell noch hinsichtlich der Feindbildkonstruktionen voneinander unterscheiden. Dies führt dazu, dass den „Bürgerlichen“ nicht selten „die Falschen“ zujubeln. So befinden sich unter den Besuchern der „bürgerlichen“ Gedenkfeier in der Burg immer wieder Männer in Thor-Steinar-Kleidung. Medienberichten zufolge wurden unter den „patriotischen Freiheitskämpfern“ des heißen Herbstes 2006 zudem viele rechte Skinheads wieder entdeckt, die in den früheren Jahren am „Tag der Ehre“ am Heldenplatz teilnahmen und unter der Führung des damals noch als Oppositionsführer agierenden Viktor Orbáns mit ihrer konservativen Revolution bereits die „völkische Wende“ umzusetzen suchten,²⁴ auch wenn die zunächst erfolglos blieb. Es waren wohl dieselben Skinheads, die Anfang Februar 2008 anlässlich seiner „Aktion des zivilen Ungehorsams“ Viktor Orbán zu Hilfe eilten, als er einen das Parlament umgebenden Kordonring abziehen ließ.

Antisemitismus in Ungarn

In Ungarn ist der Antisemitismus nicht nur bei „Blood & Honour“ äußerst virulent. Seine typischen Ausdrucksformen wie die Schuldumkehr, die religiös konnotierte Verherrlichung der Nation als eine rein homogene magyarisch-ethnische Gemeinschaft und daraus folgend die Bestimmung von identitätslosen „Fremden“, d.h. den „bolschewistischen Kommunisten“, den „Liberalen“ mit ihren Ideen wie „Multikulti“ und „Globalisierung“ sind bis in die Mitte der Gesellschaft, sogar bei der größten Partei Ungarns, der „Fidesz-Ungarischen Bürgerlichen Union“ (MPSZ), die seit Mai 2010 in Koalition mit der Christlich-Demokratischen Volkspartei (KDNP) die Regierung bildet, und den ihr nahe stehenden Kreisen zu beobachten.

In der „bürgerlichen“ Erinnerungspolitik Ungarns, die nunmehr zur staatlichen Kulturpolitik erhoben wird, spielt das so genannte Opfernarrativ die größte Rolle, was das Stilisieren von Ungarn und damit (im ethnischen Sinne) von den Magyaren zu alleinigen Opfern des Krieges bedeutet.²⁵

²⁴ Marsovszky, Magdalena (2006): Budapest: Völkische Revolution? In: haGalil.com, 21.09.2006. Online verfügbar unter <http://www.hagalil.com/archiv/2006/09/ungarn.htm>, letzter Zugriff am 20.08.2013.

²⁵ Vgl. z.B. Marsovszky, Magdalena (2010): „Die Märtyrer sind die Magyaren“. Der Holocaust in Ungarn aus der Sicht des Haus des Terrors in Budapest und die Ethnisierung der Erinnerung in Ungarn. In: Globisch, Claudia; Agnieszka Pufelska; Volker Weiß (Hg.): Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 55–74.

Der nationale Opfermythos ist ein wichtiger Baustein des in Ungarn vorherrschenden ethnisch-völkischen Denkens²⁶ und hängt stark mit dem Phänomen zusammen, das man „Kulturpessimismus“ nennt. Beide sind aber wichtige Bestandteile von Strukturen, die den Antisemitismus fördern.²⁷ In beiden erleben wir eine letztendlich antisemitisch implementierte Identifizierung mit der magyarischen Nation (wobei hier Nation im völkisch-ethnischen Sinne Abstammungsgemeinschaft meint). Der Kulturpessimismus entspringt dem Gefühl der Angst um den Verlust altüberkommener Traditionen, des Glaubens und traditioneller sozialer Bindungen durch Modernisierung und Reformen sowie einer psychisch determinierten Wahrnehmung, nämlich einer vermeintlichen peripheren Lage.²⁸ Man fürchtet den Verlust der „nationalen Einheit“ und letztendlich den „Tod der Nation“, sieht sich als Opfer der Modernisierung, der europäischen Integration und des westlichen Liberalismus und meint, dass das, was die Kommunisten zwischen 1945 und 1990 nicht zerstörten, jetzt endgültig von den Liberalen vollbracht werde.

Der Opfermythos umfasst aber auch die Abwehr von Schuld und Erinnerung, sowie die Projektion von Verbrechen auf „Andere“, „Fremde“ und letztendlich stellvertretend dafür die „Juden“. Im nationalen Opfermythos wird versucht, die in der eigenen Schuld zum Ausdruck kommende Täterschaft zu leugnen. Es ist nichts anderes, als eine Schuldumkehr, in der die Verfolger ihre Angst, als Kollektivtäter beschuldigt zu werden, auf die Verfolgten projizieren. Die Forschung nennt die Umkehr der Täter-Opfer-Relation eine typische Erscheinungsform des Antisemitismus.²⁹

Täter-Opfer-Umkehr, antikommunistischer und antiliberaler Antisemitismus

Klaus Holz bezeichnet sogar die Täter-Opfer-Umkehr als „demokratischen Antisemitismus“,³⁰ weil sie weniger dem „radikalen Rand“ einer Gesellschaft zuzuordnen sei. Vielmehr sei es die „demokratische“, politische Mitte, die die so genannte „Vergangenheitsbewältigung“ oft durch die Täter-Opfer-Umkehr zu vollziehen versucht. Der „demokratische Antisemitismus“ bezeichnet dabei keinen eigenen Typus des Antisemitismus, sondern „nur die ungefähre Eingrenzung eines Phänomens“. Holz unterscheidet dabei drei Haupttypen der Täter-Opfer-Umkehr: Zum ersten gehört der bereits erwähnte Opfermythos, dessen Virulenz auf der Leiderfahrung des eigenen, ethnisch gedachten Volkes beruht und durch die Schuldabwehr motiviert wird. In der zweiten Variante wird zwar die historische Tatsache des Holocaust nicht geleugnet, dafür aber die

²⁶ Zum völkischen Denken in Ungarn siehe Marsovszky (2006).

²⁷ Vgl. Salzborn, Samuel (2006): Antisemitismus und nationales Opfermythos. In: Psychosozial 29 (II/104), S. 125–136; Stern, Fritz (1986): Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland. München: dtv. (Originalausgabe: Stern, Fritz (1961): The Politics of Cultural Despair. Berkeley: University of California Press).

²⁸ Vgl. den Begriff „In-between Peripherality“, geprägt von und in: Tötösy de Zepetnek, Steven: Comparative Cultural Studies and the Study of Central European Culture. In: ders. (Hg.): Comparative Central European Culture. West Lafayette: Purdue University Press, S. 1–32, hier S. 8.

²⁹ Vgl. z.B. Haury, Thomas (2002): Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburg: Hamburger Edition, 115ff.

³⁰ Holz, Klaus (2005): Demokratischer Antisemitismus. In: ders. (2005): Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft. Hamburg: Hamburger Edition, S. 54–78, hier: S. 56; vgl. auch: Holz, Klaus (2010): Brückenschlag. Die antisemitische Verbrüderung der europäischen Rechtsextremen. In: Globisch, Claudia; Agnieszka Pufelska; Volker Weiß (Hg.): Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Zeitdimension betont und die ständig wiederkehrende „Dauerrepräsentation“ der Schande und deren Instrumentalisierung vorgeworfen. Profiteure dieser „Instrumentalisierung“ der Schande seien letztendlich die Juden, die so sogar einen illegitimen Schaden aus der Shoah ziehen würden. In der dritten Variante wird den Tätern ein Teil ihrer Schuld abgesprochen, während die Opfer nicht mehr so ganz unschuldig dastehen.

In Ungarn spielt die Täter-Opfer-Umkehr nicht nur in der so genannten Vergangenheitsbewältigung, bzw. in der Erinnerungspolitik eine enorme Rolle, sondern auch und vor allem im gesamten politischen Leben. Man könnte sogar behaupten, dass selbst der Sieg der völkischen Parteien bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 2010, den ich nach Fritz Stern „konservative Revolution“³¹ oder „völkische Wende“ bezeichne, zum großen Teil auf dem Prinzip der soeben beschriebenen Täter-Opfer-Umkehr basiert. Dieses soll vermeintlich dazu verhelfen, „die (völkisch gedachte) Nation“, vertreten durch die seit 2010 regierenden völkischen Parteien Fidesz-Bürgerliche Union (Fidesz-MPSZ) und Christlich Demokratische Volkspartei (KDNP) sowie die im Parlament vertretene, obgleich oppositionelle rechtsradikale Partei Jobbik, vom vermeintlichen „Joch der („jüdischen“) Postkommunisten und der („jüdischen“) Liberalen“ zu befreien.

So kam im Vorfeld der Parlamentswahlen von 2010 der „antikommunistische Antisemitismus“ etwa in einem Wahlkampffilm der derzeitigen Regierungspartei Fidesz in folgenden Sätzen (gesprochen von einem Regisseur) zum Ausdruck: „Die magyarische Staatlichkeit ist 1100 Jahre alt. Die ungarische Linke ist hundert Jahre alt. Am 11. April wählen wir! Stephan der Heilige oder Béla Kun, das ist hier die Frage! Ich meine: Am 11. April wird Stephan der Heilige das Land von Béla Kun und seinen Nachfolgern zurückerobern.“³²

Zum soeben beschriebenen „antikommunistischen Antisemitismus“ gesellt sich in Ungarn eine weitere Variante, die sich als „antiliberaler Antisemitismus“ bezeichnen lässt. Ungarns Antisemiten sind sich darin einig, dass die größte Gefahr für Europa der (östliche) Bolschewismus einerseits und der (westliche) Liberalismus andererseits seien, die von „Juden“ erfunden worden seien. Diese Auffassung legt nahe, dass das, was die Kommunisten (im Realsozialismus) nicht kaputt machen konnten, in den letzten zwanzig Jahren die Liberalen vollbracht hätten. Beide, sowohl die kommunistische als auch die liberale Denkweise, bzw. das Denken in den Kategorien der liberalen Demokratie werden als „jüdische Unterwanderung“ der Volksgemeinschaft aufgefasst, und zwar auch in der „bürgerlichen Mitte“ der Gesellschaft.

Auch in der ungarischen Variante der Täter-Opfer-Umkehr ist vor allem der genannte „Opfermythos“ bedeutend, wenn also die (völkisch gedachte) Nation permanent und ohne jede Selbstreflexion als Opfer historischer Ereignisse dargestellt wird. Die antisemitische Konstruktion des „jüdischen Täters“ wird indes sowohl auf die Nationalsozialisten und Faschisten (hier vor allem auf Hitler und die Pfeilkreuzler) übertragen, als auch auf die Kommunisten und auf die Liberalen, aber in einem viel geringeren Maße auf die Faschisten als auf die Kommunisten und die Liberalen. So werden aus den harmloser erscheinenden

³¹ Stern (1986), S. 5ff.

³² In: (2010): „Már csak három nap“. Fidesz kampányzáró a Syma Csarnokban [„Nur noch drei Tage“. Veranstaltung zum Finish der Wahlkampagne von Fidesz in der Syma Halle]. In: HírTV (Liveübertragung), 08.04.2010, 15.10 Uhr.

Nationalsozialisten „ehrenwerte Verteidiger“. In den völkischen kollektiven Narrativen kommt der „Opfermythos“ so zum Ausdruck, dass die Magyaren eine moralisch saubere Nation seien, die zwar Terror erleiden musste, die jedoch im Grunde nicht daran teilgenommen habe und auch vom Holocaust unbefleckt geblieben sei.

Dass die Täter-Opfer-Umkehr die Hasskultur fördert, scheint in Ungarn allgemein nicht bewusst zu sein. Der Hass wuchs daher in den letzten zwanzig Jahren seit der Wende permanent. Hätte man dem Land bis vor einigen Jahren kultur- und erinnerungspolitisch noch unter die Arme greifen und die Kultur- und Erinnerungspolitik demokratisieren können, so scheint es heute dafür zu spät zu sein. Zurzeit bildet der „Opfermythos“ die Grundlage der staatlichen Erinnerungspolitik, wodurch die Eskalation der Gewalt forciert wird.

Literatur

- (2010): „Már csak három nap“. Fidesz kampányzáró a Syma Csarnokban [„Nur noch drei Tage“. Veranstaltung zum Finish der Wahlkampagne von Fidesz in der Syma Halle]. In: HírTV (Liveübertragung), 08.04.2010, 15.10 Uhr.
- (2010): Neuerscheinung im Munin Verlag. Mit 14 Jahren im Straßenkampf. Von der Kadettenanstalt ins Inferno von Budapest 1945. In: Der Freiwillige, Militärgeschichte, Aktuelles, Kultur, Truppenkameradschaften, Suchdienst 56 (1-2), S. 4-13.
- Benz, Wolfgang (2001): Antisemitismusforschung als gesellschaftliche Notwendigkeit und akademische Anstrengung. In: ders.: Bilder vom Juden. Studien zum alltäglichen Antisemitismus. München: C.H. Beck, S. 129-142.
- Benz, Wolfgang (2004): Zum Verhältnis von Ideologie und Gewalt. In: Salzborn, Samuel (Hg.) (2004): Antisemitismus. Geschichte und Gegenwart. Giessen: Netzwerk für Politische Bildung, Kultur und Kommunikation e.V., S. 33-50.
- Claussen, Detlev (2000): Das Verschwinden des Sozialismus. Zur ethnonationalistischen Auflösung des Sowjetsystems. In: Claussen, Detlev; Oskar Negt; Michael Werz (Hg.): Kritik des Ethnonationalismus. Frankfurt am Main: Neue Kritik, S. 16-41.
- Dohr, Hans (2010): Andächtiger Geländemarsch bei Budapest. Wie Ungarn an den 65. Jahrestag der Schlacht um Budapest erinnerte. In: Der Freiwillige, Militärgeschichte, Aktuelles, Kultur, Truppenkameradschaften, Suchdienst 56 (3-4), S. 9-15.
- Gerrits, Andre (2009): The myth of Jewish Communism. A historical Interpretation. Brussel: Peter Lang.
- Haury, Thomas (2002): Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburg: Hamburger Edition.
- Holz, Klaus (2001): Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung. Hamburg: Hamburger Edition, HIS Verlag.
- Holz, Klaus (2005): Demokratischer Antisemitismus. In: ders. (2005): Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft. Hamburg: Hamburger Edition, S. 54-78.
- Holz, Klaus (2010): Brückenschlag. Die antisemitische Verbrüderung der europäischen Rechtsextremen. In: Globisch, Claudia; Agnieszka Pufelska; Volker Weiß (Hg.): Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 187-202.
- Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W. (1988): Elemente des Antisemitismus. Grenzen der Aufklärung. In: dieselb.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt am Main: Fischer, S. 177-217.
- Mainka, Jan (2010): One of the bloodiest sieges of WWII. In: The Budapest Times, 11.02.2010. Online verfügbar unter http://www.budapesttimes.hu/index.php?option=com_content&task=view&id=13880&Itemid=219, letzter Zugriff am 20.08.2013.
- Marsen, Thies (2010): Das bessere Ungarn. Wie sich Menschen gegen den Rechtsruck wehren. In: Zündfunk, Bayerischer Rundfunk 2. Programm, 20. Februar, 19.05 Uhr.
- Marsovszky, Magdalena (2006): Budapest: Völkische Revolution? In: haGalil.com, 21.09.2006. Online verfügbar unter <http://www.hagalil.com/archiv/2006/09/ungarn.htm>, letzter Zugriff am 20.08.2013.
- Marsovszky, Magdalena (2006): Neue völkische Bewegung und Antisemitismus im heutigen Ungarn. In: Salzborn, Samuel (Hg.) (2006): Minderheitenkonflikte in Europa. Fallbeispiele und Lösungsansätze. Innsbruck; Wien; Bozen: Studien Verlag, S. 201-221.

- Marsovszky, Magdalena (2009): Völkisches Denken, antisemitische Mobilisierung und drohende Gewalt in Ungarn. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung (18), S. 183–211.
- Marsovszky, Magdalena (2010): „Die Märtyrer sind die Magyaren“. Der Holocaust in Ungarn aus der Sicht des Haus des Terrors in Budapest und die Ethnisierung der Erinnerung in Ungarn. In: Globisch, Claudia; Agnieszka Pufelska; Volker Weiß (Hg.): Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 55–74.
- Marsovszky, Magdalena (2013): Geschlossene Gesellschaft. Zu den ideologischen Hintergründen der völkischen Entwicklung in Ungarn. In: Koob, Andreas; Holger Marcks; Magdalena Marsovszky (Hg.): Mit Pfeil-Kreuz-Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn. Münster: Unrast, S. 12–62.
- Megemlékezés a kitörés emléknapiján (Gedenken an den „Tag der Ausbruchs“). In: Offizielle Website des 1. Bezirks von Budapest. Online verfügbar unter: <http://www2.budavar.hu/index.php?node=news&id=852>, letzter Zugriff am 20.08.2013.
- Sághy, Erna (2003): Egy törvény kudarc története. Tiltani vagy tűrni? [Die Geschichte eines missratenes Gesetzes. Verbieten oder dulden?]. In: 168 óra, 13.01.2013; sowie [MTI] (2003): Közhasznúként bejegyzett neonáci egyesület [Neonazi-Verein als gemeinnützig eingetragen]. In: Origo, 01.02.2003. Online verfügbar unter <http://www.origo.hu/itthon/20030102kozhasznu.html>, letzter Zugriff am 20.08.2013.
- Salzborn, Samuel (2006): Antisemitismus und nationales Opfermythos. In: Psychosozial 29 (II/104), S. 125–136.
- Stern, Fritz (1961): The Politics of Cultural Despair. Berkeley: University of California Press.
- Stern, Fritz (1986): Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland. München: dtv.
- Tötösy de Zepetnek, Steven: Comparative Cultural Studies and the Study of Central European Culture. In: ders. (Hg.): Comparative Central European Culture. West Lafayette: Purdue University Press, S. 1–32.
- Ungváry, Krisztián (1999): Die Schlacht um Budapest 1944/ 45. Stalingrad an der Donau. München: Herbig Verlagsbuchhandlung..

Aus der Südosteuropaforschung

Natalija Bašić ist tot!

Die am 16. Juli 1968 geborene Natalija Bašić ist am 8. März 2013 in Berlin gestorben: ein schwerer, schmerzhafter Verlust für die Familienangehörigen und Freunde, denen unser ganzes Beileid gilt. Selbst für Kolleginnen und Kollegen, die Natalija privat nur flüchtig kannten, war ihr früher Tod ein Schock. Mit einem Mal wurde ihnen bewusst, was man alles über einen Menschen, mit dem man jahrelang zu tun hatte, nicht weiß. Nun ist es zu spät zu fragen.

Natalija hat ein Studium der Erziehungswissenschaften und Anglistik an der Universität Hamburg abgeschlossen. Von 1996 bis 2001 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich „Nation und Gesellschaft“ am Hamburger Institut für Sozialforschung tätig. Die Eskalation der Gewalt im ehemaligen Jugoslawien (1992-95) und das Bestreben, das „Unbegreifliche“ begreiflich zu machen, haben über Jahre hinweg ihren Forschungseifer in Anspruch genommen. Zusammen mit drei anderen BearbeiterInnen erstellte sie eine umfangreiche Datenbank „War in Croatia and Bosnia: A Bibliography, 1989-1996“, in der rund 4.600 bibliographische Einheiten zusammengetragen wurden.¹ Ich selber habe Natalija erstmals 1998 auf einer Tagung in Leipzig über politische und ethnische Gewalt in Südosteuropa und Lateinamerika kennengelernt. Unter dem Titel „Krieg ist nun mal Krieg“ stellte sie ihr Forschungsprojekt über Akteure in den postjugoslawischen Kriegen vor,² aus dem später ihre Dissertation hervorgehen sollte. Während ihrer Promotionsphase von 1999 bis 2002 habe ich sie begleiten können. Sie nahm regelmäßig am Berliner „Forschungsscolloquium Südosteuropa“ teil, wo sie ihre Fragestellungen, Methoden und Forschungsergebnisse zur Diskussion stellte. Die oft ebenso leidenschaftlichen wie fruchtbaren Debatten über Erkenntnischancen und Grenzen von Interviews sind unvergessen. 2002 schloss sie die Promotion an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät in Hamburg ab. Von der in vieler Hinsicht ungewöhnlichen Dissertation, die zwei Jahre später unter dem Titel „Krieg als Abenteuer. Feindbilder und Gewalt aus der Perspektive ex-jugoslawischer Soldaten 1991-1995“ in Gießen erschien, wird weiter unten noch zu sprechen sein. Von 2002 bis 2005 war sie dann am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Rahmen eines von der VW-Stiftung geförderten und vom Sozialpsychologen Harald Welzer und mir geleiteten Forschungsprojekts „Vergleichende Tradierungsforschung“ tätig.³ In dem international angelegten Projekt beschäftigte sich Natalija mit den innerhalb von Familien – von den Großeltern über die Eltern zu den Enkeln – tradierten Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg in Serbien und Kroatien, d.h. mit der Familie als Erinnerungsmilieu, der intergenerationellen Kommunikation und ihrer Bedeutung für die Konstitution von Geschichtsbewusstsein.⁴ Erinnerungen sind das

¹ Die Bibliographie ist im Internet abrufbar unter: <http://www.his-online.de/forschung/abgeschlossene-projekte/230/>.

² Abgedruckt in: Höpken, Wolfgang; Riekenberg, Michael (Hg.) (2001): Politische und ethnische Gewalt in Südosteuropa und Lateinamerika. Köln; Weimar; Wien: Böhlau, S. 195-225.

³ Einzelheiten über das Projekt finden sich unter: <http://www.oei.fu-berlin.de/geschichte/soe/forschung/drittmittelprojekte/tradierung.html>.

⁴ Vgl. ihren Beitrag: Bašić, Natalija (2007): Wen interessiert schon der Zweite Weltkrieg? Tradierung von Geschichtsbewusstsein in Familiengeschichten aus Kroatien und Serbien. In: Welzer, Harald (Hg.): Der Krieg

Unzuverlässigste, was es gibt, hat Aleida Assmann einmal gesagt (oder so ähnlich), und Natalija hat viele Belege für die Prozesshaftigkeit der Erinnerung sammeln und zeigen können, wie sozial- und kontextabhängig Erinnerungen sowie die damit verbundenen Bewertungen sind oder wie fremde, von Medien vermittelte Erlebnisse in eigene Erlebnisse umgewandelt werden; wie Erzählungen auftauchen und wieder verschwinden. In den Worten einer Interviewpartnerin: „Und Mama hat erzählt, dass Opa gesagt hat, dass die Partisanen gewinnen würden, weil sie diszipliniert sind, keine Frauen belästigen, oder wie auch immer sie das damals formuliert hat, diese Geschichte habe ich jedenfalls gehört, und, dass die Četniks nicht ernst zu nehmen seien, verantwortungslos und so ähnlich usw. Heute streitet sie das ab, dass sie mir das erzählt hat. Aber ich erinnere mich sehr gut daran.“⁵ Das Ende Jugoslawiens und der Systemkollaps veränderten auch die privaten Erinnerungen. „Was vom tradierten Bild des unerbittlichen Widerstandskampfes noch übrig bleibt, sind eben die Elemente der Findigkeit, vielleicht noch der Konversionsfähigkeit und des Mutes. Narrativ werden jedenfalls die einstigen Kollaborateure und nationalistischen Akteure rehabilitiert, was mit der Relativierung ihrer Verbrechen und der Ausblendung der Opfergruppen einhergeht. (...) Es sieht so aus, als erfänden die sich konstituierenden Gesellschaften im Privaten neue Geschichten über die Vergangenheit – solche, die sie gebrauchen können.“⁶

Neben ihrer Forschungstätigkeit hat Natalija während ihrer Beschäftigung am Osteuropa-Institut auch eigene Lehrveranstaltungen (unter besonderer Berücksichtigung methodischer Aspekte der Feldforschung und der Interviewanalyse) durchgeführt und sich in der konzeptionellen und organisatorischen Vorbereitung und Durchführung von Tagungen und Workshops sowie dem Auf- und Ausbau wissenschaftlicher Netzwerke engagiert. Erwähnt seien die große internationale Konferenz „Transnationalism in the Balkans“ von 2004 in London (finanziert von der Volkswagen-Stiftung) und die Workshops des Forschungsscolloquiums über Psychohistorie und über Geschichtsrevisionismus in Kroatien und Serbien.

Nach Abschluss des Tradierungsprojekts erhielt Natalija ein Postdoc-Stipendium aus Mitteln des Exzellenzclusters „Languages of Emotion“ an der Freien Universität. Ihr Thema: Kriegsverbrecher, Feindbilder, Emotionen. Die Wahrnehmung des „Internationalen Kriegsverbrechertribunals für das ehemalige Jugoslawien“ in Bosnien, Kroatien und Serbien. Darin beschäftigte sie die Frage nach dem Zusammenwirken von Kognition und Emotion bei der Aufarbeitung der postjugoslawischen Kriege und bei der Perzeption der Urteile des Haager Gerichts. In einem im „Tagesspiegel“ im Februar 2010 veröffentlichten Interview antwortete sie auf die Frage: „Warum halten Ihre Gesprächspartner das Verfahren [gegen Slobodan Milošević] für ungerecht?“ „Das Missverständnis ist: Die Justiz legt einen anderen Wahrheitsbegriff zugrunde als der normale Mensch. Ein Gericht ist ja nicht dazu da, historische Wahrheit aufzudecken oder zu erklären. Es soll anhand von juristisch

der Erinnerung. Zweiter Weltkrieg, Widerstand und Kollaboration im europäischen Familiengedächtnis. Frankfurt am Main: Fischer, S. 150–185.

⁵ Bašić, Natalija (2007): Die Moral des Seitenwechsels. Zur Neubewertung des Zweiten Weltkriegs in Serbien und Kroatien. In: Brunnbauer, Ulf; Andreas Helmedach; Stefan Troebst (Hg.): Schnittstellen. Gesellschaft, Nation, Konflikt und Erinnerung in Südosteuropa. Festschrift für H. Sundhaussen. München: Oldenburg, S. 495–506, hier S. 503.

⁶ Ebd., S. 506.

verwertbarem Material zu einem Urteil gelangen. Das, was vor Gericht zu einer Urteilsfindung führt, ist häufig etwas anderes als das, was ein Historiker relevant finden mag. Recht und Gerechtigkeit ist eben nicht dasselbe.“⁷Vom Juni 2010 bis zu ihrem Tod war Natalija dann als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung (Braunschweig) im Arbeitsbereich „Schulbuch und Konflikt“ tätig.

Ihr Arbeitsgebiet waren somit der Zweite Weltkrieg und die postjugoslawischen Kriege. Sie waren ihr großes Thema. Nicht im Sinne einer Rekonstruktion der Ereignisse oder als öffentliche Erinnerung. Was Natalija interessierte war die Frage, wie die Kriege privat erinnert und bearbeitet und wie sie in individuelle Biografien integriert werden, wie öffentliche und private Erinnerungen miteinander kollidieren können. Ihre ganze Aufmerksamkeit galt den Perspektiven der ehemaligen Akteure, der Nachgeborenen und der Zuschauer.

Natalijas zentrales Forschungsvorhaben, das auch ihre nachfolgenden Projekte methodisch geprägt hat, war ihr Dissertation.⁸ Darin suchte sie Antwort auf die Frage, wie aus jungen Männern unterschiedlicher ethnischer Zuordnung (Serben, Kroaten und bosnische Muslime/Bosniaken) in der ersten Hälfte der 1990er Jahre Soldaten und Krieger wurden und welche subjektiven Realitäten sich in diesem Prozess für sie herausgebildet haben: Wie gestaltete sich der Weg dieser Männer in den Krieg? Welche Erfahrungen haben sie im Krieg gemacht? Wie gehen sie mit diesen Erfahrungen in der Nachkriegszeit um und wie versuchen sie, ihre Handlungen und Erlebnisse mit den öffentlichen, medial vermittelten Diskursen (im In- und Ausland) und ihrer persönlichen Biografie in Einklang zu bringen? Zu diesem Zweck führte Natalija in den Jahren 1997/98, also relativ zeitnah zum Ende der Kriege in Kroatien und Bosnien, narrative Interviews mit Ex-Kriegern durch. Die Auswahl der Interviewpartner und die Bedingungen, unter denen die Gespräche stattfanden, waren schwierig und stellten die Interviewerin vor viele Herausforderungen und Überraschungen. In Sarajevo kam es „zu einer denkwürdigen Zusammenkunft, da ich nicht damit gerechnet hatte, ehemaligen Mitgliedern der ‚Grünen Barette‘ zu begegnen, einer Einheit von ziemlich zweifelhaften Ruf. Zugang zu ‚Schlüsselpersonen‘ der Kriegoorganisation gehören zu den zufälligen und sicher glücklichen Umständen der Erhebung. Die Tatsache, daß jemand Sarajevo verteidigt hat, sicherte ihm lange Zeit nicht nur Mitgefühl, sondern oft ein unangreifbares, fast mythisches Ansehen. Die Einheiten der ‚Grünen Barette‘, Krieger der ersten Stunde, waren gefeierte Helden gewesen, aber sie verloren ihre Rolle als Vorkämpfer und Kompatrioten je länger der Krieg dauerte mehr und mehr. Aus den ‚tapferen Kämpfern‘ gegen den serbischen Nationalismus waren in der Öffentlichkeit schließlich ‚Räuber und feige Mörder von Zivilisten‘ geworden. Daß ich, die Interviewerin, zunächst als Eindringling wahrgenommen wurde, verwundert kaum; es ist auch in anderen Organisationen oder Institutionen üblich, die Zugangsbedingungen zu kodifizieren. Allerdings gab es hier etwas Besonderes: Bevor das Interview geführt werden konnte, wurde ich dem Verbandsvorstand vorgestellt, der meine Ausweispapiere in Augenschein nahm und viele Fragen stellte, zu meiner Herkunft, meiner Tätigkeit und

⁷ „Die Opfer fühlen sich nicht gehört“. In: Tagesspiegel, 13.02.2010. Vgl. auch Natalijas Aufsatz: Bašić, Natalija (2011): Völkermord vor Gericht. Kriegsverbrecherprozesse, Emotionen und der Umgang damit in Serbien. In: Südosteuropa 59 (4), S. 396–411.

⁸ Eine Liste aller ihrer Veröffentlichungen findet sich auf der Homepage des Georg-Eckert-Instituts: <http://www.gei.de/de/mitarbeiter/basic-dr.html>.

Aufgabe. Er konfrontierte mich mit Mutmaßungen über den Zweck meiner Erhebung und begründete seine Bedenken damit, daß sie ‚schlechte Erfahrungen mit Medien‘ gemacht hätten und eigentlich keine Interviews mehr geben würden.“ Schließlich stimmte der Vorstand aber einem Interview zu und bestimmte Natalijas Interviewpartner. Dževad, der Auserwählte, attestierte ihr Mut, „weil ich mich zu ihnen ‚vorgewagt‘ ... und ‚keine Furcht‘ gegenüber seinem Chef gezeigt, meine Stimme ‚nicht gezittert‘ hätte.“ (S. 255 f.) In diesem Zusammenhang verwendet Natalija eine merkwürdige Formulierung. Sie erwähnt die ihr zugeschriebene serbische Herkunft, die Dževad „an meinem Namen bemerkt hatte“. Merkwürdig ist diese Formulierung deshalb, weil m.W. weder der Vorname „Natalija“ noch der Nachname „Bašić“ typisch serbisch sind.⁹

Die akribisch und umsichtig ausgewerteten Gesprächsaufzeichnungen stellten eine der ersten – oder die erste – systematisch und wissenschaftlichen Standards gerecht werdende Dokumentation von Akteursperspektiven dar. Natalija hat damit Quellen geschaffen, die für die weitere Forschung unverzichtbar und wegen ihrer Zeitnähe zu den Ereignissen auch einzigartig sind. Natalija ging von zwei zentralen Thesen aus, um die die weiteren Ausführungen kreisen: 1. ein Identitätsmerkmal ex-jugoslawischer Krieger war die „Verteidigungsidentität“, deren Grundlagen im zweiten jugoslawischen Staat gelegt wurden. Im Zuge des Staatsverfalls kehrte sich diese „Verteidigungsidentität“ von der Abwehr eines äußeren Feindes nach innen, gegen die jeweiligen Nachbarn, – verstärkt durch „Erinnerungen“ an den Zweiten Weltkrieg und historische Mythen. Und 2.: Gewalt wird von den Beteiligten nicht als Ausdruck von Chaos, sondern als sinn- und ordnungsstiftend erlebt: sie generiert Gemeinschaft und schafft Übersichtlichkeit. Für die Ex-Krieger spielte die nationale Zuordnung vor dem Krieg in der Regel keine Rolle. „Ich wusste nicht einmal, wer was ist.“ Als der Krieg in Slawonien bereits in voller Wucht ausgetragen wurde, war man in Banja Luka noch fest davon überzeugt, dass Ähnliches in Bosnien nicht geschehen könne. Das Tempo der weiteren Entwicklung und die dadurch ausgelöste Verwirrung und Orientierungslosigkeit auf der einen sowie die systematische Hetze auf der anderen Seite ließen die bisherigen Koordinaten des Alltags wegbrechen. In den Kampfhandlungen bildeten sich neue Orientierungen heraus: der Krieg wurde subjektiv als Ort von Sicherheit und Klarheit erfahren. Die jugoslawischen Auflösungsprozesse lassen sich gemäß Natalijas Überzeugung als eine Geschichte der Auflösung von Gruppengrenzen beschreiben, die einer militärischen Vergemeinschaftung dienten und Anfang der 90er Jahre neu sortiert wurden. Eine besonders wirkungsvolle Kraft, die die neuen Gemeinschaftsbildungen unterstützte, kann dabei in der Gewalt und dem Verhalten der aktiven Kriegsteilnehmer selbst gesehen werden. Dies zeigt insbesondere der Blick auf Bosnien (Kapitel 10), wo die Verhältnisse zu Beginn des Krieges für die Bewohner besonders unübersichtlich waren und die Formierung einer Vielzahl konkurrierender organisierter Gewaltakteure begünstigten. Die Frage, wer steht auf welcher Seite, wurde oft erst im Zug der Kriegshandlungen eindeutig beantwortet:

⁹ So hieß z.B. das von 1942-1947 amtierende Oberhaupt der bosnischen Muslime (Reis-ul-Ulema) Salih Safet Bašić, und der Verfasser des „Großen kroatisch-deutschen Wörterbuchs“ wirtschaftlicher, juristischer, politischer Fachbegriffe heißt Zlatko Bašić. Von Ersterem mag Natalija nichts gewusst haben, den Namen des zweiten kannte sie, denn sie war es, die mir das Wörterbuch von einem ihrer Aufenthalte in Kroatien mitgebracht hat (da war ihre Dissertation aber schon erschienen). Auch der Vorname „Natalija“ ist in Kroatien weit verbreitet. Wie Dževad anhand von Natalijas Namen ihre serbische Herkunft erkennen konnte, bleibt somit ein Geheimnis. Aber so ist das nun mal mit Namen und mit dem ehemaligen Jugoslawien. Vermeintliche Eindeutigkeiten sind keine, sobald man näher hinschaut.

mit Tod oder Überleben. Viele der späteren Akteure wurden von der Dynamik der Entwicklung und der Unübersichtlichkeit der Lage einfach überrumpelt. Wie jener Bosniake aus Sarajevo, von dem oben bereits die Rede war und dessen Erzählung in Kapitel 11 behandelt wird. Aus seiner Sicht war die „Welt“ bis Mitte der 1980er Jahre in Ordnung. Die Ethnizität und/oder Religion spielte im Miteinander der Bewohner von Sarajevo keine prägende Rolle. Doch dann begannen diese „unbekannten Leidenschaften zu erwachen, als Leute anfangen, Lieder zu singen, die zu Lebzeiten von Genosse Tito verboten waren, als sie anfangen, sich der Kirche zuzuwenden, Gräber auszuheben, die 1948, '49 zugeschüttet worden waren. Und dann fing es an, dieses nationale Erwachen. Zuerst bei den Serben... Und dann kam das nationale Erwachen bei den Kroaten und bei uns Bosniaken...“ (S. 260). Der Krieg schuf auch für diesen Befragten Eindeutigkeit, Zugehörigkeit, Verantwortung und Sinn.

Man kann Natalijas Interviews immer und immer wieder lesen. Sie bieten eine Vielzahl von Facetten und machen nachvollziehbar, was in den Köpfen der Ex-Krieger vorgegangen sein mag. Andere Forscherinnen und Forscher haben später ähnliche Befunde zutage gefördert. Aber Natalijas Werk an den Schnittstellen von Ethnologie, Erinnerungsforschung, Geschichtswissenschaft und Sozialpsychologie war eine Pionierleistung. Dafür gebührt der Autorin Anerkennung und Dank.

Auch wenn Natalija von uns gegangen ist, bevor wir sie richtig kennenlernen konnten, – das Werk und die Erinnerung bleiben.

Holm Sundhaussen, 15.03.2013

Karl Kaser

Text und Bild – bleibt die Südosteuropaforschung auf einem Auge blind?

Ich freue mich, dass ich mit meinem Essay an die Ausführungen meiner beiden Berliner Kollegen in den ersten beiden Ausgaben der *Südosteuropäischen Hefte* anschließen darf. Dies umso mehr, als Sundhaussen und Grandits vieles zum Ausdruck brachten, was ich unterschreiben kann und das sehr erfreulich klingt: der „ungeahnte Aufschwung“ der Südosteuropäischen Geschichte in den 1990er Jahren, den Sundhaussen konstatiert, ist zwar meiner Meinung nach eher den Warlords auf dem Boden des ehemaligen Jugoslawien geschuldet, als der Attraktivität des Faches als solche – aber erfreulich, nichtsdestotrotz. Grandits ist zu Recht über die Einbettung der Südosteuropäischen Geschichte in weiterentwickelte Area Studies und deren Zusammenführung in einen Masterstudiengang „Global History“ stolz. Auch dies ist eine positive Entwicklung – keine Frage. Und dass der Berliner Standort attraktiv ist, ebenso.

Auch im Nachbarland Österreich kann es kaum einen Grund zur Klage zu geben. In Wien hat trotz personeller Erneuerung die Wertigkeit der Südosteuropastudien keine Einbußen hinnehmen müssen, der Klagenfurter Lehrstuhl ist wieder besetzt, und aus Graz sind die Südosteuropa-Aktien inhaltlich wie auch personell im Steigen begriffen. Mit Biebers Lehrstuhl für das fakultätsübergreifende „Zentrum für Südosteuropastudien“, das disziplinär weitversprengte Südosteuropaforschungen zusammenführen soll, hat sich die Universität Graz den Rang als eine der *big powers* in der Südosteuropaforschung gerade noch sichern können. Den Worten folgten nach vielen Jahren auch Taten.

Südosteuropaforschung – Eine Erfolgsstory?

Nach dem von Sundhaussen diagnostizierten Beinahe-K.O. also doch eine Erfolgsstory? Was lange leidet, wird endlich gut? Beinahe scheint es so. Innerbetriebliche Reibungsverluste, die auch auf Renitenzen der beforschten Nationen bzw. Staaten zurückzuführen waren – wenn es etwa um die Frage ging, wer in den Kompetenzbereich unseres Faches gehört und wer nicht –, wurden klugerweise ausgesessen und wichen einer entspannten Lockerheit. Nach den kühlen Nordwinden, die eher in Deutschland als in Österreich nach 1989-1991 über unsere Disziplin ausgebrochen waren, hat so etwas wie eine mediterrane Wetterlage wieder für Wärme im Stall gesorgt. Es liegen zwar noch einige nichtentschärfte Landminen herum, aber bekanntlich kann es Jahrzehnte dauern, bis solche hochgehen. Eine von diesen habe ich mit der Perspektivenverschiebung nach „Kleinasien“ gelegt. Mir will es nicht eingehen, dass unser Forschungsfeld am unschuldigen Bosphorus enden soll, wo er doch seit Jahrtausenden keine historischen Geschehenseinheiten trennt. Aber ich möchte hier nicht über Dinge lamentieren, die ich bereits mehreren Orts vorgebracht habe und die erstaunlicherweise unwidersprochen geblieben sind. In zehn oder zwanzig Jahren wird es Diskussionen über den zentralen geografischen Kern unserer Disziplin zwar weiterhin

geben, er wird sich jedoch dann etwa genau dort befinden, wo wir heute ihre blaugraue Peripherie orten – am Bosphorus.

Grandits hat in seinem Beitrag sehr prägnant „drei paradigmatische Veränderungen“ in der Südosteuropaforschung bzw. in der Südosteuropäischen Geschichte der vergangenen zwei Jahrzehnte geortet, die wir ruhig auch als Turns bezeichnen können: 1) Die Imagination von neuen *mental maps*, die den geografischen und heuristischen Bezugsrahmen unseres Blickwinkels verändern und meiner Meinung nach in Richtung Kleinasien erweitern werden. 2) Ein neues Gewicht der *long durée* in Bezug auf den osmanischen Ordnungsraum – eine paradigmatische Veränderung, die sich über Publikationen, Forschungsprojekte und Professuren bereits deutlicher als ein vager Schimmer am Horizont abzeichnet, und 3) eine Konjunktur transstaatlicher und globaler Blickwinkel, die „erst zunehmend auch mit methodisch oder theoretisch durchdachten Konzepten gepaart ist“. Richtig: Wir werden erst nachweisen müssen, dass wir mit einem global eingestellten Fernrohr umzugehen verstehen bzw. wie und wo sich das Globale im Kleinen äußert. Hinter dieser konstatierten paradigmatischen Veränderung verbirgt sich nichts anderes, als die geliebte Gewohnheit aufzugeben, den Balkan als europäischen Sonderfall zu zeichnen. In diesem Zusammenhang denke ich, dass sich gezeigt hat, dass die gutgemeinte und die politisch allemal korrekte Verflechtungsgeschichte bislang nur Hausbackenes hervorgebracht hat, da sie einäugig auf die europäischen Vernetzungen von Geist und kulturellen Hervorbringungen abgestellt war und die außereuropäischen außer Acht lässt.

Diese von Grandits formulierten „paradigmatischen Veränderungen“, Turns oder Herausforderungen bestehen; daran kann kein Zweifel bestehen. Die Area Studies-Diskussion sowie die von Maria Todorova losgetretene Balkanismusdebatte hat uns, da wir ja nur sehr wenige sind, viel Substanz gekostet, und ich plädiere dafür, dass wir uns im oben formulierten Sinne endlich inhaltlich verstärkt global relevanten Fragestellungen zuwenden. Die überbordende Nationalismus- und Identitätsbeforschung der vergangenen zwei Jahrzehnte, der auch ich mich nicht völlig entziehen konnte, war deswegen unbefriedigend, weil die globale Perspektive dabei kaum zum Tragen gekommen ist, dafür aber die mikroskopische geadelt wurde. Ein Forschungsüberblick lässt den Anschein entstehen, dass die Menschen dieses imaginierten Balkanraums ständig damit beschäftigt waren, über ihre Identität nachzugröbeln und darüber, wie sie sich vom imaginierten Anderen auch tatsächlich unterscheiden könnten. Mit unseren, gemessen am damaligen Mainstream subversiven Grazer historisch-anthropologischen Studien und Projekten, mit denen wir Ebenen des Transnationalen und Transstaatlichen auszuloten versuchten, haben wir nicht maßgeblich dagegen ankämpfen können, aber gewiss mutige Beiträge geliefert, die teilweise bereits früh eine globale Perspektive einnahmen, wenn es etwa um die Einordnung traditioneller Balkanfamilienstrukturen im interkulturellen Vergleich ging – was mir mitunter den Vorwurf der „Afrikanisierung“ des Balkans einbrachte; kein Kommentar.

Ich möchte hier einen weiteren längst anstehenden Paradigmenwechsel ins Spiel bringen, der zumindest so fundamental ist wie die Grandits'schen. Ich meine damit den *visual turn*, der unglücklicherweise zu einem Zeitpunkt „ausgerufen“ wurde, als das Kriegsdrama im ehemaligen Jugoslawien seinem Höhepunkt zusteuerte – Mitte der 1990er Jahre, also vor knapp zwei Jahrzehnten. Die atavistisch anmutenden Kriege haben unseren Blick darauf verstellt, dass wir gleichzeitig in das digitale Zeitalter eingetreten sind, in dem das Visuelle

einen immer größeren Platz neben dem Textlichen einnimmt und das wir so bald nicht wieder verlassen werden. Es ist eine Binsenwahrheit, dass geistes- und kulturwissenschaftliche Disziplinen auf neue gesellschaftliche Herausforderungen reagieren müssen, um den Ruf nach ihrer Abschaffung gar nicht erst aufkommen zu lassen. Unser Wissenschaftsbetrieb in und außerhalb der beforschten Region ist ungeheuer textlastig; zwischen ihm und der Welt um uns tut sich eine immer stärker werdende Kluft auf. Es scheint, als ob die Südosteuropaforschung auf einem Auge blind wäre. Uns droht, dass wir den Anschluss an die systematischen Fächer oder präziser an die sich rasch ausbreitenden trans- oder postdisziplinären visuellen Kulturstudien verlieren. Visuelle Kultur/*Visual Culture* ist keine neue Nische der wie auch immer verstandenen Kulturwissenschaften, sondern nahezu allumfassend: Wir können uns mittlerweile ein Bild vom Mars genauso wie von unseren eigenen Eingeweiden machen; wir surfen im Internet und tauchen in seine virtuellen Bilderwelten ein und erfreuen uns im Rahmen einer *Public-Viewing*-Gemeinschaft einer real stattfindenden Fußballweltmeisterschaft.

Der visuelle Turn

Das digitale Zeitalter hat nicht nur Lebensverläufe und wissenschaftliche Arbeitsstile massiv verändert, sondern auch unsere Sicht auf die Welt im Allgemeinen beeinflusst und die Erkenntnispotenziale in praktisch allen Wissenschaftsdisziplinen erweitert. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die „digitale Revolution“ die Ausrufung neuer Wenden in vielen Wissenschaftsdisziplinen nach sich zog. Ab der Mitte der 1990er Jahre war immer häufiger vom *pictorial*, *iconic* oder *visual turn* in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften die Rede. Insbesondere Disziplinen wie die Kultur- und Sozialanthropologie, Philosophie, Ethnologie, die Kultur- und Medienwissenschaften, die Semiotik, Soziologie, Kunstgeschichte, Archäologie, Theologie und Geschichte haben sich nach unterschiedlich langer Reaktionsdauer diesem Turn gestellt, diskutieren Dimensionen des Visuellen, versuchen diese theoretisch und methodologisch in den Griff zu bekommen und die visuellen Erkenntnispotenziale auszuloten. Forschungsbereiche für *Visual Culture* bzw. Visuelle Kulturstudien wurden gegründet, Fachzeitschriften ins Leben berufen, Studiengänge konzipiert und Doktoratsprogramme für diesen transdisziplinären Wissenschaftszugang installiert. Die geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlich orientierte Südosteuropaforschung hat darauf zurückhaltend bis gar nicht reagiert, so als wollte sie im Zeitalter der vielen und Forschungsidentitäten infrage stellenden Turns zumindest einen, den visuellen, überspringen. Die Frage, ob der visuelle Turn auch in der Südosteuropaforschung Fuß fassen oder übergangen werden wird, ist somit nicht eine bloß rhetorische.

Meine Prognose lautet, dass er kommen wird, weil er kommen muss. Das digitale Zeitalter wird nicht einfach vorüberziehen und die Südosteuropaforschung der Verpflichtung entheben, sich mit den historischen, gesellschaftlichen und religiösen visuellen Praktiken und Performanzen sowie der Macht und Überzeugungskraft des Visuellen zu befassen. Meine Prognose hat nichts Aufrührerisches an sich, wenngleich Jahr um Jahr des Ignorierens verstreicht.

Mein Beitrag möchte darauf hinweisen, dass der visuelle Turn auch in der Südosteuropaforschung in der Luft liegt; eine überreife Frucht wartet darauf, geerntet zu werden. An dieser Ernte beteiligen sich bislang nur wenige. Die Kolleginnen und Kollegen, die in ihren Arbeiten entweder explizit den visuellen Turn aufgenommen haben bzw. die ich diesem Turn zuordnen möchte, lassen sich noch einzeln nennen. Das *Department of Film Studies at University of St. Andrews* in Schottland hat mit der bulgarischstämmigen Dina Jordanova eine Leiterin, die sich in zahlreichen Publikationen mit dem Film auf dem Balkan und in Osteuropa auseinandergesetzt hat. Daneben wurde auf dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig die Publikationsreihe „Visuelle Geschichtskultur“ etabliert, die sich thematisch sporadisch auch mit dem südöstlichen Europa auseinandersetzt.

Vonseiten der Kunstgeschichte haben sich in letzter Zeit jüngere Kollegen und Kolleginnen bemerkbar gemacht, die mit ihren Arbeiten den traditionellen kunsthistorischen Rahmen sprengen. Etwa die Bulgarin Martina Baleva, die mittlerweile FAG Stiftungs-Assistenzprofessorin „Kulturelle Topographien Osteuropas im 19. und 20. Jahrhundert“ in Basel ist, oder der Österreicher Maximilian Hartmuth, der sein Dissertationsstudium an der Kunstgeschichte der Istanbul Sabancı Universität absolviert hat und u.a. zur visuellen Stadtkultur auf dem Balkan publiziert. Nenad Makuljević, Dozent an der Abteilung für Kunstgeschichte der Philosophischen Fakultät der Universität Belgrad lehrt Serbische Kunstgeschichte und die Visuelle Kultur des Balkans und gehört zu den wenigen Kunsthistorikern des Balkans, der einen auf Visuelle Kultur erweiterten Kunstbegriff vertritt.

Vonseiten der Geschichtswissenschaften hat sich die am Orientalistischen Seminar angesiedelte Förderungsprofessorin Nataša Mišković mit einem lebensweltlich orientierten Fotojournalismusprojekt, das postosmanischen Spuren in Belgrad, Sarajevo, Istanbul und Ankara nachgeht, hervorgetan. Ich leite ein vom österreichischen FWF finanziertes Forschungsprojekt „Repräsentation von Familie, Geschlecht und Körper. Der Balkan ca. 1860-1950“, in dem Barbara Derler, Ana Djordjević und Anelia Kassabova fotografische Repräsentationen in Sofia, Belgrad und Sarajevo komparatistisch verfolgen.

An Monografien bzw. herausgegebenen Werken, die Visuelle Kultur im Titel tragen und sich auf das südöstliche Europa beziehen, konnte ich das von Daniel Šuber und Slobodan Karamanić herausgegebene, äußerst lesenswerte und soziologisch-politikwissenschaftlich-ethnologisch ausgerichtete Werk¹ über visuelle Kulturen im postjugoslawischen Raum identifizieren. Meine Monografie über historische und gegenwärtige Aspekte visueller Kulturen auf dem Balkan und im Nahen Osten wird in Kürze erscheinen.

Tendenzen in der Erforschung des Visuellen

Mit dem mir als Überbegriff geeignet erscheinenden Terminus *visual turn* oder visuelle Wende verstehe ich weniger den vom Kunsthistoriker Gottfried Boehm Mitte der 1990er Jahre formulierten *iconic turn*², sondern vielmehr den vom US-amerikanischen

¹ Šuber, Daniel; Karamanić, Slobodan (Hg.) (2012): *Retracing Images. Visual Culture after Yugoslavia*. Leiden: Brill.

² Boehm, Gottfried (1994): *Die Wiederkehr der Bilder*. In: Gottfried Boehm (Hg.): *Was ist ein Bild?* München: Fink, S. 11–38.

Kunsthistoriker William J. T. Mitchell festgestellten *pictorial turn*³. Für letzteren wurde dieser von ihm so bezeichnete Turn aus der Überlappung von Entwicklungen in der Kunstgeschichte sowie Literatur-, Medien- und Kulturwissenschaft gespeist. Im Zentrum steht für ihn die kulturelle Konstruktion der visuellen Erfahrung im täglichen Leben, in den Medien, den Repräsentationen und den visuellen Künsten.⁴ Weshalb sich dieser Turn gerade in der ersten Hälfte der 1990er Jahre manifestierte, sieht er darin begründet, dass damals die Welt in ein Zeitalter der Video- und kybernetischen Technologie sowie der digitalen Reproduktion eintrat und neue Formen der visuellen Simulation und Illusion hervorbrachte.⁵

Visual Culture bzw. Visuelle Kultur und visuelles Wissen sind zu zwei zentralen Begriffen dieser visuellen Wende geworden. Der sehr weit gefasste Begriff der Visuellen Kultur meint, dass es um beides geht: um das Sehen und Gesehen-Werden als kulturell konstruierte Akte; beides ist weder angeboren noch natürlich gegeben, sondern wird erlernt und kultiviert. Visuelle Kultur impliziert somit Fragestellungen nach dem Blick und der Repräsentation sowie den psychischen, sozialen, kulturellen und technischen Bedingungen der Produktion und Rezeption des Visuellen. Das Visuelle ist nicht auf Bilder im weitesten Sinne beschränkt, sondern inkludiert auch die performativen Prozesse des Darstellens und des Sehens.⁶

Eine zumeist stillschweigend angenommen Grundvoraussetzung für die visuelle Wende ist eine Bedeutungsverlagerung vom Wort zum Bild und die Infragestellung der Dominanz des Wortes über das Bild im Erkenntnisprozess. Dies bedeutet jedoch wiederum nicht, dass textliche durch bildliche Repräsentationen und Diskurse – also Viskurse – in absehbarer Zeit ersetzt werden, sondern lediglich, dass zahlreiche neue hybride Formen im Entstehen begriffen sind, die sich „gerade durch ihren multimodalen, synästhetischen Charakter auszeichnen“⁷. Schnettler und Pötzsch fassen in einem Beitrag die Rolle visueller im Unterschied zu sprachlich-logozentrierten Ausdrucksformen und Kommunikationsmittel für die Herstellung, Verbreitung und Durchsetzung von Wissen zusammen. Während sprachliche Wissensvermittlung auf einer linearen und sukzessiven Aneinanderreihung sinnvoller Bedeutungseinheiten aufbaut, sind in der Totalität des Bildes die konstitutiven Elemente gleichzeitig präsent. Während die Stärke des sprachlich-logozentrierten Verfahrens auf der narrativen Entfaltung und analytischen Zergliederung beruht, besteht der Vorteil der Bildlichkeit in ihrer Konkretheit und in einer Ganzheitlichkeit, die keine Exkurse und Redundanzen erlaubt.⁸ Wenngleich also die visuelle Wende zu einer Intensivierung der Beschäftigung mit dem Visuellen geführt hat, konnte sich dennoch keine allgemeine transdisziplinäre und der Sprachwissenschaft vergleichbare Bildwissenschaft, wie sie etwa Belting bereits vor mehr als einem Jahrzehnt forderte,⁹ entwickeln.

³ Mitchell, W. J. Thomas (1995): *Picture Theory. Essays on Verbal and Visual Representation*. Chicago; London: University of Chicago Press, S. 11.

⁴ Mitchell, W. J. Thomas (2003): Interdisziplinarität und visuelle Kultur. In: Herta Wolf (Hg.): *Diskurse der Fotografie. Fotokritik am Ende des fotografischen Zeitalters*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 38–50.

⁵ Mitchell (1995), S. 15.

⁶ Mitchell, W. J. Thomas (2002): *Showing Seeing. A Critique of Visual Culture*. In: Nicholas Mirzoeff (Hg.): *The Visual Culture Reader*. London; New York: Routledge, S. 86–101.

⁷ Schnettler, Bernt; Pötzsch, Frederik S. (2007): Visuelles Wissen. In: Rainer Schützeichel (Hg.): *Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung*. Konstanz: UVK, S. 472–484.

⁸ Ebd., S. 472–477.

⁹ Belting, Hans (2002): *Bild-Anthropologie. Entwürfe einer Bildwissenschaft*. München: Fink.

Aufgrund des mangelnden Konsenses über die Grundlagen einer allgemeinen Bildwissenschaft ist das Verständnis von Visueller Kultur uneinheitlich und noch vorrangig disziplinär geprägt. Die visuell-kulturelle Erweiterung bedeutet für die einzelnen Disziplinen daher auch Unterschiedliches. Für die traditionelle Kunstgeschichte etwa besitzt die visuelle Wende insofern Sprengkraft, als sie sich zu einer allgemeinen Bildwissenschaft weiterentwickeln müsste, um ihren Führungsanspruch in der Beschäftigung mit der Visualität wahren zu können; sie müsste sich gegen viel Widerstand aus den eigenen Reihen anderen visuellen Medien wie etwa Film, Fotografie und Fernsehen gegenüber öffnen. Für Fächer wie Volkskunde, Kulturanthropologie und Ethnologie hingegen bildet das Bild seit vielen Jahrzehnten ein unabkömmliches Arbeits- und Dokumentationsinstrument. Bereits kurz nach der Erfindung der beweglichen Bilder wurden die ersten klassischen ethnografischen Filme gedreht. Die Anfänge einer medial gestützten kommunikativen Forschung in Form der *Visual Anthropology*¹⁰ führen also weit in die Forschungsgeschichte zurück.

Für Fächer wie die Soziologie und die Geschichtswissenschaft ist die Beschäftigung mit dem Visuellen zwar nicht grundsätzlich neu, es dauerte allerdings einige Zeit, bis sie als für die Identität des Fachs konstitutiv verstanden wurde. Im Bereich der Soziologie unternahm Burri erst 2008 den Versuch, „die Konturen einer Soziologie des Visuellen“ zu skizzieren. Zu solchen gehöre die Frage nach der gesellschaftlichen Bedeutung von Bildern, die kritische Reflexion darüber, inwieweit Bilder soziale Beziehungen und Strukturen beeinflussen und verändern und inwiefern soziale Realität durch visuelle Repräsentation geprägt, konstituiert, strukturiert und reproduziert wird. Eine umfassende Soziologie des Visuellen könne nicht nur vom Bild, sondern müsse „von den sozialen Praktiken seiner Produktion, Interpretation und Verwendung ausgehen“¹¹. Die späte visuelle Wende in der Soziologie erstaunt, zumal die Disziplin mit Roland Barthes¹² und Pierre Bourdieu¹³ bedeutende Vordenker einer visuellen Soziologie aufzuweisen hat, die Raab¹⁴ als kontrastive Ausgangspunkte für eine visuelle Wissenssoziologie der Fotografie hernimmt.

Auch in den Geschichtswissenschaften, zumindest in beträchtlichen Teilen von ihnen, zeichnet sich eine Wende hin zum Visuellen ab, die sich am besten in der Weiterentwicklung der Historischen Bildkunde als Hilfswissenschaft zu einer interdisziplinären und weit gedachten Visuellen Geschichte/*Visual History*¹⁵ oder historischen Bildforschung¹⁶ fassen lässt. Jäger und Knauer weisen auf widersprüchliche Entwicklungen im Verhältnis zwischen einzelnen Bereichen der Geschichtswissenschaften und den Bildern hin. Einerseits führte die disziplinäre Aufgliederung in Geschichte und Kunstgeschichte ab etwa 1900 dazu, dass sich die Geschichtsschreibung zunehmend als Textwissenschaft zu begreifen begann, andererseits spielte das Bild in der Mittelalter- und Frühneuzeitforschung als Bild- oder

¹⁰ Collier, John (1967): *Visual Anthropology. Photography as a Research Method*. New York: Sage.

¹¹ Burri, Regula V. (2008): Bilder als soziale Praxis: Grundlegungen einer Soziologie des Visuellen. In: *Zeitschrift für Soziologie* 37 (4), S. 342–345.

¹² Barthes, Roland (1985): *Die helle Kammer. Bemerkungen zur Photographie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

¹³ Bourdieu, Pierre u. a. (2006): *Eine illegitime Kunst. Die sozialen Gebrauchsweisen der Photographie*. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.

¹⁴ Raab, Jürgen (2012): Visuelle Wissenssoziologie der Fotografie. Sozialwissenschaftliche Analysearbeit zwischen Einzelbild, Bildkontexten und Sozialmilieu. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 37, S. 121–142.

¹⁵ Paul, Gerhard (2006): Von der Historischen Bildkunde zur Visual History. Eine Einführung. In: Gerhard Paul (Hg.): *Visual History. Ein Studienbuch*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 7–36.

¹⁶ Jäger, Jens (2009): *Fotografie und Geschichte*. Frankfurt am Main: Campus, S. 15.

Realienkunde stets eine wichtige Rolle.¹⁷ Das sich seit etwa einem Jahrzehnt formierende Forschungsfeld der *Visual History* begreift, wie Paul ausführt, Bilder im weitesten Sinn sowohl als Quellen als auch als eigenständige Gegenstände der Geschichtsforschung, befasst sich mit der „Visualität von Geschichte wie mit der Historizität des Visuellen“ und thematisiert die visuelle Praxis sowie die Visualität von Erfahrung und Geschichte.¹⁸ Anders formuliert umfasst *Visual History* das gesamte „Feld der visuellen Praxis der Selbstdarstellung, der Inszenierung und Aneignung der Welt sowie schließlich die visuelle Medialität von Erfahrung und Geschichte“¹⁹. Wenngleich der Autor eine visuelle Wende in der Neuesten Geschichte und Zeitgeschichte zu diagnostizieren vermag, so muss er gleichzeitig konstatieren, dass Studien zum sozialen, politischen und kulturellen Gebrauch von Bildern sowie zu historischen visuellen Kulturen noch eine Ausnahme darstellen.²⁰ Zahlreicher hingegen sind Studien zu Bildern als „Geschichts- und Mythomotoren“ in Zusammenhang mit Bildern als Quellen für Erinnerungskonstruktion und Geschichtspolitik.²¹ Bereits 1998 fragte sich Schelske, wie sich das Kulturelle in Bildern niederschlägt und wie es dort als Gedächtnis fungiert. In seiner Antwort rückt er die kulturelle Zeichenhaftigkeit von Bildern in den Vordergrund und kommt zu dem Schluss, dass im Vergleich zu den Bezeichnungen einer Schriftkultur die einer Bildkultur wesentlich langfristiger und mit geringerem Bildungsaufwand erinnert werden.²² Erinnerung wird demnach also zentral über Bilder gesteuert, und daher beginnt das Interesse an der Funktion sowie der Wirkungs- und Wahrnehmungsgeschichte visueller Konstruktionen seit einigen Jahren deutlich zu steigen.²³

Dieser Kurzüberblick hat gezeigt, dass der visuelle Turn in den meisten für die Südosteuropaforschung relevanten systematischen Fächern diskutiert wird; der Überblick hat allerdings auch gezeigt, dass in Fächern wie Geschichte und Soziologie eine konzentrierte Hinwendung zum Visuellen noch recht jung ist. Daher sollte es auch nicht verwundern, dass in der Südosteuropaforschung zwar einzelne Vorboten identifizierbar sind, aber alles in allem bewegt sich noch recht wenig. Erstaunlich ist, dass der Bereich der Ethnografie/Ethnologie/Anthropologie – Schlüsselfächer für visuelle Kulturforschung – noch kaum Ambitionen in Richtung einer visuellen Wende erkennen lässt, was sich auch in seinem wichtigsten internationalen Publikationsorgan, der *Ethnologia Balkanica*, widerspiegelt, wo über die Jahre seines Bestehens keine zwei Handvoll an Beiträgen zu visuellen Themen erschienen sind. Ein Turn sieht zweifellos anders aus; noch sind wir offensichtlich nicht so weit. Es wäre schade, würde die Südosteuropaforschung akkurat auf dem visuellen Auge für immer blind bleiben.

¹⁷ Jäger, Jens; Knauer, Martin (2009): Bilder als historische Quellen? Ein Problemaufriss. In: Jens Jäger; Martin Knauer (Hg.): Bilder als historische Quellen? Dimension der Debatten um historische Bildforschung. München: Wilhelm Fink, S. 7-11.

¹⁸ Paul, Gerhard (2012): Visual History, Version: 2.0. Docupedia-Zeitgeschichte. Online verfügbar unter https://docupedia.de/zg/Visual_History_Version_2.0_Gerhard_Paul?oldid=85143, zuletzt geprüft am 02.03.2013.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Ebd.

²¹ Paul (2006), S. 19-21.

²² Schelske, Andreas (1998): Zeichen einer Bildkultur als Gedächtnis. In: Klaus Rehkämper und Klaus Sachs-Hombach (Hg.): Bild, Bildwahrnehmung, Bildverarbeitung. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag, S. 63-67.

²³ Paul (2006), S. 19.

Literaturverzeichnis

- Barthes, Roland (1985) [1980]: Die helle Kammer. Bemerkungen zur Photographie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Belting, Hans (2001): Bild-Anthropologie. Entwürfe einer Bildwissenschaft. München: Fink.
- Boehm, Gottfried (1994): Die Wiederkehr der Bilder. In: Gottfried Boehm (Hg.): Was ist ein Bild? München: Fink, S. 11–38.
- Bourdieu, Pierre u. a. (2006) [1965]: Eine illegitime Kunst. Die sozialen Gebrauchsweisen der Photographie. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.
- Burri, Regula V. (2008): Bilder als soziale Praxis: Grundlegungen einer Soziologie des Visuellen. In: Zeitschrift für Soziologie 37 (4), S. 324–358.
- Collier, John (1967): Visual Anthropology. Photography as a Research Method. New York: Sage.
- Jäger, Jens (2009): Fotografie und Geschichte. Frankfurt am Main: Campus.
- Jäger, Jens; Knauer, Martin (2009): Bilder als historische Quellen? Ein Problemaufriss. In: Jens Jäger und Martin Knauer (Hg.): Bilder als historische Quellen? Dimension der Debatten um historische Bildforschung. München: Wilhelm Fink, S. 7–23.
- Kaser, Karl (2013): Andere Blicke. Religionen und visuelle Kultur auf dem Balkan und im Nahen Osten. Wien; Köln; Weimar: Böhlau.
- Mitchell, W. J. Thomas (1995): Picture Theory. Essays on Verbal and Visual Representation. Chicago; London: University of Chicago Press.
- Mitchell, W. J. Thomas (2002): Showing Seeing. A Critique of Visual Culture. In: Nicholas Mirzoeff (Hg.): The Visual Culture Reader. London; New York: Routledge, S. 86–101.
- Mitchell, W. J. Thomas (2003): Interdisziplinarität und visuelle Kultur. In: Herta Wolf (Hg.): Diskurse der Fotografie. Fotokritik am Ende des fotografischen Zeitalters. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 38–50.
- Paul, Gerhard (2006): Von der Historischen Bildkunde zur Visual History. Eine Einführung. In: Gerhard Paul (Hg.): Visual History. Ein Studienbuch. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 7–36.
- Paul, Gerhard (2012): Visual History. Online verfügbar unter http://docupedia.de/zg/Visual_History_Version_2.0_Gerhard_Paul, zuletzt geprüft am 02.03.2013.
- Raab, Jürgen (2012): Visuelle Wissenssoziologie der Fotografie. Sozialwissenschaftliche Analysearbeit zwischen Einzelbild, Bildkontexten und Sozialmilieu. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 37, S. 121–142.
- Schelske, Andreas (1998): Zeichen einer Bildkultur als Gedächtnis. In: Klaus Rehkämper und Klaus Sachs-Hombach (Hg.): Bild, Bildwahrnehmung, Bildverarbeitung. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag, S. 63–67.
- Schnettler, Bernt; Pötzsch, Frederik S. (2007): Visuelles Wissen. In: Rainer Schützeichel (Hg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung. Konstanz: UVK, S. 472–484.
- Šuber, Daniel; Karamanić, Slobodan (2012) (Hg.): Retracing Images. Visual Culture after Yugoslavia. Leiden: Brill.

Beiträge

Nikola Tomić

When the carrot is not sweet enough

Conditionality versus norms as modes of EU influence on Serbia's foreign policy¹

Abstract

In the last two decades the EU has exercised significant influence on the whole European continent including countries in transition of Central, Eastern and Southeastern Europe. The countries of the Western Balkans are among the last countries to join the EU. With every enlargement the EU has shaped and revisited its approach to enlargement and the countries seeking EU membership. While the literature on European enlargement has focused on conditionality and the 'stick and carrot' metaphor, there are authors that stress other modes of influence of the EU on third countries. One of these modes of influence is the normative potential of the EU. This paper will elaborate on how and if norms and conditionality fit together, identify the norms and conditions of the EU in international relations and assess the influence of the EU on countries of Western Balkans and their foreign policy decisions. The paper will focus on regional cooperation, which is both a norm in the relationships between these countries, as well as a de facto condition of EU accession. The paper will present the developments of foreign policy in Serbia, in particular related to regional cooperation and analyze the EU input in Serbia's foreign policy decisions.

The paper concludes with the observation that conditionality as a mode of influence has limited success and is less effective than the power of norms, as illustrated by the position of Serbia towards Kosovo. For conditionality to be successful, the promised reward needs to be greater than the cost of fulfilling the conditions of the reward (the 'carrot' needs to be sweet enough). In the case of Serbia and Kosovo, the current government (and the majority of Serbia's politicians) value preserving Kosovo within Serbia's borders more than EU membership, making any such conditionality ineffective. Norms on the other hand are more subtle and long-lasting due to the passive nature of influence. Proof of the effectiveness of European norms in international relations is the mere fact that Serbia has opted for peaceful regional and international political and legal means of settling the Kosovo dispute.

Introduction

The European Council of June 27th/28th, 2013 decided to give Serbia a conditional date to start accession negotiations with EU countries at the beginning of 2014 as part of Serbia's path to EU membership. After the summit, the President of the European Commission, José Manuel Barroso, referred to this decision as historic: "This is indeed historic, we very often use the word historic in an abusive manner, but this is historic." (Barroso, 2013) With a vague reference in his speech to the wars in the former Yugoslavia during the 1990s and to the Stabilization and Association Agreements, Barroso did not go into detail about the history that he repeatedly mentioned in his speech. This paper does exactly that – the paper clarifies the historic developments of the EU enlargement policy, Serbia's road to EU membership and the impact of the EU on Serbia and particularly on Serbia's foreign policy and diplomacy.

The decision to broaden its membership was irreversibly confirmed in one of the key documents in EU Enlargement Policy, the Conclusions of the Copenhagen European Council of 21st and 22th of June 1993. This document has set out the famous Copenhagen criteria for

¹ The paper has been initially presented at the International Studies Association Annual Convention in April 2013 in San Francisco.

EU membership, which all countries wishing to join the EU need to fulfill. According to the Copenhagen presidency conclusions "Membership requires that the candidate country has achieved stability of institutions guaranteeing democracy, the rule of law, human rights and respect for and protection of minorities, the existence of a functioning market economy as well as the capacity to cope with competitive pressure and market forces within the Union. Membership presupposes the candidate's ability to take on the obligations of membership including adherence to the aims of political, economic and monetary union." (Copenhagen European Council, 1993, p. 13) These obligations can be categorized as political criteria (rule of law, democracy, protection of human rights and minorities), economic criteria (free market economy, competition) and legal criteria (adherence to the set of laws and treaties of the EU, better known as the *acquis communautaire*, which means 'that which has been agreed to by the community'). In addition to these criteria, the Madrid European Council Presidency Conclusions explained that "While it is important for EU legislation to be transposed into national legislation, it is even more important for the legislation to be implemented and enforced effectively through the appropriate administrative and judicial structures." (Commission/Enlargement)

The chapter of the *acquis* on the common foreign and security policy, on which candidate countries negotiate before joining the EU states that "The common foreign and security policy (CFSP) and the European security and defence policy (ESDP) are based on legal acts, including legally binding international agreements, and on political documents. The *acquis* consists of political declarations, actions and agreements. Member States must be able to conduct political dialogue in the framework of CFSP, to align with EU statements, to take part in EU actions and to apply agreed sanctions and restrictive measures. Applicant countries are required to progressively align with EU statements, and to apply sanctions and restrictive measures when and where required." (Commission/Negotiations)

One of the standards of the CFSP/ESDP is to promote dialogue and good neighborly relations in third countries. Good neighborly relations and regional cooperation, as it is more commonly and formally used, is also a *de facto* condition for accession to the EU. Although this condition is not explicitly set out in the Copenhagen criteria it is mentioned in the documents of the Pact for Stability in Europe, the Stability Pact for Southeastern Europe (later the Regional Cooperation Council) and other working documents within the EU and is inseparable from the rhetoric of the EU on Southeastern enlargement. Starting as a norm of relations between countries, good neighborly relations and regional cooperation have evolved into full-fledged conditions for EU membership.

Being both norm and condition, regional cooperation is analytically appealing for the question of European Union's modes of influence on third countries. This paper will analyze EU's modes of influence on countries in the Western Balkans, and in particular its influence on foreign policy decisions of the Republic of Serbia, which will be the country used in the case study. The first chapter of the paper will present debates within the literature on EU's modes of influence on third countries and will outline a conceptual framework which focuses on the effectiveness of conditionality and norm transfer as modes of influence of the EU on other countries. The second and third chapter will give an extensive overview of what the EU says and does in the context of southeastern enlargement and external relations. The chapters will then describe the development of the rhetoric, norms and conditions that

emerged from the EU's declarations and actions. These chapters will conclude by identifying European conditions and norms of behavior in international relations, in particular in the Western Balkans region. Once the conceptual framework is explained and the norms and conditions of the EU have been identified, the analysis of the case study will be presented in the fourth and last chapter. The fourth chapter will analyze the developments in Serbia's foreign relations and diplomacy and present some limitations of conditionality on influencing Serbia's policy towards Kosovo. The paper will conclude with a summary of conclusions of the individual chapters and present a general conclusion on EU's influence in the Western Balkans, particularly on Serbia and its foreign policy.

1. EU's modes of influence – towards a conceptual framework

The relationships between the EU and non-EU countries that are geographically close to the EU are distinct from the relationship between the EU and the rest of the world. The distinction stems from the proximity of the countries involved, which allows for more efficient and less costly movement of goods, people, capital and services in and out of the EU. A special group of countries that shares its borders with the EU is the group of candidate and potential candidate countries, which fall under the EU's enlargement policy. They are distinct from the other neighbors of the EU, which fall under the European Neighborhood Policy (ENP). While it is not necessary for the purpose of this paper to understand the different policies, it can be said that both policies have similar effects on third countries. The common observation is that in both policies, the EU exercises its political and economic power through conditionality, as well as its more passive normative power in relations to third countries. The exercise and use of conditionality and normative power differ across states and policy areas, both resulting in transfer of rules and/or norms, consequentially affecting the decisions and actions of third countries.

Certainly, one important feature of the EU's relation with the candidate and potential candidate countries is predominantly singled out, namely the conditionality feature of these relations. "However, the mere use of conditionality by the EU does not necessarily tell us much about the underlying mode of governance and the conditions under which EU rules are transferred to the CEECs [...] Furthermore, there is not necessarily a *causal* link between the presence of EU conditionality and successful rule transfer in particular issue-areas." (Schimmelfennig, Sedelmeier, 2004:662) The effectiveness of norm transfer by mere conditionality is not only hard to measure, but it is also many times insufficient and unsound to purely rely on the rational-choice-based argument that countries will import rules and norms for the mere reason of potential membership. The main obvious problem with this assumption is the inefficiency in rule and norm transfer across different sectors or issue-areas, even within the same conditioned country. Insomuch, some countries like Serbia or Turkey have often disregarded some norms and rules of the EU exactly because of a perceived sense of over-conditionality in the respective governments and societies. Another issue with conditionality is the argumentative gap that emerges from the fact that even countries that do not have the prospect of membership embrace EU's norms and standards in some issue-areas. This gap certainly has to be filled with some other reasons for and explanations of rule and norm transfer from the EU to the country in question.

The fact that countries without the prospect of membership transfer EU's norms and standards into national legislation in some issue-areas can be explained by the notion of the EU as a normative power. The whole idea of normativeness and power is best explained by authors such as Duchêne and Manners. Manners defines normative power as the "ability to shape conceptions of 'normal' in international relations." (2002: 239) He also defines normative power as being separate from the two more mutually opposed notions of military power and civilian power. A military power is an international actor which has possession of significant military means and uses them to coerce other actors in acting accordingly to their preferences. Military powers thus have a specific national or international interest in using the 'power' that they possess, and the power-play among one or more of these types of powers fits well into the self-help notion of neorealism. A typically used example of a military power would be the United States of America.

The European Union on the other hand, as described by Duchêne, "represented a 'civilian power' which was 'long on economic power and relatively short on armed force'." (in Manners 2002:236) Manners identifies three key features of a civilian power: "the centrality of economic power to achieve national goals; the primacy of diplomatic co-operation to solve international problems; and the willingness to use legally-binding supranational institutions to achieve international progress." (Manners 2002:236-237) In contrast to military power, civilian powers use diplomacy, co-operation and economic incentives to convey their interests and shape the perceptions and attitudes of other actors towards the civilian power in question. Whether an international actor is considered or perceived as a military power or civilian power depends on what these actors *do* and/or *say*. Manners has moved away from the simpler distinction between military or civilian power, and concluded "that the most important factor shaping the international role of the EU is not what it *does* or what it *says*, but what it *is*." (Manners 2002:252)

Even if taking for granted Manners key assumption that the EU *is* normative due to its *idée force* and heritage, it is still necessary to analyze what it *does* or *says*, because over time what it *says* and/or *does*, determines what the EU *is* or is perceived to be. Conditionality, one of the main features of EU's relations with third countries, described above, does not fit into the notion of normativeness, since conditionality implies the imposition of certain norms and standards, not necessarily the voluntary import of those norms and standards by countries bordering on the EU. In contrast to norm transfer, governing by conditionality is more closely linked to rule transfer. Conditioning one country by offering rewards or sanctions, rules and standards are not reaching the level of norms, because they are not internalized, but merely formally introduced in every-day life. "In many policy areas, rule adoption consists primarily of formal transposition into national legislation, with implementation and effective enforcement in everyday policy-making lagging behind." (Schimmelfennig, Sedelmeier, 2004:676)

Conditionality remains predominantly a feature of EU's relations with potential candidate and candidate countries (EU enlargement countries), since the rewards (EU membership and cohesion funds) are greater, but conditionality is also common for EU's relations ENP countries. "In contrast to enlargement, however, the application of conditionality [in ENP countries] is much less straightforward." (Kelley 2006 in Lavenex 2008:944) The mode of influence of the EU in its relations with ENP countries can be more related to external

governance. External governance as a mode of influence can be observed in the EU relations with enlargement countries as well, but it is not as dominant, because of the dominance of conditionality in enlargement policy. In the EU's action towards ENP countries "the weaker regulatory scope of association and the ambiguous relationship to hierarchy and conditionality is complemented by the perspective for organizational participation in sectoral governance structures." (Lavenex 2008:944) One can thus conclude that the EU makes use of both external governance and conditionality in its relations with the enlargement countries and ENP countries, with different levels of prominence of these two modes of influence in each group of countries respectively. The enlargement countries are predominantly conditioned, while the European Neighborhood Policy, although making use of conditionality, "is in principle more open to more horizontal, co-owned governance structures." (Lavenex 2008:944)

External governance should not be understood as an opposite or distinct mode of influence from conditionality. To fully understand the notion of external governance, one should turn to three models of external governance proposed by Schimmelfennig and Sedelmeier. They have identified a main model which they call the external incentive model and two alternative models: the social learning model and the lesson-drawing model. (Schimmelfennig, Sedelmeier, 2004:663-668)

A lower degree of direct conditionality, combined with allowing for enough freedom for the target country to decide on its actions, describe the external incentive model. This particular model of external governance overlaps with some elements of the notion of conditionality. "According to the external incentives model, EU external governance mainly follows a *strategy of conditionality* in which the EU sets its rules as conditions that the [countries] have to fulfill in order to receive EU rewards." (Schimmelfennig, Sedelmeier, 2004:663; emphasis mine) The authors elaborate on several hypotheses on rule transfer to the rule adopting country, linking this model with variables like adoption costs, speed and size of reward, clarity of conditions of the reward and others. The external incentives model, closer to the mode of conditionality, is primarily a rationalistic bargaining model. According to this model, "rule adoption requires the authoritative decision of the target government, which seeks to balance EU, domestic, and other international pressures in order to maximize its own political benefits," where the role of the EU is just to present the external incentive to change the status-quo in the target country, by for example empowering different domestic non-governmental actors. (Schimmelfennig, Sedelmeier, 2004:664)

The case explained above entails that the EU is willingly pursuing its interest by imposing its rules of the game to the other actor, which than is coerced to some extent to accept the rules for being able to continue the relations with the EU. According to the definition of normative power given by Manners and described above, this model does not represent an appropriate mode of influence by a normative power. The external incentive model further confirms the idea that the EU's normativeness is not necessarily an empirically sound concept. The fact, that "the scope of the outsiders to influence the content of the rules that they import is severely limited," (Schimmelfennig, Sedelmeier, 2004:675) only supports this idea. For example, in pre-accession conditionality, the imported norms and values start "from predetermined, non-negotiable formal rules, decided by the [EU] member states alone." (Ibid:675)

The debate on EU's normativeness would be very much one-sided if there were not cases in which "the adoption of EU rules may not have been the product of proactive EU promotion at all but induced by domestic factors [in the target country]." (Ibid:667) In these cases, the EU is not the focus of analysis, but the target country that imports the norms voluntarily, without apparent rational-choice explanations. The models that explain such behavior are the social learning model and the lesson-drawing model. In the social learning model "the actors involved are motivated by internalized identities, values, and norms [... and] whether a non-member state adopts EU rules depends on the degree to which it regards EU rules and its demands for rule adoption as appropriate in light of these collective identity, values, and norms." (Ibid:667) In the social learning model the stress is thus on learning, internalization, and persuasion. Although still remaining in the domain of rationalism, this model is overlapping with social constructivism. The model is also closely linked to the literature on compliance, especially the ideas of persuasion through arguments. For the normative power argument it is noteworthy that "argumentative persuasion is a social process of interaction that involves changing attitudes about cause and effect in the absence of overt coercion." (Checkel, 2001:562) With the absence of overt coercion, the model is closer to Manners' notion of normative power. The absence of both coercion and persuasion is prominent in the lesson-drawing model. "According to the lesson-drawing model, non-member states adopt EU rules without EU incentives or persuasion [...] if [they expect] these rules to solve domestic policy problems effectively." (Schimmelfennig, Sedelmeier, 2004:668) This model comes closest to Manners' idea of normative power, because in the lesson-drawing model the EU possesses the capability to determine what is 'normal' or appropriate or most effective, without having to *do* or *say* anything, but just by *being* what it is.

The models described above fit into Manners' definition of normative power to different degrees, ranging from direct conditionality (furthest from the definition) to the lesson-drawing model (closest to the definition). For the purpose of this paper the above described modes of influence shall be simplified and merged into two ideal types: modes of influence used actively and the ones used passively by the EU. Actively used modes of influence diverge from Manners' definition of normative power, while passively used ones fit closest to the definition used in this paper. The models that merge into actively used modes of influence are direct conditionality and external incentive model of external governance. For the purpose of clarity, this ideal type mode of influences will be labeled 'power of conditionality' or simply 'conditionality' throughout the paper hereinafter. The social learning and lesson-drawing models belong to the other ideal type of passively used modes of influence. For the same purpose of clarity, this ideal type mode of influence will be labeled 'normative power' and will also be used throughout the paper hereinafter. Identifying the two ideal types is necessary for easier analysis of empirical data in the case study, gathered from news articles, speeches of EU and Serbia officials and official documents. Before proceeding to the case study, it is necessary for the purpose of this paper to understand and identify the conditions and norms shaping the modes of influence described above. In order to do so, one needs to look at what the EU *says* and *does* in its external relations with countries of the Western Balkans.

2. What the EU says – Western Balkans, Enlargement and the development of the Rhetoric

2.1. General Introduction

This section of the paper will look at the literature and primary documents related to the region of the Western Balkans, more particularly Albania, Montenegro, Croatia, Serbia with Kosovo under UN Security Council Resolution 1244 and the Former Yugoslav Republic of Macedonia (FYROM). The rhetoric used in these countries and the relations of the EU with these countries remains essentially similar. Serbia and Croatia have an additional issue in their relation with the EU, concerning the extradition of war criminals to the ICTY in The Hague, where Serbia has more difficulties meeting these conditions than Croatia. The case of Macedonia is specific in a different way, namely it has a dispute about the name of the country with one of the current EU members – Greece. When the EU mentions enlargement in the context of the Western Balkans, it constructs one notion of Eastern enlargement, more related to regional cooperation, state-building and democratization, free trade and transition, notions stemming from the previous enlargements, as well as the Thessaloniki and Zagreb summits. When the EU talks about enlargement in the context of Croatia and Serbia, the EU stresses the necessity of collaborating with the Hague Tribunal, pointing more towards conditionality rather than the usual rhetoric of spreading European norms. This section will analyze the abovementioned issues in order to shed light on EU's stance in *vis-à-vis* the countries of the Western Balkans.

2.2. The beginnings of the rhetoric

The year 2000 marked the beginning of the European Future for the Western Balkans. After a decade of political and economical, and in some countries even military turmoil, the countries of the Western Balkans had finally a period of change in front of them. The successful democratic elections in Croatia, as well as the protests in Serbia that removed Slobodan Milošević (considered to have been one of the last dictators in Europe), were symbolic for the changes the new millennium would bring. The EU has been considerate of the situation in the Western Balkans, and has recognized the more democratic future of the region.

In the Santa Maria da Feira European Council on the 19th and 20th of June 2000, the Presidency has confirmed “that its objective remains the fullest possible integration of the countries of the region into the political and economic mainstream of Europe through the Stabilisation and Association process, political dialogue, liberalisation of trade and cooperation in Justice and Home Affairs. All the countries concerned are potential candidates for EU membership. The Union will support the Stabilisation and Association process through technical and economic assistance.” (Feira Presidency Conclusions, 2000) The European Council is the highest political authority in the EU, and it sets the political guidelines, so the Feira Council has set the EU on a supportive path for enlargement in the Western Balkans.

Following that path, the first real commitment of the EU can be observed from the final declaration of the Zagreb Summit on the 24th of November 2000. Announced on the Feira European Council, the Zagreb summit was a meeting of the Heads of State or Government of

the EU member states, Albania, Former Yugoslav Republic of Macedonia, the Federal Republic of Yugoslavia,² Croatia, and Bosnia and Herzegovina. At the meeting the EU member states announced that the “European Union confirms its wish to contribute to the consolidation of democracy and to give its resolute support to the process of reconciliation and cooperation between the countries concerned. It reaffirms the European perspective of the countries participating in the stabilisation and association process and their status as potential candidates for membership in accordance with the Feira conclusions.” (Zagreb Summit Declaration, 2000) This confirmation was in accordance with the previous statements of the EU member states.

As the established framework of Stabilization and Association Process seemed to be effective in getting the potential candidate countries closer to the EU, the European Councils of December 2002 and March 2003 have reaffirmed the position of the Western Balkan states in the European Union, confirming “the European perspective of the countries of the Western Balkans, as potential candidates, and underlined its determination to support their efforts to move closer to the European Union.” The European Council also “reiterated that the future of the Western Balkans is within the European Union and pledged the Union’s full support to the endeavours of the countries of the region to consolidate democracy, stability and to promote economic development.” (GAERC Conclusions, 2003) The definite enhancement of the Stabilization and Association Process (SAP) stems from the Thessaloniki Agenda for the Western Balkans. In this agenda and the conclusions of the 16th of June General Affairs and External Relations Council (GAERC), it is stated that the countries of the SAP are on a good way towards the accession, but still have a long way ahead. The Agenda explicitly recognizes the uniqueness of certain states. The Agenda also stresses that principles of “self merit” and “catch up” will be applied, which means that there is also a great role of the potential candidate countries to play as well in hastening the reforms and meeting the Copenhagen criteria.

Until the Thessaloniki summit, the EU has been very enthusiastic and optimistic about the enlargement of Western Balkan states. However, as time passed by, and the fifth enlargement of the ten Central-Eastern and East-European states was finalized in May 2004, the Western Balkans states proved to have difficulties with catching up. Furthermore, the EU member states, as well as the Commission, have realized that the expected difficulties of the big fifth enlargement were greater than initially projected, especially in terms of public response. “The enlargement of the European Union to ten new member States on 1 May 2004 further strengthened the unity of the European continent and enhanced peace, stability and security. However, one of the lessons that can be drawn from the previous enlargement is that citizens in EU Member States were not sufficiently informed nor prepared.” (Commission Communication, 2005)

As the lessons learned became more obvious, it is clear that the rhetoric of the EU has changed from promises and optimism towards a more cautious and slowed down approach to enlargement. The member states and their public, as well as the Commission have realized that the EU is not ready to enlarge too much, and Romania and Bulgaria were the last

² The Federal Republic of Yugoslavia changed its name to State Union Serbia and Montenegro in February 4, 2003, while in May 21, 2006 the country split up into two separate republics – Republic of Montenegro and Republic of Serbia.

countries to be explicitly promised membership at a predetermined date. The Western Balkans remained on the agenda for enlargement but the rhetoric has toned down on promises and moved towards stricter conditionality. The EU did not give up on its beliefs, norms and values it wanted to spread to the Western Balkans, it just realized that conditionality is the best possible way of achieving the goal of spreading European values and norms in the region. The prospect of membership rather than membership itself was believed to be a better motivator for the countries of the Western Balkans to develop.

2.3. Unique cases and rhetoric adaptations

As Andreev notes, “clearly any ‘catch up’ strategy for individual Balkan countries to get integrated into Europe should take the particular national and regional circumstances into account, as well as the preparedness of the Union to welcome new members.” (Andreev, 2006, p.8) As in previous enlargements, there were states that were advancing faster on the way to the EU than others. In the Western Balkans, these countries were Croatia and the Former Yugoslav Republic of Macedonia. After the secession of Montenegro from the State Union with Serbia, Montenegro has been meeting the Copenhagen criteria and the conditionality in steady and relatively fast pace. Bosnia and Herzegovina and Albania too have had a steady yet slower path towards the EU. Kosovo, under UN Security Council Resolution 1244, is still in the process of state-building, finding it hard to pursue the Copenhagen criteria. Serbia and Montenegro (later Serbia) however has had some different difficulties in meeting political conditions, shared with Croatia, which has had more success in fulfilling these criteria, namely the cooperation with the International Criminal Tribunal for Former Yugoslavia (ICTY) in The Hague. Croatia has been successful in arresting and extraditing their political and military officials that are accused of war crimes in the Yugoslav Wars of the early 1990s. Ante Gotovina among others has been sent to The Hague and Croatia's obligation towards the Tribunal and the EU has been fulfilled.

Serbia on the other hand for a long time had failed to arrest Ratko Mladić and Goran Hadžić, and only recently fulfilled these political obligations. Another problem Serbia is facing in terms of EU conditionality is the relationship of Serbia with Kosovo. Serbia is expected to build a constructive solution for Kosovo that is supposed to promote stability and progress in the region. Such a demand is delicate considering that the Serbian public is becoming more and more Euro-sceptic and protectionist, strongly wishing for Kosovo to remain an integral part of Serbia. This conditions the Serbian government, preventing it to find a timely and comprehensive solution for Kosovo and especially for the Albanian population living there.

A more successful solution for the Albanian minority living outside of Albania can be observed in the Former Yugoslav Republic of Macedonia. This country has also had violent conflicts even after the year 2000, but has fully respected and has been implementing the provisions of the Ohrid Agreement from 13th of August 2001. In spite of constant internal political and party disputes, the Former Yugoslav Republic of Macedonia has made considerable progress on its way to the EU. There is however another issue in the case of Macedonia that is not so prominent and explicit in the official rhetoric of the EU towards the Former Yugoslav Republic of Macedonia, namely the very name of the country. The Former

Republic of Macedonia (FYROM) has been recognized under this name after the break-up of former Yugoslavia. The country's public and officials wish for the country to have the name of Republic of Macedonia or simply Macedonia, but Greece strongly objects to this idea, since there is an integral territory which is part of Greece that bears the same name. The name dispute has prevented FYROM to achieve many politically important steps like joining NATO for example, and is a great political issue in the context of pre-accession negotiations.

In the context of individual states described above it is important to analyze the rhetoric of the EU towards the unique cases in the Western Balkans. The taking into account of the uniqueness of certain states can explain how the rhetoric on the Western Balkans overall has adapted over time. The Commission and the European Council are considered the most important agenda setting institutions and the holders of rhetoric on a certain issue. In the press releases, communications, country reports and Presidency conclusions, the situation is no different. The European Commission writes annual country reports describing the developments and achievements of individual states on their way to the EU membership. The Commission also writes regular Communications on different issues and presents them mostly to the Council and the European Parliament. In the Communications on the Western Balkans and the individual country reports, the Commission reiterates the need of continuing with the progress made, but very frequently there is a second part of the message pointing out that 'much more needs to be done.'

In 2006 the Commission reflected on the Stabilization and Association Process and the Thessaloniki Agenda: "The Stabilisation and Association process, as enhanced by the Thessaloniki agenda, has proved an effective policy framework for EU action in the Western Balkans. As part of the enlargement process, it will remain the framework for the European course of these countries all the way to their future accession. However, its implementation in a number of areas needs further work, in the light of recent experience and the challenges ahead." (Commission Communication, 2006) The Commission mentions in the same document that "the commitments undertaken by the EU in the Thessaloniki agenda have mostly been achieved or are well on track. The Western Balkan countries have made considerable progress on their Thessaloniki commitments. Nonetheless further efforts to promote the Thessaloniki agenda are needed." (Ibid.) 'Needs further work' and 'further efforts are needed' are not just prominent in the Commission's Communications and Press releases on the enlargement process in the Western Balkans in general. These constructions are part of a rhetorical pattern that exists also in the individual country reports. The country reports are very detailed and assess all the fields under the Stabilization and Association Process, and therefore cannot be cited at length in this paper due to the limitations of this paper. However, in the cases of Serbia, Montenegro, Albania and Bosnia and Herzegovina, most of the conclusions on individual fields are that progress has been made, but further effort is still needed. This pattern is not hard to identify because in reality over time little significant progress is made overall, explaining the lengthiness of the accession process.

The European Council and the Council of the EU very much depend on the reports of the Commission, and therefore many times have almost the same constructions in their conclusions as in the Commission documents. This is the reason why the European Council also approaches enlargement with a dose of caution. The 2005 European Council Presidency Conclusions corresponded with the Commission's statements of the period that "each

country's progress towards European integration [...] depends on its efforts to comply with the Copenhagen criteria and the conditionality of the stabilisation and association process.” (Presidency Conclusions Brussels, 2005) An almost exact sentence is found in the 2006 European Council Presidency Conclusions: “The European Council reaffirms that the future of the Western Balkans lies in the European Union. It reiterates that each country's progress towards the European Union depends on its individual efforts to comply with the Copenhagen criteria and the conditionality of the Stabilisation and Association Process.” (Presidency Conclusions Brussels, 2006)

The fact that almost the same sentences appear in the documents of the Commission and the European Council indicate that there is a strong commitment of the EU towards the enlargement towards the Western Balkans, but there is also common awareness of the difficulties these countries are facing on their path to membership. This awareness contributes to the note of caution and need for a steady enlargement in the rhetoric of the EU, hence the aforementioned adaptation of the EU rhetoric of enlargement to the context of the Western Balkans.

2.4. Conclusions: What the EU says

The European Council, the institution most intergovernmental by nature, and the European Commission, the most supranational organization, both agree on and share the rhetoric on the issues relating to the Western Balkans enlargement. This correspondence indicates that the Member States and the Commission have indeed together developed a rhetoric that both gives them leverage and limits them at the same time. The Commission needs to preserve its role as the supranational motor of the EU, while the member states within the Council of Ministers or the European Council need to reiterate their commitment to the cause of the EU and the spreading of European values around the world. The Western Balkans, in spite of their unique countries, have at this point only through the agenda setting and rhetoric already been placed in the family of European states, and the question to be asked is ‘when’ rather than ‘why’ these countries will become members of the EU. Although there is a sense of changes in rhetoric, these changes are mere adaptations to the individual problems of some Balkan states, the lessons learned from the fifth enlargement and the pure necessity to slow down the enlargement process. Thus, it can be concluded that the rhetoric of enlargement, described in this section, is an important source of norms in EU's enlargement policy, which conditions both Western Balkan countries, but also the EU. What the EU *says* directly influences the perception on what is normal, and according to the rhetoric on enlargement, it can be perceived as normal that the countries of the Western Balkans are normally to be part of the European Union, but that it is also normal that the road towards the EU needs to also be a commitment of the countries in question, and that their success depends on their efforts towards European integration.

3. What the EU does – contractual agreements and the path from norms and values to explicit conditions

3.1. General introduction

The EU, in its relations with countries of the Western Balkans, certainly does not only operate through the Commission's Communications or Presidency Conclusions and other types of declarations. Through the course of its history, the EU has undertaken concrete steps which substantiate what the EU declares. The materialization of EU's rhetoric in concrete actions has created a set of both norms and conditions that can be identified in concrete contracts, agreements and other documents whose signatories are the Member States of the EU on the one side, and countries of the Western Balkans on the other. These documents go beyond the category of declaration, but actually represent concrete examples of what the EU does, because they require direct involvement of the influenced countries of the Western Balkans. Unlike the great number of Commission Country Reports and Communications, Council and Presidency Conclusions and other types of declarations, the number of documents that represent EU's concrete actions in relation to the Western Balkans is more limited, and this chapter will present some of the main developments in this regard.

3.2. Europe and the OSCE (The Helsinki Final Act, Paris Charter for a New Europe)

EU's first concrete high-end diplomatic relations with countries from the Western Balkans started during the Cold War, as part of the Conference on Security and Co-operation in Europe (CSCE) in the early 1970s. Although not an initiative of the European Communities, but the Soviet Union, the conference plays a great role in determining the development of Europe's norms in diplomacy and security. "The Conference on Security and Co-operation in Europe, which opened at Helsinki on 3 July 1973 and continued at Geneva from 18 September 1973 to 21 July 1975, was concluded at Helsinki on 1 August 1975 [...]" (Helsinki Final Act, 1975, p. 2) Besides the countries that are today member states of the EU, one of the signatories was also Yugoslavia (Socialist Federative Republic of). As part of the non-aligned movement, Tito's Yugoslavia had obvious affinity towards such values as peace, diplomacy, stability and co-operation, which are core values in the general provisions of the Final Act of the conference signed in Helsinki in 1975. The document is not a legal contract, but is politically binding. In the section called "Declaration on Principles Guiding Relations between Participating States" the document outlines ten principles, making this section of the Final Act famous under the name 'the Decalogue.' The ten principles revolve around the following issues:

- I. Sovereign equality, respect for the rights inherent in sovereignty
- II. Refraining from the threat or use of force
- III. Inviolability of frontiers
- IV. Territorial integrity of States
- V. Peaceful settlement of disputes
- VI. Non-intervention in internal affairs

VII. Respect for human rights and fundamental freedoms, including the freedom of thought, conscience, religion or belief

VIII. Equal rights and self-determination of peoples

IX. Co-operation among States

X. Fulfillment in good faith of obligations under international law

These principles are recalled and the commitment of participating states to these principles are confirmed in the follow-up conferences in Belgrade (4 October 1977 - 8 March 1978), Madrid (11 November 1980 - 9 September 1983) and Vienna (4 November 1986 - 19 January 1989). The follow-up conferences stressed the importance of the first six principles, but gradually increased the focus on the human rights dimension, like described in the seventh and eighth general principle.

After the fall of communism and the end of the Cold War, the hard-core realist undertone of the Helsinki Final Act was replaced with a more liberalist undertone in the Charter of Paris for a New Europe of 1990. The section of this political document concerning security clearly states that "To uphold and promote democracy, peace and unity in Europe, [the participating states] solemnly pledge [their] full commitment to the Ten Principles of the Helsinki Final Act. [They] affirm the continuing validity of the Ten Principles and [their] determination to put them into practice." (Charter of Paris, 1990, p. 5) However, this section and the rest of the document do not go into detail about issues like inviolability of borders, non-intervention, sovereignty and territorial integrity, but instead focus and elaborate on issues like peaceful settlement of disputes, confidence building, cooperation, strengthening of democracy and preservation of human rights and freedoms. This shift of focus towards the human dimension is further evident from the Conference on the Human Dimension of the CSCE, held in three sessions in Paris (1989), Copenhagen (1990) and Moscow (1991).

This shift of discourse and type of political commitment is important because it loosens the normative and conceptual boundaries of international law and diplomacy in Europe. This shift loosens the notions of state sovereignty, territorial integrity and inviolability of frontiers, which later allowed for justification of violation of these principles through, for example, the use of force and military intervention in such situations as human rights violations. This freedom of interpretation of these principles should come as no surprise, since the tenth principle of the Helsinki Final Act (also repeated in the Charter of Paris) clearly states that "All the principles set forth above are of primary significance and, accordingly, they will be equally and unreservedly applied, each of them being interpreted taking into account the others." (Final Act, 1975, p. 8) In the case of grave human rights violations in a country, that country shows disregard to its commitment to the Decalogue principles, which enables other countries to do so as well.

While the international law in general and in the OSCE principles outlined in the Helsinki Final Act, and reiterated in follow-up documents in particular, allow for some loopholes and different interpretations, these principles still remain as a set of diplomatic guidelines, and are still valid even today. Proof of their validity and importance is their mentioning at the beginning of any major document and declaration in EU's external relations. Considering that the Helsinki Final Act and its follow-up documents do not envisage an enforcement

mechanism and promise no benefits from committing to the provisions therein, the principles set out in these documents can be considered as a set of norms that are prevalent in EU's external relations even today.

3.3. The Pact on Stability in Europe of 1995

With the signing of the Treaty on European Union (TEU) in Maastricht on the 7th of February, 1992, and the formation of the second pillar, the Common Foreign and Security Policy (CFSP), the EU had solid grounds on pursuing a serious foreign policy agenda. With post-socialist countries expressing their interest in becoming free-market democracies, the EU has taken upon itself the task to assist these countries of Central and Eastern (and later Southeastern) Europe in achieving their goal. The growing role of the European Communities and later European Union in achieving peace and stability in Europe was frequently recalled in the OSCE documents. The CSCE Helsinki Document of 1992, subtitled "Challenges of Change", for example, clearly recognizes EU's efforts in helping achieving the goals of the OSCE: "The European Community (EC), fulfilling its important role in the political and economic development of Europe, is moving towards a union and has decided to broaden its membership. It is closely involved in CSCE activities." (Challenges of Change, 1992, p.2)

The role of the EU in securing security in Europe was confirmed with the EU's initiative and finalization of the Pact on Security in Europe. Starting as an initiative of the French Prime Minister Edouard Balladur, and accepted as a task of the EU at the Copenhagen European Council of 1993, the 'Balladur Plan' has over the period of two years, through negotiations at several peace conferences resulted with the Pact on Security in Europe. Before the Pact was finalized, at the Brussels European Council of 10th and 11th of December 1993, the Presidency concluded that "the draft Pact on Stability in Europe [was] intended to promote preventive diplomacy and therefore [was] not concerned with countries in conflict [...] The aim of the initiative [was] to contribute to stability by averting tension and potential conflicts in Europe, fostering neighbourly relations and encouraging countries to consolidate their borders and to resolve problems of national minorities." (Brussels Presidency Conclusions, 1993, p. 18) The Pact consisted of a Political Declaration and bilateral treaties and agreements of the Central and Eastern European countries and the EU, as well as between these countries themselves. While the bilateral agreements are numerous and are important in their own way, the Political Declaration is the key part of this pact. The pact itself is not a legally binding, enforceable agreement, but represents a set of norms that has later become a *de facto* condition of accession. The nature of this pact is best described towards the end of the Political Declaration: "The pact thus established becomes for us all an essential political reference for developing relations between the nations of all Europe. We undertake to give it, individually and collectively, our political support." (Pact on Stability in Europe, 1995, quoted in Hill & Smith, 2002, pp. 276)

The Political Declaration thus explicitly requires countries to regulate their borders, respect minorities and implicitly expects from any country to have no border disputes and minority issues unresolved. With the Pact on Stability in Europe **good neighborly relations** have become not just a norm, but a *de facto* condition of accession.

3.4. The Stability Pact of 1999

After the Pact on Stability in Europe and the end of the conflict in ex-Yugoslav countries, came a new Pact. This document is the Stability Pact for Southeastern Europe. Although the wars between Croatia, Serbia and Bosnia were over, Serbia under Milošević has not ended its history of violent conflict. After NATO has bombed Serbia to force Milošević's army out of Kosovo, the EU has yet again felt it is time for action towards securing peace and security in Europe – only this time the focus was Southeastern Europe.

The Foreign Ministers of EU's Member States, representatives of the European Commission, the Foreign Ministers of Albania, Bosnia and Herzegovina, Bulgaria, Croatia, Hungary, Romania, the Russian Federation, Slovenia, the former Yugoslav Republic of Macedonia, Turkey, the United States of America, the OSCE Chairman and representatives of the Council of Europe as participants and the Foreign Ministers of Canada and Japan, representatives of the United Nations, UNHCR, NATO, OECD, WEU, International Monetary Fund, the World Bank, the European Investment Bank and the European Bank for Reconstruction and Development, as facilitators, have met on 10 June 1999 in Cologne, as a response to EU's initiative to adopt a Stability Pact for South Eastern Europe. The final document that the participants have agreed on constituted the Stability Pact for Southeastern Europe. This document recalled previous OSCE and EU documents, as stated in the fifth paragraph: "We solemnly reaffirm our commitment to all the principles and norms enshrined in the UN Charter, the Helsinki Final Act, the Charter of Paris, the 1990 Copenhagen Document and other OSCE documents, and, as applicable, to the full implementation of relevant UN Security Council Resolutions, the relevant conventions of the Council of Europe and the General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegovina, with a view to promoting good neighbourly relations." (Stability Pact Cologne, 1999) From this paragraph it is evident that the norms and principles that were previously agreed on and applied in practice are also valid for the region of Southeastern Europe. A novelty in this document, in the rhetoric and in terms of norms and principles, is the term 'regional cooperation'.

The term 'regional cooperation' will prove to become the most frequently used term in foreign policy in the region of Southeastern Europe. The term is much more suitable for diplomatic declarations, because it is a very broad term, yet it is much more straightforward as compared to the term 'good neighbourly relations'. As with the 'good neighbourly relations', regional cooperation became both a norm of international relations in Europe and its southeastern region, as well as an indirect and *de facto* condition for joining the EU. In the Stability Pact for Southeastern Europe, this norm is presented as a future condition in the twentieth paragraph:

"The EU will draw the region closer to the perspective of full integration of these countries into its structures. In case of countries which have not yet concluded association agreements with the EU, this will be done through a new kind of contractual relationship taking fully into account the individual situations of each country with the perspective of EU membership, on the basis of the Amsterdam Treaty and once the Copenhagen criteria have been met. We note the European Union's willingness that, while deciding autonomously, it will consider the achievement of the objectives of the Stability Pact, in particular progress in developing regional cooperation, among the important elements in evaluating the merits of such a perspective." (Stability Pact Cologne, 1999)

The importance of regional cooperation is clear from this paragraph, and certainly becomes explicit with the successor of the Stability Pact for Southeastern Europe – The Regional Cooperation Council (RCC). **Regional cooperation**, both as norm and condition for accession to the EU, is a priority in foreign policy and diplomacy for countries of Southeastern Europe and the EU. As indicated in the abovementioned paragraph, a “new kind of contractual relationship” that was set up by the EU, has continued to stress the importance of regional cooperation. This new contractual relationship is in fact the Stabilization and Association Agreement (SAA), as part of the Stabilization and Association Process (SAP).

3.5. The Stabilization and Association Agreement

The Stabilization and Association Process was a framework established for the countries of Southeastern Europe, similar to the previous European Agreements and Association Agreements used as the contractual basis between the EU and countries wishing to join the EU. With the Communication from the Commission to the Council and the European Parliament of 26 May 1999 on the Stabilisation and Association Process for countries of Southeastern Europe and the Presidency Conclusions of the Santa Maria da Feira European Council of the 19th and 20th of June 2000, the way for the SAP was well paved. The SAP (as described in the previous chapter of this paper) was reinforced and confirmed as the main framework for assisting countries of Southeastern Europe to advance to a level suitable for EU membership in the Zagreb Summit of 24 November 2000 and enhanced at the Thessaloniki Summit of June 2004. One of the main components of the SAP are the Stabilization and Association Agreements (SAAs). The SAA “represents a far-reaching contractual relationship between the EU and each Western Balkan country, entailing mutual rights and obligations.” (Commission/Western Balkans) Although the Stabilisation and Association agreements are “tailored to the circumstances of each country” (Ibid.) each agreement shares the same principles and expects the common outcome for all countries – the full association of these countries with norms and standards of the EU. Accordingly, all agreements have similar if not exactly the same preambles, which ‘consider’, ‘recall’ and ‘note’ previous developments in the EU, including the developments in external relations, foreign policy and diplomacy described in this chapter, namely the Helsinki Final Act, the Charter of Paris, the Stability Pact as well as Enlargement Policy related summits in Thessaloniki and Zagreb. The SAA devotes several Articles to certain aspects of regional cooperation and stresses on the importance of regional stabilization, cooperation and good neighbourly relations with other countries. With the SAA as a contractual document, rather than political declarations and pacts, regional cooperation and good neighbourly relations have evolved from norms and principles into real and contractually binding conditions of EU accession.

3.6. Conclusions: What the EU does

What the EU does (EU's actions) creates benchmarks and, together with what the EU says (rhetoric), influences perceptions of what is normal (creates norms). Yet, what the EU does also involves the EU and other actors to play an active role in promoting, applying and

implementing the results of EU's actions. With the signing of the Helsinki Final Act, the Charter of Paris, the Pact on Stability in Europe, the Stability Pact for Southeastern Europe and Stabilisation and Association Agreements, the EU countries and the countries seeking EU membership have agreed to a set of norms and principles, which should (normally and in principle) affect their behavior in foreign policy and diplomacy. Through the practice of these countries and frequent reiteration of these principles and norms in the relations of EU countries with potential EU members, these norms have evolved into implicit or explicit conditions for membership.

The Helsinki Final Act and its follow-up documents have stressed on the importance of ten principles in foreign relations of European countries, including sovereign equality, respect for the rights inherent in sovereignty, inviolability of frontiers, territorial integrity of states, peaceful settlement of disputes, non-intervention in internal affairs, respect for human rights and fundamental freedoms, equal rights and self-determination of peoples, and cooperation among states. However the Final Act clearly stated that these principles should be interpreted with respect of each other, which means that by failing to respect one or more of these principles, one country allows other countries to disregard these principles in their relations with this country.

With economical, political and security changes in Europe, the norms and principles adapted accordingly. With the predominantly realist view of international relations during the Cold War slowly fading, a more liberalist view of international relations moved the spotlight from such norms as inviolability of frontiers, territorial integrity, non-intervention in internal affairs towards the principles of respect for human rights, protection of minority rights, peaceful settlement of disputes, cooperation. Hence, the EU actions and initiatives, in form of the Pact on Stability in Europe and the Stability Pact for Southeastern Europe, put forward the norms of **good neighbourly relations** and **regional cooperation**. These two norms in external relations of European countries has been frequently used in European diplomacy, since they encompass the abovementioned principles related to protection of human rights and more particular minority rights, peaceful settlement of disputes, etc.

With further developments within the EU and several waves of enlargement, the EU has realized that norms and principles alone are not enough to move other countries of Europe, namely the countries of the Western Balkans. As a result, the EU today relies on conditionality, embodied in Stabilisation and Association Agreements, to enable countries to reach EU standards and prepare them for EU membership. While some conditions set out in the Copenhagen criteria and much more detailed in the Stabilisation and Association Agreements are very technical in nature, especially those related to economic and judicial issues, the conditions of the EU in relation to foreign policy and diplomacy are very loose. The differentiation between norms and conditionality in foreign policy is unclear. This fact should come as no surprise, because the conditions created in relations of one actor with another are influenced and drawn up from the existing norms in international relations. Accordingly, the fact that, for example, good neighbourly relations and regional cooperation in the case of EU enlargement are both a norm and a condition should also not come as a surprise.

4. Analysis of EU's influence on Serbia's foreign policy

4.1. Serbia – historical background

Serbia's relation with the European Communities and later the European Union dates back to the period of the Cold War and the Iron Curtain. At that time Serbia was one of the six republics of Tito's Socialist Federative Republic of Yugoslavia (SFRY). History documents several multilateral signed treaties between Yugoslavia, the European Community and other countries, including conventions on typical Cold War issues like the Convention on Assistance in the case of a Nuclear Accident or Radiological Emergency (1980), Convention on Early Notification of a Nuclear Accident (1986), and the Convention on the physical protection of nuclear material (1986).

During the breakup of Yugoslavia the European Union played a significant role in the process, both having an impact on and being itself impacted by the war and post-war period. One interesting fact is worth mentioning, that in spite of the political turmoil, Milošević's Yugoslavia has signed a multilateral treaty with the European Community and other parties involved: the International Plant Protection Convention - New revised text approved by Resolution 12/97 of the 29th Session of the FAO Conference in November 1997. In this period however, Yugoslavia was left out of the major political and diplomatic (EU and OSCE) agreements and meetings.

After the fall of Milošević's regime in October 2000, the new democratic government has signed many multilateral agreements with the European Community and has started the integration process into the EU. Since then Serbia has, besides many multilateral agreements, also successfully signed several bilateral agreements with the European Community: the Interim Agreement on trade and trade-related matters between the European Community, of the one part, and the Republic of Serbia, of the other part (2008), the Agreement between the European Community and the Republic of Serbia on the facilitation of the issuance of visas (2007), the Agreement between the European Community and the Republic of Serbia on the readmission of persons residing without authorization (2007), and the Agreement between the European Community and the Republic of Serbia on trade in textile products (2005). (Commission/Treaties)

In terms of international relations, the post-Milošević period has a steady history of relative peace, but turbulent history of diplomatic 'ups' and 'downs'. The Federal Republic of Yugoslavia became a member of the Organization for Security and Cooperation in Europe (OSCE) on the 10th of November 2000. The president of the FRY at the time, Vojislav Koštunica, signed the basic documents of the OSCE (the Helsinki Final Act, the Paris Charter and others) on the 27th of November 2000 in Vienna, "whereby the FRY accepted all norms, standards and commitments deriving from these documents." (MFA/Serbia & OSCE, 2002) Serbia and Montenegro have actively assumed obligations under the Vienna Document on Confidence and Security Building Measures (CSBM) and the Document on Small and Light Weapons (SALW)", which includes exchanges of military information, and sharing calendars of military activities on an annual basis. (Ibid.)

Serbia and the administration in Belgrade have built strong ties with two OSCE missions: The OSCE Mission to the FRY and the OSCE Mission to Kosovo and Metohija (OMIK). The OSCE Mission to the FRY followed after the initiative of the FR of Yugoslavia, and was

established by the decision of the OSCE Permanent Council, on the 11th of January 2001. "The Mission is based in Belgrade and is active in the entire territory of Serbia and Montenegro. Its mandate is to offer assistance and expertise, in close cooperation with the competent bodies of Serbia and Montenegro, to Serbia and Montenegro's authorities at all levels as well as to interested individuals and organisations, in the spheres of democratization, protection of human and national minority rights, rule of law, development of independent media, promotion of protection of the environment, economic transition." (Ibid.) The OSCE Mission to Kosovo and Metohija (OMIK) was established on the 1st of July 1999 and operates in cooperation with both the administration in Belgrade and the UN Provisional Administration for Kosovo and Metohija (UNMIK). "The building of democratic institutions and the organization of elections are among its principal tasks." (Ibid.)

4.2. Serbia – Regional cooperation as condition and norm

As announced in the Thessaloniki European Council of the 19th and 20th of June 2003 the EU was ready to fully and effectively support the European perspective of Western Balkan countries. In the Council conclusions of 16 June 2003 and its Annex entitled 'The Thessaloniki Agenda for the western Balkans: moving towards European integration' the EU identifies "ways and means of intensifying the stabilisation and association process, including the drawing-up of European partnerships." (Council Regulation, 2004) With the Council Regulation of March 2004 on the establishment of European partnerships in the framework of the stabilisation and association process, European partnerships were launched and adopted by the Council.

The first European Partnership with the Republic of Serbia and Montenegro, including Kosovo under UNSC Resolution 1244 was adopted on the 14th of June 2004 with the Council Decision 2004/520/EC, which was repealed in the Council Decision 2006/56/EC. This decision established the second European Partnership with the Republic of Serbia and Montenegro. The 2006 European Partnership was repealed in the Council Decision 2008/213/EC, which established the third and current European Partnership between Serbia and Kosovo under Resolution 1244. (Council Decision, 2006, 2008)

This document sets out Serbia's short and medium term goals and priorities, which among numerous political and economic goals, identifies Serbia's key priorities for its path to EU membership: compliance with the Stabilisation and Association Agreement (SAA) and interim agreement, full cooperation with the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY), constructive cooperation on questions concerning Kosovo; the implementation of constitutional provisions in accordance with European law and European standards, the reform of public administration, reform of the judicial system, anti-corruption policy and completion of the privatization process. (Council Decision, 2008)

Regional cooperation, good neighborly relations are furthermore outlined as important goals in Serbia's path to EU membership also in the Stabilization and Association Agreement (SAA). On the 10th of October 2005, Serbia and the EU opened negotiations on the SAA. "The first round of technical negotiations on this document was held in November 2005. [...] the negotiations were suspended on 3 May 2006 and resumed a year later – on 13 June 2007." The SAA and Interim Agreement with the EU were signed on the 29th of April 2008 in

Brussels and ratified by the National Assembly of the Republic of Serbia on the 9th of September 2008. Serbia has been unilaterally implementing the interim trade agreement since the 1st of February 2009. At the 1-2 March 2012 European Council, Serbia was granted candidate country status (SEIO/Historical Overview; Council conclusions, 2012)

The SAA between Serbia and the EU clearly outlines regional cooperation and good neighborly relations as key commitments on Serbia's part. In the list of the aims (Art. 1.2.b) of the Association, all parties agreed to "contribute to political, economic and institutional stability in Serbia, as well as to the stabilisation of the region." (SAA Serbia, 2007, p. 10) In Article 5 the SAA repeats that "International and regional peace and stability, the development of good neighbourly relations, human rights and the respect and protection of minorities are central to the Stabilisation and Association process." (Ibid. p. 13) In Articles 6 and 7 Serbia commits to develop cooperation and good neighbourly relations with regards to border management, combating organized crime, preventing corruption, money laundering, illegal migration and human trafficking, trafficking of small arms, light weapons, and illicit drugs, as well as combating and preventing terrorism. (Ibid., pp.13-14) Titles II and III regarding political dialogue and regional cooperation, reiterate the importance and more importantly the condition and Serbia's obligation to foster good neighborly relations, as can be clearly noticed from Article: "In conformity with its commitment to international and regional peace and stability, and to the development of good neighbourly relations, Serbia shall actively promote regional cooperation." (Ibid., p. 18)

Following the signature, ratification and unilateral implementation of the SAA, Serbia has made numerous efforts in fully committing to the SAA, European Agreement and other EU and OSCE documents in regard to regional cooperation and good neighborly relations. Surprisingly, one of the more active players in regional cooperation is Ivica Dačić, the current First Deputy Prime Minister and Minister of Internal Affairs, and also a member of the Socialist Party of Serbia, former Milošević's party colleague. As Minister of Internal Affairs, Dačić has signed several agreements with Internal Ministers of Croatia, Montenegro, Albania, Moldova, (FYRoF) Macedonia, Bulgaria, Bosnia and Herzegovina and Romania including the Convention for Police Cooperation for South Eastern Europe signed in Sofia on the 21st of May 2010. (Government/News, 2010) These agreements on police cooperation in the region, as well as other initiatives against terrorism and organized crime both in the region and worldwide, are in line with the provisions of Articles 6 and 7 of the SAA and other preceding documents Serbia committed to.

Probably the most persistent actor in regional cooperation was the at the time (2008-2011) Deputy Prime Minister for EU integration and Minister of Science and Technological Development Božidar Đelić. After his education and professional experience abroad, Đelić returned to Serbia and was Minister of Finance and Economy in the government of prime minister Zoran Đinđić, and later Zoran Živković (after Đinđić's assassination) from 2001 to 2004. He joined the government of Vojislav Koštunica (who he competed against for the place of prime minister in that government) as the Serbian Deputy Prime Minister, in charge of European integration, from May 2007 until July 2008, when he was given the title of Deputy Prime Minister for EU integration and Minister of Science and Technological Development. He was the key player in SAA negotiations and relations with Brussels, and he was the one who signed the SAA on behalf of Serbia in Luxembourg on April 29, 2008.

(Government/Ministers) Since the 2012 elections, the post of Deputy Prime Minister for European Integration is held by Suzana Grubješić.

Regional cooperation occurs also in terms of cross-border cooperation achieved through concrete projects with the help of EU's pre-accession technical and economic assistance. The main institution in charge of regional and cross-border cooperation, in particular dealing with and giving advice on EU pre-accession assistance, is the Office for European Affairs in Novi Sad. This institution has set its strategies in line with the SAA and its preceding documents - "Creation of joint projects with regional and other European partners upon the use of EU's pre-accession funds [and] cooperation with leading European and international institutions." (Office for European Affairs/About us)

Following the path of regional integration, Serbia has become an active member in numerous regional organizations, some of which were established on the initiative of the EU and OSCE, while some were initiatives of countries from the region. These regional organizations include: The South-East Europe Cooperation Process (SEECP), The Regional Cooperation Council (RCC), Central-European Initiative (CEI), Adriatic-Ionian Initiative (AII), South-East Europe Cooperative Initiative (SECI), SECI CENTER – Regional Center for Combating Trans-border Crime, The Migration, Asylum, Refugees Regional Initiative (MARRI), The Danube Cooperation Process (DCP), The Organization of the Black Sea Economic Cooperation (BSEC), International Sava River Basin Commission. (MFA/Regional Cooperation)

Serbia participates in the South-East Europe Cooperation Process (SEECP), starting from the Skopje Summit of October 2000. Besides Serbia, Albania, Bulgaria, Bosnia and Herzegovina, Croatia, Greece, Macedonia, Moldova, Montenegro, Romania and Turkey make up the countries of the South-East Europe Cooperation Process (SEECP). The SEECP "was initiated in 1996 with a view to transforming South-Eastern Europe into the region of stability, safety and cooperation in line with the European integration processes and through promotion of mutual dialogue and cooperation [...]." (MFA/SEECP) The key document of the SEECP is the Charter on Good-Neighbourly Relations, Stability, Security and Cooperation in South-Eastern Europe, which was adopted in Bucharest in 2000 and amended at the Cooperation Process Summit in Zagreb on 11 May 2007, at which the relationship between the SEECP and the Regional Cooperation Council (RCC) was defined. At the Zagreb Summit the countries agreed that the SEECP will "continue to play its role of a Forum for Political Dialogue and Direction of Cooperation between Participating States, the RCC Secretariat, based in Sarajevo will serve as an operational support to the Process." (Ibid.) The RCC as mentioned, replaced the Stability Pact for Southeastern Europe on the 27th of February 2008. (RCC)

4.3. Kosovo and the limits of conditionality

The Regional Cooperation Council (RCC) and the Southeast Europe Cooperation Process (SEECP) play a paramount role in regional cooperation among states of Southeastern Europe and function in an utmost diplomatic environment. However, Serbia's diplomatic demeanor has been put to the test after the unilateral declaration of independence by the Assembly of Kosovo on February the 17th in 2008. At the first Regional Cooperation Council in Sofia on

the 27th of February 2008, just ten days after Kosovo's proclamation of independence, Serbia's Foreign Minister at the time, Vuk Jeremić, said that this event "triggered a debate in the region about just how far cooperation can go." (Jeremić/RCC, 2008) In the same address, Jeremić has remained as diplomatic as he could, and added "Serbia has no intention to obstruct the important work that needs to be done in advancing and deepening regional cooperation. But the minimum requirement, from our perspective, for us to continue going forward, is for the procedural status quo to be maintained." (Ibid.) Only one day later, at the meeting of the Southeast Europe Cooperation Process, his diplomatic demeanor and calm became less apparent:

"It may be undiplomatic to say so, but your countries find themselves facing the consequences of a perverse choice that asked of my country to choose between Kosovo and Europe. As a result of this, you are effectively being put in a situation to choose between Serbia and Kosovo. [...] The countries that choose to pre-empt a negotiated solution to Kosovo's future status by recognizing the illegitimate secessionist ambitions of the province's Albanians will have chosen to downgrade their relationship with Serbia." (Jeremić/SEEC, 2008)

Following a wave of recognitions of Kosovo as an independent state by influential countries like the US and most Western European countries, Serbia and its foreign policy officials were facing pressure from two sides. One source of pressure was the 'recognition race', where Serbia had to appeal to relations with other countries and lobby for preserving the status-quo in the Kosovo question. Another source of pressure was the Serbian public and the parties of the opposition, who used this period to rally support with claims that the Government is incapable of preserving Kosovo. At that point, President Tadić and, especially, Foreign Minister Jeremić have turned away from diplomatic behavior and towards a relatively populist appearance to calm the dissatisfaction of the Serbian public.

One of the first actions of the Prime Minister at the time Vojislav Koštunica was to recall the ambassador to the US Ivan Vujačić for consultation in Belgrade. A few days later, Serbia has recalled envoys from other capitals of EU member states that have recognized Kosovo's independence. After the emergency UN Security Council meeting, Jeremić explained the recall of envoys to countries that recognized Kosovo's as an independent state: "Whoever decides to trample on international laws and brutalize and trample on the sovereignty and territorial integrity of the Republic of Serbia cannot continue having normal relations with our friendly, peaceful and democratic nation." (Xinhua, 2008) Serbia has later recalled envoys from its neighboring Montenegro, Croatia, Bulgaria and Macedonia for consultations in Belgrade. Recalling ambassadors can be interpreted as a symbolic protest from one perspective, but from a diplomatic standpoint, such a decision can be considered risky and undiplomatic, since it could have weakened relations of Serbia with other countries, and especially the EU.

After the parliamentary elections of May 2008, and with a less populist and nationalistic government, Serbia's diplomacy has returned to the path of dialogue and cooperation. All of the ambassadors returned to their embassies abroad later the same year. This decision of the Foreign Ministry was made in order for Serbia to "normalise its ties with the EU in order to win EU candidate status by the end of the year and remove the visa requirements on its citizens wanting to visit the Union." (Jozwiak, 2008) The opposition leaders interpreted this softened and more open diplomatic stance as giving in to EU pressure and conditions.

The question whether Serbia needs to choose between the EU and Kosovo, or whether Serbia's EU membership is conditioned by Serbia recognizing Kosovo's independence, has been a matter of debate since the declaration of independence. While the stance of the EU as a whole is that the EU is neutral regarding the status of Kosovo, and remains in favor of international supervision under UNMIK and EULEX of the territory, some EU officials from the European Parliament, as well as representatives of EU member states clearly indicate that Serbia needs to recognize Kosovo's independence in order to advance on its path toward EU membership.

The European Union is status-neutral, due to the fact that member states are not united in one common stance on the statehood of Kosovo. All current member states recognize Kosovo as an independent state except for Spain, Romania, Cyprus, Greece and Slovakia. The Europa official website of the European Union and EU official documents mention Kosovo under the UN Security Council Resolution 1244. As internal EU pressures for a European consensus on the status are rising, the neutral stance of the EU reframes the question of Kosovo's future, diverting the attention to a European future of Kosovo, away from the future of Kosovo's status. A recent statement of High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, and Vice President of the European Commission, Catherine Ashton illustrates the stance of the EU: "The EU may have left the status issue to individual member states. But the EU as a whole is clear that the future of Kosovo is European." (Ashton, 2010)

While the EU is divided on the status of Kosovo, there is consensus on all levels that regional cooperation is an important part of association and eventual accession to the EU of Western Balkan countries. In the European Parliament Resolution on Kosovo of 2009, the European Parliament "urges Kosovo and Serbia to engage in constructive dialogue on matters of common interest and to contribute to regional cooperation." (European Parliament, 2009) This message to Serbia is vague and broadly defined and cannot directly be interpreted as an accession condition. A more direct, yet diplomatic message is sent in the proposal for a resolution of the European Parliament in Kosovo in 2010, which "underlines that good neighbourly relations are an essential criterion for the aspirations of Serbia as well as of all the other countries in the region to join the EU. [...] understanding that the official recognition of Kosovo is not a feasible political option at the moment for the Belgrade leadership, [the European Parliament] nevertheless calls on Serbia to be pragmatic on the status issue." (European Parliament, 2010,p.3) Although this resolution is at the moment in a proposal/draft phase, the MEP Ulrike Lunacek, from the Group of the Greens/European Free Alliance, who drafted the proposed resolution, clearly reiterates and maintains the position that "Without the good will to have good cooperation with Kosovo, Serbia cannot be a member of the EU because cross-border cooperation is one of the arteries of the European idea." (Lunacek, 2010, quoted in B92/May 2010)

The problem with such a stance is that 'good cooperation' and 'constructive dialogue' can be broadly defined. They can be interpreted both as Serbia's recognition of Kosovo's independence (interpretation of some MEPs, diplomats and officials from EU member states) or pushing for the solution of Kosovo's status through international fora and reopening negotiations between Serbia's and Kosovo's officials (the interpretation of Serbia's current government). It is however clear that the unresolved Kosovo issue on Serbia's agenda can

hinder Serbia to pursue regional cooperation and maintain diplomatic relations with other neighbors. Serbia rejects to participate at meetings and events, at which Kosovo is invited under the name of Republic of Kosovo, and insists that Kosovo can participate only under the auspices of UNMIK and the UN Security Council Resolution 1244. Simply put, Serbia's officials deem the procedural, formal and at the same time highly symbolic status and name of Kosovo to be more important than the quality and content of the regional meetings themselves. Because of such a position, Serbia has missed the opportunity to participate in regional discussions and to demonstrate the willingness and commitment to regional cooperation and good neighborly relations. Examples include the absence of Serbian representatives at the inauguration of Croatian President Josipović and the Balkan Summit at Brdo near Kranj in Slovenia, because representatives from Kosovo were invited as representatives of the Republic of Kosovo. (Economist, January, March 2010) Serbia did attend the EU Western Balkans Conference in Sarajevo of June 2010 organized by the Spanish Presidency, at which Kosovo's representatives were accompanied by UNMIK officials.

4.4. Conclusions: The power of norms

The question of what regional cooperation in terms of the Kosovo issue really means, and whether Serbia's recognition of Kosovo as an independent state is a real condition of Serbia's EU membership is still debatable. However, the answer relevant for the purpose of this paper is the reply of Serbia's officials. A statement of Vuk Jeremić best illustrates the position: "Anyone who thinks that Serbia, in case it had to choose between the European Union and Kosovo, would choose the EU, is making a mistake. It will not happen." (B92, March 2010) This position clearly confirms the limits of EU conditionality. Successful conditionality requires the promised rewards to outweigh the costs of accepting certain conditions. The current Government of Serbia (and the majority of politicians in the Serbian Parliament), regardless of the nature of their interest, value preserving the territory of Kosovo as part of Serbia more than Serbia's EU membership. Because of this, regardless whether recognition of Kosovo's independence is a condition of EU membership or not, this condition would fail as a mode of EU influence on Serbia.

It is however noteworthy that in spite of Serbia's undiplomatic foreign policy moves in relations to the Kosovo issue, blunt and bold statements and overall aggressive diplomacy of Foreign Minister Jeremić at the time, the foreign policy actions of Serbia remain in the realm of diplomacy and peaceful international relations. With the current government belonging to the more populist and right wing (Serbian Progressive Party and the Socialist Party of Serbia) it is almost surprising that Serbia's diplomacy follows that trend. Even in matters of utmost national, historical, cultural and political sensitivity like the secession of a country's territory, Serbia's foreign policy remains in the framework of European and international norms, namely the peaceful resolution of disputes, absence of the use or threat of use of force. Furthermore, as concluded in the previous chapter, regional cooperation is both a norm and a condition. Due to the fact that regional cooperation is broadly defined, one can argue that Serbia's foreign policy actions do not meet the condition of regional cooperation. However, compared to the policy of the Milošević regime towards Kosovo, the current 'aggressiveness' of one or two undiplomatic statements of Serbia's officials certainly cannot be construed as unwillingness to commit to regional cooperation and peaceful resolution of disputes.

If in the Kosovo issue regional cooperation and good neighborly relations as a condition mean recognition of Kosovo independence by Serbia, that condition is destined to fail. If regional cooperation and good neighborly relations as a norm in the Kosovo issue means a peaceful, ongoing dialogue and resolving the issue through all available diplomatic and legal channels, then that norm may bear fruit. Regional cooperation will succeed only if it is stressed as a norm, since norm transfer is much more subtle, long-lasting and sustainable, because norms define what is 'normal'. Conditions on the other hand are direct, short-term and face the danger of backfiring in situations of over-conditionality or in issues like the Kosovo question, where the costs of condition fulfillment and rule transfer outweighs the promised reward, as the case-study of Serbia's foreign policy has shown.

Conclusions

After reviewing the literature on different modes of influence, presenting the developments of the rhetoric found in declarations and norms and conditions found in particular actions in the form of binding contractual agreements and documents, and after providing some successful and unsuccessful empirical examples of the effect of EU conditionality and normative power, the paper has reached several conclusions. This section of the paper will summarize the findings and present three main conclusions drawn up from the previous sections.

Conclusion 1: The distinction between the effectiveness of normative power and the power of conditionality of the EU on foreign policy in the Western Balkans is hard to assess because the very norms and conditions are hard to differentiate. Norms and conditions in the realm of international relations and the relationship between the EU and the countries of the Western Balkans are identified by analyzing what the EU says and does. EU's rhetoric and particular actions in foreign affairs have set norms of behavior between the EU and the countries of the Western Balkans. Since the EU realized the mere use of normative power and appealing to norms is not as effective, the EU introduced several ways of conditioning the EU countries, including technical and financial assistance, as well as the less obvious political support and backing in certain international affairs. However the conditions that the EU has established are influenced by and drawn from the existing norms of international relations in Europe, which makes norms and conditions unrecognizably similar. One example are good neighborly relations and regional cooperation, which in the early stages of European integration of the Western Balkan countries were just a norm, but over time developed into implicit *de facto* conditions for EU membership.

Conclusion 2: Conditionality as a mode of influence has clear limitations in foreign affairs, while the use of and appealing to norms are more effective tools of influencing ones foreign policy decisions in international relations. A clear example from the case study of Serbia explains the limitations of EU conditionality. In the case of Kosovo, Serbia's foreign policy position is that Kosovo will never be an independent state, and will remain a part of Serbia's territory. It is still debatable whether Serbia's recognition of Kosovo is a condition of EU membership or not. The debate whether this condition exists is still unresolved, because the condition of good neighborly relations/regional cooperation is broadly defined. One understanding of the condition is that Serbia needs to recognize Kosovo's independence,

which would solve the Kosovo issue. The other understanding (Serbia's position) is that regional cooperation means pursuing negotiations and using international fora to find a solution to the dispute. It is however clear from Serbia's diplomacy of the last decade that Serbia could lessen or even abandon its EU membership aspirations if the first understanding of this condition is reintroduced.

Regional cooperation as a norm is however more universal than the concrete question of Kosovo's status. It encompasses other norms of international relations, like peaceful settling of disputes, pursuing constructive political dialogue, the respect of mutual interests and the refraining from the use of or the threat of use of force. Norms are also more subtle in their effect, which is important in politically sensitive cases and diplomacy. In the case of norms as a mode of influence, it is expected from Serbia to behave in the abovementioned manner, since it is considered 'normal' in international relations. No one is forcing or conditioning Serbia to change its foreign policy positions, like in the case of conditionality as a mode of influence.

These are the reasons why norms are more effective in foreign affairs than conditionality. The limitations of conditionality occur when the reward is less important than the cost of fulfilling the condition for that reward. In cases like Kosovo and Serbia, where a certain territory is more valuable than EU membership, conditionality is destined to fail. Appealing to norms on the other hand is a passive (or perceived to be passive) mode of influence. The target country is less threatened, it does not put up a defensive stance and is more prone to influence.

Conclusion 3: The third conclusion stems from the first two: The EU should in the case of Serbia, and in its attempts to influence Serbian foreign policy, not rely on conditionality. With the existing perception of over-conditionality among the general public in Serbia, conditioning Serbia on an issue of such national, cultural, historical and political sensitivity may back-fire and deteriorate the relations between the EU and Serbia, making the EU less likely to successfully influence Serbia's foreign affairs in the long run. The EU should instead rely on its normative power, continue pursuing its neutral stance (which means dealing with its internal pressures for a more decisive stance) and appeal to the existing norms of behavior in international relations in the region. Opting for this more passive mode of influence will have a greater effect on achieving regional cooperation, even in sensitive issues like the status of Kosovo. As described in the conceptual section of this paper, the EU should apply the social learning and lesson-drawing models of influencing Serbia, namely through persuasion and acknowledgment of equal status in the dialogue. The fact that the current Serbian leadership has opted for a diplomatic and legal strategy of resolving the Kosovo dispute, unlike Milošević's regime, which opted for use of force, indicates that Serbia pursues a foreign policy based on the existing norms in international relations, described in this paper. That is precisely the reason why the EU (and its member states) should appeal to these norms and use the opportunity of the pro-European rhetoric of the current government to exercise its normative power. Relying on conditionality in the sensitive issue of Kosovo, if back-firing, may prove to be more damaging than constructive. Translating this conclusion into the stick-and-carrot metaphor, if the carrot is not sweet enough, one needs to sweet-talk the other.

References

- [B92] (2008): Ahtisaari: No EU without Kosovo recognition. In: B92, 19 October 2008. Online available from http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2008&mm=10&dd=19&nav_id=54336, last accessed May 20, 2010.
- [B92] (2008): EC: Serbian EULEX conditions accepted. In: B92, 7 November 2008. Online available from http://www.b92.rs/eng/news/politics-article.php?yyyy=2008&mm=11&dd=07&nav_id=54810, last accessed May 20, 2010.
- [B92] (2008): Jeremić: Support for independence shameful. In: B92, 28 February 2008. Online available from http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2008&mm=02&dd=28&nav_id=48027, last accessed May 20, 2010.
- [B92] (2008): Tadić calls for 'peaceful, compromise solution'. In: B92, 21 October 2008. Online available from http://www.b92.net/eng/news/in_focus.php?id=91&start=2355 last accessed May 20, 2010.
- [B92] (2009): Belgrade sends letter of protest to UN. In: B92, 27 September 2009. Online available from http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2009&mm=09&dd=27&nav_id=61988, last accessed May 20, 2010.
- [B92] (2010): EU representative: Kosovo not problem. In: B92, 7 February 2010. Online available from http://www.b92.net/eng/news/in_focus.php?id=91&start=435, last accessed May 20, 2010.
- [B92] (2010): FM: Serbia will choose Kosovo over EU. In: B92, 3 March 2010. Online available from http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2010&mm=03&dd=03&nav_id=65565, last accessed May 21, 2010.
- [B92] (2010): Kouchner: Kosovo not condition for EU. In: B92, 27 February 2010. Online available from http://www.b92.net/eng/news/in_focus.php?id=91&start=345, last accessed May 20, 2010.
- [B92] (2010): Serbia cannot join EU without recognizing Kosovo. In: B92, 28 May 2010. Online available from http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2010&mm=05&dd=28&nav_id=67439 last accessed May 24, 2010.
- [B92] (2010): Serbia recalls ambassador from Montenegro. In: B92, 15 January 2010. Online available from http://www.b92.net/eng/news/in_focus.php?id=91&start=525 last accessed May 20, 2010.
- [Ekonomist.rs] (2010): Serbian press: Meeting in Brdo near Kranj in Slovenia fails completely. In: Ekonomist, 21 March 2010. Online available from <http://www.emg.rs/en/news/serbia/116910.html>, last accessed May 20, 2010.
- [Ekonomist.rs] (2010): Tadic not to attend inauguration of Croatian President. In: Ekonomist, 21 January 2010. Online available from <http://www.ekonomist.rs/en/news/serbia/110998.html>, last accessed May 20, 2010.
- [Xinhuanet] (2008): Serbia recalls envoys from nations recognizing Kosovo. In: Xinhuanet, 19 February 2008. Online available from http://news.xinhuanet.com/english/2008-02/19/content_7628907.htm, last accessed May 22, 2010.
- Andreescu, Gabriel; Stan, Valentin; Weber, Renate (1994): Pact on Stability in Europe. Romania's Interests. Bucharest: Centre for International Studies. Online available from <http://www.studint.org.ro/pact.htm>, last accessed May 15, 2010.
- Andreev, Svetlozar A. (2006): Path Dependence During the Fifth EU Enlargement. Comparing the East-Central and Southeast Europe. Sofia: Bulgarian European Community Studies Association. Online available from [http://www.becsa.org/News/2006/Path%20Dependence%20in%20Central%20and%20Southeast%20Europe%20\(S.A.%20Andreev\)%20paper.pdf](http://www.becsa.org/News/2006/Path%20Dependence%20in%20Central%20and%20Southeast%20Europe%20(S.A.%20Andreev)%20paper.pdf), last accessed November 17, 2008.
- Ashton, Catherine (2010): Catherine Ashton High Representative / Vice President, The EU and the Western Balkans in a changing world Civil Society Meeting Belgrade. SPEECH/10/32. February 18, 2010. Online available from <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/32&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>, last accessed May 25, 2010.
- Barroso, Jose Manuel (2013): Statement by President Barroso following the second day of the European Council, 28 June 2013. SPEECH/13/587. June 28, 2013. Online available from http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-587_en.htm, last accessed July 21, 2013.
- Bechev, Dimitar (2006): Carrots, sticks and norms. The EU and regional cooperation in Southeast Europe. In: Journal of Southern Europe and the Balkans 8 (1), pp. 27–43.
- Checkel, Jeffrey T. (2001): Why Comply? Social Learning and European Identity Change. In: International Organization 55 (3), pp. 553–588.
- Dunay, Pál; Zellner, Wolfgang (1996): The Pact on Stability in Europe – A Diplomatic Episode or a Lasting Success? In: OSCE Yearbook. Hamburg: Centre for OSCE Research, pp. 299–312.
- European Commission (2006): Communication from the Commission – The Western Balkans on the road to the EU: consolidating stability and raising prosperity. COM (2006) 27 (final). Brussels, January 27,

2006. Online available from http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!CELEXnumdoc&lg=en&numdoc=506DC0027, last accessed May 19, 2010.
- European Commission (2010): The Declaration of the Zagreb Summit. Online available from http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accesion_process/how_does_a_country_join_the_eu/sap/zagreb_summit_en.htm last accessed May 20, 2010.
- European Commission. 2005. Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social committee and the Committee of the Region. COM (2005) 290 (final). Brussels, June 29, 2005. Online available from http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!CELEXnumdoc&lg=en&numdoc=505DC0290, last accessed May 19, 2010.
- European Commission: Condition for Enlargement. Online available from http://ec.europa.eu/enlargement/the-policy/conditions-for-enlargement/index_en.htm, last accessed May 16, 2010.
- European Commission: How does a country join the EU? Online available from http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accesion_process/how_does_a_country_join_the_eu/negotiations_croatia_turkey/index_en.htm#5, last accessed May 16, 2010.
- European Commission: List of Treaties by country: Serbia. In: Treaties Office Database. Online available from <http://ec.europa.eu/world/agreements/searchByCountryAndContinent.do?countryId=30080&countryName=Serbia> last accessed May 20, 2010.
- European Commission: Stabilisation and Association Agreement Between the European Communities and Their Member States of The One Part, and The Republic of Serbia, of The Other Part. CE/SE/en. Online available from http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/serbia/key_document/saa_en.pdf, last accessed May 18, 2010.
- European Commission: The Western Balkan countries on the road to the European Union. Online available from http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accesion_process/how_does_a_country_join_the_eu/sap/history_en.htm, last accessed May 18, 2010.
- European Commission: The Thessaloniki agenda for the Western Balkans. Online available from http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accesion_process/how_does_a_country_join_the_eu/sap/thessaloniki_agenda_en.htm, last accessed May 18, 2010.
- European Council (1993): Presidency Conclusions, Copenhagen European Council. Nr. 180/1/93 REV 1. 21-22 June 1993, Online available from http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/72921.pdf, last accessed May 16, 2010.
- European Council (1993): Presidency Conclusions, Brussels European Council. Nr. 373/1/93. 10-11 December 1993, Online available from http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/82736.pdf, last accessed May 16, 2010.
- European Council (1995): Presidency Conclusions, Madrid European Council. Nr. 00400/95. 15-16 December 1995, Online available from http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/00400-C.EN5.htm, last accessed May 16, 2010.
- European Council (2000): Presidency Conclusions, Santa Maria da Feira European Council. Nr. 200/1/00. 19-20 June 2000, Online available from http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/00200-r1.en0.htm, last accessed May 18, 2010.
- European Council (2005): Presidency Conclusions, Brussels European Council. Nr. 10255/1/05 REV 1. 16-17 June 2005. Online available from http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/85349.pdf, last accessed May 19, 2010.
- European Council (2006): Presidency Conclusions, Brussels European Council. Nr. 16879/1/06 REV 1. 14-15 December 2006. Online available from http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/92202.pdf, last accessed May 19, 2010.
- European Council (2012): Presidency Conclusions, Brussels European Council. EUCO 4/3/12 REV 3. March 2010. Online available from http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/128520.pdf, last accessed March 28, 2012.

- European Integration Office: Historical Overview of Serbia-EU Relations. Online available from <http://www.seio.gov.rs/code/navigate.asp?Id=70>, last accessed May 20, 2010.
- European Parliament (2010): Kosovo European Parliament resolution of 5 February 2009 on Kosovo and the role of the EU. In: Official Journal C 67 E/15 (18 March 2010). Online available from <http://eur-lex.europa.eu/Notice.do?val=509894:cs&lang=en&list=509894:cs,492130:cs,491209:cs,490862:cs,480747:cs,514643:cs,514818:cs,513968:cs,514311:cs,400638:cs,&pos=1&page=1&nbl=146&pgs=10&hwords=kosovo~&checktexte=checkbox&visu=#texte>, last accessed May 25, 2010.
- European Parliament (2010): Motion for a Resolution to wind up the debate on statements by the Council and Commission pursuant to Rule 110(2) of the Rules of Procedure on the European integration process of Kosovo. Session document RE\813210EN, submitted by Ulrike Lunacek on behalf of the Committee on Foreign Affairs. 27 April 2010. Online available from http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/afet/dv/813/813210/813210en.pdf, last accessed May 25, 2010.
- European Union (1995): Political Declaration adopted at the Conclusion of the Final Conference on the Pact on Stability in Europe and List of Good-Neighbourliness and Cooperation Agreements and Arrangements. In: EU Bulletin (3).
- European Union (2004): Council Regulation of 22 March 2004 on the establishment of European partnerships in the framework of the stabilisation and association process. (EC) No 533/2004. Online available from http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=en&type_doc=Regulation&an_doc=2004&nu_doc=533, last accessed May 21, 2010.
- European Union (2006): Council Decision of 30 January 2006 on the principles, priorities and conditions contained in the European Partnership with Serbia and Montenegro including Kosovo as defined by the United Nations Security Council Resolution 1244 of 10 June 1999 and repealing Decision 2004/520/EC. 2006/56/EC. Online available from http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!CELEXnumdoc&numdoc=306D0056&lg=en, last accessed May 22, 2010.
- European Union (2008): Council Decision of 18 February 2008 on the principles, priorities and conditions contained in the European Partnership with Serbia including Kosovo as defined by United Nations Security Council Resolution 1244 of 10 June 1999 and repealing Decision 2006/56/EC. 2008/213/EC. Online available from http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=en&type_doc=Decision&an_doc=2008&nu_doc=213, last accessed May 22, 2010.
- Government of the Republic of Serbia (2010): Southeast European countries to jointly fight against organised crime. Belgrade/Sofia, 21 May 2010. Online available from <http://www.srbija.gov.rs/vesti/vest.php?id=65902>, last accessed May 22, 2010.
- Government of the Republic of Serbia: Deputy Prime Ministers and Ministers. Online available from <http://www.srbija.gov.rs/vlada/ministri.php#24>, last accessed May 22, 2010.
- Hill, Christopher; Smith, Karen Elizabeth (2000): European Foreign Policy: Key Documents. London: Routledge.
- Jozwiak, Rikard (2008): Serbia's EU ambassadors may return to posts. In: European Voice.com, 21 July 2008. Online available from <http://www.europeanvoice.com/article/2008/07/2127/serbia%E2%80%99s-eu-ambassadors-may-return-to-posts/61799.aspx>, last accessed May 23, 2010.
- Lavenex, Sandra (2008): A Governance Perspective on the European Neighbourhood Policy: Integration Beyond Conditionality? In: Journal of European Public Policy 15 (6), pp. 938–955.
- Manners, Ian (2002): Normative Power Europe: a Contradiction in Terms? In: Journal of Common Market Studies 40 (2), pp. 235–258.
- Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Serbia (2008): Address before a ministerial meeting of the Regional Cooperation Council by H.E. Mr. Vuk Jeremić Minister of Foreign Affairs of the Republic of Serbia." In: Foreign Policy/Minister/Speeches/Address before a ministerial meeting of the Regional Cooperation Council by H.E. Mr. Vuk Jeremić Minister of Foreign Affairs of the Republic of Serbia. Sofia, 27 February 2008. Online available from <http://www.mfa.gov.rs/Foreinframe.htm>, last accessed May 22, 2010.
- Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Serbia (2008): Address before a meeting of the Southeast Europe Cooperation Process by H.E. Mr. Vuk Jeremić Minister of Foreign Affairs of the Republic of Serbia. In: Foreign Policy/Minister/Speeches/Address before a meeting of the Southeast Europe Cooperation Process by H.E. Mr. Vuk Jeremić Minister of Foreign Affairs of the Republic of Serbia. Sofia, 28 February 2008. Online available from <http://www.mfa.gov.rs/Foreinframe.htm>, last accessed May 22, 2010.

- Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Serbia: Priorities - Serbia and regional cooperation. Foreign Policy/Priorities/Serbia and Regional Cooperation. Online available from <http://www.mfa.gov.rs/Foreinframe.htm>, last accessed May 21, 2010.
- Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Serbia: Serbia and Montenegro (then FR of Yugoslavia) and OSCE. Foreign Policy/Multilateral Issues/The Republic of Serbia and the Organization for Security in Europe/Basic Information. Online available from <http://www.mfa.gov.rs/Foreinframe.htm>, last accessed May 21, 2010.
- Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Serbia: South-east Europe Cooperation Process (SEECP). Foreign Policy/Priorities/Serbia and Regional Cooperation/ South-east Europe Cooperation Process (SEECP)/Basic Information. Online available from <http://www.mfa.gov.rs/Foreinframe.htm>, last accessed May 21, 2010.
- Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Serbia: Stability Pact for South-east Europe. Foreign Policy/Priorities/Serbia and Regional Cooperation/The Regional Cooperation Council (RCC)/Basic Information. Online available from <http://www.mfa.gov.rs/Foreinframe.htm> last accessed May 21, 2010.
- Office for European Affairs of the Government of Autonomous Province of Vojvodina: About Us. Online available from <http://www.kep.rs/english/aboutus.html>, last accessed May 21, 2010.
- OSCE (1975): Conference on Security and Co-operation in Europe Final Act. Helsinki, 1975. Online available from http://www.osce.org/documents/mcs/1975/08/4044_en.pdf, last accessed May 15, 2010.
- OSCE (1990): Charter of Paris for a New Europe. Paris, 1990. Online available from http://www.osce.org/documents/mcs/1990/11/4045_en.pdf, last accessed May 15, 2010.
- OSCE (1992): CSCE Helsinki Document 1992 – The Challenges of Change. Helsinki, 1992. Online available from http://www.osce.org/documents/mcs/1992/07/4048_en.pdf, last accessed May 15, 2010.
- OSCE (2007): OSCE Handbook. Vienna: OSCE Press and Public Information Section.
- Regional Cooperation Council: Overview. Online available from http://www.rcc.int/index.php?action=page&id=2&link_id=6, last accessed May 21, 2010.
- Rehn, Olli (2008): Olli Rehn EU Commissioner for Enlargement, Olli Rehn Presenting the Enlargement Package in AFET, European Parliament, Foreign Affairs Committee. SPEECH/08/592. 07 November 2008. Online available from http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/08/592&format=HTML&age_d=0&language=EN&guiLanguage=en, last accessed May 18, 2010.
- Schimmelfennig, Frank; Sedelmeier, Ulrich (2004): Governance by conditionality. EU rule transfer to the candidate countries of Central and Eastern Europe. In: Journal of European Public Policy 11 (4), pp. 661–679.
- South-East European Cooperation Process (2000): Charter on good neighbourly relations, stability, security and cooperation in Southeastern Europe. Bucharest, Romania, 2000. Online available from http://www.mvpei.hr/seecp/docs/povelja_SEECP.pdf, last accessed May 21, 2010.
- Stability Pact for Southeastern Europe (1999): Stability Pact for Southeastern Europe. Cologne, 10 June 1999. Online available from <http://www.stabilitypact.org/constituent/990610-cologne.asp>, last accessed May 17, 2010.
- Stability Pact for Southeastern Europe (2007): Statute of the Regional Co-operation Council (RCC). Zagreb, Croatia, 2007. Online available from <http://www.stabilitypact.org/rt/ZAGREBAnnextoConclusionsRCC.pdf>, last accessed May 21, 2010. (accessed May 22, 2010).

Stefan Troebst

Macedonian Historiography on the Holocaust in Macedonia under Bulgarian Occupation

At the end of the interwar period, 7,762 Jews were living on the territory of today's Republic of Macedonia. In late March 1943, 7,136 of them were rounded up and interned by Bulgarian police and deported by train from Skopje to the German extermination camp of Treblinka in occupied Poland where most of them were killed instantly. After the war, in what since 1944 was the People's Republic of Macedonia within the Democratic Federative Republic of Yugoslavia only 200 Jews were left.¹

In this presentation I will look at how the industrial annihilation of the Jews of Macedonia is reflected in Macedonian historiography. I add that by "Macedonia" I mean Vardar Macedonia, here in particular the part occupied in 1941 and in 1942 annexed by Bulgaria until 1944. And by "Macedonian historiography" I have in mind research results published in Skopje. In the following, I concentrate on the historiography of the Communist period, that is, the years up to 1991, when the Socialist Republic of Macedonia was a constituent part of the Socialist Federative Republic of Yugoslavia.

In general, it can be said that up to the mid-1980s, historians in Skopje—with very few exceptions—neglected the Holocaust completely. To cite a prominent example: The authoritative three-volume *Istorija na makedonskiot narod* ("History of the Macedonian People") of 1969, the first overall history published in Skopje, leaves it at a single sentence:

"[...] the Jews in Macedonia, in contrast to the Jews who lived in Bulgaria, were handed over to the Germans and have been deported from Macedonia on 11 March 1943, so that they would suffer the fate of their co-nationals [*sonarodnici*] of the territories occupied by Fascist Germany."²

And that was it. (It is telling that here not the Macedonians, but Jews in other parts of Europe are labeled as 'co-nationals' of the Jews from Macedonia.) Yet, even biographic publications on the small number—less than one hundred—of Macedonian Jews who fought in the ranks of the communist Tito partisans against Bulgarian occupation forces and the Wehrmacht avoided any reference to the Holocaust. This goes, for example, for the biography of Estrea Ovadia, a Jewess from Bitola proclaimed in 1953 "National Heroine of Yugoslavia". She had joined the partisans under the *nom de guerre* of "Mara" and was killed in August 1945 at the age of 22 in a skirmish with Bulgarian troops on Mount Kajmakčalan on the border to Greece.³ In the late 1940s and in the 1950s, at a time when *bratstvo i edinstvo*—Brotherhood

¹ Quoted after Case, Holly (2013): The Holocaust in Macedonia. In: Bringing the Dark Past to Light. The Reception of the Holocaust in Postcommunist Europe. Edited and with an introduction by John-Paul Himka and Joanna Beata Michlic Lincoln NE: University of Nebraska Press (in print).

² Institut za nacionalna istorija (ed.) (1969): *Istorija na makedonskiot narod*. Vol. 3: Periodot megu dvete svetski vojni i Narodnata Republika, 1918-1945 [History of the Macedonian nation. vol. 3: Interwar period and People's Republic 1918-1945]. Skopje: NIP Nova Makedonija, p. 287.

³ Ristevski, Stojan (1978): Estrea Ovadia-Mara. Životni put i revolucionarno delo [Estrea Ovadia-Mara. Life course and revolutionary deed]. Gornji Milanovac: Dečje novine.

and Unity—of the ‘peoples of Yugoslavia’ was on the agenda, ethnic differentiation below the level of the titular nations of the six republics seemed to be not appropriate. To the contrary, on the federal level supra-ethnic *jugoslavenstvo*—Yugoslavism—was the slogan of the day, and on the republican level the top-priority project was building a new and unified Macedonian nation.

In historiography things did not change even when in 1961 the leading Skopje daily *Nova Makedonija* published a series of article on “The Tragedy of the Jews from Macedonia” which gave a rather detailed picture on the events of 1943.⁴ Already in March 1958, a monument to the deported and exterminated Jews of Bitola—“our fellow citizens, victims of fascist terror” as the inscription read—had been erected. Despite the fact that in official politics of history and culture or remembrance the Holocaust from now on figured in Yugoslav Macedonia, in publications by Macedonian historians it did not. Jews still were mentioned exclusively as communist resistant fighters against the ‘fascist’ Bulgarian and German occupiers and as ardent supporters of what was called ‘the national liberation of Macedonia’ from foreign oppressors, that is Bulgarians, Germans, Albanians and Italians as well as Serbs although they for understandable reasons the latter were not explicitly mentioned.

The one and for a long time only exception to this rule was a lengthy article entitled “The Tragedy of the Jews from Macedonia” by the historian Aleksandar Matkovski, the leading expert on the Ottoman period at the Institute of National History in Skopje (and most probably also the author of the series in *Nova Makedonija* mentioned above). Matkovski’s article was published in 1958 in the institute’s official periodical *Glasnik* (“Review”)⁵, and in 1959 an English translation followed under the title “The Destruction of Macedonian Jewry in 1943” in the internationally influential yearbook of Yad VaShem in Israel.⁶ In 1962 then, Matkovski enlarged his article and turned it into a brochure, entitled again “The Tragedy of the Jews from Macedonia”.⁷

However, that was it for another twenty years. With Matkovski’s publications, the chapter Holocaust was opened and at the same time closed again in Macedonian historiography. Among the possible reasons for this two are quite obvious: First, in 1967 Yugoslavia cut off diplomatic relations with Israel due to the Six-Days War, and second, at the same time neighboring Bulgaria stepped up its campaign for the inclusion of the history of Macedonia into Bulgarian national history. Party officials, media and historians in Sofia argued that up to 1945 no such thing like a Macedonian nation had existed. In this perspective, the inhabitants of Macedonia had been predominantly Bulgarians and the history of the region from late antiquity to the end of World War II was considered to be a constituent part of the history of Bulgaria and the Bulgarian nation.⁸

⁴ Tragedijata na Evreite od Makedonija [The Tragedy of the Jews of Macedonia] (1961). In: *Nova Makedonija*, March 1961.

⁵ Matkovski, Aleksandar (1958): Tragedijata na Evreite od Makedonija [The Tragedy of the Jews of Macedonia]. In: *Glasnik na Institutot za nacionalna istorija* 2 (2).

⁶ Matkovski, Aleksandar (1959): The destruction of Macedonian Jewry in 1943. In: *Yad VaShem Studies* 3, p. 203–258.

⁷ Matkovski, Aleksandar (1962): Tragedijata na Evreite od Makedonija [The Tragedy of the Jews of Macedonia]. Skopje: Kultura (Istorijsko-popularna biblioteka. Edicija Od istorijata na NOB).

⁸ Troebst, Stefan (1983): Die bulgarisch-jugoslawische Kontroverse um Makedonien 1967-1982. München: R. Oldenbourg Verlag; Macedonian translation: Trebst, Stefan (1997): Bugarsko-jugoslovenskata kontroverza za Makedonija 1967-1982. Skopje: Institut za nacionalna istorija.

As a result, all historians in Skopje were ordered to counter Bulgarian claims on which ever epoch and period of Macedonian history.⁹ It is, of course, true that the deportation of Macedonian Jewry by Bulgarian occupation authorities in World War II would have been a welcome leverage for attacking Sofia, but due to Tito's pro-Arab stand the Jewish card could not be played by Skopje. Although a dozen or so of detailed studies on various aspects of the Bulgarian occupation of Vardar Macedonia in World War II were published by the Institute of National History there particularly in the 1970s, the Holocaust and Bulgarian anti-Jewish measures in annexed Vardar Macedonia were generally not covered.

It was once more Matkovski, the historian of the Ottoman centuries, who in 1983 broke the ban by publishing the first Macedonian-language "History of the Jews in Macedonia" (*Istorija na evreite vo Makedonija*) which contained an update of his 1962 brochure in the form of a 100-pages chapter on "The Deportation and Liquidation of the Jews of Macedonia".¹⁰ Here, Matkovski made ample use of Yugoslav as well as Bulgarian archival material available in Yugoslavia. He described in detail the diplomatic, political and legal preparation of the deportation of the Jews of Bitola, Skopje, Štip and other towns by Bulgarian authorities and their German allies, the personnel and the organization of the concentration camp for Jews in the Tobacco Factory in Skopje and the three transports by Bulgarian State Railway to Treblinka. Matkovski put a special focus on the liquidation of Jewish property – a topic until rather recently neglected not only by Bulgarian but also by German historiography on the Holocaust. The first systematic account on "the microeconomy of governmental antisemitism in Bulgaria" was published by Rumen Avramov just last year¹¹ whereas Götz Aly's book on how 'ordinary' Germans profited from the property of deported Jews appeared in 2005.¹² According to Matkovski, in the case of occupied Vardar Macedonia it were almost exclusively Bulgarian military and civilian authorities as well as the German School of Skopje which took over Jewish property, not, however, the Macedonian neighbors of the deported. If that indeed was so, it would come as a surprise having in mind the behavior of Germans, Bulgarians and others towards Jewish property.

Please allow me a personal reminiscence on Aleksandar Matkovski with whom I had quite a number of cups of coffee in the cafeteria of the Institute of National History in Skopje while being a graduate exchange student there in 1979 and 1980. The cafeteria, called *bife*, was the ideal place for *muabet* – a casual conversation – in an otherwise rather stiff and official surrounding. Matkovski, a white-haired gentleman born in 1922 in the wealthy mountain town of Kruševo, struck me as being decidedly urban, at least in the company of his predominantly rural colleagues. 'Matko', as everyone called him, was well-mannered and polyglot, and thus was the only historian of the institute who regularly published in West German, Soviet, Turkish, US and other periodicals. Being an Ottomanist and Orientalist

⁹ Ibid.

¹⁰ Matkovski, Aleksandar (1983): *Istorija na evreite vo Makedonija* [A History of the Jews of Macedonia]. Skopje: Makedonska revija. See also idem (1982): *A History of the Jews of Macedonia*. Skopje: Macedonian Review Editions. Already in 1980, another Skopje historian had published a short overview on "the deportation of the Jews in 1943 and some other events" based on Matkovski's previous publications. See Budimovski, Dragoljub K. (1980): *Deportacija na Evreite 1943 godina i neкои drugi nastani*. In: Apostolski, Mihailo et al. (ed.): *Skopje vo NOV 1943-1945. Materijali od naučnот sober*. Skopje : Gradski odbor na SZB od NOV, p. 722.

¹¹ Avramov, Rumen (2012): „Spasenie“ i padenie. Mikroekonomika na dıržavnija antisemitizim v Bılgarija 1940-1944 g. [“Rescue” and fall. The microeconomy of state-antisemitism in Bulgaria 1940-1944]. Sofia: Universitetsko izdatelstvo „Sv. Kliment Okhridski“.

¹² Aly, Götz (2005): *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*. Frankfurt am Main: Fischer.

trained in Zagreb, Belgrade, Kairo, Bagdad and Istanbul, the range of his scholarly interest was much wider than the 500 years of what was called ‘the Turkish yoke’, encompassing not only the Holocaust, but also topics like the Skopje earthquake of 1963, early modern Macedonian mercenaries in Ukraine, the history of tobacco in the Balkans, Macedonian heraldry, and, in particular, foreign travelogues on Macedonia. I do not know whether his interest in Jewish history and the Shoah stems from a personal experience and at the time I missed the opportunity to ask him. I know that as a young man during the Bulgarian occupation he was a political prisoner and later on joined the Tito partisans. Maybe that explains something. He died in 1992. There is an interesting portray of Aleksandar Matkovski’s life and oeuvre on Youtube.¹³

Matkovski’s update of 1983 with its focus on the economic deprivation of the Macedonian Jews and the looting of their property then served as a blueprint for a document edition of 1,500 pages published in 1986 by the Macedonian Academy of Sciences and Arts entitled “The Jews in Macedonia during the Second World War Two (1941-1945)” (*Evreite vo Makedonija vo Vtorata svetska vojna, 1941-1945*). Co-editors were the historian Vera Veskovic-Vangeli of Cyril and Methodius University Skopje and the ethnographer and former Jewish partisan Žamila Kolonomos, whose *nom de guerre* was “Andžela”.¹⁴

The archival basis of this voluminous collection are documents from Macedonian and other Yugoslav archives as well as document copies from Bulgarian, German and other European archives in the possession of Yugoslav archives. The editors did not have direct access to archives in neighboring Bulgaria.¹⁵ While the 732 documents of this collection all are in Macedonian, there is a detailed English-language introduction¹⁶ as well as equally detailed document summaries in English.¹⁷ The publication of the collection was funded by the Fund “11 March 1943” donated by Alfred Melamed, a former citizen of Skopje then residing in Vienna¹⁸, and Simon Wiesenthal contributed an epilogue in Macedonian, English and German.¹⁹

Of particular importance is a 250-pages annex with “Lists of persons of Jewish origin in the concentration camp Skopje” containing the personal data of 7,148 Jews from Bitola, Gegvelija, Kumanovo, Skopje, Štip, Strumica, Veles and Udovo in Vardar Macedonia as well as from Preševo, Momčilgrad and Vranje in Bulgarian-occupied former Serbia who were

¹³ Ristoska, Roza (2001): Aleksandar Matkovski 1922-1992. Tetovo. URL: <http://www.youtube.com/watch?v=XHoACA4fTZc>, last access: 29.07.2013. For biographic data on Matkovski see Georgievski, Taško (ed.) (1992): Spomenica posvetena na počiniot Aleksandar Matkovski, redoven člen na Makedonskata Akademija na Naukite i Umetnostite [Festschrift presented as a memorial to Aleksandar Matkovski, member of Macedonian Academy of Science and Arts]. Skopje: MANU.

¹⁴ See an oral history interview with Žamila Kolonomos taken by Jaša Almuli in Skopje on 24 November 1994 on the website of the US Holocaust Memorial Museum. URL: <http://collections.ushmm.org/search/catalog/irn512718>, last access: 29.07.2013.

¹⁵ Redakcija (1986): Voved [Introduction]. In: Kolonomos, Žamila, Vera Veskovic-Vangeli (ed.): *Evreite vo Makedonija vo Vtorata svetska vojna (1941-1945)*. Zbornik na dokumenti / The Jews in Macedonia during the Second World War (1941-1945). Collection of Documents. Skopje: Makedonska akademija na naukite i umetnostite, vol. 1, p. 5-6, here p. 5.

¹⁶ Ibid., vol. 1, p. 73-132. Whereas for the English-language introduction no author’s name is given, for the Macedonian version of the introduction Žamila Kolonomos’ name is given (Kolonomos, Žamila: Predgovor, ibid., vol. 1, p. 7-70, here p. 70).

¹⁷ Brief summaries of the documents arranged in chronological order, ibid., vol. 1, p. 235-333.

¹⁸ Ibid., vol. 1, p. 4.

¹⁹ Ibid., vol. 2, p. 1423-1426.

deported via Skopje to Treblinka. The lists contain first names, patronyms and surnames, exact addresses and birthdates as well as information on sex, kinship relations, profession and citizenship.²⁰ The lists have been compiled by Bulgarian and German authorities in the temporary concentration camp in Skopje in March 1943 and were handed over to the administration of the Treblinka extermination camp once the transports from Macedonia had arrived there.

Whereas Matkovski, while mentioning Jewish participation in the resistance movement against the occupiers, had spoken (in Macedonian) of “the *tragedy* of the Jews from Macedonia” and in English even of “the *destruction* of Macedonia Jewry”, the title of the 1986 collection, “The Jews in Macedonia during the Second World War”, was much less explicit, even neutral—and this despite the fact that the overwhelming number of the documents published here related to antisemitic legislation, to pressure on Jews by provincial and municipal authorities, to the looting of Jewish property and to the deportations to the Treblinka death camp in particular. How is that to be explained? The answer is given in two chapters of the introduction entitled “The Macedonian Jews in the National Liberation Movement and the Revolution” and “The first Partisan Detachments and the Jewish Participation in the National Liberation War”.²¹ The ‘dark history’ of the extermination of the Macedonian Jews is here in a way counterbalanced by the ‘bright history’ of anti-Fascist resistance of Jewish partisans, men and, in particular, women, like Estreja Ovadia mentioned above, Stela Kamhi, Adela Faradži and, last but not least co-editor Žamila Kolonomos herself. The collection of 1986 was a milestone for Macedonian historiography and could have been one for international Holocaust studies, had the document section not been exclusively in Macedonian, a language hardly accessible even to those non-Balkan scholars who read Polish or Russian.

While studying in Skopje in Tito’s time and later on working there for the Conference on Security and Co-operation in Europe (nowadays OSCE) in the early 1990s, I did not have the possibility to meet Žamila Kolonomos personally, but I have watched the video of her long and impressive life history interview available on the website of the US Holocaust Memorial Center. I was, however, acquainted with Vera Veskovik-Vangeli, a liberal Marxist, ardent feminist and erudite Germanophile of Montenegrin origin and married to a Vlach who owned the largest collection of Meissen porcelain in Macedonia, if not in all of Yugoslavia. Vera’s role model was Rosa Luxemburg, the Polish-Jewish-German women’s lib activist and socialist theoretician to whom she dedicated a number of articles.

After 1991, the year the Republic of Macedonia rather involuntarily became an independent state, public interest in the Jewish history of the region and in the Holocaust rose considerably, and this both inside and outside Macedonia. Accordingly, a number of foreign publications on the topic were published in Macedonian and other languages, among them Aaron Assas book *Macedonia and the Jewish People* in 1994, which was first published in Jerusalem in 1972 in Hebrew²² and then 1994 in Skopje in English, Jennie Lebel’s *Tide and Wreck. History of the Jews of Vardar Macedonia*, first published in Israel in 1986 in Hebrew and

²⁰ Spisok na evreite, deportirani od Makedonija vo koncentracioniot logor Treblinka vo Polska / Register of the Jews deported from Macedonia to the Treblinka concentration camp in Poland. Ibid., vol. 2, p. 1161–1422.

²¹ Ibid., vol. 1, p. 96–118.

²² Assa, Aaron (1994): *Macedonia and the Jewish People*. Skopje: Macedonian Review.

in 2013 in Macedonian translation²³, and several others.²⁴ Of particular importance was the creation of the Holocaust Fund of the Jews from Macedonia and the founding of the Memorial Centre of the Holocaust of the Jews from Macedonia, both of which developed an intense publication activity.²⁵ As a consequence, in today's Republic of Macedonia the Holocaust is not only an important field of research for historians, but also a prominent feature in governmental politics of history and public culture of remembrance. Scholars of the communist era like Aleksandar Matkovski, Žamila Kolonomos and Vera Veskovik-Vangeli have contributed considerably to this favourable situation.

²³ Lebl, Ženi (1990): *Plima i slom. Iz istorije Jevreja Vardarske Makedonije*. Gornji Milanovac: Dečje novine; English translation: Lebel, Jennie (2008): *Tide and Wreck. History of the Jews of Vardar Macedonia* Bergenfield, NJ: Avotaynu; Macedonian translation: Lebl, Ženi (2013): *Plima i slom. Od istorijata na Evreite vo Vardarska Makedonija*. Skopje: Fond na holokaustot na Evreite od Makedonija.

²⁴ Birri-Tomovska, Kristina (2012): *Jews of Yugoslavia 1918-1941. A History of Macedonian Sephards*. Bruxelles et al.: Peter Lang.

²⁵ See, pars pro toto, Alboher, Šlomo (2010): *Evreite of Monastir. Makedonija. Životot i vremeto vo koe živeeše nekogašnata evrejska zaednica vo Monastir* [The Jews of Monastir, Macedonia. The life and times of the departed Jewish community of Monastir]. Skopje: Fond na holokaustot na Evreite od Makedonija; and Berenbaum, Michael (n.d.): *The Jews in Macedonia during WWII*. Skopje: Holocaust Fund of the Jews from Macedonia.

Literatur

- Alboher, Šlomo (2010): *Evreite of Monastir. Makedonija. Životot i vremeto vo koe živeeše nekogašnata evrejska zaednica vo Monastir* [The Jews of Monastir, Macedonia. The life and times of the departed Jewish community of Monastir]. Skopje: Fond na holokaustot na Evreite od Makedonija.
- Aly, Götz (2005): *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Assa, Aaron (1994): *Macedonia and the Jewish People*. Skopje: Macedonian Review.
- Avramov, Rumen (2012): „Spasenie“ i padenie. Mikroekonomika na državniya antisemitizim v Bilgariya 1940-1944 g. [“Rescue” and fall. The microeconomy of state-antisemitism in Bulgaria 1940-1944]. Sofiia: Universitetsko izdatelstvo Sv. Kliment Ohridski.
- Berenbaum, Michael (n.d.): *The Jews in Macedonia during WWII*. Skopje: Holocaust Fund of the Jews from Macedonia.
- Birri-Tomovska, Kristina (2012): *Jews of Yugoslavia 1918-1941. A History of Macedonian Sephards*. Bruxelles et al.: Peter Lang.
- Budimovski, Dragoljub K. (1980): *Deportacija na Evreite 1943 godina i neкои drugi nastani* [The deportation of the Jews in 1943 and some other events]. In: Apostolski, Mihailo et al. (ed.): *Skopje vo NOV 1943-1945. Materijali od naučniot sober*. Skopje: Gradski odbor na SZB od NOV.
- Case, Holly (2013, in print): *The Holocaust in Macedonia*. In: *Bringing the Dark Past to Light. The Reception of the Holocaust in Postcommunist Europe*. Edited and with an introduction by John-Paul Himka and Joanna Beata Michlic Lincoln NE: University of Nebraska Press.
- Georgievski, Taško (ed.) (1992): *Spomenica posvetena na počiniot Aleksandar Matkovski, redoven člen na Makedonskata Akademija na Naukite i Umetnostite* [Festschrift presented as a memorial to Aleksandar Matkovski, member of Macedonian Academy of Science and Arts]. Skopje: MANU.
- Institut za nacionalna istorija (ed.) (1969): *Istorija na makedonskiot narod*. Vol. 3: *Periodot megu dvete svetski vojni i Narodnata Republika, 1918-1945* [History of the Macedonian nation. Vol. 3: Interwar period and People's Republic 1918-1945]. Skopje: NIP Nova Makedonija.
- Interview with Žamila Kolonomos taken by Jaša Almuli in Skopje on 24 November 1994 on the website of the US Holocaust Memorial Museum. URL: <http://collections.ushmm.org/search/catalog/irn512718>, last access: 28.07.2013.
- Kolonomos, Žamila, Vera Veskovik-Vangeli (ed.) (1986): *Evreite vo Makedonija vo Vtorata svetska vojna (1941-1945). Zbornik na dokumenti* [The Jews in Macedonia during the Second World War (1941-1945). Collection of Documents]. Vol. 1. Skopje: Makedonska akademija na naukite i umetnostite.
- Lebl, Ženi (1990): *Plima i slom. Iz istorije Jevreja Vardarske Makedonije*. Gornji Milanovac: Dečje novine.
- English translation: Lebel, Jennie (2008): *Tide and Wreck. History of the Jews of Vardar Macedonia* Bergenfield, NJ: Avotaynu.
- Macedonian translation: Lebl, Ženi (2013): *Plima i slom. Od istorijata na Evreite vo Vardarska Makedonija*. Skopje: Fond na holokaustot na Evreite od Makedonija.
- Matkovski, Aleksandar (1958): *Tragedijata na Evreite od Makedonija* [The Tragedy of the Jews of Macedonia]. In: *Glasnik na Institutot za nacionalna istorija* 2 (2).
- Matkovski, Aleksandar (1959): *The destruction of Macedonian Jewry in 1943*. In: *Yad VaShem Studies* 3, p. 203-258.
- Matkovski, Aleksandar (1962): *Tragedijata na Evreite od Makedonija* [The Tragedy of the Jews of Macedonia]. Skopje: Kultura (Istorijsko-popularna biblioteka. Edicija Od istorijata na NOB).

- Matkovski, Aleksandar (1982): A History of the Jews of Macedonia. Skopje: Macedonian Review Editions.
- Matkovski, Aleksandar (1983): Istorija na evreite vo Makedonija [A History of the Jews of Macedonia]. Skopje: Makedonska revija.
- Ristoska, Roza (2001): Aleksandar Matkovski 1922-1992. Tetovo.
- Ristevski, Stojan (1978): Estrea Ovadia-Mara. Životni put i revolucionarno delo [Estrea Ovadia-Mara. Life course and revolutionary deed]. Gornji Milanovac: Dečje novine.
- Spisok na evreite, deportirani od Makedonija vo koncentracioniot logor Treblinka vo Poljska [Register of the Jews deported from Macedonia to the Treblinka concentration camp in Poland]. In: Kolonomos, Žamila, Vera Veskovik-Vangeli (ed.): Evreite vo Makedonija vo Vtorata svetska vojna (1941-1945). Zbornik na dokumenti [The Jews in Macedonia during the Second World War (1941-1945). Collection of Documents]. Vol. 2. Skopje: Makedonska akademija na naukite i umetnostite, p. 1161-1422.
- Tragedijata na Evreite od Makedonija [The Tragedy of the Jews of Macedonia] (1961). In: Nova Makedonija, March 1961.
- Troebst, Stefan (1983): Die bulgarisch-jugoslawische Kontroverse um Makedonien 1967-1982. München: R. Oldenbourg Verlag; Macedonian translation: Trebst, Stefan (1997): Bugarsko-jugoslovenskata kontroverza za Makedonija 1967-1982. Skopje: Institut za nacionalna istorija.

Bericht zur Ringvorlesung „Aktuelle Konfliktlagen in Südosteuropa“, Regensburg Wintersemester 2012/2013¹

Im Wintersemester 2012/2013 veranstaltete die Südost-Fachschaft der Universität Regensburg gemeinsam mit der Südosteuropa-Gesellschaft und dem Lehrstuhl für Geschichte Südost- und Osteuropas der Universität Regensburg die Ringvorlesung „Aktuelle Konfliktlagen in Südosteuropa“. Die Vorlesungsreihe, die insgesamt fünf Veranstaltungen umfasste, wollte insbesondere Studierende, auch fachfremder Studiengänge, ansprechen. Obwohl der Titel der Ringvorlesung nur Konfliktlagen in Südosteuropa benennt, war es Ziel der Veranstaltungen, diese in einen gesamteuropäischen Kontext einzuordnen. Die Konflikte der Region sind – trotz geringen medialen Widerhalls – auch in den westlichen Teilen Europas von großer Bedeutung und können nicht losgelöst oder isoliert betrachtet werden. Den Zugang zu den verschiedenen Konfliktlagen gewährleistete die interdisziplinäre Perspektive der Ringvorlesung, zu dessen Zweck sowohl international tätige Wissenschaftler als auch Zeitzeugen eingeladen wurden.

Den Beginn der Ringvorlesung bildete ein Vortrag über einen Teil der europäischen Bevölkerung, der schon seit mehr als 1000 Jahren zur europäischen Zivilisation gehört: Unter dem Titel „Verweigerter Heimat – Geschichte und Gegenwart der Roma in (Südost-) Europa“ thematisierte Joachim Krauß (Berlin) die historische und gegenwärtige Lage jener Menschen, die in den jeweiligen Gebieten unter den verschiedensten Bezeichnungen, wie „Roma“, „Sinti“, „Zigeuner“, „Manouches“, „Travellers“ usw. bekannt sind. Da die Roma, trotz ihrer vermeintlichen Herkunft vom indischen Subkontinent, weder auf ein historisches Territorium noch auf ein Mutterland zurückgreifen können und fast überall in Europa anzutreffen sind, werden sie zu den Streu- oder Diasporaethnien gezählt. Mit ca. zehn bis zwölf Millionen Menschen bilden sie Europas größte Minderheit. Obwohl etwa sechs Millionen davon in der EU leben, berichtete Krauß von sehr ähnlichen Problemen in allen europäischen Ländern. Vorurteile und Intoleranz gehörten für viele von ihnen ebenso zum Alltag wie Diskriminierung und soziale Ausgrenzung und drängten sie an den Rand der Gesellschaft in äußerst schlechte wirtschaftliche Verhältnisse. Dementsprechend könne von einem gesamtkontinentalen Problem gesprochen werden, das mittlerweile von verschiedenen europäischen Initiativen angegangen werde. So wurde 2005 etwa in Bulgarien das „Jahrzehnt der Roma-Integration“² verkündet, dessen damit verbundene Maßnahmen zur besseren gesellschaftlichen Inklusion der Roma beitragen sollen, um damit insgesamt ein besseres Verständnis für ihre Lebenssituation zu schaffen. Denn bis dato kann von einer erfolgreichen Anpassung der Lebensverhältnisse an die Mehrheitsbevölkerung

¹ Zusätzliche Informationen zur Ringvorlesung sind auf der *Forschungsplattform Südosteuropa* (FPSOE) verfügbar: **Link zur FPSOE.**

² Die Initiative wird inzwischen von einer Reihe von Regierungen und Nichtregierungsorganisationen in mehreren europäischen Staaten unterstützt. Vgl. Decade of Roma Inclusion 2005-2015 (Hg.): Decade in Brief. Online verfügbar unter <http://www.romadecade.org/about-the-decade-decade-in-brief>, letzter Zugriff am 10.07.2013.

noch keine Rede sein. Die Breite des Themas wurde auch daraus ersichtlich, dass Krauß nicht nur auf die Situation der Roma selbst einging, sondern auch die wissenschaftliche und vor allem die literarische Beschäftigung mit diesem Problemfeld ansprach und aktuelle Entwicklungen bzw. Publikationen vorstellte.

Der Vortrag „Der Griechisch-Mazedonische Namensstreit – eine unendliche Geschichte? Chancen und Grenzen einer Europäisierung von Konflikten“ von Heinz-Jürgen Axt (Duisburg/Essen) zeigte, dass der angesprochene Namensstreit weit über die griechisch-makedonischen Grenzen hinausgeht, da auch in diesem südosteuropäischen Konflikt viele weitere internationale Akteure eine wichtige Rolle spielen. Seitdem die Republik Makedonien Anfang 1991 als eine von sechs jugoslawischen Republiken ihre Unabhängigkeit erklärte, weigert sich Griechenland, diesen Namen zu akzeptieren, da es ebendort eine Region im Norden gibt, die den gleichen Namen trägt. Die griechische Seite befürchtet, dass man des kulturellen Erbes beraubt werde, wenn sich das Nachbarland Makedonien nenne. Dieser sich seit mehr als 22 Jahren hinziehende Streit ist jedoch nicht nur ein Konflikt um einen Namen – es geht vielmehr um Konstrukte wie Identität, Zugehörigkeit, Selbst- und Fremdwahrnehmungen. Die Fronten haben sich derart verhärtet, dass beide Seiten nicht bereit sind, Kompromisse einzugehen. Aufgrund dieser Situation und wegen der Annäherung Makedoniens an die EU und der Aufnahme in die NATO haben sich die Vereinten Nationen als Vermittler eingeschaltet. Die Verhandlungen laufen seit mehr als 20 Jahren und doch ist noch keine für beide Seiten akzeptable Lösung in Sicht. Während in Makedonien ein antikisierender Nationalismus dominiert, sei man in Griechenland darauf aus, Makedoniens EU-Annäherung sowie die Europäisierung zu blockieren. Der Namensstreit mit all seinen Akteuren inner- und außerhalb der betroffenen Länder zeige, dass südosteuropäische Konflikte – nicht zuletzt auch durch die im Ausland lebenden Makedonen und Griechen – eine globale Perspektive bekommen.

Am 28. November folgte eine Veranstaltung besonderen Charakters: Unter dem Titel „Drei Lagerüberlebende, drei Perspektiven: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ berichteten drei Zeitzeugen davon, wie sie persönlich mit den unvorstellbaren Seiten eines Bürgerkrieges konfrontiert wurden, der 1992 ihre Heimat in der bosnischen Region Prijedor erreichte. Mirsad Duratović, ehemaliger Politiker in Bosnien-Herzegowina, erzählte vom Leid im Konzentrationslager Omarska, in dem er selbst als Minderjähriger inhaftiert war. Ferida Kadirić, die heute mit ihrer Familie in Deutschland lebt, las aus ihrem Buch „*Mama, pokrij mi oči*“ vor, in dem sie die Erinnerung an die Kriegserfahrungen, die ihrer Familie widerfuhr, festhielt. Sudbin Musić, Bürgerrechtsaktivist in seiner ursprünglichen Heimatstadt, brachte den Zuhörern vor allem die Schwierigkeiten und Hindernisse näher, die sich auf dem Weg zu einem Denkmal für die Opfer der Lager Omarska, Trnopolje und Keraterm in der Gemeinde Prijedor stellen.³ Nicht zuletzt der große Mut und die schonungslose Ehrlichkeit, mit der alle drei Zeitzeugen von ihren persönlichen Erlebnissen sprachen, beeindruckten die Zuhörer sehr. Sowohl in den einzelnen Vorträgen als auch der anschließenden Diskussionsrunde wurde klar, dass ihnen allen besonders eines am Herzen lag: Die Erinnerung an das Unvorstellbare, welches sich Ende des 20. Jahrhunderts auf

³ Sudbin Musić hat einen auf seinem Vortrag beruhenden Kommentar verfasst, der ebenfalls online auf der FPSOE abrufbar ist: **Download des Textes »Willkommen Kroatien – Goodbye Bosnien«**.

europäischem Boden ereignete, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, sondern sowohl im Ausland als auch vor allem im politisch und ideologisch noch immer umkämpften Heimatland weiterzugeben, damit sich Ähnliches nicht wiederholt. Auch deshalb war es der wissenschaftlichen Leiterin, Manuela Brenner, die sich intensiv mit Erinnerungskulturen vor allem im ehemaligen Jugoslawien auseinandersetzt, ein Anliegen, das Thema nicht anhand eines wissenschaftlichen Vortrages, sondern durch ein Zeitzeugengespräch zu vermitteln, das die gewaltfreie Kommunikation von Erinnerungen an den jugoslawischen Sukzessionskrieg ermöglicht. Denn nicht zuletzt war und ist die Unterdrückung unerwünschter Erinnerungen eine von vielen Konfliktursachen in Südosteuropa.

Täglich wird man beim Aufschlagen der Zeitung mit dem Thema Korruption konfrontiert, wenn zum Beispiel große Konzerne deswegen angeklagt werden. Doch was genau ist Korruption eigentlich? Unter anderem dieser Frage widmete sich Tina Olteanu von der Universität Wien in ihrem Beitrag, der vierten Veranstaltung der Ringvorlesung, mit dem Titel „Vom Nutzen und Schaden der Korruption“ am 5. Dezember. Ihren Vortrag leitete sie mit der Darstellung unterschiedlicher Definitionen ein, die sich teilweise nur in Nuancen unterschieden, trotzdem aber je nach Ursprung und Interpretation in ihrer Bedeutung stark variierten. Der Vortrag machte deutlich, dass Korruption als schwer fassbares Verbrechen nicht nur in Ost-/Südosteuropa, sondern auch in den westlichen Ländern Europas, allgegenwärtig ist. Verschiedene von Frau Olteanu aufgezeigte Statistiken und Forschungsergebnisse illustrierten, dass es sehr wohl Unterschiede zwischen den Ländern gibt, aber kein Staat vor Korruption gefeit ist. Tatsächlich ergeben sich aber für postsozialistische Länder größtenteils schwerwiegendere Folgen, deren Schäden an Staat, Demokratie, Ökonomie sowie Leib und Leben in der Vorlesung anhand von Beispielen dargelegt wurden. Problematisch sei weiterhin, dass die Bekämpfung der Korruption meistens schwierig ist, da sie neben der bereits genannten schweren Fassbarkeit emotional überladen ist und ihre Wahrnehmung, Berichterstattung und Wirkung nicht im direkten Zusammenhang mit ihrem Ausmaß stehen. Trotzdem kann all dies auch positive Effekte mit sich bringen: So mag Lobbyismus verschiedenster Firmen ehemals monopolistische Strukturen aufbrechen helfen, geschlossene Entscheidungswege könnten geöffnet werden und die destabilisierenden Folgen der Korruption hätten unter Umständen das Potenzial, nachfolgend die Demokratie zu stärken.

Rosanna Dom, vom Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, ging in ihrem die Ringvorlesung abschließenden Vortrag „Die Republik Moldau – ein Land mit umstrittenen Geschichten“ am 12. Dezember auf die Problematik und die Frage nach der Identität der moldauischen Bevölkerung ein. Durch die häufigen Wechsel der Staatszugehörigkeit in der Vergangenheit und dem Nebeneinander der verschiedenen Ethnien werde heute darum gestritten, wer die moldauische Bevölkerung eigentlich sei. Nach dem Fall der Sowjetunion bildeten sich aus dem bisherigen ‚Sowjetischen Moldovanismus‘ zunehmend zwei entgegengesetzte Paradigmen heraus: Während für die ‚Rumänisten‘ das moldauische Gebiet zu Rumänien gehört und das oberste Ziel lange Zeit die Angliederung war, bestehen die ‚Moldovanisten‘ auf der Eigenständigkeit ihrer Sprache und Kultur und begründen so auch ihre Eigenstaatlichkeit. Aber nicht nur die ‚Moldovanisten‘ stehen in klarer Opposition zum primordialen Nationsbegriff der

„Rumänisten“, für die es kaum eine Trennung von Ethnie und Nation gibt. Auch die „Ukrainisten“ und „Russisten“, beide wiederum mit eigener „Ethnogeschichte“, kämpfen für einen moldauischen Staat unter dem Paradigma der modernistischen Nation, die ein Konstrukt der Moderne ist und aus verschiedenen Ethnien gebildet werden kann. Obwohl die Diskussion um die Angliederung Moldaus an Rumänien heute weitgehend beendet sei, stehe die Republik Moldau noch immer vor dem Problem einer gespaltenen Elite, die es noch schwieriger mache, Probleme, wie die anhaltende Wirtschaftskrise, Armut, Abwanderung oder Korruption, zu bekämpfen. Aber auch außenpolitische Ziele der derzeitigen rumänischen, pro-europäischen Regierungskoalition seien bedroht: So stemme sich die russophone Elite vehement gegen die europäische Integration der Republik Moldau.

Fassen wir die Veranstaltungen der Ringvorlesung zusammen, zeigt sich vor allem eins: Die angesprochenen Probleme und Konfliktlagen Südosteuropas können in heutigen Zeiten nicht mehr nur als südosteuropäische angesehen werden, sondern erstrecken sich in zahlreichen Facetten auf ganz Europa. Dies kann sich durch die Einmischung einzelner Akteure auf lokaler Ebene ausdrücken, wie etwa der europäischen Firmen und NGOs in Bosnien-Herzegowina, die Einfluss auf die dortigen Erinnerungspraktiken ausüben, oder durch die in allen Beispielen als supranationaler Staatenbund einflussreiche Europäische Union. Diese hat gleich eine dreifache Bedeutung: Erstens, weil alle angesprochenen Länder bereits Mitglied sind oder nach einem Beitritt streben. Zweitens ist sie, zusammen mit den Vereinten Nationen, als Vermittler in Konflikten tätig oder darauf bedacht, Probleme in Mitgliedsstaaten bzw. Beitrittskandidaten zu benennen. Dabei ist sie, drittens, jedoch selbst auch nicht davor gefeit, dass die gleichen Schwierigkeiten, die in Südosteuropa auffallen, etwa die Roma-Frage oder die Korruption, auch in ihrem System zu erkennen sind. Durch die so entstehenden wirtschaftlichen, politischen aber auch kulturellen Verquickungen zwischen allen Teilen Europas, lässt sich keine Region und kein Land mehr als isoliert oder „außereuropäisch“ beschreiben. Die Veranstaltungen der Ringvorlesungen zeigten demnach, dass es sich besonders lohnt, auch auf jene Gebiete einen Blick zu werfen, die im Allgemeinen weniger durch Wissenschaft und in der öffentlichen Diskussion betrachtet werden, statt diesen weiterhin den Makel der Rückständigkeit oder des „Pulverfasses“ zuzuschreiben. Uns sollte also daran gelegen sein, so das Fazit der Veranstalter, Südosteuropa als „zu uns – zu (West-) Europa, zur Europäischen Union – gehörig“ zu empfinden und anzuerkennen, dass die dortigen Probleme durchaus auch in unserer Gesellschaft wiederzufinden sind und für unsere Gesellschaft ebenso eine Rolle spielen.

Martina Powell und Idriz Idrizi

Tagungsbericht: „Homogenizing Southeastern Europe. Balkan Wars, Ethnic Cleansing and Postwar Ethnic Engineering since 1912“, Wien, 08.-10.11.2012

Vor 100 Jahren leitete der erste Balkankrieg einen Paradigmenwechsel in Südosteuropa ein: das Ende der Herrschaft des Osmanischen Reiches und den Beginn nationalstaatlicher Ordnungen in dieser Region. Um das Ideal ethnisch homogener Bevölkerungen durchzusetzen, wurden im Laufe des 20. Jahrhunderts mehrfach Kriege geführt – in den Dekaden zwischen 1912 und 1923, im Rahmen des Zweiten Weltkrieges, aber auch darüber hinaus zwischen 1940 und 1950 sowie, obgleich in einem anderen Kontext in den 1990er Jahren – und Umsiedlungsabkommen geschlossen wie etwa 1923 in Lausanne. Bereits die Balkankriege prägten mit ihrer ethnopolitischen Dimension nicht nur die Region. Sie verdeutlichen auch die Verwobenheit Südosteuropas mit den nördlich und westlich gelegenen Nachbarn, denn ethnonationale Gewalt fand auch vor dem Hintergrund statt, Nationalstaaten im westeuropäischen Sinne zu errichten.

Anlässlich des 100. Jahrestages des Ausbruchs des Ersten Balkankrieges organisierten das Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien und das Stanley Burton Centre for Holocaust and Genocide Studies der University of Leicester eine internationale Konferenz, die von der Robert Bosch Stiftung gefördert wurde. Die Organisator_innen Philipp THER (Wien), Alexander KORB (Leicester) und Sarah LEMMEN (Wien) hatten sich zum Ziel gesetzt, die Strategien und Praktiken ethnischer Homogenisierung in Südosteuropa im 20. Jahrhundert in transnationaler und verflechtungsgeschichtlicher Perspektive zu diskutieren. Der Fokus lag dabei nicht nur auf den Verbindungslinien zwischen Krieg und „ethnischer Säuberung“, sondern auch auf Strategien ethnischer Homogenisierung, die in Nachkriegszeiten implementiert worden waren.

Das erste Panel widmete sich der Makrohistorie ethnischer Säuberungen und der Homogenisierungsbestrebungen. Es wurde mit einem Vortrag von Tamara SCHEER (Wien) eröffnet, dessen Ausgangspunkt die radikale Veränderung der österreichischen Wahrnehmung der „eigenen“ Südslawen in Österreich-Ungarn nach dem Ersten Balkankrieg von „Verbündeten“ zum „inneren Feind“ war. Scheer stellte eine Verbindung zwischen dieser Entwicklung und den diskriminierenden Maßnahmen gegen die Habsburger Südslawen – vor allem Serb_innen – während des Ersten Weltkrieges her.

John Paul NEWMAN (Maynooth) vertrat die These eines Zusammenhanges zwischen den ethnischen Homogenisierungsprozessen im ersten Jugoslawien und dem misslungenen Prozess der militärischen und kulturellen Demobilisierung der ehemaligen serbischen sowie südslawischen Habsburger Offiziere. Den Besonderheiten der südosteuropäischen Kriegszone während und nach dem Zweiten Weltkrieg (1941-1948) widmete sich Alexander KORB (Leicester/Jena). Er argumentierte, dass der Krieg in Südosteuropa keinesfalls ein konventioneller gewesen sei, lokale nationalistische Gruppierungen eine sehr aktive Rolle in ethnischen Säuberungen und Homogenisierungsbestrebungen gespielt hätten, sowie dass

die Grenzen zwischen Gewalt und Gegengewalt, ethnischer Säuberung und Bürgerkrieg sehr schwer auszumachen seien.

In einem sehr informativen, an theoretischen Modellen, eigenen Hypothesen und empirischen Daten reichen Vortrag ging Tomislav DULIĆ (Uppsala) auf die Frage ein, wie die räumliche Verteilung der Zivilopfer während des Konflikts in Bosnien-Herzegowina in den 1990er Jahren erklärt werden kann. Dulić vertrat die Auffassung, dass ethnische Heterogenität – entgegen weit verbreiteten theoretischen Modellen – nicht unbedingt zu einem hohen Gewaltpotential führt. Vielmehr sei die strategische Bedeutung des Gebietes ausschlaggebend für das Ausmaß an Gewalt.

Das zweite Panel war drei Fallstudien gewidmet, in denen Strategien der nationalen Homogenisierung in Kriegs- und Friedenszeiten diskutiert wurden. Hakem RUSTOMs (Ann Arbor) Fokus lag auf dem anatolischen Raum in den frühen 1920er Jahren. Er argumentierte, dass der Genozid an den Armenier_innen vor dem Hintergrund der Balkankriege und dem Ausschluss der „armenischen Frage“ aus dem Vertrag von Lausanne gesehen werden muss. Knapp zwanzig Jahre nach dem Vertrag von Lausanne, durch den gewaltsame Bevölkerungstransfers zwischen Griechenland und der Türkei besiegelt worden waren, hatten in Rumänien unter der Regierung von Marschall Ion Antonescu ähnliche bevölkerungspolitische Überlegungen stattgefunden: Das Ziel der Maßnahmen in den Jahren 1940-1944 sei gewesen, die rumänischen Grenzen von vor 1940 wiederherzustellen und Rumänien in einen ethnisch homogenen Staat zu verwandeln. Viorel ACHIMs (Bukarest) These lautete, dass die ethnonationale Strategie des rumänischen Staates, die den Bevölkerungsaustausch mit den Nachbarländern sowie Rückholaktionen, Bevölkerungstransfer und Strategien der Kolonisierung vorsah, nicht nur eine nationale Komponente aufwies, sondern darüber hinaus Einfluss auf die rumänische Außenpolitik ausübte und Implikationen auf Nachbarstaaten wie Jugoslawien und Bulgarien und deren Umgang mit ihren rumänischen Minderheiten hatte. Cathie CARMICHAEL (Norwich) schloss das Panel mit ihrem Vortrag zu Prozessen, die zur bosnisch-herzegowinischen und kroatischen Unabhängigkeit in den 1990ern geführt hatten, ab. Drei Aspekte hob die Vortragende dabei hervor: erstens die konflikthafter Beziehungen zwischen Bosnien und Kroatien in den späten 1940er und 1980er Jahren und das Entstehen der bosnischen bzw. kroatischen „nationalen Frage“ in diesem Kontext; zweitens die Radikalisierung der Serb_innen und die Wiederkehr der Četnik-Ideologie in den 1990er Jahren und drittens die nationale Frage für die bosnischen Muslime, die laut CARMICHAEL in den 1990er Jahren noch relativ widersprüchlich verhandelt wurde. Vor allem letzterer Aspekt, so die Vortragende, hatte einen essentiellen Einfluss auf den Krieg und auf die internationalen Reaktionen darauf.

Constantin IORDACHI (Jena) griff in der abschließenden Diskussion zentrale Aspekte der Vorträge auf und stellte fest, dass die Vortragenden zwar Bevölkerungspolitiken zu unterschiedlichen Zeitpunkten und mit unterschiedlichen geographischen Schwerpunkten behandelt hatten, jedoch Verbindungslinien durch den internationalen Kontext und die transnationalen Implikationen der Homogenisierungsstrategien verdeutlichen konnten. In diesem Zusammenhang stellte der Vortragende die kritische Frage nach Brüchen und Kontinuitäten im Umgang mit Minderheiten in so genannten Friedenszeiten und lieferte damit anregende Impulse für die abschließende Publikumsdiskussion.

Mit einem Vortrag zu ethnischen Homogenisierungsstrategien im ehemaligen Jugoslawien und der Türkei wurde das dritte Panel mit dem Titel „Postwar Ethnic Engineering“ eröffnet. Thomas SCHAD (Berlin) stellte in vergleichender Perspektive die Umsiedlungspläne der türkischen und jugoslawischen Regierungen in den 1930er Jahren vor, die die Deportation der albanischsprachigen Muslime des heutigen Kosovos und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien in die Türkei vorgesehen hatten. In den Jahren 1934 bis 1938 waren wesentliche Pläne und Strategien der demographischen Homogenisierung entwickelt worden, lautete Schads These. Obwohl diese Pläne nie in die Realität umgesetzt worden waren, plädierte der Vortragende dafür, einen Blick auf diese Strategien zu werfen. Sie könnten Einblicke in die Versuche der beiden jungen Staaten geben, wie Bevölkerungen vor dem Hintergrund nationaler Narrative geformt werden sollten.

Die Bedeutung von Wechselwirkungen zwischen nationalistischen Diskursen und der Bevölkerungspolitik betonte auch Ulf BRUNNBAUER (Regensburg) in seinem Vortrag. Sein Fokus lag auf Strategien des ehemaligen Jugoslawiens in der Zwischenkriegszeit von 1918 bis 1941. Insbesondere betrachtete er dabei die Bedeutung von Immigration für den Prozess der jugoslawischen Staatsbildung: Indem bestimmte Bevölkerungsgruppen einerseits als „fremd“ definiert worden waren – so die nicht-slawischen Muslime – und andere als „nationale Elemente“, war eine ethnisch differenzierende Bevölkerungspolitik implementiert worden, durch die die Emigration von „unerwünschten“ Bevölkerungsgruppen gefördert und die Auswanderung „erwünschter“ Elemente verhindert werden sollte. Im Zuge dessen war diskursiv eine „jugoslawische Diaspora“ aus Emigrant_innen gefördert worden. Die Situation der Minderheiten, die von Homogenisierungsstrategien in so genannten Friedenszeiten betroffen waren, stand im Mittelpunkt der beiden letzten Vorträge: Während sich Elisabeth KONTOGIORGI (Athen) mit den Folgen des Balkankrieges und des Ersten Weltkriegs für griechisch-orthodoxe Flüchtlinge im Norden Griechenlands beschäftigte, widmete sich Nada BOŠKOVSKA (Zürich) den Bestrebungen Belgrads, die Integration Mazedoniens und die Assimilation der serbischen Bevölkerung in den frühen 1920er Jahren voranzutreiben. Dabei warfen beide Vortragende nicht nur einen Blick auf technokratische, hegemoniale Diskurse, sondern hoben auch das Potential des Widerstands seitens der ansässigen Bevölkerung und von Flüchtlingen hervor und gingen auf die Wirkung von Homogenisierungsstrategien auf den Alltag ein.

Der zweite Teil des dritten Panels widmete sich den Einflüssen von Krieg, Staatsbildung, „Nationalkommunismus“, internationalen Verträgen und Europäisierung auf nationale Nachkriegshomogenisierungsprozesse. Vladan JOVANOVIĆ (Belgrad) warf einen komparativen Blick auf die Emigration von Muslimen im „Ersten“ und „Zweiten“ Jugoslawien in die Türkei. Er zog Parallelen zwischen den beiden Prozessen, unterstrich aber, dass die Titosche Politik gegenüber den albanischen Muslimen im Gegensatz zur Belgrader Politik im ersten Jugoslawien weniger nationalistisch, sondern vielmehr ideologisch motiviert gewesen sei. Die Migrationspolitik in der Nachkriegsvojvodina war das Thema von Michael PORTMANN (Wien). Er stellte dabei einen Zusammenhang zwischen der Aussiedlung der deutschen und ungarischen Bevölkerung einerseits und der Ansiedlung der jugoslawischen, mehrheitlich serbischen Bevölkerung andererseits her. Carolin LEUTLOFF GRANDITS (Berlin/Graz) legte den Fokus ihres Vortrages hingegen auf

die Frage der Rückkehr von Flüchtlingen in das Postdayton-Bosnien und auf die wichtigsten Faktoren in diesem Prozess. Sie argumentierte, dass die im Vertrag von Dayton festgehaltene Vereinbarung der Eigentumsrestauration der Flüchtlinge sich nicht als ausreichend erwies und dass die fehlenden sozialen und ökonomischen Perspektiven sowie das Knüpfen sozialer Rechte an die ethnische Zusammengehörigkeit die Rückkehr der Flüchtlinge, besonders jene der Minderheiten, erschwerte. Dies betrachtete sie zugleich als ausschlaggebenden Faktor dafür, dass viele Menschen das Verbleiben an den Orten, in die sie geflohen waren, der Rückkehr in ihre ehemaligen Häuser vorzogen.

In der Abschlussdiskussion ging Philipp Ther auf die Dichotomie „Täter“ versus „Opfer“ ein. Die Konferenzbeiträge hätten gezeigt, dass die Unterscheidung Täter/Opfer sehr schwer sei, da frühere Opfer später oft zu Tätern geworden wären. Interessant zu untersuchen sei jedenfalls die Schnittstelle, an der Opfer zu Täter wurden und die dafür ausschlaggebenden Faktoren.

Alexander Korb ging in seinem Schlusswort auf jene Aspekte und Fragen ein, die aus seiner Sicht in den Konferenzbeiträgen etwas weniger thematisiert wurden und doch von wichtiger Bedeutung seien: interne Konflikte unter den Planer_innen oder Befürworter_innen von Homogenisierungsprogrammen, Auswirkungen der Verfolgung einer ethnischen Gruppe auf andere Gruppen, die Verfolgung von Juden und Jüdinnen, Roma sowie die Stellung der Stadtbevölkerung in Homogenisierungsprojekten. Außerdem merkte Korb an, es sei wichtig, sich vor Augen zu halten, dass die Mehrheit der Umsiedlungspläne aufgrund ihres utopischen Charakters, der hohen Kosten oder organisatorischer Schwierigkeiten nicht umgesetzt worden war und dass ethnische Homogenisierung mehr durch Krieg und Vertreibungen als durch Umsiedlung erfolgte.

Abschließend ist der Verdienst der Konferenz hervorzuheben, zahlreiche Aspekte einer sehr komplexen Thematik aus unterschiedlichen und zum Teil neuen Blickwinkeln sowie in verflechtungsgeschichtlicher Perspektive zu beleuchten. Zu begrüßen ist auch die Idee der Organisation eines „Young Scholars Forum“ im Rahmen der Konferenz, das zum Austausch und zur Vernetzung von Nachwuchswissenschaftlern aus der Region gedacht war und ihnen die Möglichkeit gab, die Promotionsvorhaben vor einem ausgewiesenen Fachpublikum zu präsentieren.

Rezensionen

Klaus Buchenau

Grigore, Mihai-D.; Dinu, Radu Harald; Živojinović, Marc (Hg.) (2012): *Herrschaft in Südosteuropa. Kultur- und sozialwissenschaftliche Perspektiven*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 328 Seiten, ISBN 978-3-89971-871-3.

Der Sammelband *Herrschaft in Südosteuropa* ist ein Produkt des gleichnamigen Nachwuchsnetzwerkes, das seit 2009 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird. Netzwerke sind *in*. Im Gegensatz zu den „Dinosauriern“ unter den menschlichen Vergemeinschaftungsformen wie Stämmen, Nationen oder auch Klassen erscheinen Netzwerke flexibel, offen, intelligent und tolerant. Humanwissenschaftler untersuchen immer häufiger Netzwerke, was ihnen unter anderem auch hilft, frühere Großnarrative über Staaten, Nationen und ihre Grenzen zu dekonstruieren. Dabei schließen sich die wissenschaftlichen Beobachter oft selber zu Netzwerken zusammen, die ihnen weitaus vorteilhafter erscheinen als frühere, ideologisch geprägte Gruppierungen innerhalb der eigenen Disziplin. Dekonstrukteure leben Dekonstruktion vor, sind also konsequent. Der einzige Nachteil dieser Vorgehensweise ist: am Ende wird auch von Dekonstrukteuren ein neues Narrativ erwartet, also eine eigene Konstruktion. Dieser Logik, so scheint es, kann man nicht entkommen.

Genau hier liegt die schwache Stelle des Bandes. Den Herausgebern war die Problematik schwacher Kohärenz offenbar bewußt, und sie haben versucht durch eine Gliederung gegenzusteuern, die sich an verschiedenen Dimensionen von Herrschaft orientiert. Auf zwei einleitende Artikel folgen Sektionen über „Tradition & Verfahren“, „Repräsentation & Legitimation“, „Zwang & Freiwilligkeit“ sowie „Diskurs und Deutung“. Zunächst wirkt diese Gliederung ansprechend – aber bei der konkreten Lektüre des Bandes entsteht kein zusammenhängendes Bild der Herrschaftsproblematik in Südosteuropa und meistens auch nicht der Eindruck, dass die jeweils in einer Sektion zusammengefassten Texte wirklich zusammengehören.

Die Beiträge sind von sehr unterschiedlicher Qualität – was bei Sammelbänden häufig so ist und nicht weiter der Rede wert wäre. Allerdings fällt die extreme Bandbreite von Zugangsweisen und Zeiträumen auf, in denen das Phänomen „Herrschaft“ untersucht wird. Sehr unvermittelt treffen hier ganz unterschiedliche Beiträge aufeinander – wie der recht schematisch-politikwissenschaftliche Artikel von Michael Hein über die Politisierung südosteuropäischer Verfassungsgerichte seit 1989, der mediävistische Beitrag Vasile Adrian Carabăş über das Verhältnis von Patriarch und Kaiser im byzantinischen Hofzeremoniell, der literaturwissenschaftliche Text Diana Hitzkes über Bora Ćosićs subversiv-antinationalen Roman *Nulta zemlja* oder Doris Meyer-Ahlens theologische Analyse katholischer Hirtenworte in den jüngsten Kriegen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Dazwischen liegen die Beiträge einer historisch forschenden Mehrheit, die in sich immer noch sehr heterogen sind. Selbst ein weiter und multidimensionaler Herrschaftsbegriff, wie ihn die Herausgeber in ihrer theoretisch orientierten Einleitung skizzieren, kann diese Gegensätze

nicht ausgleichen. Das wird besonders deutlich an den beiden – ansonsten gut gelungenen – Aufsätzen zur Gewaltforschung von Alexander Korb über die kroatischen Ustaše und von Radu Harald Dinu über die rumänische Eiserne Garde. Hier geht es eigentlich nicht um Herrschaft, sondern eher um ihr Gegenteil, nämlich um lokale Gewaltdynamiken nach der Auflösung staatlicher Gewaltmonopole. Diese beiden Artikel wären zweifellos besser in einem Band zur modernen Gewaltforschung platziert gewesen, mit einem entsprechend engeren Rahmen, in dem dann auch Vergleiche sinnvoll werden. So aber wirken sie recht einsam.

Die Herausgeber grenzen sich von einem marxistischen Herrschaftsbegriff ab und wenden sich Max Weber zu. Das heißt – sie wollen weg von Herrschaft als Unterdrückung und Manipulation und hin zu Herrschaft als „Weg, um bei den Beherrschten Gehorsam zu finden“ (11). Dagegen ist im Prinzip nichts einzuwenden, und hier wirkt der Band auch relativ konzentriert – mit der Frage der Legitimität beschäftigt sich Ulf Brunnbauer in seinem wichtigen, synthetisierenden Beitrag über die kommunistische Herrschaft in Südosteuropa, aber auch Mihai-D. Grigore in seinem Text über den frühneuzeitlichen walachischen Woiwoden Neagoe Basarab oder Katarina Gehl in ihren lesenswerten und empirisch dichten Ausführungen über die neuen bulgarischen Eliten seit 1989.

Manche Autoren haben allerdings Marx zu tief begraben und berücksichtigen zu wenig, dass Herrschaft auch ihre dunkle Seite hat. Diese Seite lässt sich nicht erfassen, wenn man nur auf die Selbstdarstellung von Eliten blickt. Das Problem fällt vor allem bei den theologischen Beiträgen auf. So nennt Doris Meyer-Ahlen die Verlautbarungen kroatisch-katholischer Bischöfe zu den Kriegen der 1990-er Jahre eine „Option für die Armen“ – und fragt erst ganz am Ende zaghaft, ob denn diesen Worten auch Taten entsprochen hätten. Der rumänische Theologe Vasile Carabă schreibt gegen den Stereotyp der Staatshörigkeit der Orthodoxie an und verweist auf das byzantinische Hofzeremoniell, welches Kaiser und Patriarch gleichrangig behandelte. Dabei fällt unter den Tisch, dass Rituale die tatsächlichen Kräfteverhältnisse längst nicht immer spiegeln, sondern oft auch verdecken.

Mehrere Beiträge tangieren die Frage, inwieweit sich Herrschaft in Südosteuropa über Traditionen erklären lässt. Zentrales Stichwort ist hier Max Webers „patrimoniale Herrschaft“, also die Übertragung der Autorität eines patriarchalen Hausvaters von der Großfamilie auf Staat und Nation. Um dieses Thema kreist vor allem Stephan Hensell in seinem Beitrag zu „Albanien als Familienstaat“ im 20. Jahrhundert, aber auch in Marc Živojinovićs Studie zur Visualisierung von Herrschaft im Tito-Jugoslawien spielt Patrimonialismus eine Rolle. Dasselbe gilt für Brunnbauers bereits erwähnten Text, der aber eher zu dem Schluss tendiert, dass bulgarische Arbeiterinnen und Arbeiter gemeinsam mit ihrer kommunistischen Führung durchaus moderne Träume träumten. Dass Max Webers Herrschaftstypologie nicht nur Analyseinstrument, sondern auch Diskurswaffe sein kann, zeigt Brigita Malenica in ihrem Artikel über die Herrschaft Franjo Tuđmans, die sich im Kroatien der 1990er Jahre als Ausdruck rational-westlicher Männlichkeit stilisierte und von der „primitiven“ serbischen und der „effeminierten“ Männlichkeit der bosnischen Muslime absetzte. Während dieser Text zwar etwas umständlich geschrieben, aber in der Substanz interessant ist, enttäuscht ein zweiter Aufsatz zur Genderfrage – Svetlana Stefanović bietet in ihrem Überblick über die rechtliche Diskriminierung von Frauen im Serbien des 19. Jahrhunderts wenig Neues.

Umgekehrt proportional zur übergroßen methodologischen und thematischen Streuung des Bandes insgesamt ist das Verhältnis von Theorie und Empirie in einzelnen Beiträgen: Die Texte von Hein, Grigore, Carabă, Hensell oder Živojinović orientieren sich gelegentlich etwas zu sehr an bestimmten Theorien oder Thesen, die Empirie erscheint demgegenüber fast in einer dienenden Funktion und kann kein rechtes Eigenleben mehr entfalten. Argumente, die gegen das eigene Schema sprechen, fallen da leicht unter den Tisch.

Sammelbände haben als Publikationsmedien nicht immer das höchste Prestige, unter anderem weil einheitliche Qualitätsmaßstäbe schwer zu etablieren sind und es oft an Kohärenz mangelt. Auch der vorliegende Band hat dieses Problem. Besser wäre gewesen, wenn sich die Herausgeber auf eine stärkere inhaltliche und eventuell methodologische Fokussierung festgelegt hätten, was angesichts der oben beschriebenen thematischen Verdichtungen durchaus hätte funktionieren können.

Krunoslav Stojaković

Kirn, Gal; Sekulić, Dubravka; Testen, Žiga (Hg.) (2012): *Surfing the Black. Yugoslav Black Wave Cinema and Its Transgressive Moments*. Maastricht: Jan van Eyck Academie, 214 Seiten, ISBN 978-90-72076-51-9.

Neben vielen anderen Aspekten des jugoslawischen Kulturlebens, ist auch die Auseinandersetzung mit der so genannten „schwarzen Welle“ der jugoslawischen Kinematografie ein Forschungsfeld, das in vielerlei Hinsicht, insbesondere aber aus historiografischer Perspektive als Desiderat betrachtet werden kann. In der hier zu besprechenden Publikation finden wir alle positiven Merkmale, die ein kulturhistorisch inspirierter Ansatz bei sorgfältiger Anwendung zur Verfügung stellen kann. Wir finden aber auch einige negative Aspekte darin, die aus einer unzureichend historisch-kritischen Perspektive erwachsen können.

Ich möchte aber zunächst einmal die Äußerlichkeit, die Materialität des Buches hervorheben und vorstellen. Die drei Herausgeber zeigen, was die Liebe zum Gegenstand, die Hingabe zum Publikationsformat „Buch“ im Stande ist zu vollbringen, wenn sie konsequent und ohne konservative Bedenkenträger durchgeführt wird. Die Konzeption ist nichts weniger als subversiv, und dies nicht etwa deshalb, weil stellenweise mit roter Schrift gearbeitet wird. Zentrale Teile des Buches, nämlich das Interview mit Želimir Žilnik („Those Who Make Revolutions Half Way Only Dig Their Own Graves“, S. 57–72), ein „Black Wave ABC“ (S. 121–136, 153–168, 185–200), das zentrale Begriffe, Regisseure, Autoren, Filme etc. pp. der so genannten „schwarzen Welle“ kurz und knapp vorstellt, sowie das „Surfing the Black Zine No. 1 – Inflation of Radical Phrases as Opposed to a Lack of Radical Action“ (S. 25–40) verlaufen quer zu den Texten der eigentlichen Trägerinnen und Träger. Die bewusste Durchbrechung der textuellen Struktur führt zu jenem Effekt, den cineastische Avantgardisten auslösen wollten – nämlich zu einer intensiveren Beschäftigung mit dem „Produkt“ in seiner Gesamtheit, zur Wahrnehmung all seiner Elemente, während man einen konkreten Beitrag lesen möchte. Der Leser kann nicht mehr das Geschehen in anderen Buchteilen ignorieren, denn sie durchkreuzen das gesamte Buch.

Der inhaltliche Teil besteht aus sechs Beiträgen, allesamt von renommierten Kennern der Materie verfasst, angefangen bei Gal Kirn mit seinem theoretischen Einführungssatz „New Yugoslav Cinema – A Humanist Cinema? Not Really“ (S. 10–45), über Ana Janevskis Beitrag „We Cannot Promise To Do More than Experiment! On Yugoslav Experimental Film and Cine Clubs in the 60s and 70s“ (S. 46–75), einem Auszug aus Pavle Levis Monografie unter dem Titel „The Rax Image“ (S. 78–104), Sezgin Boyniks Beitrag „On Makavejev, On Ideology – The Concrete and the Abstract in the Readings of Dušan Makavejev's Films“ (S. 106–152), dem kurzen Beitrag „Shoot It Black! An Introduction to Želimir Žilnik“ (S. 170–178) von Boris Buden, sowie dem Abschlusstext „Marxism and Mud – Landscape, Urbanism and Socialist Space in the Black Wave“ (S. 180–212) von Owen Hatherly.

Die 1960er Jahre stellten für das jugoslawische Kino eine Periode des grundlegenden Wandels dar. Machten bis dahin vor allem filmische Adaptionen des Volksbefreiungskrieges einen Großteil der jährlichen Filmproduktion aus, so wandelte sich dieses Bild in den Sechzigerjahren, und diejenigen Partisanenfilme, die von jungen Regisseuren wie Živojin Pavlović, Vojislav „Kokan“ Rakonjac oder Puriša Đorđević gedreht worden sind, entsprachen nicht dem üblichen Heldenepos vergangener Tage.

Was nun aber, jenseits des ästhetischen Moments, anders in der Darstellung des Partisanenkriegs und der jugoslawischen Nachkriegsgesellschaft war, wird in den aktuellen Beiträgen zum „Neuen jugoslawischen Film“ nicht ausreichend historisiert und kontextualisiert – nämlich die ideell-politische Ausrichtung eines Kunstwerks. Dabei spielt insbesondere das Verhältnis zu einem anderen Zweig des jugoslawischen Geistes- und Kulturlebens der Sechzigerjahre eine präjudizierende Rolle, nämlich der intellektuellen Ausstrahlungswirkung der linksradikalen jugoslawischen Praxis-Philosophie auf den filmischen Gegenstand.

Die grundlegende These im vorliegenden Buch wird als „Humanistische Hypothese“ vorgestellt. Dabei hebt sich vor allem eine Argumentationslinie hervor, die nicht nur kulturtheoretisch verkürzend und einseitig ist, sondern in einer spezifischen Tradition mit der parteioffiziellen Beurteilung und Abqualifizierung der anthropologisch inspirierten Marxismusforschung der Sechzigerjahre steht. Ihre Gemeinsamkeit liegt vor allem im Humanismus-Vorwurf begründet, der in den Sechziger- und Siebzigerjahren als „abstrakter Humanismus“ gegen die Philosophen aus dem Umkreis der Praxis-Redaktion erhoben worden ist, um in der neueren Literatur als „humanistische Hypothese“ wieder neu aufgerollt zu werden. Dabei krankt dieses Konzept mindestens an zwei entscheidenden Stellen. Einerseits verkürzt es die Philosophie der radikalen Linken auf einen nicht näher definierten Humanismus, dem das Stigma der naiven Gutmenschlichkeit anzuhaften scheint.¹ Andererseits erfasst es die Verbindungslinien und Möglichkeiten intellektueller Interaktion lediglich statisch, indem eine intellektuelle Dominanz behauptet wird, der zufolge „[t]he cognitive climate of Praxis overdetermined the sphere of culture“ oder „the New Yugoslav Film simply translated and mediated Praxis` humanist ideas into the cinematic world.“ (S. 11)

Die Redaktionsmitglieder und Autorinnen und Autoren der Zeitschrift Praxis als faktische Anhänger eines nicht näher definierten Humanismus zu betrachten, sie darüber hinaus zu Vertretern einer Philosophieschule zu erheben – diese interpretatorische Unzulänglichkeit hätte schon durch einen kursorischen Blick in die Historie der ideellen Genese der jugoslawischen Linksphilosophie vermieden werden können. Stattdessen erscheint der „Neue jugoslawische Film“ bei all jenen, die der intellektuellen Komplexität und Gegenseitigkeit einen Raum bieten wollen, als »massively influenced by humanist Marxist philosophy school Praxis«, die Autoren des neuen Films würden in der »humanistischen Hypothese« gar in eine direkte philosophische Abhängigkeit geführt. Die Erklärung dafür liege in einer unreflektierten Staats- und Parteikritik begründet: „The

¹ Einen guten Debattenbeitrag zur Humanismusfrage im Marxismus liefert Klaus Holz: Holz, Klaus (2013): Ethik der Utopie. Posthumanismus Marx zufolge. In: jour fixe initiative berlin (Hg.): »Etwas fehlt«. Utopie, Kritik und Glücksversprechen. Münster: edition assemblage (jour fixe initiative berlin), S. 31–62.

humanist hypothesis does not simply fall from the sky. In some cases it directly fits into the simplistic schema, which opposes good Art and the evil State party apparatus.“ (S. 12)

Der Hintergrund dieser Aburteilung liegt in einem analytischen Fehlschluss begründet, der gar nichts mit dem filmischen Wirken und seiner kulturhistorischen Kontextualisierung zu tun hat, sondern eine Reaktion auf die nationalistische Usurpation oppositioneller Intellektueller aus der Zeit des gemeinsamen jugoslawischen Staates durch die neuen nationalen Eliten darstellt. In diesem nationalistischen Narrativ erschienen Intellektuelle und Künstler, die sich als kritische Begleiter der jugoslawischen Zeitläufte erwiesen hatten, als „beste“ Vertreter nationaler Freiheitsbestrebung, als antikommunistische Vorhut des freiheitlich-demokratischen Nationalstaats. Insofern ist zwar die Feststellung richtig, dass „[...] dissident artists [...] are retrospectively labelled as the representatives of the national literature and national film [...]. According to heroic dissidents, art becomes a supplement to the future national State, a supplement to nationalistic politics, which became a part of new ideological universe.“ (S. 13)

Doch die Konsequenzen, die daraus gezogen werden, erweisen sich als fragwürdig, wenn man das nationalistische Narrativ eintauscht gegen eine nachholende Legitimierung des jugoslawischen Staatsapparats und damit dessen ideologische Disqualifizierungen der linksradikalen Philosophie. Der Gegensatz „gute Kunst“ vs. „böser Staat“ ist zwar nationalistisch begründet und politisch instrumentalisiert worden, doch der Umkehrschluss „guter Staat“ vs. „böse Kunst“ bzw. „böse Praxisphilosophie“ greift zu kurz. Wie an anderer Stelle schon bemerkt, ist die dissidente Etikettierung der hauptsächlichen Protagonisten zumindest hinterfragbar, denn es handelte sich bei nahezu allen Vertretern dieses Milieus um keine Antikommunisten, und noch weniger um Antijugoslawen. Im retrospektiven Humanismusvorwurf erscheinen dann auch diejenigen Regisseure, die im Rahmen der „humanistischen Hypothese“ als Humanisten und kognitive Anhänger der Praxis detektiert worden sind, als politisch fragwürdig, denn sie hätten mit ihrer Subjektzentriertheit den Weg zur Postmoderne vorweggenommen. (S. 23) Ein Blick auf den historischen Kontext dagegen zeigt, dass diese Grenzlinien in der konkreten historischen Situation anders verlaufen sind. Dieser Blick eröffnet ein Panorama gesellschaftlicher Emanzipationsprozesse im Rahmen des sozialistischen Jugoslawien, die weniger von ideologischen oder ideellen Dichotomien begleitet waren, als vielmehr von einem intellektuellen Einverständnis darüber, dass weder der etatistische Sozialismus noch der liberale Kapitalismus das Ende der Geschichte sein können und, was für viele Protagonisten und ihr Wirken besonders evident war, eine grundsätzliche Loyalität gegenüber dem eingeschlagenen Weg des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus.

Nichtsdestotrotz stellt das hier rezensierte Buch einen wichtigen Beitrag für die Erforschung des jugoslawischen Kulturlebens, und speziell des „Neuen jugoslawischen Films“ in den Sechzigerjahren dar.

Brigita Malenica

Emilija Mančić (2012): *Umbruch und Identitätszerfall. Narrative Jugoslawiens im europäischen Kontext*. Tübingen: Francke Verlag (Kultur – Herrschaft – Differenz 15), 194 Seiten, ISBN 978-3-7720-8466-9.

Emilija Mančićs Buch, das aus ihrer in Wien eingereichten Dissertation hervorgegangen ist, widmet sich jugoslawischen Identitätskonzepten und ihren narrativen Erzähltraditionen, einem klassischen Thema der deutschsprachigen Südosteuropaforschung. Einmal mehr steht die auf Narrativen aufbauende Schaffung von Nationalkulturen und kollektiver Identität im Vordergrund des Forschungsinteresses. Dabei nimmt sie die bereits früher in der Forschungsliteratur formulierte These auf, dass die Ideen Johann Gottfried Herders und der deutschen Romantik das Nations- und schließlich das Staatsdenken in Jugoslawien stark beeinflussten.² Aus diesem Grund widmet sich der erste Teil des Buches der Entwicklung der deutschen Romantik und ihrer Bedeutung für die Literaturgeschichte und das politische Denken. Als zentral werden hier die Metapher des Organismus für die Nation und den Staat sowie die Hermann-Erzählung benannt, die zum Gründungsmythos der deutschen Nation werden sollte. Beide stellten die deutschen Dichter und Philosophen der Romantik dem Naturrechtsdenken der Aufklärung und den napoleonischen Eroberungskriegen entgegen, wodurch sie zugleich die Voraussetzungen für einen deutschen Nationalismus schufen, der, so betont die Autorin, noch nicht auf einem politischen, sondern auf einem kulturellen Konzept fußte.

Diesen Aspekt stellt sie als besonders bedeutend heraus, da sie hier eine Gemeinsamkeit mit den jugoslawischen Nationskonzepten erkennt: auch sie zeigten sich zunächst als kulturelle Projekte, die der späteren Formulierung politischer Forderungen – nach einem eigenen, alle südslawischen Völker vereinigenden Staat – als Grundlage dienten (S.27). Ihre Annahme vom kulturellen Grund des Nationalen begründet die Autorin mit theoretischen Rückgriffen auf die Symboltheorien Ernst Cassirers und Cornelius Castoriadis' sowie auf Homi B. Bhabas postkoloniale und Stuart Halls neomarxistische Theorie. Zudem betont sie im Anschluss an den Soziologen Shmuel N. Eisenstadt, dass Politik Teil menschlicher Kultur sei, die eine symbolische Ordnung hervorbringe und deren Institutionen zugleich auf symbolischen Systemen aufbaue (S.24). Insofern ist es die Entstehung des Nationalstaates als kultureller Prozess sowie die kulturelle Fixierung der Macht des Volkes in einer volksnahen Hochkultur, welcher die Autorin nachspüren möchte.

Dabei sind es die philosophischen Konzepte und die ihnen inhärenten Widersprüche der Moderne, vor allem die klassischen Antipoden Universalismus und Partikularismus, die in Mančićs Studie jugoslawischer Identitätskonzepte von Interesse sind. Mit ihrem narratologischen Blick wendet sich die Autorin aber nicht der schon mehrfach

² Insbesondere Holm Sundhaussen hat diese These des österreichischen Slawisten Josef Matl 1973 erweitert. Vgl. Sundhaussen, Holm (1973): *Der Einfluß der Herderschen Ideen auf die Nationsbildung bei den Völkern der Habsburger Monarchie*. München: Oldenbourg.

abgehandelten Auseinandersetzung um die antiaufklärerische Rolle von Mythen zu, die gerade in ihrem Blick auf Südosteuropa gerne in einem westlichen aufklärerischen Gestus formuliert wurde.³ Sie nimmt stattdessen die Plotstruktur der Erzählungen mit Hilfe von Northrop Freyes Unterscheidung von Romanze, Ironie (oder auch Satire), Komödie und Tragödie unter die Lupe. Die nationalen Märtyrergeschichten, die erzählerisch die nationale Opfergemeinschaft begründen, fielen meist unter die erste Kategorie, in der, verkürzt gesagt, der Held, in einer klar in Gut und Böse aufgeteilten Welt agierend, für das Gerechte kämpft.

Im zweiten Kapitel zeigt sie zunächst auf, dass die verschiedenen Erzählungen über Fremdherrschaft in den literarischen Werken der drei Habsburger Völker nicht nur dominant, sondern auch verbindend waren. Die Autorin entfaltet mit den Autoren France Prešeren (*Taufe an der Savica* von 1836), Ivan Mažuranić (*Der Tod des Cenigic-Aga* von 1846) und Petar Petrović Njegoš (*Der Bergkranz* von 1847) das Argument eines gemeinsamen Erzählmusters vom Kampf um nationale Freiheit, das allerdings bereits im 19. Jahrhundert unterschiedliche Nationsverständnisse beinhaltete (S.66).

Das dritte Kapitel beschreibt mit dem Partisanenmythos als zentralem Masternarrativ die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die sozialistische *body politic* des Titokults als Teil einer „sozialen Revolution“ (S.95), die durch ihre kulturelle Umgestaltung eine sozialistische, multinationale jugoslawische Nation schaffen sollte. Erneut ist es der Befreiungskampf, nun der Partisanen gegen die Faschisten, der die jugoslawische Großerzählung zum Wahlspruch von „Brüderlichkeit und Einheit“ führte. Mančićs Analysen gelten aber vor allem den literarischen Gegennarrativen, die seit den 1950er Jahren ebenfalls einen Teil des jugoslawischen literarischen Spektrums ausmachten. Denn den Gegennarrativen kommt insofern eine wichtige Rolle zu, als an ihnen sichtbar wird, dass der Einschluss in eine Gemeinschaft unweigerlich von einem Ausschluss begleitet wird.

So arbeitet die Autorin z.B. anhand Vuk Draškovićs *Nož* (Messer, 1982) die Möglichkeiten der literarischen Verarbeitung der Ambivalenzen der jugoslawischen historischen Erfahrungen heraus (S.113-123). Indem sie die Zerrissenheit und die gescheiterte Suche nach Eindeutigkeit im Leben der Protagonisten hervorhebt und dies durch die Zuordnung zur Ironie unterstreicht, rehabilitiert sie ein Stück weit das als nationalistisch diskreditierte Werk. Gleichzeitig kommen die in anderen Darstellungen häufig ausgelassenen Werke national gesinnter kroatischer, vor allem aber auch slowenischer Autoren zur Sprache (S.135ff.), die ebenso wie ihre serbischen Kollegen in die Verfassungsdiskussionen der 1980er Jahre intervenierten. Es fällt in diesem Kontext gleichzeitig auf, dass die Autorin keine Wiederaufnahme der Diskussion um die Verantwortung der jugoslawischen Intellektuellen an der Potenzierung der in den 1990er Jahren im Krieg mündenden Gewalt betreibt.⁴ Zwar kann man nicht behaupten, dass die erwähnten Literaten von ihrer politischen Verantwortung freigesprochen würden, dennoch bleibt das Argument des „politischen

³ Exemplarisch sei hier auf Pål Kolstø's Einführung im 2005 von ihm herausgegebenen Sammelband *Myths and Boundaries in South-Eastern Europe* verwiesen: Kolstø, Pål (2005): Introduction: Assessing the Role of Historical Myths in Modern Society. In: ders. (Hg.): *Myths and Boundaries in South-Eastern Europe*. London: C. Hurst & Co., p. 1-34.

⁴ Vgl. hierzu Höpken, Wolfgang (2010): Die Gedanken der Tat. Intellektuelle und Gewalt im früheren Jugoslawien. In: Susanne Hartwig; Isabella von Treskow (Hg.): *Bruders Hüter/ Bruders Mörder. Intellektuelle und innergesellschaftliche Gewalt*. Berlin; New York: De Gruyter (Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, 122), S. 41 – 63.

Missbrauchs“ (S.83) ästhetisch formulierter Einheitskonzepte als Erklärungsmodell dominant.

Die Autorin schlägt vielmehr einen eigenen, vor allem der postklassischen Narratologie verpflichteten Weg zum Verständnis der jugoslawischen Prozesse kollektiver Identitätsbildung vor. Dieser soll es ihr nicht nur ermöglichen, die literarische Identitätsbildung der Jugoslawen und ihr Scheitern zu verstehen, sondern auch den kulturellen Bruch, welchen Jugoslawien kennzeichnet, zugleich in einem europäischen und in einem regionalen kulturellen Kontext zu verorten. Relativ spät wird der im Buch nicht immer klar formulierte Standpunkt der Autorin deutlich, der sich gegen den kulturellen Rassismus wendend als Plädoyer für die Differenz und für die Anerkennung des Partikularen ausnimmt (176).

Alles in allem zeigt sich Emilija Mančić in ihrem Buch als gut informierte Autorin, die sich einer großen Herausforderung angenommen hat. Doch gleichen ihre Abrisse leider manchmal auch einem Ritt durch die Geschichte, bei welchem dem Leser sowohl umfangreiche Vorkenntnisse über die historischen Kontexte zu Deutschland und zu Jugoslawien als auch über die Philosophie- und Theoriegeschichte abverlangt wird. Wichtig an Emilija Mančićs Buch scheint mir vor allem die theoretische Einbettung der bisherigen Debatten um die kulturelle Produktionen nationaler Identität in einen Ansatz, der dem Nationalen nicht das Wort redet, gleichzeitig aber die Anerkennung der Differenz vertritt. Dies ist eine Position, die eben auch Gegennarrative mit einschließt. Das hier verhandelte Modell Jugoslawien zeigt aber auch, wie schnell eine politische Versteifung auf eine Kulturdebatte Gefahr laufen kann, die eigene moralische Überlegenheit über eine gemeinsame Vision zu stellen. Insofern leistet das Buch für ein Europa in der Krise, das unschlüssig vor der Frage nach einem weiteren Integrationsprozess für die Länder des Westbalkans steht, eine durchaus aktuelle Thematisierung des jugoslawischen Scheiterns, was auch die sprachlichen Fehler, die leider das Buch durchziehen, verschmerzen lässt.

Literatur

- Höpken, Wolfgang (2010): Die Gedanken der Tat. Intellektuelle und Gewalt im früheren Jugoslawien. In: Susanne Hartwig/ Isabella von Treskow (Hg.): Bruders Hüter/ Bruders Mörder. Intellektuelle und innergesellschaftliche Gewalt. Berlin, New York: De Gruyter, S.41-63 (Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, 122).
- Kolstø, Pål (2005): Introduction: Assessing the Role of Historical Myths in Modern Society. In: ders. (Hg.): Myths and Boundaries in South-Eastern Europe. London: C. Hurst & Co., p. 1-34.
- Sundhaussen, Holm (1973): Der Einfluß der Herderschen Ideen auf die Nationsbildung bei den Völkern der Habsburger Monarchie. München: Oldenbourg.

Dorđe Tomić

Bilić, Bojan; Janković, Vesna (eds.) (2012): *Resisting the Evil. [Post-]Yugoslav Anti-War Contention*. Baden-Baden: Nomos (Southeast European Integration Perspectives, 7), 288 Seiten, ISBN 978-3-8329-7208-0.

Bilić, Bojan (2012): *We Were Gasping for Air. [Post-]Yugoslav Anti-War Activism and Its Legacy*. Baden-Baden: Nomos (Southeast European Integration Perspectives, 8), 223 Seiten, ISBN 978-3-8329-7806-8.

Das sozialistische Jugoslawien wurde im Zuge einer Reihe von Kriegen zerstört. Gut zwei Jahrzehnte nach dem Staatszerfall bleiben diese Kriege, vor allem aber die (post-)jugoslawischen Nationalismen, weiterhin im Mittelpunkt verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, die sich mit diesen Themen beschäftigen. Interessanterweise offenbart dabei schon ein erster Blick auf den Forschungsstand eine in der Tat bedeutende Forschungslücke, die weder die Geschichtswissenschaft noch die Friedens- und Konfliktforschung ausreichend zu schließen vermochte: das Thema der jugoslawischen Friedens- bzw. Antikriegsinitiativen. Nach lediglich vereinzelt Aufsätzen und zwar ausführlicheren, aber zugleich vor allem als Primärquellenmaterial zu betrachtenden Monographien verschiedener Friedensorganisationen aus der Region erschienen 2012 gleich zwei Bände, die sich diesem Fragenkomplex nähern. Zum einen handelt es sich um den von Bojan Bilić und Vesna Janković herausgegebenen Sammelband und zum anderen um Bilićs Sammlung mehrerer eigener Texte zum (post-) jugoslawischen Antikriegsaktivismus. Nicht nur der thematische Schwerpunkt, die Beteiligung Bilićs an beiden Buchprojekten oder der Umstand, dass beide Bücher in derselben Reihe des Nomos Verlages – *Southeast European Integration Perspectives* (Bände 7 und 8) erschienen sind – sprechen für eine Sammelrezension. Vielmehr handelt es sich in beiden Fällen um einen Versuch, eine Art „alternative“ Geschichte des Zerfalls Jugoslawiens zu schreiben. Ob und inwieweit dies gelungen ist, wird im Folgenden reflektiert.

Der von Bilić und Janković unter dem Titel „Resisting the Evil. [Post-]Yugoslav Anti-War Contention“ herausgegebene Band umfasst insgesamt dreizehn Beiträge, die wohl am ehesten als Fallstudien zum Thema des Friedens- bzw. Antikriegsaktivismus im (post-) jugoslawischen Raum zu verstehen sind. Im Gegensatz zur Mehrheit der Texte, die als wissenschaftliche Aufsätze verfasst wurden und einer entsprechenden Form gerecht werden, steht die Einleitung des Bandes von Bojan Bilić und Vesna Janković. In Form eines Berichtes über einen Spaziergang der beiden Herausgebenden durch die kroatische Hauptstadt Zagreb werden die Struktur, die Fragestellungen und Analysen des Bandes erläutert und diskutiert. Die dabei eingesetzte Dialogform wirkt nicht nur erfrischend – im Vergleich zu vielen anderen Einführungen solcher Sammelwerke – sondern markiert die den gesamten Band

durchziehende Verknüpfung zwischen alltäglichen Erfahrungen einzelner Antikriegsaktivist_innen und ihrer wissenschaftlichen Analyse.

Einen guten Überblick über die politischen Ereignisse Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre in Jugoslawien bietet der erste thematische Beitrag von Ljubica Spaskovska. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Auseinandersetzung zwischen den politischen Eliten in den einzelnen Republiken schildert sie am Beispiel der Vereinigung für jugoslawische demokratische Initiative (UJDI) und des leider zu spät eingesetzten einzigen überregionalen jugoslawischen Senders YUTEL, dessen Sendungen in Serbien und Kroatien verhindert wurden, vor allem die „projugoslawische“ Alternative, bildeten doch diese intellektuellen Kreise jenes Umfeld, aus dem sich viele der späteren Antikriegsaktivist_innen rekrutierten.

Marko Hren widmet sich in seinem Beitrag der Slowenischen Friedensbewegung (SMG), die allerdings auf eine ganz andere Entwicklung zurückblickte. An Inhalte und Protestformen der westeuropäischen Neuen sozialen Bewegungen anknüpfend entstand diese bereits Mitte der 1980er Jahre und verfolgte das Ziel der Militärdienstverweigerung lange bevor von Kriegen in Jugoslawien überhaupt die Rede sein konnte. Der Beitrag erläutert umfassend die wesentlichen Konzepte und Aktionslinien der SMG und betont vor allem das Verständnis der Aktivist_innen von einer „Kultur des Friedens“, der Gewaltlosigkeit, der Menschenwürde, der bürgerlichen Freiheiten, der Bürgerrechte sowie von Rechtsstaatlichkeit und des Prinzips zivilen Ungehorsams. Überdies berichtet der Text über die internationale Solidarität und die gemeinsamen Aktivitäten slowenischer und anderer europäischer Aktivist_innen, weist aber auch auf die mit Ausbruch des Krieges in Jugoslawien entstandenen Konflikte mit der internationalen Friedensbewegung hin. Diese, so Hren, verliefen vor allem entlang der Differenzen im Hinblick auf die Frage nach der Unabhängigkeit Sloweniens, für die sich mit dem Verweis auf das Selbstbestimmungsrecht (S. 77f.) die SMG aussprach, während viele internationale Friedensaktivist_innen auf der Unantastbarkeit der „heiligen Grenzen“ (S. 76) bestanden.

Wertvolle neue empirische Erkenntnisse liefert auch der Beitrag von Gëzim Krasniqi, der die Entstehung und Entwicklung der „Kosovarischen Alternative“ – „a plethora of human rights groups, pro-democracy and anti-war associations and political parties“ (S. 83) – untersucht. Diese Geschichte der verschiedenen Akteure und mitunter sehr unterschiedlichen Ansichten begann, so Krasniqi, mit den studentischen Protesten an der Universität Priština von 1981 und lässt sich bis Mitte der 1990er Jahre und zu den Aktivitäten der Demokratischen Liga des Kosovos (LDK) und ihres Anführers Ibrahim Rugova verfolgen. Die vom Autor formulierte These ist dabei, dass trotz einer Vielzahl von unterschiedlichen, nicht zuletzt auch projugoslawischen Standpunkten, sowie einer ursprünglichen Bereitschaft vieler Intellektueller innerhalb der Kosovarischen Alternative, nach Lösungen für die Probleme im Kosovo in einem jugoslawischen Kontext zu suchen, diese Ansätze schließlich an das Fortbestehen Jugoslawiens gebunden waren. Nachdem 1989 die Provinz endgültig ihre Autonomie verlor und zu Beginn der 1990er Jahre der jugoslawische Staat zusammenbrach, löste sich auch die Kosovarische Alternative auf und die LDK konnte sich als führende politische oppositionelle Kraft durchsetzen (S. 102f.).

Die Beiträge von Bojan Aleksov und Lepa Mladenović präsentieren persönliche Erfahrungen zweier Aktivist_innen. Die subjektive Sicht auf wichtige Ereignisse und Akteure ergänzt eine wissenschaftliche Analyse des persönlichen Engagements, den Aleksov

als Prozess in Form von drei Schritten überzeugend nachzeichnet – „becoming an activist“, „being an activist“ und „thinking about activism“. Während Aleksov der Sammelband zu dieser Art von „autoethnography“ veranlasste, wurde der Text von Mladenović, der schon 1996/1997 verfasst und 2001 in der Zeitschrift *The European Journal of Women's Studies* veröffentlicht wurde, lediglich abgedruckt, auch wenn in leicht abgeänderter Form. Die aufschlussreichen Erfahrungen und Analysen Mladenovićs, die wohl von vielen Lesben und Schwulen in Serbien im Laufe der 1990er Jahre, aber auch bis in die Gegenwart, geteilt werden dürften, wirken dennoch immer noch aktuell.

In ihrem Beitrag wenden sich Srđa Pavlović und Milica Dragojević der politischen Lage und den Antikriegsinitiativen der 1990er Jahre in Montenegro zu, die vergleichsweise wenig erforscht sind. Anhand von einer Akteursdarstellung zeigen sie auf, wer in Montenegro zu dieser Zeit die Kriegstreiber und wer die Friedensaktivisten waren. Zu den letzteren zählen sie dabei Organisationen wie die Vereinigung für die Förderung von Demokratischen Prozessen (UUDP), die Demokratische Alternative (DA), die Initiative „Öffentlichkeit gegen den Faschismus“ (*Javnost protiv fašizma*) oder auch das Demokratische Forum, ein Bündnis, das u.a. auch UJDI, DA, UUDP versammelte (S. 148 ff.). Ferner werden die Positionen der Parteien- sowie der Medienlandschaft in Montenegro im Hinblick auf die jeweilige Unterstützung oder Ablehnung des Krieges untersucht. Schließlich versucht der Beitrag die Frage nach den Ergebnissen der Antikriegsinitiativen zu beantworten. Das Erbe der Antikriegsanstrengungen in Montenegro sei, so Pavlović und Dragojević, vor allem die stellenweise akribische Dokumentation der Verbrechen aus dieser Zeit.

Den Medien, die in Bezug auf den Antikriegsaktivismus der 1990er Jahre eine bedeutende Rolle spielten, schenken drei weitere Beiträge ihre Aufmerksamkeit. So erklärt Bojan Bilić die Entstehung, Entwicklung und Funktion der Zeitschriften *ARKzin* und *Republika*, die im Laufe der 1990er Jahre nicht nur die bedeutendsten Informationsblätter der Antikriegsinitiativen in Kroatien bzw. Serbien waren, sondern weit über den lokalen Kontext hinaus eine Art eigene Öffentlichkeit zu erreichen und somit zu erhalten suchten. In ähnlicher Weise deuten Zala Volčić und Mojca Planšak einzelne Radiosender als Räume für politische Alternativen in dieser Zeit, während der Beitrag von Larisa Kurtović einen bedeutenden Einblick in das Leben der Kulturschaffenden im belagerten Sarajevo liefert, zu dem etwa auch der neu gegründete Sender *Radio Zid* (Mauer) sowie andere Kulturinstitutionen gehörten, die ihre Arbeit selbst oder gerade unter diesen Bedingungen fortsetzten.

Die Beiträge von Vesna Janković und Nebojša Šavija-Valha stellen den vorletzten Abschnitt des Bandes dar, der sich aus verschiedenen Perspektiven mit dem Einfluss internationaler Friedensinitiativen befasst. Während Janković, gewissermaßen „from below“, über die Zusammenarbeit einzelner internationaler Friedensaktivist_innen mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen im ehemaligen Jugoslawien berichtet, untersucht Šavija-Valha auf der Makroebene die Widersprüche zwischen „Theorie“ und „Praxis“ des „International Peacebuilding“ in Bosnien-Herzegowina.

Mit einer Reihe von theoretischen Überlegungen über Antikriegsaktivismus schließt der Beitrag von Biljana Kašić den Band. Die dabei gestellte Frage nach der Notwendigkeit von Antikriegsaktivismus und Widerstand bleibt im Hinblick auf die Art des individuellen und/oder kollektiven Engagements nach wie vor offen.

Festzuhalten bleibt, dass der Sammelband in der Tat viele neue empirische Erkenntnisse über die verschiedenen Akteure, Aktionsformen und Deutungen der (post-)jugoslawischen Friedens- bzw. Antikriegsbewegung liefert. Die in den einzelnen Texten präsentierten theoretischen Ausführungen wirken dagegen mal mehr, mal weniger dienlich bzw. notwendig, um die jeweilige Geschichte zu verstehen. Stellenweise wirkt das Berufen auf verschiedene Erklärungsmodelle sogar als unnötiger Anhang, der den ohnehin gelungenen Schilderungen wohl mehr (wissenschaftliches?) Gewicht und den beschriebenen Antikriegsinitiativen zusätzliche Legitimität verleihen soll. Darüber hinaus erfüllt die Struktur des Bandes, die nur teilweise thematischen Schwerpunkten folgt und vielmehr den Versuch offenbart, die Friedensinitiativen auch räumlich möglichst breit abzubilden, nur bedingt das Ziel einer einheitlichen Geschichte des (post-)jugoslawischen Friedensaktivismus. Zwar lassen sich anhand der präsentierten Fallstudien viele interessante Details in Erfahrung bringen, angesichts ihrer doch unterschiedlichen thematischen Ausrichtung gestaltet sich ein Vergleich jedoch relativ schwierig.

Beides – ein angemessenes Verhältnis zwischen Theorie und Empirie sowie die vergleichende Perspektive – gelingt dafür umso besser im Band „We Were Gasping for Air. [Post-]Yugoslav Anti-War Activism and Its Legacy“ von Bojan Bilić. Auch wenn es sich bei den einzelnen Kapiteln des Buches um früher erschienene Artikel handelt, setzt der Band das Anliegen, die jugoslawische Antikriegsunternehmungen als eine Art „alternative Geschichte“ (S. 9) zusammenzufassen, besser um.

Auf die Einleitung, welche die Motivation des Autors sowie die Struktur des Bandes erklärt, folgt im zweiten Kapitel eine etwas zu ausführliche Darstellung der theoretischen und methodischen Grundlagen der Untersuchung. Diese beruhen im Wesentlichen auf den Erkenntnissen der westeuropäischen und nordamerikanischen Sozialen Bewegungsforschung. Die bislang in der sozial- bzw. geisteswissenschaftlichen Erforschung des postjugoslawischen Raumes eingesetzten „Paradigmen“ des „Nationalismus“ und der „Zivilgesellschaft“ lehnt Bilić nicht nur ab (S. 196), sondern entwickelt, aus dem „Werkzeugkasten“ der Bewegungsforschung schöpfend, eigene Fragestellungen und Methoden. Überdies behält das Buch fast durchgehend die vergleichende Perspektive, auch wenn vorwiegend Initiativen aus Belgrad und Zagreb im Mittelpunkt der Untersuchungen stehen.

In den einzelnen Kapiteln untersucht der Autor die Rolle feministischer Initiativen in Bezug auf die ersten Antikriegsaktionen (Kapitel 3), die Entstehung, Entwicklung und Aktionen der Zagreber Antikriegskampagne (ARK) (Kapitel 4), die „dynamics of contention research paradigm“ am Beispiel der Antikriegsaktivist_innen in Belgrad und Zagreb (Kapitel 5), die Geschichte der Belgrader feministischen und antimilitaristischen Organisation „Frauen in Schwarz“ (Kapitel 6) und die Effekte des gesamten (post-)jugoslawischen Antikriegsaktivismus (Kapitel 7). Der Band endet mit einem Nachwort des Autors, in dem er erneut auf die eigene Position als Aktivist und Wissenschaftler zugleich eingeht.

Im Vergleich zum ersten mit Vesna Janković herausgegeben Sammelband, der gleichsam einem Museumsglaskasten die einzelnen Forschungsgegenstände erstmalig der Öffentlichkeit präsentiert, schafft es Bilić in diesem Band, einen bedeutenden Schritt weiter zu gehen und liefert wesentlich gründlichere Analysen der untersuchten Gruppen, Deutungen, Aktionsformen etc. Vor allem das Kapitel 5, in dem die unterschiedlichen

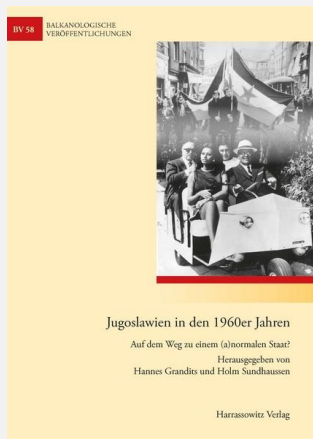
Entwicklungspfade der Zagreber ARK und des Belgrader Zentrums für Antikriegsaktion (CAA) vergleichend untersucht werden, lässt sich als Beispiel für eine sehr überzeugende Analyse anführen.

Trotz des gemeinsamen Anliegens, den Krieg zu verhindern bzw. zu beenden, funktionierten die beiden Organisationen in Zagreb und Belgrad doch recht unterschiedlich. Während die ARK als Anlaufpunkt für viele kleinere Gruppen und Initiativen, sehr wohl auch aus anderen Städten, fungierte und dadurch eher eine einigende Funktion im Rahmen der Antikriegsbewegung einnahm, war die Arbeit des CAA in Serbien, so Bilić, eher durch ideologische Konflikte gekennzeichnet (S. 152). In seiner Analyse arbeitet Bilić dabei die wesentlichen Unterschiede der beiden prägenden Organisationen heraus. So stellt er fest, dass die Belgrader Aktivist_innen mit einer recht stark hierarchisierten Struktur konfrontiert waren, sich in ihren Aktionen wesentlich mehr gegen die „offizielle“ Politik richteten und eine allgemein „projugoslawische“ Haltung behielten. Die unterschiedlichen Deutungen und Lösungsansätze innerhalb der Bewegung in Serbien trugen indes eher zu ihrer Fragmentierung bei. Die Bewegung in Serbien bestand zudem vor allem aus älteren Aktivist_innen, von denen viele aus dem Umfeld der 1968er Studierendenproteste stammten und mit wenigen Ausnahmen (Pančevo, Novi Sad, Senta etc.) in Belgrad konzentriert waren. Die Arbeit der ARK-Aktivist_innen in Kroatien dagegen war wesentlich weniger von organisatorischen Hierarchien gekennzeichnet. Zudem bestand eine starke grundsätzliche Ablehnung der aktuellen Parteipolitik. Die Aktivist_innen waren laut Bilić antinationalistisch, beriefen sich jedoch kaum auf Jugoslawien. Die Problemdeutungen und Lösungsansätze der einzelnen Gruppen oder Aktivist_innen wiesen insgesamt mehr Gemeinsamkeiten auf, so dass die ARK viel stärker als etwa das CAA aus Belgrad als Multiplikator für andere Gruppen diente. Schließlich gehörten zur Antikriegsbewegung in Kroatien vor allem jüngere Aktivist_innen, die im Rahmen der Neuen sozialen Bewegungen politisiert wurden und eng mit der slowenischen alternativen Szene zusammenarbeiteten (S. 155).

Dass diese Differenzen nicht unüberwindbar waren, zeigt sicherlich die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gruppen. Sie offenbaren jedoch auch, dass trotz gemeinsamer Zielsetzung die Friedens- bzw. Antikriegsinitiativen nicht nur (Frei-)Räume darstellten, in denen sich die Aktivist_innen wider die einsetzende Gewalt in den postjugoslawischen Gesellschaften frei entfalten konnten, sondern eben auch Orte, an denen sehr wohl auch interne Machtkämpfe ausgetragen wurden. Vor allem die besondere Form des „Empowerments“ durch die Arbeit in den Antikriegsinitiativen sowie der Versuch der Wahrung einer gewissen „Normalität“ des Alltages, die für viele Aktivist_innen von Bedeutung war, gehörten Bilić zufolge zu den wesentlichen Effekten des Antikriegsaktivismus der 1990er Jahre.

Gemeinsam betrachtet, bilden die beiden Sammelbände eine bedeutende Ergänzung nicht nur des Forschungsstandes zur Geschichte des ehemaligen Jugoslawiens, sondern auch der Geschichte der europäischen Friedensinitiativen. Auch wenn die von Bilić und seinen Kolleg_innen angestrebte „alternative Geschichte“ des Zerfalls Jugoslawiens, welche endlich auch die „Kehrseite“ der postjugoslawischen Kriege systematisch zu betonen sucht, mit Sicherheit nicht zu Ende erzählt ist – so wird in beiden Werken etwa die soziale und ökonomische Dimension des Zerfalls Jugoslawiens größtenteils ausgeblendet –, stellen beide Bücher doch einen wichtigen Beitrag zu ihrer Erforschung dar.

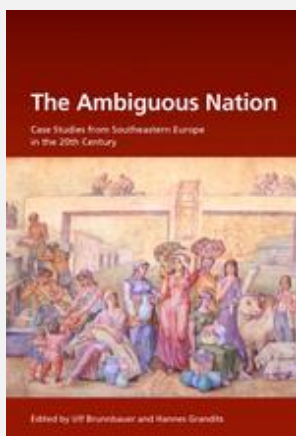
Neuerscheinungen



Grandits, Hannes; Sundhaussen, Holm (Hg.) (2013): Jugoslawien in den 1960er Jahren. Auf dem Weg zu einem (a)normalen Staat? Wiesbaden: Harrassowitz Verlag (Balkanologische Veröffentlichungen, 58). 325 S. ISBN: 978-3-447-07004-1.

„Bereits den Zeitgenossen galten die 1960er Jahre als besonderes Jahrzehnt in der Geschichte des sozialistischen Jugoslawien. Aus verschiedenen Überlegungen heraus wurde und wird es noch heute immer wieder als Zeit der Neupositionierung charakterisiert, sei es als Neupositionierung mit offenem Ausgang oder aber als Neupositionierung in Richtung Staatsverfall. Rückblickend werden diese Jahre jedoch gerne als ‚goldene Zeit‘ apostrophiert. Der von Hannes Grandits und Holm Sundhaussen herausgegebene Sammelband beleuchtet das Jugoslawien der 1960er Jahre aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Analysen aus dem Bereich der Politik und der Ökonomie reflektieren entscheidende gesellschaftliche, intellektuelle und künstlerische Strömungen sowie Entwicklungsdynamiken im Bereich des konfessionellen Lebens [...]“ (Aus der Beschreibung des Verlages)

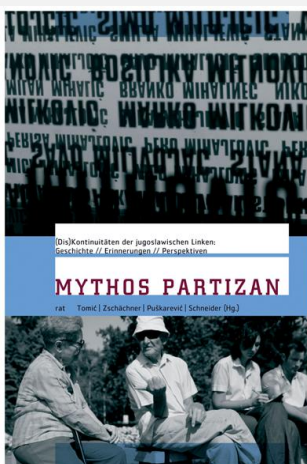
Weiterlesen...



Brunnbauer, Ulf; Grandits, Hannes (Hg.) (2013): The Ambiguous Nation. Case Studies from Southeastern Europe in the 20th Century. München: Oldenbourg Verlag (Südosteuropäische Arbeiten, 151). 480 S. ISBN 978-3-486-72296-3.

„This book takes Southeastern Europe as an ideal place to study the logic – and illogic – of nation-building. Focusing on Bosnian, Macedonian, Moldovan and Montenegrin nation-building after World War Two, the twenty authors of the collection discuss salient aspects of the invention, implementation, and negotiation of nationhood. They look into the role of intellectuals, the use of history, memory and popular culture, and the connections between nationalism and power struggles. A major goal of the case studies is to highlight the ambiguities, antinomies and paradoxes immanent to nation-building. [...]“ (Aus der Beschreibung des Verlages)

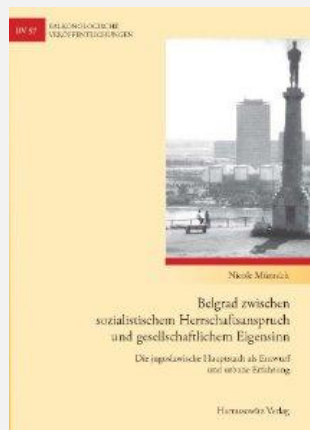
Weitere Informationen...



Tomić, Đorđe; Zschächner, Roland; Puškarevic, Mara; Schneider, Allegra (Hg.) (2013): Mythos Partizan. (Dis-)Kontinuitäten der jugoslawischen Linken: Geschichte, Erinnerungen und Perspektiven. Münster: Unrast (reihe antifaschistischer texte, 26). 440 S. ISBN 978-3-89771-824-1.

„Jugoslawien kann ohne seine Linke nicht verstanden werden. Auf den Spuren der Geschichte Jugoslawiens beleuchtet das Buch die Brüche und Kontinuitäten der Linken von den frühen Anfängen bis in die Gegenwart. Gleichzeitig ist das Buch auch ein Zeugnis der Linken selbst. Dadurch steckt es einen geschichtlichen und gesellschaftlichen Rahmen ab, aus dem sich Fragen nach Alternativen zum Bestehenden ergeben. Ausgehend vom jugoslawischen Partisan_innenwiderstand gegen den Faschismus setzte sich das stipendiatische Projekt der Hans-Böckler-Stiftung mit dem »Mythos Partizan« auseinander: der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, ihren Deutungen und Erinnerungen sowie mit der daraus hervorgegangenen Gesellschaft einschließlich ihrer Widersprüche und sozialen Bewegungen. [...]“ (Klappentext)

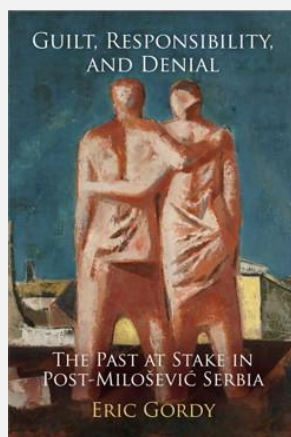
Weitere Informationen...



Münnich, Nicole (2013): Belgrad zwischen sozialistischem Herrschaftsanspruch und gesellschaftlichem Eigensinn. Die jugoslawische Hauptstadt als Entwurf und urbane Erfahrung. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag (Balkanologische Veröffentlichungen, 57). 444 S. ISBN 978-3-447-06881-9.

„In den 1960er Jahren war Belgrad das Zentrum des „Dritten Wegs“ zum Sozialismus, auf dem sich das sozialistische Jugoslawien in den Zeiten des Kalten Krieges durch eine Annäherung an den Westen bewusst zwischen den Blöcken positionierte. In der Hauptstadt wurde die Kombination von sozialistischer Planung und westlichem „Way of life“ verhandelt und es entstanden neue Spielräume für gesellschaftliche Partizipation. Belgrad verhieß das Modell einer neuen Gesellschaft, eines „anderen“ Sozialismus, der sich vor allem in der Alltagskultur spiegelte und dank wirtschaftlichen Aufschwungs und zunehmender Verfügbarkeit von Konsumgütern das Versprechen einer echten Alternative einzulösen schien. [...]“ (*Aus der Beschreibung des Verlages*)

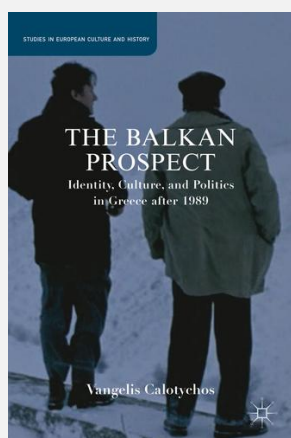
Weiterlesen...



Gordy, Eric (2013): Guilt, Responsibility, and Denial. The Past at Stake in Post-Milošević Serbia. Philadelphia: University of Pennsylvania Press. 288 S. ISBN 978-0-8122-4535-6.

„[...] Guilt, Responsibility, and Denial sets out to trace the political, social, and moral challenges that Serbia faced from 2000 onward, offering an empirically rich and theoretically broad account of what was demanded of the country's citizens as well its political leadership—and how these challenges were alternately confronted and ignored. Eric Gordy makes extensive use of Serbian media to capture the internal debate surrounding the legacy of the country's war crimes, providing one of the first studies to examine international institutional efforts to build a set of public memories alongside domestic Serbian political reaction. By combining news accounts, courtroom transcripts, online discussions, and his own field research, Gordy explores how the conflicts and crimes that were committed under Milošević came to be understood by the people of Serbia and, more broadly, how projects of transitional justice affect the ways society faces issues of guilt and responsibility. [...]“ (*Titelinformation des Verlages*)

Weiterlesen...



Calotychos, Vangelis (2013): The Balkan Prospect. Identity, Culture, and Politics in Greece after 1989. New York: Palgrave Macmillan (Studies in European culture and history). 271 S. ISBN 978-1-137-29243-8.

„ This book views the fall of the Iron Curtain and its significance from the perspective of Greece, which, in 1989, was alone among nations to be both in 'the European family' and tied to western structures but also a Balkan nation. In 1989, the borders hitherto separating Greek culture and society from its contiguous Balkan polities came down, and Greeks had to reorient themselves toward their immediate neighbors and redefine their place in Europe and in a new, more fluid world order. Projecting the political foresight and mustering the modernizing policies to succeed in such an undertaking would be no small feat. For Greece's relation with Balkans had been marked by conflict in the first half of the twentieth century and had lain dormant behind the Iron Curtain during the second half. [...]“ (*Aus der Beschreibung des Verlages*)

Weiterlesen...



Pezo, Edvin (2013): Zwangsmigration in Friedenszeiten? Jugoslawische Migrationspolitik und die Auswanderung von Muslimen in die Türkei (1918 bis 1966). München: Oldenbourg Verlag (Südosteuropäische Arbeiten, 146). 375 S. ISBN 978-348-67071-8-2.

„Aus den südlichen Landesteilen Jugoslawiens emigrierten zwischen 1918 und 1966 in großer Zahl Muslime in die Türkei. Im Geschichtsbild der betroffenen ethnischen Gruppen ist jener Auswanderungsprozess das Sinnbild staatlicher Gewalt. Edvin Pezo liefert sachlichere Antworten. Welche Handlungsfelder boten sich dem Staat, welche Einflussfaktoren kamen zusammen? Im staatlichen Agieren zeigen sich erhebliche Differenzen zwischen ‚beiden Jugoslawien‘ [...].“ (*Titelinformation des Verlages*)

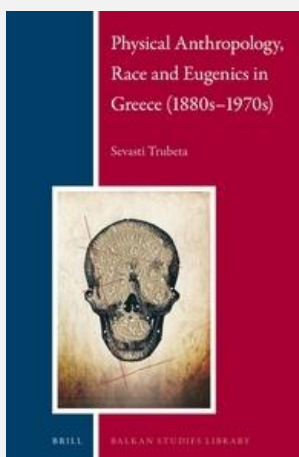
Weiterlesen...



Leißle, Olaf; Roth, Martin; Gesellmann, Christian (Hg.) (2013): Die Republik Kosovo – Der jüngste Staat Europas. Eine politische Bestandsaufnahme seit der Unabhängigkeitserklärung. Baden-Baden: Nomos (Jenaer Beiträge zur Politikwissenschaft, 15). 381 S. ISBN 978-3-8329-7564-7.

„Die EULEX-Mission ist das größte außen- und sicherheitspolitische Projekt, das die EU je initiiert hat. Doch kaum einer kennt sie. Das Ende der überwachten Unabhängigkeit des Kosovo ist beschlossen – den meisten Tageszeitungen war es nur eine kurze Meldung wert. Doch wie hat sich der kleine Staat seit seiner einseitigen Unabhängigkeitserklärung 2008 entwickelt? Ist es überhaupt ein richtiger Staat? Der Bestand an wissenschaftlicher Literatur zur Entwicklung der ehemaligen serbischen Provinz ist auf eine geringe Anzahl an Publikationen beschränkt. [...]“ (*Aus der Beschreibung des Verlages*)

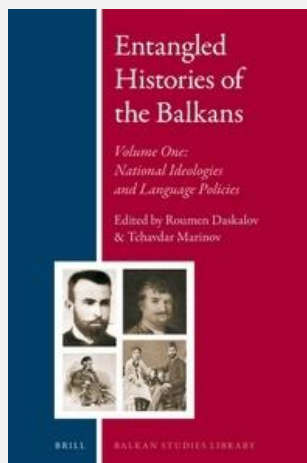
Weiterlesen...



Trubeta, Sevasti (2013): Physical Anthropology, Race and Eugenics in Greece (1880s–1970s). Leiden: Brill (Balkan Studies Library, 11). 354 S. ISBN 978-90-04-25766-5.

„Before it became established as an academic discipline, physical anthropology emerged as a contested notion of reference to the cosmological views associated with the Darwinian theory of evolution and its implementation by the natural sciences. However, its subsequent development points to a science which made holistic claims regarding its ability to explore humankind in its entirety and to influence society, with its involvement in politics, as well as racial and eugenic concepts serving as the vehicle for doing so. This book explores the emergence of physical anthropology in the modern Greek state and its development over a period of one century from the viewpoint of the proclaimed intention of its representatives to influence societal developments. [...]“ (*Aus der Beschreibung des Verlages*)

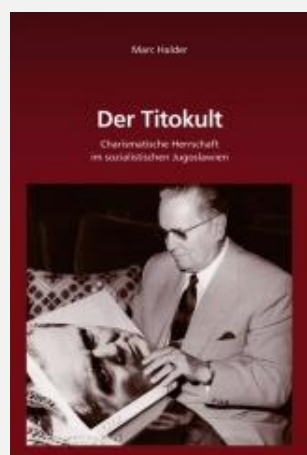
Weiterlesen...



Daskalov, Roumen; Marinov, Tchavdar (Hg.) (2013): Entangled Histories of the Balkans. Volume One: National Ideologies and Language Policies. Leiden: Brill (Balkan Studies Library, 9). 568 S. ISBN 978-90-04-25075-8.

„Modern Balkan history has traditionally been studied by national historians in terms of separate national histories taking place within bounded state territories. The authors in this volume take a different approach. They all seek to treat the modern history of the region from a transnational and relational perspective in terms of shared and connected, as well as entangled histories, transfers and crossings. [...]“ (*Aus der Beschreibung des Verlages*)

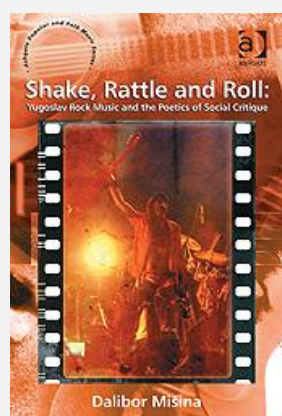
Weiterlesen...



Halder, Marc (2013): Der Titokult. Charismatische Herrschaft im sozialistischen Jugoslawien. München: Oldenbourg Verlag (Südosteuropäische arbeiten, 149). 367 S. ISBN 978-3-486-72289-5.

„Als Staatsgründer und Staatsoberhaupt hat Josip Broz Tito das sozialistische Jugoslawien von dessen Anfängen bis zu seinem Tod im Jahr 1980 entscheidend geprägt. Der um ihn betriebene Personenkult bildete eine zentrale Säule der kommunistischen Alleinherrschaft in Staat und Gesellschaft. Das Buch stellt die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Charisma und Personenkult, dessen Inhalten und performativ-rituellen Aspekten ebenso wie nach den Grenzen seiner Wirkung und nach den Gründen seiner Erosion in den 1980er Jahren.“ (*Titelinformation des Verlages*)

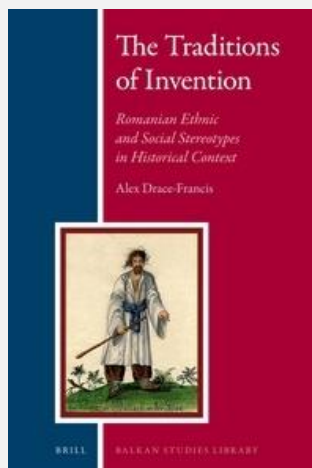
Weitere Informationen...



Mišina, Dalibor (2013): Shake rattle and roll. Yugoslav rock music and the poetics of social critique. Farnham: Ashgate (Ashgate popular and folk music series). 247 S. ISBN 978-1-4094-4565-4.

„From the late-1970s to the late-1980s rock music in Yugoslavia had an important social and political purpose of providing a popular cultural outlet for the unique forms of socio-cultural critique that engaged with the realities and problems of life in Yugoslav society. The three music movements that emerged in this period – New Wave, New Primitives, and New Partisans – employed the understanding of rock music as the ‘music of commitment’ (i.e. as socio-cultural praxis premised on committed social engagement) to articulate the critiques of the country's ‘new socialist culture’, with the purpose of helping to eliminate the disconnect between the ideal and the reality of socialist Yugoslavia. This book offers an analysis of the three music movements and their particular brand of ‘poetics of the present’ [...]“ (*Aus der Beschreibung des Verlages*)

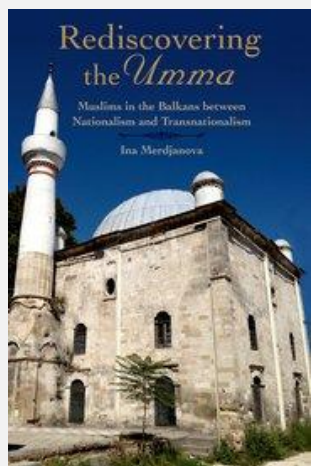
Weiterlesen...



Drace-Francis, Alex (2013): The Traditions of Invention. Romanian Ethnic and Social Stereotypes in Historical Context. Leiden: Brill (Balkan Studies Library, 10). 320 S. ISBN: 978-90-04-21617-4.

„Literary and cultural images, once considered marginal to the main currents of political and institutional development in southeastern Europe, have been accorded much greater importance by scholars in recent years. In this volume Alex Drace-Francis brings together over fifteen years of work on the topic of representations of Romania and Romanians. Crossing the East-West divide, the book studies both external images of the country and people, and domestically-generated representations of Europe and 'the West'. [...]“ (Aus der Beschreibung des Verlages)

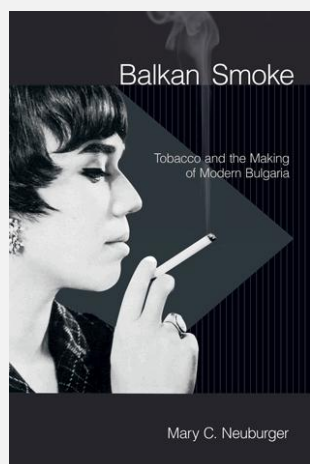
Weiterlesen...



Merdjanova, Ina (2013): Rediscovering the Umma. Muslims in the Balkans between Nationalism and Transnationalism. Oxford: Oxford University Press. 198 S. ISBN 978-019-996-403-1.

„In *Rediscovering the Umma*, Ina Merdjanova discusses the conditions and role of Islam in relation to post-Ottoman nation-building, the communist period, and post-communist developments in the Balkans, focusing in particular on the remarkable transformations experienced by Muslim communities after the end of the Cold War. Amidst multiple structural and cultural transitions, they sought to renegotiate their place and reclaim their Islamic identities in formally secular legal and normative environments, mostly as minorities in majority-Christian societies. [...]“ (Aus der Beschreibung des Verlages)

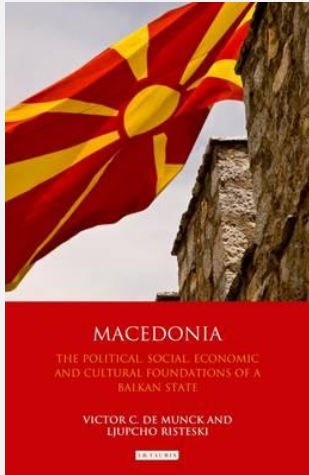
Weiterlesen...



Neuburger, Mary C. (2013): Balkan Smoke. Tobacco and the Making of Modern Bulgaria. Ithaca: Cornell University Press. 307 S. ISBN 978-080-145-084-6.

„In *Balkan Smoke*, Mary Neuburger leads readers along the Bulgarian-Ottoman caravan routes and into the coffeehouses of Istanbul and Sofia. She reveals how a remote country was drawn into global economic networks through tobacco production and consumption and in the process became modern. In writing the life of tobacco in Bulgaria from the late Ottoman period through the years of Communist rule, Neuburger gives us much more than the cultural history of a commodity; she provides a fresh perspective on the genesis of modern Bulgaria itself. [...]“ (Aus der Beschreibung des Verlages)

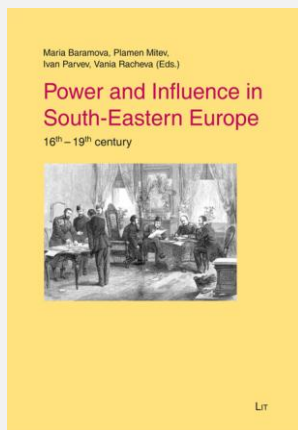
Weiterlesen...



De Munck, Victor C.; Risteski, Ljupcho (2013): Macedonia: The Political, Social, Economic and Cultural Foundations of a Balkan State. London: Tauris (International library of historical studies, 87). 256 S. ISBN 978-184-885-936-4.

„Macedonia has had a troubled and remarkable history. From Ancient Macedonia, the country of Alexander the Great, through Roman dependency, Bulgarian rule and Ottoman principality, the modern nation state is a complex mixture of ethnicities, historical allegiances and religious beliefs. United with Yugoslavia under Tito, and with a modern history of Albanian resistance and disputes with modern Greece, it is also absolutely central to the stability of the Balkan region. This is the first anthropological survey of the Republic of Macedonia, which seeks to untangle the many complexities of the country; addressing Sufism, Islamic influence, the role of ethnic Serbs, Albanians, Greeks and Bulgarians, the cultural heritage of Macedonia and its modern political relevance. [...]“ (*Aus der Beschreibung des Verlages*)

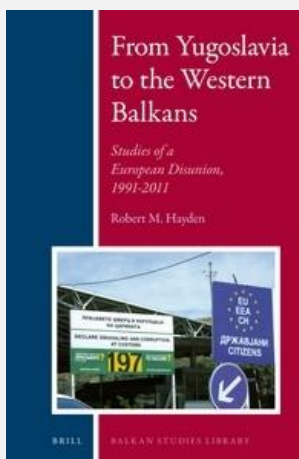
Weiterlesen...



Baramova, Maria; Mitev, Plamen; Parvev, Ivan; Racheva, Vania (Hg.) (2013): Power and Influence in South-Eastern Europe. 16-19th century. Wien u.a.: LIT Verlag (Geschichte: Forschung und Wissenschaft, 38). 464 S. ISBN 978-3-643-90331-0.

„If a power wishes to subdue a region, what can it do? Order its armies to annex it? Carve up the region into parts that are subsequently ruled by different great powers, or create new principalities as a tool for indirect power influence? Why not use ideology and economic strength to rule that same region instead? The volume demonstrates how the European powers of the 16th - 19th centuries oscillate between these different stances in their attitude towards the Balkans, at the same time leaving enough space for the smaller regional players - states and individuals alike - to exercise their local power and influence. [...]“ (*Beschreibung des Verlages*)

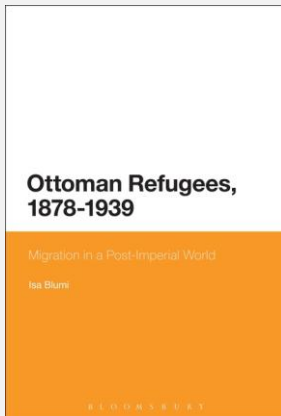
Weiterlesen...



Hayden, Robert M. (2013): From Yugoslavia to the western Balkans. Studies of a European disunion, 1991-2011. Leiden: Brill (Balkan studies library, 7). 391 S. ISBN 978-90-04-24190-9.

„This book brings together important original contributions to scholarly and political/policy debates over the disintegration of Yugoslavia, and especially the war in Bosnia. The analyses are grounded on empirically-based arguments about social and political dynamics, resonate with much larger/enduring issues of social science inquiry, and consistently challenge commonly-held beliefs about the Balkans that are based more on ignorance, misunderstanding, or outright prejudice, than on intimate knowledge of the region, its peoples, and their histories. [...]“ (*Aus der Beschreibung des Verlages*)

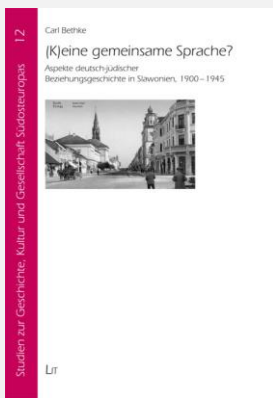
Weiterlesen...



Blumi, Isa (2013): Ottoman Refugees, 1878-1939. Migration in a Post-Imperial World. New York u.a.: Bloomsbury Academic. 296 S. ISBN 978-1472515360.

„In the first half of the 20th century, throughout the Balkans and Middle East, a familiar story of destroyed communities forced to flee war or economic crisis unfolded. Often, these refugees of the Ottoman Empire - Christians, Muslims and Jews - found their way to new continents, forming an Ottoman diaspora that had a remarkable ability to reconstitute, and even expand, the ethnic, religious, and ideological diversity of their homelands. [...]“ (Aus der Beschreibung des Verlages)

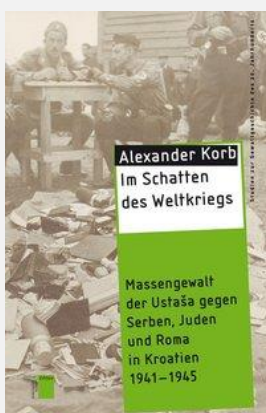
Weiterlesen...



Bethke, Carl (2013): (K)eine gemeinsame Sprache? Aspekte deutsch-jüdischer Beziehungsgeschichte in Slawonien, 1900-1945. Berlin u.a.: LIT Verlag (Studien zur Geschichte, Kultur und Gesellschaft Südosteuropas, 12). 464 S. ISBN 978-3-643-11754-0.

„Noch um 1900 waren viele Juden Nord-Kroatiens deutscher Muttersprache, in Städten wie Osijek lebten sie in der Nachbarschaft von ‚Schwaben‘ bzw. den Nachkommen deutscher Einwanderer. Im Buch wird zunächst untersucht, wie sich das Verhältnis von Angehörigen beider Gruppen zueinander, zur deutschen Sprache und zur kroatischen Mehrheitsgesellschaft seitdem entwickelte und veränderte. [...]“ (Aus der Beschreibung des Verlages)

Weiterlesen...



Korb, Alexander (2013): Im Schatten des Weltkriegs. Massengewalt der Ustaša gegen Serben, Juden und Roma in Kroatien 1941-1945. Hamburg: Hamburger Edition (Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts). 510 S. ISBN 978-3-86854-259-2.

„Im Schatten des Zweiten Weltkriegs versuchte die kroatische Ustaša-Bewegung, gewaltsam einen ethnisch homogenen Nationalstaat zu schaffen. Die Zerschlagung Jugoslawiens durch die Wehrmacht versetzte die Ustaša in die Lage, ein Terrorregime zu etablieren, das sich vornehmlich gegen Serben, Juden und Roma richtete. Alexander Korb fragt nach den Motiven, Interessen und Handlungsspielräumen der Ustaša, nach dem Verlauf des Gewalteinsatzes und nach dem Zusammenspiel von Bürgerkriegsdynamiken und Brutalisierung.“ (Aus der Beschreibung des Verlages)

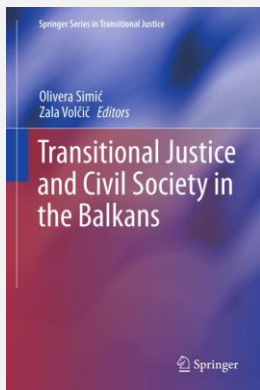
Weiterlesen...



Kraft, Michael G. (Hg.) (2013): Soziale Kämpfe in Ex-Jugoslawien. Wien: Mandelbaum (kritik & utopie). 310 S. ISBN 978385476-621-6.

„Nach zwei Dekaden der ökonomischen und sozialen Transformation regt sich in Ex-Jugoslawien Widerstand gegen die verheerenden Auswirkungen neoliberaler Politik, die korrupten Eliten und den Neokolonialismus der Europäischen Union. Spätestens mit der Wirtschaftskrise 2008 und der daraufhin verstärkten Privatisierungs- und Austeritätspolitik wurde die hegemoniale Erzählung freier Märkte immer brüchiger. Zwar sind die Erfahrungen neoliberaler Strukturanpassungspolitik in dieser Region keineswegs neu, doch bilden sich erstmals seit dem Zusammenbruch Jugoslawiens breitere Bewegungen, die für soziale Gerechtigkeit kämpfen und den Kapitalismus in Frage stellen. Die im Buch versammelten Texte von TheoretikerInnen und AktivistInnen reichen von den Formen sozialen Widerstands in Slowenien, über die Studierendenbewegung und neue Linke in Kroatien bis hin zu Arbeitskämpfen und Beispielen der ArbeiterInnenselbstverwaltung in Serbien. [...]“ (*Aus der Beschreibung des Verlages*)

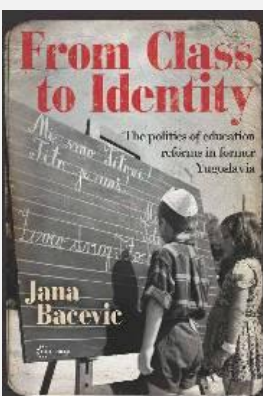
Weiterlesen...



Simić, Olivera; Volčič, Zala (Hg.) (2013): Transitional Justice and Civil Society in the Balkans. New York: Springer (Springer Series in Transitional Justice). 244 S. ISBN 978-1-4614-5422-9.

„Transitional Justice and Civil Society in the Balkans covers civil society engagements with transitional justice processes in the Balkans. The Balkans, whose physical geography is generally considered to be the former Yugoslavia, as well as Albania, Greece, Romania and Bulgaria, is a region marked by the post-communist and post-conflict transitional turmoil in which its countries are entangled. With contributions coming from localized and international scholars, this volume provides a comprehensive look at the research in transitional justice in this part of the world. [...]“ (*Aus der Beschreibung des Verlages*)

Weiterlesen...



Bacevic, Jana (2013): From Class to Identity. The Politics of Education Reforms in Former Yugoslavia. Budapest; New York: CEU Press. 260 S. ISBN 978-615-5225-72-7.

„Jana Bacevic provides an innovative analysis of education policy-making in the processes of social transformation and post-conflict development in the Western Balkans. Based on case studies of educational reform in the former Yugoslavia – from the decade before its violent breakup to contemporary efforts in post-conflict reconstruction – From Class to Identity tells the story of the political processes and motivations underlying each reform. The book moves away from technical-rational or prescriptive approaches that dominate the literature on education policy-making during social transformation, and offers an example on how to include the social, political and cultural context in the understanding of policy reforms. [...]“ (*Aus der Beschreibung des Verlages*)

Weiterlesen...

Autor_innen

Buchenau, Klaus

Professor für Geschichte Südost- und Osteuropas an der Universität Regensburg. Arbeitsgebiete: Religionsgeschichte Südosteuropas, 19.-21. Jahrhundert; Religionsgeschichte der Tschechoslowakei; Antiwesitertum, Fundamentalismus in orthodoxen Kulturen Südost- und Osteuropas; Geschichte Jugoslawiens und seiner Nachfolgestaaten; Geschichte der Korruption in Südosteuropa; Beziehungen zwischen Russland/Sowjetunion und Südosteuropa, 19.-20. Jahrhundert; Geschichte der russischen Emigration; Südosteuropa im globalen Vergleich (insbesondere mit Lateinamerika).

Idrizi, Idriz

Provomiert am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien zum Thema „Anspruch und Wirklichkeit(en) im spätsozialistischen Albanien. Eine kulturhistorische Untersuchung. (1976-1985)“; Stipendiat der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Arbeitsgebiete: Geschichte des Sozialismus; Geschichte Albaniens des 20. Jahrhunderts.

Gantner, Eszter B.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt Universität zu Berlin; studierte Jura, Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft in Budapest, Jerusalem, Potsdam und Berlin; Promotionsstipendiatin der Heinrich-Böll Stiftung; Dissertation im Bereich Wissenschaftsgeschichte an der Humboldt Universität zu Berlin unter dem Titel „Budapest-Berlin: Die Koordinaten einer Emigration 1919-1933“; Lecturer und Koordinatorin der Jüdischen Studien am Touro College Berlin (2004-2008); seit 2004 unterrichtet sie zudem an der ELTE Universität in Budapest; Mitbegründerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin des „Center for Central European German-Jewish Culture“ an der ELTE Universität in Budapest (2008-2010).

Kaser, Karl

Professor für Südosteuropäische Geschichte an der Karl-Franzens-Universität in Graz. Promotion an der KFU Graz (1980); Professur (1996); zahlreiche Forschungsprojekte zu Themen der historischen Anthropologie vor allem in den Bereichen der Familiengeschichte, Verwandtschaftsgeschichte, Klientelismus sowie Geschlechterbeziehungen in Südosteuropa. Arbeitsgebiete: Familien- und Verwandtschaftsgeschichte; Geschlechterbeziehungen; visuelle Kulturen.

Koummanoudi, Angelique Marie

Was born and raised in Greece. She graduated from the University of Athens and received her Ph.D. in comparative literature at the University of Sorbonne, Paris IV. Her field of research concerns pagan myths in contemporary literature, mainly French and Greek. Presently, she is a Visiting lecturer at the University of Haifa, for the Modern Hellenic Studies program.

Laczó, Ferenc

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Imre-Kertész-Kolleg „Europas Osten im 20. Jahrhundert“ an der Friedrich Schiller Universität Jena; Promotion am Historischen Institut der Central European University Budapest zum Thema „Between Assimilation and Catastrophe. Hungarian Jewish Intellectual Discourses in the Shadow of Nazism“ (2010); Studium der Geschichte Mitteleuropas an Central European University in Budapest; Mitarbeiter am Forschungsprojekt der Volkswagen Stiftung „Die Judenfrage im europäischen Vergleich. Gesellschaftliche Debatten über die Stellung der Juden im mittleren und östlichen Europa vom 18. Jahrhundert bis in die 1930er Jahre“ (2006-2008). Arbeitsgebiete: Geschichte der Juden Osteuropas, Geschichte jüdisch-christlicher Beziehungen; Ideengeschichte, insbesondere die Geschichte politischer Ideen und Diskurse; Geschichte des Sozialismus in Ostmitteleuropa, insbesondere von Dissidenten und Opposition; Geschichtsphilosophie.

Malenica, Brigita

Doktorandin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien; promoviert zum Thema „Männer bauen Staaten. Narrative Konstruktionen kroatischer Nationalstaatlichkeit“; Studium der Politikwissenschaft, Slavistik und Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München; Stipendiatin des Schroubek Fonds östliches Europa. Arbeitsgebiete: Politikwissenschaft, Politiktheorien; Gender Studies; Gewaltforschung; Geschichte Jugoslawiens.

Marsovszky, Magdalena

gebürtig aus Ungarn, Studium der Kunstgeschichte, Germanistik, Kulturwissenschaften und Kulturpolitik in Tübingen und Ludwigsburg; freie wissenschaftliche Publizistin, Lehrbeauftragte der Hochschule Fulda, Mitglied des Villigster Forschungsforums für Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus e.V. und Vorstandsmitglied der Roma Bürgerrechtsbewegung in Ungarn; Publikationen in deutscher, englischer und ungarischer Sprache. Forschungsschwerpunkte: politische Kulturforschung, Kulturgeschichte, Kultur- und Medienpolitik Ungarns, europäische Integration, essentialistische Identitätskonstruktionen, völkisches Denken, Ethnizität, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus.

Powell, Martina

Studium des Journalismus, der Internationalen Entwicklung und Geschichte in Wien und Amsterdam; freie Journalistin. Arbeitsgebiete: Politik, insbesondere Sozial- und Bildungspolitik; Proteste; Migration.

Stojaković, Krunoslav

Projektmanager bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Belgrad; promoviert an der Universität Bielefeld zum Thema der Protestpraktiken innerhalb der künstlerischen Avantgarde im sozialistischen Jugoslawien; Arbeitsgebiete: Geschichte Jugoslawiens; Ideen- und Intellektuellengeschichte; Sozialgeschichte; Nationalismusforschung.

Südost-Fachschaft Regensburg

Die Fachschaft Südost an der Universität Regensburg wurde im Wintersemester 2011/12 gegründet. Sie setzt sich aus Studierenden verschiedener Studiengänge zusammen, die ihr Interesse an Ost- und Südosteuropa vereint. Ihr Ziel ist es, den ohnehin schon gut ausgebauten Standort mit seinen zahlreichen universitären und außeruniversitären Einrichtungen mit Ost- und Südosteuropabezug weiter zu stärken. Dazu gehört, für die Interessen der Studierenden einzutreten, den Zusammenhalt untereinander zu stärken, aber auch die Organisation wissenschaftlicher Veranstaltungen, von Studierenden für Studierende, wie Gastvorträge, Film- und Literaturabende, Exkursionen oder größere Projekte wie die Ringvorlesung „Aktuelle Konfliktlagen in Südosteuropa“.

Tomić, Đorđe

Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität zu Berlin im Rahmen des Forschungsprojektes „Phantomgrenzen in Ostmitteleuropa“; promoviert zum Thema Alteritätsdiskurse in der Vojvodina im Laufe der 1990er Jahre; Arbeitsgebiete: Geschichte Jugoslawiens; Sozialgeschichte; soziale Bewegungen; Nationalismus; Diskursgeschichte.

Tomić, Nikola

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Politik, Geschichte und Internationale Beziehungen der Universität Loughborough (Großbritannien); promoviert zum Thema „Discourse formation in the EU CFSP/ESDP: The role of non-elected actors in the policymaking process before and after Lisbon“; Studium der Politikwissenschaft, Internationalen Beziehungen, Europastudien, Geschichte und

Kulturwissenschaften an der Universität Maastricht (2008-2009) und der Amerikanischen Universität in Bulgarien, Blagoevgrad (2004-2008); Stipendiat der Europäischen Kommission (Marie Curie Fellowship), des Niederländischen Außenministeriums (MTEC Scholarship), des Open Society Institute sowie der Regierung der Republik Serbien. Arbeitsgebiete: Politikwissenschaft, Internationale Beziehungen; Diskurstheorien, diskursiver Institutionalismus, konstruktivistischer Institutionalismus; Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union.

Troebst, Stefan

Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig. Stellvertretender Direktor und Leitender Wissenschaftler für das Gebiet Kulturstudien Ostmitteleuropas am GWZO und Ko-Direktor des Global and European Studies Institute (GESI). Arbeitsgebiete: Internationale and interethnische Beziehungen in Osteuropa; vergleichende Kulturgeschichte; Zeitgeschichte Europas; Migrationsforschung.

Vulesica, Marija

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin; 2011 Promotion zum Thema „Die Formierung des politischen Antisemitismus in den Kronländern Kroatien und Slawonien 1879 bis 1906“; Arbeitsgebiete: Geschichte des Antisemitismus; Holocaustforschung und jüdische Geschichte in Südosteuropa.

